



Plenum

108. Sitzung

München, Dienstag, 15. März 2022, 14:00 bis 22:22 Uhr

Plenarsitzung in hälftiger Besetzung..... 14701

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Vizepräsident Alexander Hold** und **Maximilian Deisenhofer**..... 14701

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
**zur aktuellen Lage angesichts des Krieges in der Ukraine und den
Entscheidungen zu Corona**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder..... 14701
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 14715 14722 14723
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER)..... 14722 14736
Franz Bergmüller (AfD)..... 14723
Thomas Kreuzer (CSU)..... 14724 14732
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD)..... 14731
Florian von Brunn (SPD)..... 14732 14740 14746 14747
Gerd Mannes (AfD)..... 14733 14735 14746
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER)..... 14735 14751
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... 14746 14751 14753 14758
Julika Sandt (FDP)..... 14747
Oskar Atzinger (fraktionslos)..... 14750 14751
Uli Henkel (AfD)..... 14753
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 14756
Dr. Dominik Spitzer (FDP)..... 14757 14758 14759

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Statt destruktiver Oppositionspolitik in Berlin: Hausaufgaben in Bayern machen und Kommunen für Herausforderungen rüsten!"

Klaus Adelt (SPD)..... 14759 14762
Tobias Reiß (CSU)..... 14762
Johannes Becher (GRÜNE)..... 14764
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 14767 14768
Franz Bergmüller (AfD)..... 14769 14770

Alexander Muthmann (FDP).....	14770
Karl Straub (CSU).....	14772
Gabriele Triebel (GRÜNE).....	14773
Robert Riedl (FREIE WÄHLER).....	14774 14776
Martin Mittag (CSU).....	14776 14777
Staatsminister Joachim Herrmann.....	14777

Abstimmung**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 14781

Gesetzentwurf der Staatsregierung**zur Anpassung der Bezüge 2022 (Drs. 18/21628)**

- Erste Lesung -

Staatsminister Albert Füracker.....	14781
Elmar Hayn (GRÜNE).....	14783
Wolfgang Fackler (CSU).....	14784
Markus Bayerbach (AfD).....	14786
Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER).....	14787
Arif Taşdelen (SPD).....	14788
Dr. Wolfgang Heubisch (FDP).....	14789

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 14790

Gesetzentwurf der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)**zur verbilligten Veräußerung landeseigener Grundstücke für Zwecke des Gemeinwohls (Drs. 18/18929)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 18/21612)

Klaus Adelt (SPD).....	14791
Michael Hofmann (CSU).....	14791
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	14793 14795
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	14795
Katrin Ebner-Steiner (AfD).....	14796
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....	14797

Beschluss..... 14798

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Gesetz für Nachhaltigkeit der bayerischen Finanzanlagen (NaBay-FiG) (Drs. 18/19064)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 18/21613)

Tim Pargent (GRÜNE).....	14798 14800 14805
Dr. Gerhard Hopp (CSU).....	14800
Ferdinand Mang (AfD).....	14803
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	14804 14805 14807

Markus Rinderspacher (SPD).....	14806	14807
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....		14807
Beschluss.....		14809

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse (Drs. 18/19291)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/21153)

Matthias Fischbach (FDP).....	14809	14810
Franz Bergmüller (AfD).....		14810
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....		14811
Anna Schwamberger (GRÜNE).....		14812
Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER).....		14813
Markus Bayerbach (AfD).....		14814
Margit Wild (SPD).....	14815	14816
Namentliche Abstimmung.....		14826
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....		14833

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen (Drs. 18/19491)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/21148)

Martin Stümpfig (GRÜNE).....	14816	14818	14820	14823
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....				14818
Martin Mittag (CSU).....		14819		14820
Gerd Mannes (AfD).....		14821		14822
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....		14822		14824
Annette Karl (SPD).....				14824
Albert Duin (FDP).....				14825
Namentliche Abstimmung.....				14826
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3).....				14826

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Keine weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau!

10H-Regel erhalten! (Drs. 18/19678)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 18/21253)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	14827	14829	14830
Alexander Flierl (CSU).....		14828	14829
Martin Stümpfig (GRÜNE).....		14829	14830
Hans Friedl (FREIE WÄHLER).....			14831
Annette Karl (SPD).....			14832
Christoph Skutella (FDP).....			14832

Beschluss..... 14833

Schluss der Sitzung..... 14833

(Beginn: 14:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 108. Vollversammlung des Bayerischen Landtags. Wir tagen erneut in hälftiger Besetzung, und der Bayerische Rundfunk überträgt die Regierungserklärung und die darauffolgende Aussprache live.

Bevor wir aber in die Tagesordnung eintreten, darf ich Glückwünsche aussprechen: Am 11. März hat unser Vizepräsident, Kollege Alexander Hold, einen runden Geburtstag – ich glaube, ich darf sagen, seinen 60. Geburtstag – gefeiert. Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Am 13. März hat der Kollege Maximilian Deisenhofer einen halbrunden Geburtstag begangen. Auch ihm alles Gute zum Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage angesichts des Krieges in der Ukraine und den
Entscheidungen zu Corona**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Bayern! Es ist Krieg. Es ist Krieg in Europa, Tag 20 eines nicht provozierten Angriffskrieges. Dies – das muss man immer wieder zur historischen Einordnung sagen – ist der Krieg eines Mannes. Dies ist der Krieg Putins und nicht eines Volkes. Putin ist allein verantwortlich. Er hat alle belogen, und er muss dann auch die alleinige Verantwortung für alle Taten übernehmen, die jetzt in der Ukraine begangen werden.

(Beifall)

Ich glaube, im Namen aller sagen zu können: Auch wir unterstützen die Bundesregierung und fordern einen sofortigen Waffenstillstand, das Ende der Angriffe, das Ende des Schießens auf Zivilisten, die Anerkennung des Rechts, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt, sofort, am heutigen Tag!

(Beifall)

Putin mag die Schlacht gewinnen, aber den Krieg verlieren. Ihm sind viele Fehleinschätzungen unterlaufen. Er hat die eigene Stärke offenkundig überschätzt, den Widerstand des ukrainischen Volkes unterschätzt und die Einheit des Westens und der NATO falsch eingeschätzt. Ich sage das auch hier, an dieser Stelle: Bei allen Schwierigkeiten, die es gibt, ist die Einheit und Geschlossenheit Europas und auch der NATO ganz wichtig, und ich freue mich über jeden amerikanischen Soldaten, der auf bayerischem Boden ist und mithilft, Europa und die NATO zu verteidigen.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen alle zusammen, Seit' an Seit' mit der Ukraine. Das Leid der Ukrainer, der Bevölkerung, ist groß. Wir haben großes Mitgefühl und viel Empathie. Wir sind alle Ukrainer in diesen Zeiten.

Ich danke ausdrücklich für die große Solidarität und Hilfe. In München kamen 45.000 Menschen zusammen. Das waren übrigens mehr Teilnehmer, als je eine

Corona-Demo in Bayern hatte. Mein Dank geht auch an die bayerische SPD, auch an Sie, Herr von Brunn. Dies war eine gute, eine wichtige Aktion. Ein herzliches Dankeschön an Sie und an alle, die dabei waren!

(Beifall)

Es ist beeindruckend, wie viele helfen. Kinder und Schüler backen Kuchen, um Spenden für die Ukraine zu erlösen. Unzählige Einzelpersonen fahren auf eigene Gefahr, eigene Verantwortung und eigene Kosten Transporte von Hilfsgütern an die Grenze und in die Grenzbereiche. Unternehmen, Vereine, Sportler, Künstler, alle Gemeinden helfen und helfen mit. Mein besonderer Dank gilt den Wohlfahrtsorganisationen, stellvertretend der Frau Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Die Wohlfahrtsorganisationen stehen in dieser Krise wieder an vorderster Front. Seit zwei Jahren sind sie im Dauerkrisenmodus, und sie leisten großartige Arbeit. Ein herzliches Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer!

(Lebhafter Beifall)

Als Ministerpräsident bin ich dankbar, dass Bayern hilft, und stolz darauf, wie Bayern hilft. Bayern zeigt ein großes Herz. Die Gefühle unserer Bevölkerung sind aber zweigeteilt und zum Teil auch gespalten. Auf der einen Seite herrschen großes Mitgefühl und Empathie, auf der anderen Seite steht die wachsende Sorge: Was bedeutet das alles auf Dauer für unsere Sicherheit und, ja, auch für unseren Wohlstand? – Ich darf versichern und versprechen: Wir nehmen alle Sorgen ernst. Wir haben alles im Blick. Wir wollen helfen. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich, weil es heute Morgen Bemerkungen der Unsicherheit gab: Wir verstehen den Wunsch der Ukraine nach noch mehr Einsatz auch dort. Aber für das Militärische sei klar gesagt: Wir sind nicht Konfliktpartei. Dies ist kein NATO-Fall, und es soll auch keinen diesbezüglichen Einsatz geben. Wir helfen sehr gerne, aber dies ist nicht notwendig, nicht geeignet und wäre nicht richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deutschland soll keine Konfliktpartei unmittelbar in den Kämpfen werden.

(Beifall)

Wir müssen also entschlossen und besonnen handeln, mit Herz und kühlem Kopf. Unsere Strategie basiert auf drei Säulen: Hilfe, Sanktionen und Schutz unseres Landes. Erste Säule: Hilfe heißt neben Hilfstransporten vor allen Dingen Schutz für die Menschen, die zu uns kommen, die geflohen sind. Es sind sehr viele auf der Flucht. Täglich, je länger der Krieg dauert, werden es mehr. Bayern ist auch hier bereit, mit großem Herzen zu helfen. Überall arbeiten alle rund um die Uhr. Die Menschen – das habe ich selbst erleben dürfen – sind übrigens sehr dankbar. Sie sind dankbar, dass eine Unterbringung und eine Aufnahme erfolgen, und viele sind auch froh, dass die Gerüchte, die darüber gestreut werden, wie man hier behandelt wird, nicht stimmen. Man sieht übrigens wie in jedem Krieg: Auf der einen Seite ist es der Kugelhagel in der Ukraine, auf der anderen Seite sind es die massiven Fake News, die gesteuert und gestreut werden, um die Menschen zu verunsichern.

Selbstverständlich klappt nicht alles perfekt und sofort. Wir sind alle nur Menschen. Ich danke allen, auch den Kommunen, auch der Landeshauptstadt, dafür, dass sie sich in dieser schweren Zeit so sehr einsetzen. Wir werden uns auch weiterhin eng abstimmen und verzahnen. Deswegen wird es morgen eine Konferenz mit allen Oberbürgermeistern und Landräten in Bayern geben, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Ein bisschen schade fand ich, was ich in der letzten Woche hier im Landtag gehört habe. Es gab sehr schrille Vorwürfe, wenn ich das so sagen darf: Bayern tue nichts, wenn, dann Falsches. Bayern sei unsichtbar. Die Vorwürfe gingen auch

sehr stark an den Bayerischen Innenminister. Ich finde das deplatziert und möchte ihm an dieser Stelle meinen persönlichen Dank aussprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich in Krisenzeiten so benimmt und so schrill agiert, zeigt, dass er Krisen nicht gewachsen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir helfen und organisieren, und zwar mit Hochdruck. Der K-Fall war übrigens schon die ganze Zeit gegeben. Er wurde nie aufgehoben. Wir nehmen auf, wir versorgen, wir organisieren die Unterbringung, ja, wir registrieren selbst, alles durch die Polizei.

Bisher sind 50.000 Menschen nach Bayern gekommen, allein nach München kommen täglich fast rund 1.500. Auch hier in München sind alle im Einsatz. Es gibt zum Beispiel einen 24-Stunden-Aufnahmeservice der Caritas. Die Unterbringung wird organisiert in Erstanlaufstellen, Ankerzentren, Gemeinschaftsunterkünften, Wohnheimen, Pensionen, Gasthöfen. Zusätzlich bereiten wir alles in Messe- und Turnhallen vor, und es gibt auch Gespräche mit Kirchen und Klöstern, um alle Potenziale und alle Möglichkeiten zu nutzen.

Dabei geht es übrigens nicht nur um die Unterbringung. Diese ist der erste Schritt. Aber wir müssen weiter helfen, speziell den Kindern und Jugendlichen, die von diesem Krieg besonders betroffen sind und die in besonders großer Zahl zu uns kommen. Für sie gibt es psychosoziale Betreuung, eine rasche Integration in die Schule und in die Kita. Die Aktivitäten des Kultusministeriums, pädagogische Willkommensklassen noch vor der Schulpflicht in der Zeit der ersten drei Monate einzurichten, begrüße ich ausdrücklich. Auch die Personalgewinnung hierfür ist nicht einfach. Insoweit wird alles getan und versucht, unter anderem geht es auch darum, möglicherweise geflüchtete Lehrkräfte aus der Ukraine einzubeziehen.

Unser eigentliches Problem war bislang jedenfalls, dass man nie genau wusste, wann und wie viele Menschen kommen. Warum? – Weil die Informationen, die national gegeben wurden, sehr knapp waren. Der Innenminister hat mir berichtet, dass es manchmal nur eine Stunde Vorlauf gibt, um sagen zu können, ob und wann ein Zug beispielsweise in München eintrifft.

Das soll jetzt besser werden, zum Glück. Der Bund hat sich lange gewehrt. Noch am Wochenende hieß es, eigentlich brauche es keine Verteilung. Darüber gab es übrigens relativ großen Ärger unter den Bundesländern. Bundesländer wie Berlin, Brandenburg oder Hamburg, also keine Unionsländer, haben gemahnt, dies müsse besser koordiniert werden.

Der Bund will jetzt nachbessern. Das ist gut; denn wir brauchen auch hier klare Leitlinien, und zwar nicht nur für ein, zwei Tage, sondern für die nächsten Wochen. Jeder, der glaubt, dass dieser Konflikt in zwei, drei Wochen vorbei sein werde, ist naiv. Wir brauchen eine Koordinierung des Bundes mit den Ländern – ähnlich wie bei Corona. Wir brauchen eine Registrierung aller Schutzsuchenden in Deutschland. Wir brauchen eine gerechte Verteilung auf alle Länder nach dem Königsteiner Schlüssel. Wir brauchen eine Verteilung auch in der EU, wobei ich an dieser Stelle anmerken möchte: Das, was Polen und Ungarn derzeit leisten, ist enorm und verdient unsere große Anerkennung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und: Wir brauchen vollständigen Kostenersatz für die Länder und die Kommunen. Bayern ist wieder in Vorleistung gegangen. Es gab die Behauptung, Bayern lasse die Kommunen allein und sei nicht sichtbar. Wir haben von Anfang an gesagt: Wir

übernehmen alle Kosten vorläufig; aber die Abrechnung muss am Ende vernünftig erfolgen – durch den Bund.

Meine Damen und Herren, wir alle haben unseren Beitrag zu leisten. Die Kommunen helfen vor Ort. Der Freistaat Bayern unterstützt und steuert. Es ist jetzt wichtig, dass endlich auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Dies kann nur gemeinsam gehen. Der Bund darf Länder und Kommunen nicht alleinlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir helfen!

Zweite Säule: Sanktionen: Natürlich sind Sanktionen das zentrale Druckmittel auf Moskau. Wir stehen übrigens zu 100 % dazu. Klar ist aber: Es gibt deutliche Bremsspuren auch bei uns; sie werden jeden Tag sichtbarer.

Die Folgen für die Wirtschaft sind natürlich immens. Lieferketten brechen über Nacht zusammen. Dies führt zu Produktionsstopps und Kurzarbeit bei BMW und Audi, bei Stahlwerken, Automobilzulieferern und natürlich bei Maschinenbauern. Dazu kommt der Ausfall der Speditionen, weil viele Lkw-Fahrer nicht da sein können. Daher braucht es auch für die Wirtschaft Beistand. Es geht um sehr, sehr viele Arbeitsplätze in unserem Land. Deswegen ist es wichtig, die Kurzarbeitsregelungen auszuweiten sowie die Kreditprogramme von KfW und LfA zu erweitern. Und ja, es braucht noch einmal eine Anpassung der bisherigen Corona-Überbrückungshilfen. Die Unternehmen planen doch alle bereits um; sie wollen sich von diesen Lieferketten unabhängig machen. Aber zur Überbrückung ist Hilfe nötig.

Meine Damen und Herren, ich finde, wir sind zwei Jahre lang durch die schwere Corona-Zeit gegangen und dennoch wirtschaftlich gut aufgestellt. Wir sollten auch jetzt Beistand und Unterstützung für Wirtschaft und Arbeitsplätze leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Sanktionen wirken im Finanzsektor und anderswo. Aber am wirksamsten – als Druckmittel – sind sicherlich die Sanktionen im Energiesektor. Diese treffen Russland hart. Aber auch für uns ist es nicht einfach. Wir erleben explodierende Energiepreise und eine Hyperinflation – die sich übrigens bereits vor dem Ukraine-Krieg stark entwickelt hatte. Beim Sprit ist es der größte Preissprung aller Zeiten, den wir derzeit erleben. Dies belastet Millionen Deutsche – und damit auch Bayern –, die auf die Pkw-Nutzung angewiesen sind, und natürlich die Wirtschaft. Ja, es geht um die Ukraine. Aber es geht auch um die soziale Lage der Menschen bei uns.

Zu dem Thema, über das in den vergangenen Tagen auch diskutiert wurde – wer dafür verantwortlich ist, dass Deutschland in Sachen Gasversorgung aus Russland vor einer Herausforderung steht –, habe ich vieles gehört und gelesen. Ich möchte dazu nur sagen: Die Abhängigkeit von Gas ist keine Erscheinung der letzten zehn Jahre. In den Siebzigerjahren, beginnend mit Willy Brandt, wurde entschieden, dass Deutschland mit Russland eine Gaspartnerschaft eingeht: Deutschland baut die Pipeline, Russland liefert das Gas. – Diese Partnerschaft haben Helmut Schmidt und Gerhard Schröder fortgesetzt, natürlich hat das auch Angela Merkel.

Die Wahrheit ist eindeutig: Vor allem nach dem Ausstieg aus der Atomenergie war jeder in Deutschland – jeder! – der festen Überzeugung, dass wir dann eine Brückentechnologie wie Gas brauchen. Allen, die jetzt behaupten, dieser oder jener sei schuld, möchte ich nur sagen: Das Verhalten von einzelnen Personen kann man kritisieren. Aber dies waren nationale Entscheidungen.

Der Vorwurf, eine Bayerische Staatsregierung habe eine Abhängigkeit produziert, obwohl die gesamte Energiepolitik in Bonn bzw. Berlin gemacht wurde, ist im besten Falle falsch, im schlechtesten Falle politisch fragwürdig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was also ist zu tun? Sanktionen? – Klar. Mehr? – Ja. Stärkere? – Auf jeden Fall. Aber wir sollten bei jedem einzelnen Schritt auch die Folgen bedenken. Respicie finem!

Der Ausstieg aus der Nutzung von Öl und Kohle aus Russland ist schnell organisierbar; dies sagen alle Experten. Wie sieht es mit dem Sofortstopp der Nutzung von Gas aus? Ein sofortiges Gasembargo? Ich gebe zu: Wie viele andere Menschen habe ich Sympathie dafür, weil es uns ärgert und beschwert, dass wir jeden Tag quasi Geld nach Russland überweisen müssen.

Aber ich gebe zu: Es gibt auch eine andere Seite; das sagt auch die Bundesregierung. Ich habe es selbst erlebt. Ich habe mit der gesamten bayerischen Wirtschaft eine Schalte gemacht, unter anderem mit Automobilherstellern, Maschinenbauern, den Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Von dort war ein deutlicher Warn- und Hilferuf zu hören. Die Folgen eines sofortigen, unmittelbaren Hals-über-Kopf-Ausstiegs wären für unsere energieintensive Wirtschaft unabsehbar. Das könnte das Ende des deutschen Businessmodells und den sozialen Abstieg für viele Millionen Deutsche bedeuten. Als Ministerpräsident kümmere ich mich natürlich um die Menschen in der Ukraine. Aber ich bin auch mitverantwortlich für die soziale Lage und die Arbeitsplätze unserer Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So gut es klingt und so gut es gemeint ist – "Frieren für den Frieden!", "Autofreie Sonntage!", "Fasten für die Ukraine!"; ich will wirklich sagen, dass das gut klingt –, so ist das am Ende doch kein belastbares Konzept für eine Wirtschaftsnation wie Deutschland und damit auch nicht für Bayern, meine Damen und Herren.

Das Ziel ist klar: Wir wollen in der Energiefrage komplett unabhängig werden von Russland. Der Bund soll und wird dazu einen Energie-Notplan vorlegen. Wir müssen wissen, entlang welcher Zeitachse es realistischweise einen energiepolitischen "Independence Day" von Russland geben kann. Nach dieser Zeitachse müssen wir die weiteren Maßnahmen für die Energiepolitik treffen.

Die Anfangsmaßnahmen sind klar: Jetzt sind die Gasspeicher zu füllen. Flüssiggasterminals sind zu bauen – sehr gut! Aber seien wir bitte realistisch: Der Bau neuer Flüssiggasterminals im Norden dürfte mindestens bis 2025/2026 dauern. Dies ist ein längerer Zeitraum. Dafür müssen wir planen.

Deswegen sagen wir – nicht deswegen, weil wir das wollten oder weil wir besondere Anhänger wären, sondern aus einer vernünftigen Erwägung heraus –: Es hat doch keinen Sinn, das abzuschalten, was noch läuft. Wir haben jetzt Energieprobleme. Die Preise explodieren. Wenn uns Energie fehlt, noch eigene Energie vom Netz zu nehmen, ist unverständlich, meine Damen und Herren. 70 % der Deutschen sagen: Nicht abschalten! "Nicht abschalten!" gilt für Kohle. Aber – es tut mir leid, wenn das ideologisch dem einen oder anderen wehtut – dies gilt nun einmal auch für die Kernkraft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN)

Das Bayerische Umweltministerium als Genehmigungs- und Überprüfungsbehörde sagt: Eine Laufzeitverlängerung ist möglich. Isar 2 also nicht abstellen! Vielleicht Gundremmingen wieder ans Netz nehmen – vorläufig, für maximal drei Jahre.

Wenn man nur die drei restlichen noch in Deutschland laufenden Kernkraftwerke am Netz lässt, gibt das Strom für 10 Millionen Haushalte in Deutschland. Dafür bräuchte man als Ersatz mindestens 3.000 Windräder. Selbst die größten Optimisten glauben nicht, dass diese Versorgung über den Wind erfolgen kann. Daher brauchen wir eine Brücke, und diese heißt im Moment: Laufenlassen der Kernkraftwerke!

Ich sage Ihnen: Verlängern ist vernünftig, abschalten ideologisch. Ehrlicherweise muss ich hinzufügen: Die ganze Europäische Union setzt in diesen Zeiten darauf – als Ergänzung, manche sogar hauptsächlich –, Kernkraftwerke weiterzubetreiben. Warum glauben wir, dass wir schlauer seien als all unsere europäischen Freunde?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das allein reicht nicht aus; das ist klar. Natürlich müssen wir auch bei Erneuerbaren Energien vorankommen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bin manchmal überrascht, wie wenig der Landtag, wenn hier über dieses Thema geredet wird, wahrnimmt, was Bayern eigentlich ist. Bayern ist das Spitzenland bei erneuerbaren Energien!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich selbst habe als Umweltminister daran mitgearbeitet, damals übrigens mit dem Kollegen Zeil von der FDP. Wir haben Energiekonzepte entwickelt, die bis heute tragen. Bayern ist bei fast allen erneuerbaren Energien Nummer eins in Deutschland: Photovoltaik, Wasser, Biomasse, Geothermie.

Nur in einer der regenerativen Energien sind wir nicht Nummer eins – das stimmt –, beim Wind. Sind wir beim Wind Letzter in Deutschland? Sind wir der Schlechteste? – Falsch! Meine Damen und Herren, wir liegen auf Platz 8 mit Anzahl und installierter Leistung. Unsere Freunde aus Baden-Württemberg liegen bei der Anzahl auf Platz 12. Hinter uns liegen noch die Länder Hessen, Sachsen und Thüringen. All diese Länder haben eine grüne Regierungsbeteiligung. Ich mache keinen Vorwurf, aber eines will ich sagen: Statt hier im Landtag immer etwas zu fordern, was man selbst in der eigenen Regierungsverantwortung nicht umsetzen kann, sollte man erst mal die Hausaufgaben machen, bevor man andere kritisiert und belehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schauen wir noch ein bisschen genauer hin. Ich finde, gerade beim Wind ist der Vergleich mit unseren Nachbarn in Baden-Württemberg spannend. Es gibt einen Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg: In Bayern ist ein Schwarzer, in Baden-Württemberg ein Grüner Ministerpräsident – einer, den ich sehr schätze. Die Ergebnisse beim Wind sind aber gar nicht so unterschiedlich. Ich habe es gerade angesprochen.

(Unruhe)

– Hören Sie zu! Es ist gut, die Fakten zu wissen. Wenn man Fakten hat, braucht man nicht ideologisch zu argumentieren. Das ist ganz einfach. Also: nur zehn Windräder in zwei Jahren. Die Leistung liegt hinter Bayern. Die Aussage, 10 H sei

an allem schuld, ist, wenn man ehrlich ist, nicht zutreffend. Ich glaube, das ist keine politische Problematik, sondern eine topografische und geografische; denn die Realität ist: Der Süden ist keine optimale Windregion. Im Norden ist der Wind stark und die Sonne schwach. Im Süden ist die Sonne stark und der Wind schwach. Ich bitte, endlich einmal die natürlichen Realitäten einzubeziehen und zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Winfried Kretschmann – –

(Unruhe)

– Zuhören! – Winfried Kretschmann moniert sehr stark, dass eines der Grundprobleme sei, dass die nationalen Ausschreibungsquoten für Windenergie den Süden massiv benachteiligten. Er hat recht. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass die Südquote bei der EU endlich durchgesetzt wird. Hier kann uns der Bund sehr helfen.

Übrigens scheitert Windenergie nicht im Wesentlichen am Landtag. Sondern die Windenergie scheiterte oft am Protest vor Ort. Das gilt übrigens nicht nur für Windenergie, sondern auch für erneuerbare Energien insgesamt. Erneuerbare Energien, zum Beispiel Stromleitungen dafür, werden zum Teil überall vor Ort bekämpft. Grüne sind auch gegen Stromtrassen, in Bayreuth und Nürnberg. Grüne sind auch gegen den Netzausbau, es gibt Briefe von Hofreiter an Altmaier. Grüne sind auch gegen die Wasserkraft, beispielsweise im Allgäu.

Ich will nur eines sagen, und das gilt für jeden, für uns wie für andere: Ich finde es wenig überzeugend, wenn man im Landtag immer alles fordert und vor Ort dagegen ist. Meine Damen und Herren, entweder, oder! Man muss sich entscheiden. Das ist die Frage.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für die Statistiker noch eine wichtige Zahl, die die Fachagentur Windenergie übermittelt hat: Wer, glauben Sie, ist denn der Kläger Nummer eins gegen Windkraft? Wer klagt denn am meisten? Sind es die Bürger, Unternehmen oder Bürgermeister? – Nach der Fachagentur Windenergie sind es die Naturschutzverbände. 61 % aller Klagen gegen Windenergieanlagen kommen von Umwelt- und Naturschutzverbänden, nur 36 % von Privatpersonen. Ich hoffe sehr, dass Sie oder andere da Ihren Einfluss wahrnehmen. Das ist nämlich die Realität, auch da wird ständig geklagt. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, dann gilt das aber für alle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich appelliere an Sie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen mehr erneuerbare Energien, das ist keine Frage. Wir nehmen übrigens den Klimaschutz sehr ernst. Wir sind das einzige Bundesland, das eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert, in breiter Form. Wir werden dem Bundesklima- oder -wirtschaftsminister auch noch in Deutlichkeit schreiben, wo wir unsere Potenziale sehen.

Die großen Potenziale Bayerns liegen in den klassischen bayerischen Südenergien. Ich habe das schon angesprochen: Photovoltaik, Wasser, Biomasse, Geothermie – darin ist Bayern stark, weil das zu Bayern passt. Wir brauchen mehr Photovoltaik, die Stärkung von Agrar- und Moorphotovoltaik, eine Vergütungserhöhung bei den Dächern. Wir haben übrigens bereits eine Solarpflicht. Speicherprogramme wie in Bayern brauchen wir auch auf nationaler Ebene. Auch bei Wasserkraft

gibt es noch Potenzial. Wasserkraft ist übrigens rund um die Uhr einsetzbar – egal, ob die Sonne scheint oder der Wind weht.

Bundesminister Habeck sagt, Versorgungssicherheit gehe vor Naturschutz. Recht hat er, wenn er das sagt. Das ist aber beachtlich für die GRÜNEN. Wir werden sie daran messen.

Was für Wind gilt, gilt auch für Wasser. Deswegen braucht es natürlich Effizienzprogramme für die große Wasserkraft, Mehrvergütung für die kleine Wasserkraft und rechtliche Erleichterungen im Wasser- und Naturschutzrecht, um das an der Stelle zu ermöglichen.

Ähnliches gilt für Biomasse und Geothermie. Biomasse passt zu Bayern, weil es eine gute Ergänzung zu unserer Landwirtschaft ist. Die Geothermie gibt es nur im Süden Deutschlands, weil wir auf dem süddeutschen Molassebecken sitzen, einer Art Wärmflasche.

Beide Maßnahmen kann man hervorragend fördern und unterstützen, meine Damen und Herren. Deswegen sage ich auch ganz deutlich: Wir möchten mehr Unterstützung durch den Bund in all diesen rechtlichen Fragen. Das sind unsere stärksten Energieträger, mit denen wir den größten Sprung machen können. Ich hoffe sehr, dass der Bund mitmacht. Sollte sich der Bund verweigern, was ich nicht glaube und auch nicht hoffe, müssten wir das auch als Signal verstehen, als ein Signal dafür, dass man nicht nur energiepolitische, sondern vielleicht auch andere Motive sieht. Vielleicht geht es dem einen am Ende auch um Standortfragen. Die Ampel denkt sehr norddeutsch, so droht es sich zu entwickeln. Ich hoffe sehr, dass das keine dauerhafte Entwicklung ist. Wir wollen im Süden nicht bei dem Thema Energie abgehängt werden, sondern wir wollen, dass auch süddeutsche Energie umgesetzt und gestärkt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Nun zum Wind: Natürlich geht beim Wind in Bayern mehr. Das ist doch keine Frage. Ich bin nicht gegen Windenergie. Ich gehöre nicht zu denen, die das nicht unterstützen. Aber – das sage ich auch – deren Nutzung muss mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger geschehen. 10 H ist eine Form der Bürgerbeteiligung. Es wundert mich sehr, dass viele Parlamentarier gegen Bürgerbeteiligung sind. 10 H bleibt deswegen.

Wir wollen eine Reform machen, mit Ausnahmen. Es gibt auch viele Instrumente, wie Ausnahmen stattfinden können. In Ebersberg hat sich zum Beispiel gezeigt, dass ein Bürgerentscheid befriedigende Wirkung haben könnte. Beim Wind gibt es doch noch andere Probleme. Neben der Frage der Effizienz einer Windanlage gibt es – das wird manchem schwerfallen zu akzeptieren – auch unterschiedliche Befindlichkeiten in ganz Bayern. Es gibt eine ungleiche Verteilung im Land. Viele Planungsregionen hatten Flächen ausgewiesen. Viele haben nichts oder wenig gemacht.

Das ist der Stand heute: Nach einer Karte, die mir der Bayerische Wirtschaftsminister dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, hat Franken 70 % aller Windräder. Niederbayern hat im Moment nur 1,5 %. In Oberbayern sind es 8,5 %, davon liegt fast alles im Norden; im Oberland gibt es nur einziges Windrad.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dafür, dass wir die Windkraft verbessern. Aber es muss regional fair, es muss regional ausgewogen sein. Wenn Wind, dann Wind für alle, meine Damen und Herren. Das müssen wir schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen keinen Unfrieden auf den Dörfern, sondern eine gemeinschaftliche Idee. Daher werden wir in den nächsten Wochen zu einem Windgipfel einladen – mit den Ministerien, mit allen 18 Planungsregionen, mit den Naturschutzverbänden, um mit ihnen über diese Klagefragen zu reden, mit dem Ziel, 500 plus x Windräder auf den Weg zu bringen. Wenn es nach mir geht, wird das ein deutliches X.

Ich habe nichts gegen die Windkraft. Ich glaube, sie kann einen wichtigen Beitrag leisten. Aber ich bleibe dabei, meine Damen und Herren: Es muss regional fair sein. Es muss mit und nicht gegen die Bürger erfolgen. Das ist bayerische, bürger-nahe Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schließlich muss Deutschland und Bayern auch Wasserstoffnation werden. Der Bayerische Wirtschaftsminister kämpft emsig und hervorragend, um diese Strategie voranzubringen. Bayern investiert auch enorm: Rund 500 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde, betragen die Investitionen insgesamt, die wir breit gefächert auf den Weg bringen. Wir brauchen an der Stelle neben der Aktivität im eigenen Land auch Partnerschaften. Die norddeutschen Länder haben sich in den vergangenen Jahren sehr eng abgestimmt und eine gute Strategie entwickelt. Wir brauchen auch im Süden Wasserstoffallianzen. Wir laden unsere Nachbarn dazu ein, darüber zu reden, wie wir insgesamt auch den Süden als Industrieregion weiter stärken können.

Dafür ist auch wichtig, dass Pipelines geplant werden. Derzeit wird überlegt, eine Pipeline aus dem Norden zu planen. Sie wissen selbst, wie endlos lang die Leitungen sind. Wir brauchen nicht nur eine Wasserstoffpipeline von Nord nach Süd, sondern auch – ähnlich, wie wir das damals beim Öl hatten – von Italien im Süden zu uns, um entsprechend stark zu werden.

Außerdem müssen wir auf der ganzen Welt nach Alternativen suchen und neue Partnerschaften schließen. Das macht übrigens auch der Bundesminister, was ich respektiere. Das gilt auch für Bayern, um die Versorgung unserer großen Wirtschafts- und Industrieregion und des zweitgrößten Bundeslandes, was die Bevölkerung betrifft, zu sichern. Ich werde deswegen selbst auch in die Golfregion reisen und versuchen, auch für uns Reserven für bezahlbare neue Energien mit zu erschließen. Bayern ist dort ein hochkompetenter und gefragter Partner für Wissenschaft und Technologie. Ja, Energie ist keine ideologische Nische, sondern das Topthema für die Bürgerinnen und Bürger und für Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es geht nicht nur um Versorgungssicherheit – das ist der eine Teil –, es geht schon auch um den Preis. Viele können sich Energie bald nicht mehr leisten. Millionen Menschen sind auf ihr Auto angewiesen, um zur Arbeit zu kommen oder das Familienleben zu organisieren. Wir müssen aufpassen, dass der Spritpreis nicht zur Armutsfalle wird. Die Bundesregierung, die Ampel, muss darauf reagieren. Bislang waren es eher halbherzige Maßnahmen. Die reichen nicht aus. Es braucht einen großen Wurf. Warum? – Ein Teil der Preisexplosion wird vom Staat mit unterstützt. Mehrwertsteuer und andere Steuern wirken quasi als Brandbeschleuniger. Andere Länder reagieren übrigens schnell und rasch, so zum Beispiel Frankreich oder die Niederlande. Warum sind wir so zögerlich?

Allein in den letzten Tagen gab es reihenweise Interviews, bei denen der Bundesfinanzminister sagte: Nein, nein, nein, nein – und das auch am Wochenende. Am Sonntag gab er zwei Interviews. Beim einen sagte er Nein, beim anderen am Abend sagte er Ja. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wie er es macht, ist mir egal, aber so ein Hin und Her versteht kein Mensch. Wir brauchen keine Minipakete,

sondern eine deutliche Entlastung. Der Spritpreis muss mit Mehrwertsteuer und Energiesteuer um circa 50 Cent gesenkt werden. Diese Entlastung brauchen wir beim Benzin und beim Diesel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich schätze persönlich Christian Lindner sehr, aber so richtig verstehe ich seinen neuen Vorschlag nicht. Rabatt ab zwei Euro, wie soll das gehen? Tankstellenbesitzer warnen schon davor. Müssen sie jetzt Zettel horten? Muss jetzt der bayerische Finanzminister hunderttausend oder zweihunderttausend neue Finanzbeamte einstellen? Gehen die Tankstellenbesitzer in der Zwischenzeit pleite, weil sie ihre Rechnungen bezahlen müssen? Der einfachere Weg wäre doch eindeutig die Senkung von Steuern. – Lieber Kollege Fischbach und liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass ihr lieber auf Bürokratie setzt, statt Steuern zu senken, ist völlig neu. Bleibt bei der alten Linie, die Steuer muss runter. Das ist der bessere Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Steuersenkungen allein reichen übrigens auch nicht. Die Pendlerpauschale muss erhöht werden, damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird. Die Stromsteuer muss auf EU-Niveau gesenkt werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir brauchen einen Industriestrompreis für die energieintensive Wirtschaft. Der Heizkostenzuschuss für die Schwächeren muss verdoppelt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wir müssen handeln, und das nicht nur ein bisschen und auch nicht irgendwann, sondern diese Woche. Es ist endlich Zeit, die Bürgerinnen und Bürger in dieser schwierigen Zeit zu entlasten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur Versorgungssicherheit gehören übrigens nicht nur die Energie, sondern auch die Lebensmittel. Die Bürgerinnen und Bürger und die Landwirtschaft spüren auch hier die Sanktionen und müssen feststellen, wie die Welt vernetzt ist. Knappheit bei Agrarrohstoffen und Düngemitteln ist erkennbar. Die Preise steigen schon an. Auch darauf müssen wir kurz- und langfristig reagieren. Kurzfristig ist es gut, wenn der Bundeslandwirtschaftsminister sagt, es könnten mehr Flächen bewirtschaftet werden. Das ist richtig. Reicht das als Antwort, wenn man langfristig unabhängiger werden will? – Ich glaube es nicht. Ich glaube, wir müssen dauerhaft agieren und nicht nur für ein Jahr. Deswegen hat auch die Bayerische Landwirtschaftsministerin, die übrigens großartige Arbeit leistet – das möchte ich an der Stelle ausdrücklich sagen –, sich schon klar dafür – –

(Beifall bei der CSU)

Dafür kann man ruhig klatschen. – Sie hat sich klar dafür ausgesprochen, über die massenhafte Stilllegung von produktiven Agrarflächen und auch über das gesamte Ausgleichssystem nachzudenken. Wenn wir uns in der Lebensmittelversorgung unabhängiger machen wollen, müssen wir Zugriff auf die Flächen haben, die in Bayern mit hoher Qualität bewirtschaftet werden können.

(Beifall bei der CSU)

Dabei können wir alle mithelfen. Über die Landwirtschaft kann in Deutschland neu nachgedacht werden. Das gilt vor allem für die Betriebsgrößen. Die Betriebsgrößen sind doch unterschiedlich. Dabei ist das bayerische Betriebsgrößenmodell die entscheidende Basis für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Wir brauchen Familienbetriebe anstatt Agrarfabriken. Wir brauchen in diesen Zeiten eine klein-

räumige und stabile Lebensmittelkettenstruktur. Und dabei ist die regionale Produktion wichtig. Ob bio oder konventionell, Hauptsache regional! Deswegen müssen wir die regionale Produktion von Lebensmitteln stärken. Ich bleibe dabei, auch das wäre ein Ansatz: Gerade wird viel Geld unterwegs durchs Land gegeben. Dabei wäre es ein Ansatz, die Mehrwertsteuer für regionale Lebensmittel weiter zu senken. Das bayerische Steak und die bayerischen Nahrungsmittel sollten doch günstiger sein als Materialien und Lebensmittel, die uns aus anderen Teilen der Welt geliefert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben hier schon viele Debatten geführt, bei denen es immer sehr ideologisch zugeht. Ich will es einfach einmal so sagen: Alle, die in den letzten Jahren ihre Hauptaufgabe darin gesehen haben, die bayerische Landwirtschaft an den Pranger zu stellen, und die mit Misstrauen eine neue Bürokratie nach der anderen gefordert haben, sollten jetzt umdenken. Dass wir etwas zu essen haben, liegt an der Landwirtschaft. Die Landwirte sind die Guten, und sie haben es endlich einmal verdient, dass wir ihnen eine Lobby geben und dass wir sie unterstützen, statt dass wir sie ständig bedrängen und ihnen weniger Möglichkeiten geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritte Säule: Schutz; ein letzter Punkt in Bezug auf die Ukraine: Neben Sanktionen und Hilfen vor Ort geht es auch um den militärischen Schutz für unser Land und für die gesamte NATO. Wir brauchen eine stabile und starke Verteidigung für Deutschland, aber auch als Bündnispartner. Seit Jahren steht die Bundeswehr in der Kritik. Schuld daran sind viele, aber bestimmt nicht die Soldatinnen und Soldaten. Ich danke ihnen an der Stelle ausdrücklich für ihren Einsatz überall auf der Welt. Aber auch während aller Katastrophen und der Corona-Pandemie haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Großartiges geleistet. Herzliches Vergelts Gott dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vielleicht war die Abschaffung der Wehrpflicht ein großer Fehler. Auf jeden Fall waren die damit verbundenen Einsparungen, die damals getätigt wurden, ein großer Fehler. Davon hat sich die Bundeswehr nicht erholt, und das vor allem deshalb, weil alle Bestrebungen der GroKo, die finanziellen Möglichkeiten zu erhöhen, nicht genutzt wurden und weil neue Waffensysteme immer wieder blockiert wurden. Wer das war, können Sie sich denken. Die Experten, die Bundeswehr selbst, sagen, man sei nur bedingt einsatzfähig. Dies muss sich ändern.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Ankündigung des Bundeskanzlers, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – und zwar ausschließlich für die Bundeswehr – zur Verfügung zu stellen. Wir müssen aber auch danach handeln. Wir müssen aufpassen, dass diese Ankündigung nicht wieder zerredet wird. Von den Jusos habe ich gehört, dass sie sehr skeptisch sind. Teile der GRÜNEN sind auch dagegen, sie wollen andere Maßnahmen finanzieren. Wenn wir einen ernsthaften Schutz liefern wollen, wenn wir ein vernünftiger und verlässlicher Bündnispartner sein wollen, muss dieses Geld ausschließlich für die Bundeswehr reserviert werden und der Bundeswehr zugutekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was brauchen wir? – Zum einen brauchen wir ein Sofortprogramm. Innerhalb eines Jahres müssen alle Waffengattungen komplett einsatzfähig sein. Wir brauchen Munition, Ersatzteile, Nachschub und eine ordentliche Ausrüstung der Soldaten. Sorry, wenn ich das meine, aber dass wir uns über die Unterwäsche von Sol-

daten im Einsatz unterhalten, ist für das gesamte Land eine Schande. Das kann doch nicht ernst gemeint sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen wirklich Partner sein, und das wird auch nicht ohne die Union gehen. Ich bin aber auch betrübt, dass wir schon wieder schlechte Nachrichten aus dem Verteidigungsministerium für Bayern bekommen. Die feste Zusage, das neue Militärtransportflugzeug A400M in Lagerlechfeld zu stationieren, wurde jetzt überraschend zurückgezogen. Es soll jetzt in der Nähe von Hannover stationiert werden. Das ist zum einen ein schlechter Stil, weil man eine solche Maßnahme nicht über die Medien bekannt gibt. Zum Zweiten ist es in der jetzigen Lage militärisch unsinnig. Drittens ist es leider auch ein klares Signal gegen Bayern. Das ist nicht gut. Der Grundsatz "pacta sunt servanda" gilt auch für die Ampel und für die neue Verteidigungsministerin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben dem Sofortprogramm brauchen wir auch neue Waffensysteme. Wir brauchen ein komplett neues Beschaffungswesen, und der Auftrag der Bundeswehr muss neu definiert werden. Sie muss von einer reinen Einsatzarmee zu einer Bündnis- und Landesverteidigung werden.

Meine Damen und Herren, Bayern ist Bundeswehrland. Bayern bekennt sich auch zu den vielen Arbeitsplätzen, die im Bereich der Bundeswehr bestehen. Ich sage nur eines: Die Menschen, die für die Bundeswehr arbeiten, haben es verdient, dass ihre Leistung wertgeschätzt wird. Die Soldaten haben es verdient, dass sie die bestmögliche Ausrüstung für die gefährlichen Einsätze überall bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das alles, die Hilfe für Flüchtlinge, die Planung der Energiesicherheit und natürlich auch die Bundeswehr und ergänzend der Zivilschutz, der auch sehr wichtig ist, muss rasch, aber auch seriös umgesetzt werden. Wir sind alle mehr denn je gefordert. Im Bundestag – das will ich ausdrücklich sagen – unterstützt meine Partei und auch die Union die Bundesregierung auf diesem schweren Weg. Ich hoffe sehr, dass wir hier im Landtag das Gleiche leisten. Wir sollten nicht wieder in die klassischen schrillen Muster der Vergangenheit fallen.

(Lachen)

Eines ist doch klar: Die Bürgerinnen und Bürger sind unsicher, wie es weitergeht. Umso wichtiger ist es, dass wir Land und Menschen gut durch die Krisen führen.

Stichwort Krise: Es gibt noch eine Krise neben der Ukraine. Diese ist nicht vorbei. Das ist Corona. Irgendwie ist das schon sehr paradox, oder? Die Corona-Zahlen steigen stark an, und die Politik steigt rasch aus. Wir haben einen massiven Anstieg der Zahlen. Wir haben eine Rekordinzidenz von über 2.000 in Bayern. Das ist Platz zwei in Deutschland und 30 % mehr als in der Vorwoche. Jeder kennt unglaublich viele Fälle im Umfeld. Die BA.2-Variante, die besonders ansteckend ist, ist mittlerweile sehr dominant. Laut Gesundheitsminister ist diese Variante in München ungefähr zu 70 % verbreitet. Die Ansteckung ist sehr hoch. Die Hospitalisierung steigt leicht. Gott sei Dank liegen wir nur auf Platz acht in Deutschland. Aber sie entwickelt sich nach oben. Genau in der Phase eines solch enormen Anstiegs plant die Ampel einen Freedom Day. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine echte Themaverfehlung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mich wundert das. Ich glaube, dass der schrittweise Ausstieg, wie ihn auch die Bayernkoalition auf den Weg bringt, völlig richtig ist – schrittweise, aber nicht Hals über Kopf oder überstürzt. Die Ampel ignoriert an dieser Stelle den Rat der eigenen Experten, der Mediziner und vieler besorgter Bürger. Ich weiß, die FDP freut sich darüber. Das ist auch ihr Erfolg – Kubicki pur. Warum machen SPD und GRÜNE das jedoch eins zu eins mit? – Mir tut der Bundesgesundheitsminister fast ein bisschen leid, weil ich ihn schätze. Er warnt jeden Tag, gleichzeitig lockert er und fordert nun die Länder auf, die Aufgaben zu erledigen, die eigentlich er machen sollte. Meine Damen und Herren, so können wir keine vernünftige Pandemie-Bekämpfung machen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gewinnen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen sehr, dass nicht mehr viel Schlimmeres passiert. Wenn jedoch neue Mutationen kommen, die ähnlich gefährlich sind wie Delta, ist mit der neuen Gesetzgebung eines klar: Deutschland ist dann schutz- und wehrlos. Die Verantwortung liegt bei den Parteien, die in Berlin die Regierung tragen. Das ist übrigens nicht nur meine alleinige Meinung. Der Ministerpräsident von Niedersachsen Stephan Weil, SPD, sagt: Man wirft doch den Feuerlöscher nicht weg, wenn es noch brennt. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, GRÜNE, sagt: Es ist grob fahrlässig, wenn die Bundesregierung ohne Not wirksame Instrumente für den Notfall aus der Hand gibt. – Ich finde auch den Stil überraschend. Früher hat man mit den Ländern gehandelt. Jetzt macht der Bund alles ganz alleine. Zwar darf er das machen, aber wer allein handelt, der trägt auch allein die Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Die neuen Regeln zu Corona, seien sie auch ein bisschen nachgebessert worden, bleiben leider hinter den bisherigen Möglichkeiten zurück und bieten kaum Schutz. Unser Gesundheitsminister sagt: Der Basischutz verdient den Namen nicht. – Ich verstehe den Wunsch, alle Maßnahmen sofort aufzuheben. Ich verstehe auch den Wunsch, dass Corona sofort vorbei sein möge. Ich teile das übrigens. Kein einziger, den ich kenne, mag Corona. Die Masken sind eine Beschwerde. Schon im Landtag tun sich einige schwer, dem Wunsch des Ältestenrats zu folgen. Die Wahrheit über die Maske ist doch: Es läuft doch in der Praxis ohne Probleme, beim Einkaufen oder auch in der Schule. Bei den 16- bis 19-Jährigen liegt die Inzidenz über 4.000, darunter über 3.000. Die Lehrerverbände fordern eine Beibehaltung der Maske, und die Mehrzahl der Schüler hat kein wirkliches Problem damit. Natürlich droht bei den meisten Schülerinnen und Schülern keine Hospitalisierung. Mich beschwert und besorgt etwas anderes. Wenn das reihenweise so weitergeht und lange Quarantänezeiten eingehalten werden müssen, ist das eine Herausforderung für die Abschlussprüfungen. Meine Damen und Herren, die jungen Menschen haben jahrelang in dieser Pandemie gekämpft. Es ist doch angesichts der Schulpflicht unsere Verpflichtung, die Abschlussprüfungen so gut wie möglich zu gestalten. Das sind wir den jungen Menschen in unserem Land schuldig. Sie sollen ein ordentliches Abitur, eine ordentliche Mittlere Reife, ordentliche Berufsabschlüsse und einen ordentlichen Übertritt an weiterführende Schulen erhalten können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Impfen und Maskenpflicht sind leider die wirksamsten Instrumente. Zu der Hotspot-Regel: Der Bayerische Gesundheitsminister sagt, sie sei untauglich. Das bestätigen viele Gesundheitsminister anderer Länder. Warum? – Wenn eine ähnliche Situation wie bei der Delta-Variante eintritt, wird es sehr unpraktisch werden. Wir müssten für jeden einzelnen Landkreis und für jede kreisfreie Stadt einen Be-

schluss im Landtag fassen. Das bedeutet einen Einsatz rund um die Uhr. Das ist juristisch nicht sauber und zu unbestimmt. Die Kriterien sind unklar und nicht genau gewichtet, sodass jeder Klage Tür und Tor geöffnet ist. Die Hotspots umfassen nur das, was wir jetzt schon haben: 2G, 3G und Maske. Das sind keine geeigneten Instrumente, wenn noch einmal eine solche Katastrophe wie mit Delta eintritt. Zusammenfassend sage ich das in aller Deutlichkeit: Dies ist weder das Team "Vorsicht" noch das Team "Freiheit" und schon gar nicht das Team "Augenmaß". Dies ist das Team "Blindflug", meine sehr verehrten Damen und Herren. Das werden wir nicht unterstützen. Bayern wird dem Gesetz im Bundesrat in dieser Form nicht zustimmen. Das sage ich sehr deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nutzen die letzte Patrone, die noch bis zum 2. April möglich ist. Wir nutzen die Möglichkeit des Bundes, um noch ein bisschen zu verlängern. Das ist nicht viel. Das machen übrigens die meisten Bundesländer. Nach meinem Stand sind das Baden-Württemberg, Sachsen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen und vielleicht auch NRW. Das sind schon sehr viele Bundesländer, die das genauso sehen wie wir. Wir verlängern, was noch möglich ist. Wir nutzen den letzten rechtlichen Spielraum. Die 2G-, 2G-plus- und 3G-Regelungen bleiben bis dahin. Das gilt auch für die FFP2-Maskenpflicht im Einzelhandel und in der Schule. Heute haben wir uns auf eine Ausnahme für die Grundschulen verständigt, weil dort PCR-Tests durchgeführt werden, die eine sehr hohe Sicherheit geben. Mehr geht übrigens nicht.

Nach dem neuen Bundesrecht gibt es ab Samstag keine Kontaktbeschränkungen, keine Personenobergrenzen für Sport oder Kultur, keine Tanzverbote in der Gastro oder das Verbot von Volksfesten mehr. Dies ist durch das Bundesgesetz geregelt. Vielleicht kann eine Verlängerung bis zum 2. April helfen, um über den nächsten Höhepunkt zu kommen. Jedenfalls ist das die einzige Möglichkeit, die wir überhaupt noch haben, um für die nächsten zwei Wochen etwas mehr Sicherheit zu gewährleisten. Vielleicht können wir damit etwas Zeit gewinnen. Wir hätten uns einen anderen Weg vorstellen können. Jeder muss wissen, dass ab dem 2. und 3. April gar nichts mehr gelten wird. Sagen wir es einmal so: Wir werden sehen, wie dieses Experiment ausgeht. Ich habe kein gutes Gefühl dabei. Ich glaube, die Mehrzahl der Bundesländer und die Mehrzahl der Bürger teilt das. Ausstieg ja – überstürzt und über Nacht ist jedoch der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hohes Haus, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, dass es etwas ausführlicher und klarer in einigen Formulierungen wurde. Aber es sind ernste Zeiten, für die es eine ernsthafte Politik und Entscheidungen braucht. In einer solchen Krisenzeit ist es nie möglich, es allen recht zu machen. Vielleicht ist es die Zeit, einmal darüber zu diskutieren, was das Zentrale in der Politik ist. Es geht nicht um die Diskussion über Luxusprobleme, sondern ums Eingemachte. Frieden, Sicherheit und Freiheit sind gefährdet wie noch nie. Ich erinnere mich an die Zeit der Achtzigerjahre. Da war es ähnlich. Der Wohlstand und die soziale Absicherung wackelt für viele Millionen Menschen. Das gilt vielleicht nicht für uns, aber für viele Leute, die hart arbeiten müssen und unsicher sind, wie es weitergeht. Unser gesamtes Wirtschaftsmodell steht mehr denn je auf dem Prüfstand. Manche meinen, wir müssten generell den Export einstellen. Ich glaube, es helfen keine billigen und schnellen ideologischen Antworten. Wir brauchen Seriosität und Führungskraft. Globale Seuche, Krieg – alles innerhalb von zwei Jahren. Eine Krise

jagt die nächste. Wenn man denkt, man hat ein bisschen Luft und kann sich wieder anderen Themen widmen, kommt das Ganze wieder zurück.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich finde es übrigens nicht lustig, darüber zu lachen. Herr von Brunn, ich weiß nicht, wie man darüber lachen kann, dass Millionen von Menschen in Sorge um ihre Zukunft sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie kann man darüber lachen? Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, ich hatte letztthin bei Ihrer guten Aktion gedacht, dass Sie einmal einen Schritt auf die Mitte, auf die Mehrheit der Bevölkerung, zugehen. Bitte, das ist eine ernste Zeit. Die Leute erwarten von uns auch eine ernsthafte Politik, nicht nur Nischen- oder Klientelpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tragen die Verantwortung für alle! Dieser Verantwortung müssen wir in dieser Zeit gerecht werden!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir müssen konzentriert, mit Empathie, klug und besonnen arbeiten. Für die Bayerische Staatsregierung und für die Koalition darf ich versprechen: Wir tun das. Wir zeigen Haltung. Wir haben und wir geben Hoffnung. Ich bin sicher: Wir werden das meistern. Wir haben dazu alle Anlagen. Wir haben die Kraft, und wir haben auch die Möglichkeiten dazu. Jetzt geht es einzig darum, diese Krise so gut wie möglich zu überstehen. Wie gelingt uns das? – Es gilt jetzt durchzuhalten, es gilt standzuhalten, und es gilt zusammenzuhalten. Das ist das Gebot der Stunde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gott schütze Bayern, und Gott schütze die Menschen in der Ukraine und in der ganzen Welt. Lassen Sie uns in diesen schweren Zeiten zusammenhalten, damit wir diese Krisen überstehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die jetzt folgende Aussprache waren 119 Minuten vorgesehen. Die Redezeit verlängert sich durch die etwas längere Regierungserklärung. Wir werden die Zeiten auf der Anzeige anpassen. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erster erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Geburtsstation wird bombardiert. Babys werden in Bunkern geboren. Frauen, Kinder und ältere Menschen fliehen vor Putins Bomben. Städte werden verwüstet, und Menschen sterben. All das findet jetzt gerade in Europa, in der Ukraine, statt. Niemand, wirklich niemand sollte das erleben müssen!

Sehr geehrte Damen und Herren, uns hier in Bayern, uns hier in Europa lässt das nicht kalt; denn das schmerzt. Das schmerzt zutiefst, und die Verantwortung dafür trägt genau ein Mann, Wladimir Putin. Sein Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig, und dieser Krieg muss aufhören!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass man sich oft hilflos fühlt, hilflos ob der Bilder auf Social Media und im Fernsehen, wenn sich am Bahnhof herzerreißende

Szenen abspielen und sich Väter von ihren Kindern und Frauen verabschieden müssen, weil diese sich in Sicherheit bringen und die Väter in den Krieg ziehen müssen, in einen Krieg, den sie nicht haben wollten. Das tut weh.

Ich möchte aber hier ganz deutlich sagen: Wir sind nicht hilflos. Wir können den Menschen, die vor Putins Bomben zu uns fliehen, helfen und sie unterstützen. Genau das passiert seit über zwei Wochen hier in Bayern im allergrößten Maßstab: Ehrenamtliche packen Spenden und verschicken sie in die Ukraine, nach Polen oder nach Moldau. Ehrenamtliche dolmetschen an den Bahnhöfen. Ehrenamtliche sortieren Kleiderspenden. Ehrenamtliche öffnen ihre Wohnungen und Gästezimmer, beziehen die Couch, um den Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu ermöglichen. Und Ehrenamtliche spenden Geld an Hilfsorganisationen, die in der Ukraine oder hier vor Ort helfen. Dafür vielen, vielen, vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für meine Fraktion sage ich auch ein Dankeschön für das große Engagement der Institutionen, der Sozialverbände, der Kirchen und der Kommunen, die unter Hochdruck in der humanitären Not erneut anpacken und die vielfältige Hilfe koordinieren.

Herr Söder, Sie haben jetzt formuliert, was der Freistaat alles macht, aber dann erwartet, dass der Bund alles zahlt. Ich glaube, darüber müssten wir uns noch einmal unterhalten; denn auch der Freistaat muss seinen finanziellen, organisatorischen und personellen Beitrag zur Bewältigung dieser humanitären Lage leisten. Ich sage ausdrücklich, ich freue mich, dass Sie unseren Vorschlag aufgenommen haben, endlich einen Gipfel zu veranstalten, um mit den verschiedenen Akteuren ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich auch, dass Sie unseren Vorschlag aufgegriffen haben, für diese humanitäre Katastrophe den Katastrophenfall zu erweitern. Das ist gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage hier aber auch ganz deutlich: Das wird nicht reichen; denn am Ende einer langen, langen Flucht kommen die Menschen mit ihren Koffern, mit ihrem Rucksack, mit ihren müden Beinen und mit bangem Herzen in den bayerischen Kommunen an. Unsere Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung vom Freistaat Bayern, damit die erste humanitäre Hilfe und auch die Integration bestmöglich geleistet werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen ein ganz konkretes Beispiel: In der letzten Woche war ich mit meiner Kollegin Gülseren Demirel am Münchner Hauptbahnhof. Wir haben auch die Diakonie besucht. Die Diakonie hat die Expertise für die Traumaberatung und für die psychologische Betreuung. Jetzt kommen viele traumatisierte Menschen zu uns. Was wurde uns gesagt? – Es fehlt an der Finanzierung und an den Mitteln, um dort die psychologische Beratung weiter auszubauen. Hier stehen Sie und Ihre Regierung in der Verantwortung, Unterstützung zu leisten, damit die psychologische Beratung und Betreuung in Bayern flächendeckend stattfinden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Lieber Herr Herrmann, Sie brauchen jetzt nicht von der Regierungsbank das Wort "unglaublich" hereinzurufen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir bei den Haushaltsverhandlungen konkrete Vorschläge zur Stärkung der Asyl- und Migrationsberatung eingebracht haben. Wir haben uns für mehr Sprachkurse und für eine

Etablierung von psychosozialen Zentren ausgesprochen. All diese Vorschläge haben wir vorgelegt, und all das hat diese Regierungskoalition abgelehnt.

Deswegen kann ich hier und heute nur noch einmal appellieren. Ich stimme Ihnen im Grundsatz zu. Es ist jetzt Aufgabe der Europäischen Union und des Freistaats Bayern, zu helfen und die humanitäre Not zu lindern. Dafür muss aber der Freistaat Bayern den Kommunen, den Trägern und den Ehrenamtlichen personell, finanziell und organisatorisch unter die Arme greifen und sie unterstützen. Wir bitten Sie, dies auch zu tun. Wir werden darauf drängen, dass Sie dies auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der humanitären Hilfe können wir in Bayern noch etwas anderes tun: Wir können endlich unabhängig von fossilen Energieträgern werden. Energiepolitik ist nicht nur Klimaschutz. Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik. Sehe ich mir die Zahlen des Freistaats Bayern an, dann muss ich schon schlucken. Bayern hat in der Vergangenheit jährlich bis zu 5 Milliarden Euro für Öl- und Gaslieferungen aus Russland bezahlt. Öl und Gas machen 90 % der bayerischen Importe aus Russland aus.

Herr Söder, ich gebe Ihnen recht und finde es gut, dass Sie gesagt haben, dass wir uns davon unabhängig machen müssen. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, wenigstens ein selbstkritisches Wort zu der engen Verflechtung Ihrer Partei mit Russland zu sagen. Die fragwürdigen Besuche von Horst Seehofer in Moskau, bei denen er die Sanktionen gegen Russland infrage gestellt hat, sind ein Fakt. Fakt ist auch, dass Sie noch im Januar Annalena Baerbock eine naive Außenpolitik vorgeworfen haben und dafür waren, Nord Stream 2 unbedingt ans Netz zu bringen. Bei Ihrer Bewertung der Gesamtlage wäre ich etwas vorsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 5 Milliarden Euro, die Bayern jährlich an Russland für Öl- und Gaslieferungen bezahlt, machen nicht nur unsere geopolitische Abhängigkeit deutlich, sondern führen uns in der momentanen Situation auch schmerzlich vor Augen, wie leichtfertig wir mit unserem Hunger nach fossilen Energien ausländische Kriegskassen füllen. Ich denke, wir dürfen uns nie wieder von autoritären Regimen erpressbar machen. Wirklich frei entscheiden können wir nur ohne die Öltanker und die Gaspipelines, die uns die Fesseln anlegen. Kolleginnen und Kollegen, Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden. Wind und Sonne gehören niemandem; sie sind für uns alle da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen komme ich wieder zu folgendem Punkt: Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energie beschleunigen. – Herr Söder, hier haben Sie mit Ihrer Regierung leider in den letzten Jahren nicht alles Mögliche getan. Ich fand Ihre Ausführungen zum Thema Energiepolitik auch etwas unterkomplex. Sie nennen immer Baden-Württemberg als Beispiel; ich möchte es Ihnen noch einmal kurz erklären: Bayern ist – gemessen an der Landesfläche – neben den Stadtstaaten bei Windenergie Schlusslicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Baden-Württemberg hat Hunderte Projekte in der Pipeline und wartet nur auf Veränderungen im Bund, die Ihre GroKo-Regierung in den letzten Jahren nicht gemacht hat, während wir hier in Bayern bei diesem Thema blank sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sollten Sie Ihre Fakten vielleicht noch einmal geradebekommen, bevor Sie hier eine Runde austeilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es auch unterkomplex, dass Sie sagen, für den Wind sei der Norden zuständig, während wir hier im Süden etwas anderes machten. Ihnen ist schon klar, dass wir eine riesige Transformationsaufgabe vor uns haben, oder? Die sozialökologische Transformation verändert sehr viel. Sie verändert die Art, wie Energie erzeugt wird, und das ist eine Kraftanstrengung für alle Bereiche. Das bedeutet auch, dass sich kein Bundesland bei bestimmten Energieträgern herausziehen kann, sondern dass jedes Bundesland selbst schauen muss, wo welcher erneuerbare Energieträger Sinn hat. In Bayern haben wir da noch mehr Potenzial für mehr Windkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob es nur mir so ging, aber ich habe bei Ihrer Rede die ganze Zeit darauf gewartet, dass Sie es wenigstens in diesem Moment, in dieser wirklich schlimmen Situation, in der wir uns befinden, schaffen, diesen einfachen Satz zu sagen: Das Windkraftverhinderungsgesetz 10 H schaffe ich ab. – Aber Sie haben es nicht geschafft; Sie halten weiter daran fest, und ich halte das für grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen in Bayern mehr Windräder. Auf jeden Neubau gehört eine Solaranlage. Und ja, der Netzausbau muss dringend vorangetrieben werden. Auch dort muss ich Sie korrigieren, Herr Söder. Als bayerische GRÜNE haben wir einen klaren Beschluss zum Netzausbau; schauen Sie einfach einmal in unsere Statute. Wir haben das hier im Bayerischen Landtag schon mehrfach eingefordert. Vielleicht reden Sie einmal mit Ihrem Wirtschaftsminister, damit wir beim Thema Stromleitungen endlich in die Gänge kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gerade erwähnt, dass wir die Atomkraftwerke jetzt weiterlaufen lassen sollen, im Speziellen haben Sie die drei aktiven AKWs genannt. Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium hat das auf Bundesebene schon geprüft und deutlich zu verstehen gegeben, dass das aus sicherheitstechnischen Gesichtspunkten mehr als fragwürdig ist. Wir haben im Moment ja gar nicht die Brennelemente für den Weiterbetrieb. Wir könnten die Brennelemente strecken, indem wir die AKWs im Sommer auf niedrigerer Last fahren; dann brauchen wir aber beispielsweise mehr Gas, was am Ende ein Nullsummenspiel ist. Selbst Atomkraftwerksbetreiber sagen, dass wir die neuen Brennelemente vielleicht in anderthalb Jahren bekommen. Außerdem: Ein Atomkraftwerk erzeugt Strom, kann Gas also nicht ansatzweise ersetzen. Aber mit Gas heizen wir unsere Wohnungen, mit Gas laufen Industrieprozesse bei der Verarbeitung von Glas, Metall oder chemischen Grundstoffen. Wenn Sie das Weiterlaufen der AKWs jetzt als Allheilmittel verkaufen, dann streuen Sie Sand in die Augen; das hat mit seriöser Energiepolitik nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Ja, Herr Söder, bei einer Sache gebe ich Ihnen recht: Die momentane Situation ist für viele Menschen in unserem Land hart. Hohe Strompreise und Heizkosten, steigende Preise an den Zapfsäulen und teure Lebensmittel belasten viele Familien, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Menschen mit einem schmalen Geldbeutel. Es ist jetzt Aufgabe von kluger Politik, die nötigen Unterstützungsmaß-

nahmen zielgerichtet auszurichten und denen zugutekommen zu lassen, die sie dringend benötigen. Deswegen muss ich klar und deutlich sagen: Ihr Vorschlag, einfach einmal die Mehrwertsteuer zu senken, verfährt nach dem Gießkannenprinzip, ist eben nicht zielführend, sondern unterkomplex. Er führt doch nur zu einer sogenannten Entlastungssillusion, wie es Clemens Fuest vom Ifo-Institut ebenfalls gesagt hat.

Die extreme Verschuldung durch eine flächendeckende Steuersenkung muss in der Zukunft bald wieder ausgeglichen werden; sonst ist das doch immer Ihr Argument gegen Staatsverschuldung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Deswegen ist es doch besser, Menschen mit geringem Einkommen zielorientiert, planvoll und direkt zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass die Ampel-Regierung in Berlin mit ihrem ersten Entlastungspaket genau die richtigen Punkte gesetzt hat. Sie hat die EEG-Umlage und damit die Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher bereits für Juli gesenkt. Der Kindersofortzuschlag kommt und geht damit genau an die Familien, die ihn brauchen. Wer Wohngeld bekommt, wer studiert oder Azubi ist, bekommt einen einmaligen Heizkostenzuschlag, um nur ein paar Punkte des Entlastungspakets zu nennen. Das ist gut. Aber ich sage hier auch ganz deutlich: Es braucht weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger bei Strom, Heizung und Mobilität.

Dabei ist uns GRÜNEN wichtig, dass wir beide Ziele im Blick haben: Wir wollen zum einen diejenigen mit einem schmalen Geldbeutel entlasten und zum anderen den Verbrauch von Gas, Öl und Kohle senken, um möglichst schnell unabhängig von Putins Regime zu werden. Mit kreativer und kluger Politik können wir das auch erreichen.

(Zuruf)

Wir brauchen also die drei E: Entlastung, Einsparung und Effizienz. Wir müssen Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bei den Preisen entlasten. Wir müssen Einsparmaßnahmen beim Benzin oder beim Heizen mit Gas und Öl bereitstellen, Effizienz in Industrieprozessen durch finanzielle Umrüstungsunterstützung steigern und marktwirtschaftliche Impulse setzen. Ich vertraue hier auf Robert Habeck, unseren Bundeswirtschaftsminister, und auf unsere Bundesregierung, die noch in dieser Woche genau dazu ein Paket zur weiteren Entlastung vorlegen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben einen klaren Vorschlag: Wir wollen das Energiegeld für alle Bürgerinnen und Bürger; denn mit der Auszahlung des Energiegelds ist auch eine soziale Steuerung verbunden. Wir alle wissen, dass Menschen mit geringem Einkommen eher kleinere Wohnungen und oft auch kein Auto haben. Darum ist das von Christian Lindner vorgeschlagene Tankgeld auch totaler Quatsch; da bin ich bei Ihnen, Herr Söder. Menschen mit höherem Einkommen verbrauchen mehr CO₂, sie haben größere Häuser, größere Autos und einen anderen Lebensstil.

Mit dem Energiegeld von uns GRÜNEN bekommen alle gleich viel Geld vom Staat, sodass diejenigen, die weniger verbrauchen, am Ende ein Plus haben. Starke Schultern müssen mehr tragen. Dies gilt auch in der Krise. Mit unserem Energiegeld setzen wir die Unterstützungsmaßnahmen zielgerichtet ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gerade bei ein paar Kollegen der CSU Kopfschütteln gesehen; wenn Ihnen nicht reicht, was der Bund macht, dann können Sie als Freistaat Bayern gern noch eine Schippe drauflegen. Sie können beispielsweise ein Energiesozialprogramm mit einem Härtefallfonds für Privathaushalte und den Mittelstand auflegen, die durch die hohen Energiepreise existenziell bedroht sind. Sie könnten in diesen Härtefallfonds auch einen Wärmefonds integrieren,

(Zuruf)

mit dem Sie zum Beispiel die 100.000 am meisten die Umwelt verschmutzenden Heizungen durch klimaneutrale Heizungen austauschen lassen. All diese Dinge stehen Ihnen frei; da müssen Sie nicht auf Berlin warten, sondern können hier vor Ort entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung zukommen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dieser ganzen Debatte ist mir auch wichtig, nicht nur darüber zu reden, wie wir diejenigen mit einem schmalen Geldbeutel entlasten können, sondern auch zu überlegen, wie wir Energie einsparen können. Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel, das Sie für Bayern gerne umsetzen können: Neuseeland hat jetzt den Ticketpreis für den ÖPNV gesenkt, weil man damit Menschen, die das Auto stehenlassen können, einen Anreiz gibt, auf den ÖPNV umzusteigen.

(Unruhe)

Das geht nicht in ganz Bayern, weil wir leider noch nicht einen so gut ausgebauten ÖPNV haben, wie wir GRÜNE ihn gerne hätten, aber es wäre ein Anreiz, ein Baustein, in gewissen Bereichen Energie einzusparen. Deswegen fordern wir eine Halbierung der Ticketpreise in Bus und Bahn, für Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen und Berufspendler*innen. Damit können Sie die Kommunen direkt vor Ort unterstützen und auch Ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, die momentane Situation ist nicht leicht; denn wir haben verschiedene Krisen. Wir haben von vielen, vielen Seiten Druck und müssen die sozialökologische Transformation jetzt noch schneller voranbringen, als wir sie eigentlich schon aus Klimaschutzgründen schaffen müssten.

Sinnvoll wäre es daher, wenn der Ministerpräsident Vorschläge der Opposition nicht immer mit einer Handbewegung wegwischen, sondern überlegen würde, wie man die guten Ideen, die es in der Forschung, in der Industrie, in der Opposition und wahrscheinlich auch in den eigenen Reihen der Regierung gibt, zusammentragen kann, um das Ziel von 100 % erneuerbarer Energien schneller zu erreichen.

Ich erneuere meinen Vorschlag: Wir GRÜNE werden Ihnen weiterhin gute Ideen vorlegen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie bei dem Thema auch auf unsere Fachkompetenz zurückkommen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Mit Blick auf die Redezeit noch ein kurzer Satz zum Thema Sicherheitspolitik und Bundeswehr: Herr Söder, ich bin Innenpolitikerin. Ich weiß, wie entscheidend Sicherheitspolitik ist. Ich weiß, dass wir gut ausgestattete und moderne Institutionen brauchen, die unsere Sicherheit und damit auch unsere Freiheit verteidigen, schützen und weiterentwickeln.

Als Sie aber gerade vorher hier standen und gesagt haben – ich habe es mir extra aufgeschrieben –, binnen eines Jahres müssten alle Waffengattungen funktionsfä-

hig sein, da habe ich mir nur gedacht: Was darf Satire? – Haben Sie vergessen, dass das Verteidigungsministerium während der letzten 16 Jahre in Unionshand war und dass Sie die Bundeswehr in dem Zustand, in dem sie nun mal ist, an die neue Regierung übergeben haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich mit klugen Ratschlägen etwas zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich und für uns GRÜNE ist es selbstverständlich, dass wir die Struktur- und Organisationsfragen schnell klären müssen, damit wir das Geld für die Bundeswehr dann zielgerichtet einsetzen können. Sonst sickern die 100 Milliarden Sondervermögen in Strukturen ein und entfalten dann eben keinerlei oder nicht die Wirkung, die wir gerne hätten. Ich bin mir sicher, dass die Ampel-Regierung diesbezüglich eine gute Lösung finden und die Punkte, die während der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht geregelt wurden, anpacken wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zu Corona kommen: Herr Söder, ich teile Ihre Lageeinschätzung, dass Corona nicht vorbei ist und uns die hohen Inzidenzen alle sehr beunruhigen müssen. Die Bundesregierung hat jetzt einen Entwurf für den Infektionsschutz vorgelegt. Ja, ich sage das so deutlich: Ich hätte mir wie viele vor dem Hintergrund des nach wie vor starken Infektionsgeschehens auch mehr an Schutzmaßnahmen gewünscht.

Dass das nicht so kam, lag ganz sicher nicht an uns GRÜNEN, sondern an der FDP und deren fragwürdigem Freiheitsverständnis. Ich hoffe, liebe FDP, es ist Ihnen wenigstens peinlich, ständig die Freedom-Day-Debatte zu befeuern, während Menschen woanders buchstäblich um ihr Leben in Freiheit kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist gut, dass jetzt der zweiwöchige Puffer genutzt wird. Herr Söder, es ist aber auch nicht so, wie Sie es dargestellt haben, dass Sie hier im Freistaat Bayern gar nichts tun könnten. Sie können die Hotspot-Regelungen anwenden, und Sie können vor allem den Impfturbo beschleunigen. Die Impfquote in unserem Land, vor allem auch in Bayern, ist weiterhin beschämend gering.

(Unruhe)

Erstens frage ich mich: Wo ist Ihre zielgruppenspezifische, mehrsprachige und aufsuchende Impfberatung? Schreiben Sie doch endlich allen Menschen über 18 Jahren einen Brief und schicken Sie ihnen einen Termin beim nächsten Impfzentrum. Das alles sind Vorschläge, die wir Ihnen schon mehrfach vorgestellt haben. Ich würde mich darüber freuen, wenn da endlich mal was voranginge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens haben Sie, hat Ihre Regierung die Möglichkeiten, jetzt die Vorbereitungen für den Herbst und für den Winter zu schaffen, die Gesundheitsämter besser auszustatten, Luftfilteranlagen in jedem Klassen- und Kitazimmer, Kita- und Schul-Pool-Tests bereitzustellen.

(Zuruf)

Wenn wir während Corona eines gelernt haben, dann das: Das Prinzip Hoffnung reicht nicht aus. Wir müssen bei den Schutzmaßnahmen weiter nachjustieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer verunsicherten und von multiplen Krisen wie Corona und dem Krieg in der Ukraine erschütterten Gesellschaft brauchen wir dringend die Handlungsfähigkeit und alle Bindekräfte der Politik. Wir müssen Menschen Lösungen anbieten. Wir müssen zusammenarbeiten. Wir müssen für Halt dort sorgen, wo es entweder um das kurze Festhalten und Wiederaufrichten geht – zum Beispiel bei der Entlastung von explodierenden Energiepreisen –, oder dort, wo es darum geht, den tiefen Fall ins Nichts aufzufangen – bei Menschen, die nur mit einem Koffer und mit der Angst um die Zurückgebliebenen plötzlich aus ihrem Leben fliehen mussten.

Wir brauchen dafür eine große Kraftanstrengung. Niemand kann diese alleine stemmen. Dafür braucht es die Politik – und zwar alle von uns –, dafür braucht es die Unternehmen, dafür braucht es die Zivilgesellschaft.

Ich appelliere darum an uns alle: Lasst uns Putin unsere Veränderungsbereitschaft spüren und ihm zeigen: Wir brauchen dein Öl und Gas nicht mehr lange. Wir werden unabhängig, weil wir auf erneuerbare Energien setzen. Lasst uns gemeinsam zeigen, wie europäische Werte aussehen! Solidarisch und mitfühlend werden wir alle als Europäerinnen und Europäer zusammenhalten und Vertriebenen mit unbürokratischem Einsatz helfen. Lassen Sie uns den Herbst und den Winter 2022 in Bund und Land so vorbereiten, dass Kinder unbeschwert in die Schule und in die Kita gehen können, ältere Menschen nicht vereinsamen und Corona unser Leben nicht erneut dominiert!

Das wäre eine Politik, die dieser Zeit angemessen ist. Wir GRÜNE werden weiterhin genau diese Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Schulze, Sie hatten im Rahmen Ihrer Ausführungen am Beispiel der Energiepolitik darauf hingewiesen, dass wir dort, wo wir – die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU – Verantwortung tragen, gerne mehr tun könnten, als von dort, wo Sie Verantwortung tragen – im Bund –, vorgegeben wird. Sie hatten sich anschließend gewünscht, beispielsweise im Bereich des ÖPNV, vorübergehend auf eine Halbierung der Ticketpreise abzustellen.

Ich will Sie jetzt fragen: Dürfen die Menschen dort, wo Sie Verantwortung tragen, darauf vertrauen, dass diesen Worten auch Taten folgen? – Ganz konkret: Dürfen sich die Menschen in München jetzt darauf freuen, dass in den nächsten Wochen die Ticketpreise halbiert werden? Mit anderen Worten und reformuliert: Reden Sie nur, oder machen Sie auch?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Katharina Schulze (GRÜNE): Einer klatscht, zwei klatschen. – Lieber Kollege Mehring! Ich bin Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bayerischen Landtag.

(Unruhe)

Wir schlagen deswegen hier Punkte vor, die von der Bayerischen Staatsregierung auf Landesebene gemacht werden können.

(Zurufe: Oje!)

Ja, 2023 ist die nächste Wahl.

(Zurufe: Oje!)

Dann schauen wir, wie die Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich entscheiden.

Natürlich ist es sinnvoll, die Ticketpreise zu halbieren. Das können Kommunen aber natürlich nicht alleine stemmen,

(Zurufe: Oje!)

sondern da ist der Freistaat in der Verantwortung, dies mitzutragen.

(Zurufe: Oje!)

Wenn Sie das auch so sehen, dann lade ich Sie herzlich dazu ein, mit Ihrem Koalitionspartner darüber zu sprechen, um genau diese Forderung auch umzusetzen; das würde unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oje!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Schulze! Sie haben davon gesprochen, die sozialökologische Transformation voranzutreiben. Das ist natürlich Ihr Herzensanliegen. In letzter Zeit und in den letzten Tagen haben viele andere Politiker und Wissenschaftler davor gewarnt, hier angesichts des Themas Ukraine und des maßlosen Kriegs Putins gegen die Ukraine ein Umdenken einzufordern. Wie und mit welchen Energieträgern wollen Sie denn im nächsten Winter über die Runden kommen?

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich glaube, außer Ihnen sind sich alle Demokratinnen und Demokraten und Expertinnen und Experten sowie der Großteil unserer Gesellschaft darüber klar,

(Zuruf)

dass Putins Angriffskrieg auf die Ukraine eine Zäsur ist

(Zuruf)

und dass Energiepolitik nicht nur unter Klimaschutzaspekten, sondern auch unter Aspekten der Sicherheitspolitik gedacht werden muss.

Unser Wirtschaftsminister Robert Habeck ist gerade dabei, dafür zu sorgen, dass wir die Gasspeicher füllen. Wir müssen sozusagen parallel vorgehen. Wir müssen uns mittelfristig aus der Umklammerung durch die fossilen Energieträger lösen,

(Zuruf)

kurzfristig diversifizieren und die nötigen Energieträger möglichst woanders einkaufen. Genau das passiert ja dankenswerterweise auch. Robert Habeck hat das mit seinem Ministerium wunderbar im Griff.

(Unruhe)

Das ist der Weg, auf dem wir gemeinsam fortschreiten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 24. Februar 2022 war ein schwarzer Tag für Europa, ein schwarzer Tag für die ganze Weltgemeinschaft. Der schreckliche und rücksichtslose Angriffskrieg, den Wladimir Putin gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, macht uns noch heute fassungslos. Krieg und brutale militärische Aggression sind zurück in Europa. Die Bilder, die wir aus der Ukraine sehen, erinnern uns an die schlimmste Zeit unserer jüngeren Geschichte. Egal was die russische Propaganda der Welt vorzugaukeln versucht – die Verantwortung für dieses Blutvergießen und das entsetzliche Leid liegt allein bei Wladimir Putin, bei niemandem sonst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mitverantwortlich sind aber auch jene in Russland, die mit dem System Putin Geschäfte gemacht haben, die Putin ihren Reichtum zu verdanken haben und die dieses System am Laufen halten. Sie alle müssen spätestens jetzt die Konsequenzen zu spüren bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Krieg ist aber nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine, sondern auch ein Krieg gegen den Westen, gegen Europa und vor allem gegen unsere gemeinsamen elementaren Werte wie zum Beispiel die Menschenrechte. Dagegen richtet sich dieser Angriff. Auch die Menschen in Bayern sind deshalb in tiefer Sorge. Dieser Krieg wird Europa und vielleicht die ganze Weltordnung auf lange Zeit verändern. Die Politik muss daher Haltung zeigen und Orientierung geben in diesen unsicheren Zeiten. Das hat Ministerpräsident Söder mit seiner heutigen Regierungserklärung eindrucksvoll getan. Ich danke ihm sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Die Bilder, die uns täglich aus der Ukraine erreichen, zeigen das Ausmaß der Gewalt und der Zerstörung. Was hier stattfindet, ist keine normale Militäroperation, sondern weitgehend Terror gegen die Zivilbevölkerung. Deshalb müssen wir fordern: Waffenstillstand jetzt, Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Dieser Terror muss sofort aufhören, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Die Flüchtlinge, die täglich an unseren Bahnhöfen und an den Grenzübergängen ankommen, machen deutlich, wie nahe die Ukraine ist. Aus den Gesichtern der geflüchteten Frauen – es kommen hauptsächlich Frauen und Kinder – lässt sich ablesen, was sie erlebt haben. Sie sind übermüdet. Sie sind traumatisiert. Sie wissen nicht, wie es ihren Männern und Söhnen, Vätern und Brüdern geht, die den russischen Invasoren Widerstand leisten. Sie wissen nicht, was aus ihrem Land wird. Sie hoffen, zurückkehren zu können, wissen aber nicht, ob und wann. Ihnen wollen und müssen wir helfen.

Das tun wir vom ersten Tag an, und zwar alle EU-Mitgliedstaaten in großer Einmütigkeit, vor allem die unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine, aber eben auch wir in Deutschland und im Freistaat Bayern. Der Ministerpräsident hat eben bereits die Zahlen genannt: 50.000 ukrainische Flüchtlinge sind allein bei uns in Bayern schon angekommen. Es werden täglich mehr, und es werden mit Sicherheit insgesamt

bedeutend mehr werden. Ich danke deshalb allen Hilfsorganisationen und den unzähligen ehrenamtlichen Helfern, die sich Tag und Nacht um die Flüchtlinge aus der Ukraine kümmern. Vielen, vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es sind vielfach die gleichen Menschen, die in der Flüchtlingskrise 2015 gefordert waren, die gleichen Menschen, die auch jetzt durch Corona weit über zwei Jahre gefordert worden sind. Sie stellen sich wieder in den Dienst der Sache. Man muss sagen: Bei noch so guter staatlicher Organisation kann man in einer solchen Situation ohne ehrenamtliche Helfer nicht auskommen. Dies ist nicht zu schaffen. Es ist nicht zu schaffen ohne die Organisationen von: Caritas, Rotem Kreuz, Diakonie und vielen anderen mehr. Hier wird Großartiges geleistet. Auf die kann man sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke aber auch allen Menschen in Bayern, die sich ganz persönlich kümmern, die Zimmer, Wohnungen und Häuser zur Verfügung stellen oder Geld, Kleidung oder auch Spielsachen spenden. Genauso wichtig sind die Hilfstransporte in Richtung ukrainische Grenze. Auch mehrere Mitglieder meiner Fraktion waren da an den vergangenen Wochenenden im Einsatz. Auch ihnen danke ich ganz besonders. Die Solidarität und das Mitgefühl, die man in diesen Tagen erlebt, sind überwältigend. Wir können nur glücklich sein, in einem Land mit so viel menschlicher Wärme zu leben, wo die Menschen die Situation erkennen und helfen, wenn sie können.

Aber eines ist klar: Wir, also der Westen, die NATO und die Europäische Union, können, wollen und dürfen in diesen Krieg nicht militärisch an der Seite der Ukraine eingreifen. Denn niemand will eine Spirale der militärischen Eskalation in Europa in Gang setzen. Wir müssen vielmehr der Ukraine anderweitig helfen und setzen uns für ein rasches Ende der Gewalt ein, wie wir nur können. NATO und EU haben insofern in den letzten Wochen klug und verantwortungsvoll gehandelt mit einem deutlichen Signal der Abschreckung gegenüber Putin, mit schnellen, harten und wirkungsvollen Sanktionen. Das ist in einer bemerkenswerten Geschlossenheit des Westens, ja beinahe der gesamten westlichen Staatengemeinschaft gelungen, auch weltweit. Das ist in diesen dunklen Tagen ein Zeichen der Hoffnung, dass letztlich Frieden, Freiheit und Demokratie obsiegen werden. Gerade die Geschichte Europas zeigt: Brutale militärische Aggression bringt schreckliches Leid mit sich. Sie zeigt aber auch, dass solche Aggression keinen Bestand hat.

Deshalb bin ich davon überzeugt: Putin wird am Ende ganz sicher nicht als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen. Dazu werden wir auch aus Bayern und Deutschland heraus unseren Teil beitragen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die internationale Politik ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die innenpolitischen Auswirkungen dieses Krieges und die aktuelle politische Lage in Deutschland, die heute zu debattieren ist. Denn selbstverständlich sind wir als bayerische Politiker, als deutsche Politiker auch für die Menschen in unserem Land verantwortlich. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unsere Wirtschaftskraft und auch die soziale Absicherung der Menschen in Krankheit und im Alter erhalten. Ich sage ganz klar: Auch wir können anderen nur helfen, wenn wir selber wirtschaftlich leistungsfähig sind. Dies darf man insgesamt nie vergessen.

Wir sprechen dabei über zwei Themen, die unterschiedlicher nicht sein könnten: über den Krieg in der Ukraine, der leider überdeutlich macht, dass Europa keine

Insel der Glückseligen mehr ist, wie manche jahre- und jahrzehntelang geglaubt haben, und einmal mehr über die Corona-Pandemie, in der nun die wichtigsten Schutzmaßnahmen enden sollen. Aber leider wird die Pandemie nicht zeitgleich enden, meine Damen und Herren. Das Einzige, was diese beiden Themen miteinander verbindet, ist die offensichtliche, meine Damen und Herren, Handlungsunfähigkeit der Ampelkoalition in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Jeden Tag müssen SPD, GRÜNE und FDP aufs Neue erleben, dass ihre Luftschlösser wie Seifenblasen zerplatzen und dass sich die Realität partout nicht nach den politischen Wunschvorstellungen der Ampel-Parteien richten will. Deutschland und das Bündnis lassen sich nicht mit warmen Worten oder einer feministischen Entwicklungspolitik verteidigen, sondern nur mit einer funktionstüchtigen Bundeswehr. Die Energieversorgung unseres Landes lässt sich nicht sichern, indem man auf alle wesentlichen Energieträger gleichzeitig verzichtet. Und eine Pandemie lässt sich nicht dadurch beenden, dass man alle Schutzmaßnahmen und Vorsorgeninstrumente gegen die Pandemie ad acta legt. Liebe Freunde, all dies ist falsch, all dies ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist kein Wunder, dass die Menschen in Bayern in diesen Tagen nicht nur verunsichert, sondern zum Teil sogar ratlos und wütend sind. Ich verstehe, dass sie von der Bundesregierung endlich ein überzeugendes, ein konsistentes, ein berechenbares Handeln erwarten, das man im Moment aber wirklich nicht sehen kann.

Wir brauchen bei den Energiepreisen eine Entlastung. Laut einer Umfrage gestern in der "Augsburger Allgemeinen" fordern 80 % der Deutschen bei den Benzinpreisen eine Entlastung; denn sie müssen sich jeden Tag an der Tankstelle fragen, ob sie sich das Tanken in Zukunft – und somit ihr Leben – noch leisten können. Die Menschen, Familien, Pendler und der Mittelstand fordern echte Entlastungen.

Meine Damen und Herren, sie wollen kein Bürokratiemonster, wie es Herr Lindner mit seinen Tankrabatten vorgeschlagen hat. Das kommt mir ungefähr so vor wie früher das Kleben von Rabattmarken, wenn man zum Einkaufen gegangen ist. Liebe Freunde von der FDP, diese Zeiten sind vorbei. Es gibt modernere Lösungen der Problematik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Leider ist auch der Staat ein großer Profiteur der aktuell hohen Energiepreise, nämlich über die Steuern, die er auf Energie insgesamt erhebt. Steigende Energiepreise ergeben ständig steigende Mehrwertsteuerbeträge. Meine Damen und Herren, dies ist nicht richtig in einer Zeit, in der der Preis für die Menschen unglaublich problematisch wird. Hier muss der Staat reagieren. Deswegen brauchen wir sowohl für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für den Mittelstand eine Entlastung auf breiter Front, die genau hier ansetzt, und wir müssen die Energiesteuern sofort senken.

Ich habe den Worten der Kollegin Schulze entnommen, dass sie dies für sozial Schwache tun will – ich halte es für richtig, sozial Schwache bei solchen Dingen zu unterstützen –, dass sie eine breite Entlastung der Bevölkerung aber ablehnt. Meine Damen und Herren, die GRÜNEN wollen die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht entlasten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann kommt sie wieder mit ihrem Ladenhüter "Energiegeld", das in der Koalitionsvereinbarung erwähnt ist. Meine Damen und Herren, das Energiegeld war doch dafür gedacht, einen Ausgleich zu schaffen, wenn die CO₂-Bepreisung aus Gründen der Energieeinsparung nach oben geht. Wir haben seit dem Wahlkampf von dieser Geschichte nichts mehr gehört. Sie haben bis heute nicht einmal klargelegt, wie Sie es denn überhaupt auszahlen wollen. Meine Damen und Herren, das ist ein reines Ablenkungsmanöver von Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen eine Entlastung, die sofort wirkt. – Zurück zu den Zahlen: Wir haben auf Diesel eine Energiesteuer in Höhe von 45 Cent je Liter; wir haben bei den anderen Kraftstoffen, also Super und E10, 65 Cent. Meine Damen und Herren, hier könnte man ansetzen. Die Mehrwertsteuer ist die eine Sache. Ich weise aber darauf hin, dass wir aufpassen müssen, dass auch unsere mittelständischen Betriebe und unsere Handwerksbetriebe insgesamt entlastet werden und dass wir auch in Zukunft noch in Deutschland produzieren können. Dazu nützt eine reine Entlastung bei der Mehrwertsteuer nichts, da sie ein durchlaufender Posten in der Wirtschaft ist. Deswegen muss auf jeden Fall auch die Energiesteuer deutlich runter, und es sollten auch keine Rabattkarten ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sehen überhaupt kein Konzept. Jeder redet etwas anderes daher. Sie hoffen einerseits, sich mit diesem Dahergerede und Nichthandeln über die nächsten Wochen und Monate drüberzulavieren, und andererseits, dass der Spritpreis vielleicht von selber wieder fällt. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, die wir unterstützen können. Sie müssen jetzt insgesamt handeln.

Es geht aber nicht nur um eine bezahlbare, sondern auch um eine sichere Energieversorgung, und zwar gerade im Hinblick auf Energie für die Wirtschaft und die Industrie. Da sehe ich bei der Ampel überhaupt kein tragfähiges Konzept. Meine Damen und Herren, auf die Forderung nach längeren Laufzeiten für Kohlekraftwerke antworten wir mit: Nein!

Es würde überhaupt nichts bringen, wenn man aus Kohle Strom produziert. Ich weiß nicht, ob Sie festgestellt haben, dass die Strompreise ebenfalls erheblich gestiegen sind, dass die Menschen gar nicht gemerkt haben, dass die EEG-Umlage gesenkt wurde, weil in der gleichen Zeit der Strompreis extrem gestiegen ist. Deswegen ist es falsch, den Strom weiter zu verknappen. Sie müssen eine Grundlastversorgung haben. Wenn Sie die Kernkraftwerke abschalten, dann müssen Sie das weitgehend mittels Gasverstromung kompensieren. Gas ist aber teuer. Damit belasten Sie die Wirtschaft und die Menschen erneut. Das ist völlig ein Irrweg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, dass ein GRÜNER es für möglich hält, an der Kohleverstromung länger festzuhalten und die Kernkraftwerke abzuschalten, hätte vor ein paar Monaten noch niemand gedacht, wobei doch im ganzen Wahlkampf immer vertreten worden ist: Wenn man die Klimaziele nicht punktgenau einhält, und zwar aufs Jahr genau, dann wird man insgesamt die schwersten Folgen haben, und das Überleben der Menschen auf der Welt würde gewaltig gefährdet. Sie wollen jetzt überlegen, ob Sie Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen. Das ist vor allem auch für Ihre Wählerinnen und Wähler sehr überraschend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann fordern Sie den Ausbau der Windenergie natürlich gerne, immer und überall. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, auch wir wollen erneuerbare Energien; aber allein mit mehr Windrädern wird das Problem in Deutschland weder kurz- noch langfristig zu lösen sein. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen: "Mit etwas mehr Solarstrom und mehr Windrädern bekommen wir das Problem in den Griff." – Meine Damen und Herren, so ist das nicht!

Sie werfen Bayern vor, dass wir mehr als andere Länder Energie aus Russland importieren. Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist schon immer Bundespolitik gewesen und nie Politik von Ländern. Das größte Problem war für Bayern bei der Stromversorgung der Beschluss zur Abschaltung der Kernkraft – das ist völlig klar –, weil Bayern vor diesem Ausstiegsbeschluss mehr als zwei Drittel seines Stroms aus Kernkraftwerken erzeugt hatte. Deswegen haben wir natürlich auch mit diesem Beschluss mehr Probleme als andere Länder. Sie dürfen dann auch nicht vergessen, dass Bayern ein Hochindustrieland ist, das natürlich mehr Prozessenergie benötigt – um es einmal vorsichtig zu sagen – als viele andere Länder in Deutschland. Aber mit dieser Industrie und diesen Arbeitsplätzen und unseren Menschen verdienen wir das Geld in der Bundesrepublik Deutschland und finanzieren viele Projekte in Ländern, in denen Sie regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen auch endlich eine gerechte Verteilung ukrainischer Flüchtlinge. Das Schauspiel, das die Opposition in der letzten Woche in der Aktuellen Stunde aufgeführt hat, war weder diesem Hohen Haus noch dem Anlass angemessen. Die Opposition ist in einen regelrechten Überbietungswettbewerb bei den Forderungen zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge eingetreten. Sie hat sich ausgerechnet in München umgesehen, wo der Oberbürgermeister Reiter und die Landeshauptstadt für diese Fragen zuständig sind, und das offensichtlich nicht gewusst oder verkannt. Meine Damen und Herren, das ist schon beschämend. Das möchte ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich sind die Kommunen und der Freistaat bei der Bewältigung der Situation gemeinsam gefordert. Aber dafür muss zuerst einmal eine gerechte und vernünftige Verteilung der Flüchtlinge sichergestellt werden. Dabei ist der Bund gefordert, genauso übrigens wie bei der Frage der Finanzierung. Die Verantwortung zur Finanzierung der Hilfen für Flüchtlinge liegt hier ganz klar beim Bund. Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass wir gar nichts dazu beitragen; im Gegenteil, wir unterstützen viele soziale Einrichtungen für psychologische Beratungen und Beratungen in jeder Hinsicht. Für die Unterbringung und den Lebensunterhalt ist aber der Bund zuständig.

Stellt man sich allerdings hin und sagt, man könne den Menschen ohnehin nicht vorschreiben, wohin sie gehen sollen, wie dies die Bundesinnenministerin anfangs getan hat, wird man eine Herausforderung dieser Größenordnung auf Dauer ganz sicher nicht bewältigen können. Damit ist auch jenen nicht geholfen, die als Schutzsuchende zu uns kommen; denn sie geraten dann in Situationen, die nicht mehr zu bewältigen sind. Deshalb, meine Damen und Herren, sind der Bund und das Innenministerium dringend aufzufordern, diese Verteilung in Deutschland gerecht vorzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Drittel der Ukraine-Flüchtlinge, die bisher in Deutschland angekommen sind, sind in Bayern angekommen. Leider, meine Damen und Herren, macht Bayern nicht ein Drittel der Bundesrepublik Deutschland aus. Wir hätten zwar nichts dage-

gen, wenn wir noch größer wären, aber wir haben schon einen weit überproportionalen Beitrag geleistet.

Deshalb fordern wir klare Regelungen. Auch bei der europäischen Verteilung müssen entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Es nützt nichts, wenn die anderen EU-Länder zusichern, Flüchtlinge aufzunehmen, aber sie dort nicht ankommen. Wenn wir nicht aktiv die Rolle der EU einfordern und selbst etwas tun, werden nur sehr wenige Flüchtlinge in Spanien und Portugal ankommen, meine Damen und Herren. Das ist ganz natürlich. Stattdessen werden sie dort verbleiben, wo sie zunächst eingetroffen sind. Wenn Polen die Aufnahme nicht mehr schaffen kann – in Polen leisten sie Unglaubliches, man muss ihnen enorm danken, es ist hervorragend, was sie tun, aber sie können dies nicht allein bewältigen –, werden viele, viele Flüchtlinge zu uns kommen. Ich bin dafür, dass wir die Flüchtlinge gleichmäßig in Europa verteilen.

Liebe Freunde, wir brauchen auch endlich Klarheit bei der Bundeswehr sowie mehr Wertschätzung für unsere Soldatinnen und Soldaten. Auch SPD und GRÜNE müssen heute erkennen, dass die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes kein Anachronismus ist. Ich sage hier ganz bewusst, meine Damen und Herren: Heute rufen plötzlich auch diejenigen nach der Stärkung der Bundeswehr, die noch vor wenigen Jahren öffentliche Gelöbnisse unserer Soldatinnen und Soldaten bekämpft haben.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich nehme ich die Union von der Mitverantwortung für den Verteidigungsetat nicht aus, aber Tatsache ist: Alle Initiativen der Union, die die Bundeswehr stärken sollten, sind in den vergangenen Jahren am Koalitionspartner SPD gescheitert. Erstens. Die Beschaffung bewaffneter Drohnen wurde durch die SPD jahrelang blockiert. Zweitens. Die Sicherung der nuklearen Teilhabe, die jetzt plötzlich möglich ist, meine Damen und Herren, weil man amerikanische Flugzeuge kauft, ist immer blockiert und von SPD-Fraktionschef Mützenich als absurdes, überholtes Konzept bezeichnet worden. Das 2-%-Ziel der NATO bei den Verteidigungsausgaben wurde durch Bundesfinanzminister Scholz höchstselbst 2019 zur Halbzeit aus dem Regierungsprogramm gestrichen. Dies ist die traurige Bilanz der bisherigen Verteidigungspolitik der heutigen Kanzlerpartei SPD. Noch viel größer als die viel beschworene Zeitenwende durch den Ukraine-Krieg ist daher die sicherheitspolitische Kehrtwende der aktuellen Bundesregierung ausgefallen, meine Damen und Herren. Sie ist zwar in der Sache absolut richtig, bedauerlich ist aber, dass sie eines Krieges bedurft hat, meine Damen und Herren.

Umso wichtiger ist es, dass das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nun auch tatsächlich effektiv und möglichst unbürokratisch bei der Bundeswehr ankommt und dieser zugutekommt. Dass die GRÜNEN und manche in der SPD dieses Sondervermögen teilweise schon wieder zweckentfremden wollen – wir lesen es in der Presse –, lässt erneut Schlimmstes befürchten. Hier steht jedoch der Kanzler im Wort. Die Bundesregierung darf es sich nicht erlauben, dass das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten einmal mehr enttäuscht wird.

Die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr ist nur das eine. Darüber hinaus braucht es ein klares Bekenntnis der Politik und Gesellschaft zur Bundeswehr und zu unseren Soldaten. Ich kann mich noch lebhaft an die zahlreichen Debatten auch in diesem Haus erinnern, in denen GRÜNE und teilweise auch die SPD selbst den Besuch von Jugendoffizieren in Schulen verbieten wollten, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf: Bravo!)

Insofern darf man sich nicht wundern, wenn die Armee Probleme mit ihrer Personalstärke hat, meine Damen und Herren, weil viele werben dürfen, aber die Bundeswehr, die unsere Sicherheit verteidigt, nicht. Unsere Soldatinnen und Soldaten verteidigen tagtäglich unsere Freiheit gegen äußere Bedrohung. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und unsere besondere Wertschätzung. Vielen Dank an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun noch einige Anmerkungen zum Thema Corona, die in diesen Tagen angebracht sind. Die Corona-Pandemie ist weiter hoch aktiv. In den USA sind in der Omikron-Welle mehr Menschen an COVID-19 gestorben als in der Delta-Welle. Das muss man sich vor Augen halten, wenn man von totaler Harmlosigkeit spricht. In China steigen die Fallzahlen erneut rasant an. Wir haben glücklicherweise noch eine beherrschbare Situation in unseren Krankenhäusern, aber niemand Geringerer als Bundesgesundheitsminister Lauterbach spricht im Hinblick auf die aktuellen Todeszahlen auch in Deutschland von einer unhaltbaren Situation.

Die Zahlen sind immer noch sehr hoch. Beobachten Sie sie jeden Tag! Wir haben uns nur daran gewöhnt, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass es schon höhere gab, aber die Lage ist immer noch ausgesprochen erschreckend. Die bundesweite 7-Tage-Inzidenz bei den Neuinfektionen hat einen weiteren Höchststand erreicht. Wir befinden uns auf einem Allzeithoch in dieser Pandemie, was die Fallzahlen anbelangt. Das Infektionsgeschehen nimmt also leider weiter an Fahrt auf. Das sind die Fakten.

Gleichzeitig soll aber ausgerechnet in dieser Woche bundesweit ein Auslaufen aller weitergehenden Corona-Maßnahmen beschlossen werden. Wie schon bei der Beendigung der epidemischen Lage mitten in der Delta-Welle im November hat die Ampelkoalition wieder ein fatales Timing gewählt und trifft Entscheidungen, die mit der Realität nicht im Geringsten zusammenpassen. Sie haben keine Ahnung von Gesundheits- und Pandemiepolitik, meine lieben Freunde!

(Beifall bei der CSU)

Aber nicht nur das: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde so desaströs auf Gleis gesetzt, dass eine vernünftige Umsetzung kaum möglich ist, ganz zu schweigen von der allgemeinen Impfpflicht, bei der man aufgrund der Uneinigkeit innerhalb der Ampel-Regierung und der fehlenden politischen Führung durch den Bundeskanzler inzwischen berechtigte Zweifel haben muss, ob diese überhaupt weiterverfolgt wird, liebe Kollegen. Das Basispaket, das der Bund für die Zeit nach dem 20. März zum Corona-Schutz vorschlägt, ist leider das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Niemand will die aktuellen Maßnahmen unverändert fortführen. Dies wäre im Hinblick auf die Lage in den Krankenhäusern falsch. Bayern hat sogar in verschiedenen Punkten früher als andere Bundesländer die Weichen für Lockerungen gestellt, um sich an Omikron und die veränderte Lage anzupassen. Aber die von der Bundesregierung nun zur Verfügung gestellten Instrumente sind schlichtweg völlig unzureichend und nicht praktikabel für ein wirksames und schnelles Krisenmanagement, falls die Bedrohung wieder zunimmt und ein Gegensteuern notwendig wird.

So kann man natürlich auch den Freedom Day umsetzen, den die FDP schon vor Monaten gefordert hat. Die FDP und die Ampel setzen den Freedom Day um, indem man sich als Bund einfach vom Acker macht. Wenn die Ampel-Parteien eine rasche Durchseuchung des ganzen Landes wollen, sollten sie dies den Menschen

offen sagen. Für das Wohl dieses Landes ist es dagegen völlig verantwortungslos, alle Maßnahmen aufzuheben. Deshalb ist es richtig, Herr Ministerpräsident, wenigstens die Übergangsfrist bis zum 2. April auszunutzen, um das Infektionsgeschehen zu verlangsamen. Es kommt auf die richtige Balance und das Augenmaß an.

Auf den Vorwurf, meine Damen und Herren, wir hätten in dieser Zeit in den Krankenhäusern und den Schulen nichts getan, erwidere ich: doch, natürlich! Wir haben die Intensivkapazitäten an unseren Krankenhäusern ausgebaut. Die Schulen haben – dies wird verkannt – das Programm mit den Raumlüftern insgesamt wesentlich besser angenommen, als es hier immer gesagt wird. Viele Schulen haben diese Instrumente und haben die Möglichkeiten genutzt. Wir haben dafür viel Geld in die Hand genommen, meine Damen und Herren, und wir werden dies auch weiter tun, um unsere Menschen insgesamt zu schützen. Frau Kollegin Schulze hat vorhin ausgeführt, es sei wegen der finanzpolitischen Solidität des Bundes nicht möglich, die Menschen von diesen riesigen Energiepreisen zu entlasten. Wenn es aber darum geht, dass der Freistaat Bayern etwas finanzieren muss, meine Damen und Herren, dann ist jede Ausgabe möglich, dann wird jede Ausgabe gefordert und jede Schuldenaufnahme vertretbar.

(Beifall bei der CSU)

Das passt nicht zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hoffnung allein war noch nie ein guter politischer Ratgeber. Sowohl bei Corona als auch bei unserer äußeren Sicherheit müssen wir uns für den Ernstfall wappnen und schützen, damit dieser möglichst überhaupt nicht eintritt. Dazu muss man aber Verantwortung übernehmen, auch wenn es schwierig ist. Man muss ein klares Konzept haben und danach handeln. Man muss sich von eigenen Wunschvorstellungen, wie die Ampel sie pflegt, verabschieden, man muss sich den tatsächlichen Herausforderungen anpassen. Das stellt die Staatsregierung in Bayern im Kampf gegen Corona seit über zwei Jahren unter Beweis. In Berlin ist bei der Ampel-Regierung davon aber weit und breit nichts zu erkennen. Hier hilft nur ein Prinzip, meine Damen und Herren, nämlich die Hoffnung nicht aufzugeben. Manchmal lernt man auch noch etwas dann, wenn man in einer Dreier-Koalition in der Regierungsverantwortung ist.

Meine Damen und Herren, ich bin trotzdem optimistisch, dass wir auch die beiden Krisen, die ich heute thematisiert habe, am Ende überwinden werden. Das wird uns viel Kraft kosten, das wird auch viel Zeit in Anspruch nehmen. Das sind beides keine Dinge, die morgen erledigt sind. Wir müssen zusammenhalten in unserem Land, dann werden wir die Dinge auch vernünftig vorwärtsbringen. Meine Damen und Herren, darauf vertrauen wir. Die Koalition in Bayern wird die dafür richtigen Maßnahmen beschließen. Gott schütze Bayern!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Kreuzer, Ihr Ministerpräsident Söder hat eben endlich, endlich den Flatterstrom kritisiert und die Windkraft beerdigt. Das ist übrigens nur eine von ganz vielen AfD-Positionen, die Sie in den letzten Jahren hier immer abgeschmettert haben. Ich nenne noch die Bundeswehr, die Wehrpflicht, die heimische Produktion in der Landwirtschaft und der Industrie, ebenso unsere Forderung nach Energiesicherheit durch heimische Braunkohle, Gas und natürlich Kernenergie, die hier auf dem Tisch war. Wann sehen Sie endlich ein,

dass die Photovoltaik ein genauso flatterhafter Strom ist, der nicht nur unzuverlässig ist, sondern auch umweltunverträglich und umweltschädlich? Ich nenne nur die Flächenversiegelung, die Aufheizung des Mikroklimas und die Todesfalle.

(Unruhe)

Ihre CSU und Herr Söder reagieren immer nur auf eine Krise nach der anderen, opportunistisch und populistisch zwar, aber häufig eben zu spät, wie sich das jetzt bei den Energiepreisen zeigt, die schon vor dem Krieg durch die Decke gegangen sind. Hier nun meine Frage: Warum nehmen Sie die AfD-Positionen überhaupt nicht wahr bzw. warum sind Sie aus Prinzip immer nur dagegen? Wann betreiben Sie endlich eine vorausschauende Politik und nehmen unsere Oppositionsstimmen endlich einmal wahr?

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer, bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Prof. Hahn, wir nehmen die AfD-Positionen wahr, wir halten sie aber für vollkommen falsch. Das ist das Problem. Deshalb können wir Ihren Vorschlägen nicht folgen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir von den fossilen Energiequellen wegmüssen, dass wir eine Energiewende, und viel, viel mehr erneuerbare Energien brauchen. Dafür ist die Solarenergie eine Möglichkeit. Das müssen wir aus Gründen des Klimaschutzes vorantreiben. Ich sage aber auch: Auch künftige Generationen brauchen noch für viele Jahre Öl, für chemische Prozesse etc. Deshalb wäre es unverantwortlich, jetzt fossile Energiequellen einfach aufzubrechen und zu verbrennen. Das ist klimaschutzwidrig, und das wäre auch nicht nachhaltig, meine Damen und Herren. Wir sind aber keine Klimaleugner wie Sie von der AfD.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zur nächsten Zwischenbemerkung hat sich Herr Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön, Herr von Brunn.

Thomas Kreuzer (CSU): Sie sprechen doch selbst noch, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Ja, aber ich wollte die Gelegenheit nutzen, um mit Ihnen persönlich zu sprechen. Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich habe Ihrer Rede sehr genau zugehört. Sie haben von der Ukraine geredet. Dann haben Sie furchtbar auf die Berliner Koalition, auf die Fortschritts-Koalition geschimpft. Vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen, aber vor einigen Tagen kam das neue Politbarometer heraus. SPD und GRÜNE legen erneut zu, große Zufriedenheit mit der Regierung. Kanzler Olaf Scholz ist der beliebteste Politiker in Deutschland. Markus Söder ist leider fast der unbeliebteste, nur Sahra Wagenknecht ist noch unbeliebter. Vielleicht sollten Sie sich damit auseinandersetzen. Ich lasse Ihnen das gerne ausdrücken und in der Fraktion vorbeibringen, Herr Kreuzer.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Und Sie sind der Unbekannteste in Deutschland, oder?)

– Oh, oh.

(Unruhe)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr von Brunn, am Ende einer Legislaturperiode wird abgerechnet. Im Moment haben wir die Situation, dass die Menschen beunruhigt

sind und viele Angst haben, dass es auch zu einem Krieg in Deutschland, in der NATO kommt. In schwierigen Zeiten unterstützen wir als Opposition natürlich auch die Bundesregierung. Deshalb ist es normal, dass sich ein Volk um seine Regierung schart, wenn die Zeiten so schwierig sind. Solche Zeiten sind immer Zeiten, in denen Regierungen und gerade der Regierungschef profitieren. Ich sage Ihnen aber eines: Mit Ihrer Energiepolitik, mit dem Ganzen, was Sie sonst so betreiben, was wir heute angesprochen haben, sind die Leute überhaupt nicht zufrieden. Ich bin jeden Tag unterwegs. Ich will Ihnen gar nicht sagen, was die Leute in dieser Beziehung von der Bundesregierung halten, das ist nämlich weniger als nichts, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Das ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte noch um etwas Geduld. An dieser Stelle wieder einen herzlichen Dank an die Offiziantinnen und Offizianten, die sich weiterhin so um unsere Gesundheit bemühen!

(Beifall)

Bitte schön, Herr Abgeordneter Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es sind erschütternde Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen. Die russische Regierung hat auf europäischem Boden einen sinnlosen Krieg losgetreten, der bereits Tausende Opfer gefordert hat. Unzählige Frauen und Kinder sind auf der Flucht, und wir alle wollen ihnen nach Kräften helfen. Sehr geehrte Kollegen, dieser Krieg in der Ukraine bringt nicht nur massive wirtschaftliche Verwerfungen mit sich, er hat auch schonungslos die Defizite Ihrer Regierungspolitik offengelegt. Herr Söder, Sie haben heute zahlreiche Forderungen der AfD vorgetragen, die Sie während Ihrer Regierungszeit aber nie umgesetzt haben, weder im Bund noch im Land. Das werde ich später noch ausführen.

(Beifall bei der AfD)

Über 16 Jahre hat die Union die Wehrfähigkeit der Bundeswehr regelrecht sabotiert. Jetzt aber soll sie laut Ihnen, Herr Söder, in einem Jahr wiederhergestellt werden. Das ist Satire. Wir, die AfD, warnen seit vielen Jahren davor, dass unsere Armee auf einen Ernstfall nicht vorbereitet ist. Panzer wurden darauf ausgelegt, dass auch Schwangere darin Platz finden. Das wurde durchgesetzt von einer CDU-Ministerin. Was für ein Unsinn! Als die AfD die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert hat, haben Sie einen Skandal daraus gemacht. Jetzt aber kann es Ihnen nicht schnell genug gehen, unsere Forderung eins zu eins zu übernehmen.

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auch schockartig auf unsere Wirtschaft aus. Das liegt auch daran, dass wir bereits stark geschwächt in diese Krise hineingestolpert sind. Hohe Steuern und Abgaben, eine irrationale Energiewende und eine Staatsverschuldung haben unser Land ausgeblutet. Die hausgemachte Inflation infolge der verantwortungslosen Gelddruckerei enteignet die Menschen in der gesamten Eurozone. Der Gesamthaushalt aus Bund, Ländern und Gemeinden war zum Ende des dritten Quartals mit 2,3 Billionen Euro verschuldet.

Der Ukraine-Konflikt zeigt auch, dass unsere Lebensmittelversorgung in Gefahr ist. Unsere Landwirtschaft war bereits durch eine fahrlässige Agrarpolitik stark geschwächt. Dafür ist die CSU verantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Schon jetzt gibt es Versorgungsengpässe bei den Düngemitteln. Die Landwirte können die Preise kaum noch zahlen. Herr Söder, Ihre politisch erzwungene Ernährungswende mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen", auf das Sie aufgesprungen sind, hat sich verheerend auf die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft ausgewirkt. Anstatt weiter Klimapredigten zu halten, sollten Sie mit Ihrer Staatsregierung aus dem Elfenbeinturm krabbeln und für eine lebensfähige Landwirtschaft kämpfen.

Auch beim Thema Energie zeigt sich, wie brutal und kaltherzig die Regierung gegen die eigenen Bürger vorgeht. Hätten Sie in der Energiepolitik in den letzten Jahren auf uns gehört, dann gäbe es jetzt keine Spritpreise von 2,50 Euro. Wir als AfD waren die einzige Partei, die gegen die Einführung dieser abzockerischen CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel gestimmt hat, und wir haben bereits lange vor der Energiepreiskrise die Absenkung der Energie- und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe sowie die Erhöhung der Pendlerpauschale gefordert. Die Spritpreise lägen jetzt bei circa 1,30 Euro, wenn man unseren Vorschlägen gefolgt wäre.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das damals völlig absurd gefunden, und heute fordern Sie exakt das Gleiche. Herr Ministerpräsident, Sie scheinen heimlich unsere Anträge zu studieren. Anders kann man sich Ihre jüngsten Äußerungen nicht erklären. Das kann man, weil es gerade gut passt, auch Beobachtung der AfD nennen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Hätten Sie bei der Stromversorgung mit uns zusammengearbeitet, dann hätten wir heute auch keine Strompreise von über 30 Cent je Kilowattstunde. Wir als AfD wollten den bewährten Strom-Mix aus konventionellen Kraftwerken, Kernenergie und einem Teil erneuerbaren Energien beibehalten. Den auch mit der CSU beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie wollten wir verhindern. Ungefähr 2,5 Cent kostet bei abgeschriebenen Atomkraftwerken eine Kilowattstunde. 21 Anträge haben wir dazu gestellt. Diese haben Sie völlig abwegig gefunden, und heute fordern Sie diese Dinge selbst. Setzen Sie sich auch in Zukunft dafür ein, dass die Mehrwert- und Energiesteuer gesenkt werden, die CO₂-Abgabe abgeschafft wird und die Stromsteuer und die EEG-Umlage gestrichen werden. Die Kraftstoffpreise sollten auf 1,30 Euro je Liter und die Strompreise auf unter 30 Cent je Kilowattstunde gedeckelt werden. Dazu haben wir 35 Anträge gestellt. Diese haben Sie alle abgelehnt.

Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland sollten vor allem die Kriegstreiber und die russischen Oligarchen treffen. Sie müssen gut abgewogen sein und dürfen nicht zur Zerstörung unserer eigenen Wirtschaft oder zur Abschmelzung elementarer Bedürfnisse unserer Bevölkerung führen. Rohstoffimporte sind besonders sensibel. Die Gasimporte aus Russland sind kurzfristig unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, auch in der Corona-Krise haben Sie alle von den Kartellparteien unserer Gesellschaft bislang nur Schaden zugefügt. Sie haben mit verfassungswidrigen Verordnungen die gesamte Bevölkerung eingesperrt und unsere Grundrechte dauerhaft außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig haben Sie mit Ihren völlig nutzlosen Lockdowns weitere Teile von Wirtschaft und Kultur vernichtet. Laut DIHK haben die Corona-Beschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 zwischen 350

und 400 Milliarden Euro an Wertschöpfung gekostet. Herr Aiwanger – jetzt ist er leider nicht mehr da – sagte wörtlich – das habe ich selbst gehört –, dass die Wirtschaft mit den Corona-Maßnahmen wissentlich und willentlich an die Wand gefahren werde. Es ist jetzt Zeit, alle Corona-Beschränkungen auslaufen zu lassen und unseren Bürgern Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben. Darauf haben die Menschen ein Anrecht.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Kollegen, zur Bundestagswahl haben Sie alle von den Kartellparteien versprochen, dass es keine Impfpflicht geben wird. Ich erwarte hier und heute von Ihnen die verbindliche Zusage, dass Sie zu Ihrem Wort stehen. Keine Impfpflicht – das haben Sie alle versprochen.

Weltweit wurden nahezu alle Corona-Beschränkungen längst aufgehoben. Lassen Sie die Menschen endlich in Frieden. Geben Sie vor allem unseren Kindern ihr Leben zurück. Wir sind doch hier nicht in China! Einige von Ihnen haben in der Corona-Krise anscheinend Gefallen daran gefunden, einen autoritären Regierungsstil zu pflegen. Wir als AfD werden jeder Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte entschlossen entgentreten.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern Sie auf, sich von ideologischen Hirngespinnsten zu verabschieden und das Land mit einer konservativen Wende wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, mit einer Bundeswehr, die verteidigungsfähig ist, mit einer Landwirtschaft, die Nahrungsmittel produziert, und mit einer Energieversorgung, die günstig und zuverlässig ist. Stärken Sie unser Land, indem Sie sich von allen Corona-Maßnahmen verabschieden. Geben Sie den Menschen ihr Recht auf Selbstbestimmung zurück!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mannes. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, Sie haben absolut richtig angefangen, als Sie gesagt haben, es sei ein Unrecht, was in der Ukraine passiert. Aber ich habe bei der Wahl des Bundespräsidenten die zweifelhafte Erfahrung gemacht, neben den Ihrigen zu sitzen. Ich möchte wissen, ob Sie sich davon distanzieren, dass von Ihrem Herrn Höcke, als der Bundespräsident über die Ukraine gesprochen hat, Buh-Rufe und unflätige Aussagen kamen. Niemand Ihrer Kameraden, der dabei war, hat sich dagegen verwahrt. Eine Frau Weidel sagt, das Problem sei die Ukraine. Sie haben einen Eugen Schmidt, der behauptet, wir hätten keine Demokratie. Auch wenn Sie heute so weichgespült sind: Wo ist Ihr Rückgrat, sich von solchen Unverschämtheiten und Despektierlichkeiten, von Buh-Rufen bei der Wahl eines Bundespräsidenten, zu distanzieren? Sie können nicht einmal A und einmal B sagen. Wenn Sie es rechtsstaatlich und demokratisch sehen, dann müssen Sie sich von Ihren eigenen Kameraden distanzieren. So kann es nicht sein. Bitte streuen Sie uns keinen Sand in die Augen. Wir glauben Ihnen das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Mannes, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Das war eine interessante Ausführung. Ich denke, ich habe heute klargemacht: Die Regierung hat in den letzten 16 Jahren schlecht gearbeitet. Sie hat viele Dinge nicht gemacht, die sie jetzt als Forderungen übernommen hat.

Das ist der wesentliche Punkt. Das nennt man nicht weichgespült, sondern vernunftorientiert.

Nun zu dem anderen Thema. Selbstverständlich bin ich nicht der Aufpasser meiner eigenen Kollegen. Sie erzählen mir das jetzt so. Ich weiß von nichts. Ich war auch in Berlin.

(Zurufe)

Sich frei zu äußern ist ein Recht. Wir sind alle frei gewählte Abgeordnete und können alle unsere Meinung sagen. Jede Partei braucht eine gewisse Breite. Und eines sage ich Ihnen: Wir sind sehr wohl rechtsstaatlich, und die Beobachtung, die jetzt beschlossen wurde, da wir ein Verdachtsfall seien, ist völlig ungerechtfertigt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Dies ist Herr Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Daran, wie sich der globale Westen zu Putins Überfall auf die Ukraine verhält, entscheidet sich nicht weniger als die Frage, ob das 21. Jahrhundert, ob dieses unser Jahrhundert den liberalen Demokratien mit all ihren Errungenschaften von Frieden, Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gehört oder ob jetzt gewissermaßen das Comeback der vermeintlich starken Männer droht. Umso wichtiger ist eine ebenso entschlossene wie geschlossene Antwort des Westens auf diesen außenpolitischen Amoklauf des Kremls.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube und sage, dass ich mir die entschlossene Reaktion der Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf SWIFT, im Hinblick auf die Waffenlieferungen in die Ukraine womöglich ein, zwei Tage früher gewünscht hätte, dass ich mir gewünscht hätte, man hätte früher und entschlossener den historisch bedingten Platz deutscher Außenpolitik an der Außenlinie der Weltpolitik verlassen und jene Verantwortung übernommen, die uns gemäß Bevölkerungsstärke und gemäß Wirtschaftskraft zusteht. Aber am Ende des Tages wurde der richtige Kurs gewählt. Das gilt für Berlin genauso wie für München. Zwischenzeitlich stehen wir nicht nur qua Krawatte zu unseren Werten, nein, wir sind bereit, unser Scherflein dazu beizutragen, dass dieses 21. Jahrhundert den liberalen Demokratien gehört, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen: Bayern hat kein eigenes Heer. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf den Konflikt konkret in der Ukraine bleiben naturgemäß überschaubar. Aber ich meine, wir können insbesondere im humanitären Bereich einen gewaltigen Beitrag leisten. Wir können ihn leisten, Herr von Brunn, weil wir – entgegen Ihrer scharfen Kritik – beispielsweise dank Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Pandemielager vollgemacht haben, sodass wir den Menschen, die jetzt dringend unsere Hilfe brauchen, tatsächlich helfen können. Wir können helfen, weil es in den Kommunen, bei unseren Landrätinnen und Landräten hohe Einsatzbereitschaft gibt.

Wir können vor allen Dingen deshalb helfen, weil derzeit eine gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft der Menschen durch unser Land schwappt. Dafür will ich ein-

gangs meiner Rede namens meiner Regierungsfraktion – ich denke, auch im Namen des gesamten Hohen Hauses – von Herzen "Vergelts Gott!" sagen, insbesondere all den ehrenamtlich Tätigen, die den Menschen helfen, die vor dem Bombenhagel aus ihrer Heimat fliehen mussten. Sie zeigen das humanitäre Gesicht Bayerns. Vielen Dank für Ihren Einsatz. Wir sind stolz auf Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Putins Krieg trifft aber nicht einzig die Menschen, die unmittelbar davon betroffen sind und aus ihrer ukrainischen Heimat fliehen müssen. Putins Krieg trifft auch die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern. Ja, wir müssen auch unsere Heimat krisenfest machen. Deshalb will ich drei Handlungsfelder benennen, auf denen nach fester Überzeugung von uns FREIEN WÄHLERN jetzt zu handeln ist.

Erster Aspekt: Schutz für geflüchtete Menschen. Wir haben während dieser gesamten, so schwierigen Phase der Corona-Pandemie Leben gerettet und die Menschen in Bayern gut geschützt. Wir FREIEN WÄHLER sind der festen Überzeugung, dass das damals zum geflügelten Wort gewordene Credo des Herrn Ministerpräsidenten – "Whatever it takes!" – jetzt in gleicher Weise gelten muss, nämlich für die Menschen, die vor dem Bombenhagel in ihrer Heimat durch ganz Europa zu uns flüchten, weil sie unseren Schutz brauchen. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass diese gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft in Bayern nicht abermals – wie 2015 – dadurch torpediert wird, dass Politik Chaos stiftet und die Stimmung zum Kippen bringt. Deshalb müssen Dinge wie die Verteilung der Flüchtlinge – Thomas Kreuzer hat darauf hingewiesen –, die Registrierung, die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und die Beschulung – vielen Dank an unseren Kultusminister Prof. Michael Piazzolo für seine jüngsten Initiativen – diesmal besser funktionieren als 2015.

Meine Damen und Herren, deshalb kann ich es Ihnen auch nicht ersparen, noch ein paar Worte darüber zu verlieren, was wir letzte Woche am Münchner Hauptbahnhof erlebt haben. Es hat mich maßlos geärgert, wie sich die sonst von mir hochgeschätzte Kollegin Demirel dazu in der vergangenen Plenarsitzung geäußert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Münchner Hauptbahnhof ist das freundliche Gesicht Bayerns. Der Münchner Hauptbahnhof ist die Visitenkarte Bayerns. Dort zeigt sich, wie wir mit diesen schutzsuchenden Menschen umgehen. Für die Situation dort ist eben nicht die Staatsregierung verantwortlich. Mir klingt noch in den Ohren, was ihr 2015 von den GRÜNEN und den Roten alles vorgeworfen wurde. Nein, meine Damen und Herren, zuständig ist hier die Münchner Stadtregierung. Es sind diejenigen von Rot und Grün, die uns seit 2015 in allen Sonntagsreden erklären, was wir besser machen müssten. Dann stehe ich mit Vizepräsident Hold an diesem Hauptbahnhof und sehe: Es fehlt an allem – an Strom, an Toiletten, an Tests. Für gar nichts war dort gesorgt.

Wenn ich das gefilmt und Ihnen gezeigt hätte, dann hätten Sie gesagt: Holt die Menschen dort heraus und bringt sie nach Deutschland! – Das war aber nicht in der Ukraine. Das war am Hauptbahnhof in München, dort, wo die GRÜNEN und die Roten Verantwortung tragen.

Deshalb sei Kollegin Demirel und Kollegin Schulze noch einmal ganz deutlich auf gut Bairisch gesagt: Reden Sie nicht nur in den Sonntagsreden gescheit daher, sondern nehmen Sie dort, wo Sie Verantwortung tragen, diese auch wahr und sorgen Sie dafür, dass den Menschen geholfen wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweites Handlungsfeld: Energiepolitik. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist es schon angekungen: Wir müssen unser Land krisenfest machen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in Bayern nicht Kriegsopfer, nicht Opfer von Putins Aggression werden, ob an der Tankstelle oder in sozialen Zusammenhängen. Die Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch. Der Ministerpräsident hat die Senkung der Mehrwertsteuer vorgeschlagen. Der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger hat den Spritpreisdeckel vorgeschlagen. Gern können wir im Sinne dessen, was Kollegin Schulze sagte, auch über den ÖPNV reden und dieses Handlungsfenster entsprechend nutzen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aber, dass diejenigen, die in Berlin darüber entscheiden müssen, jetzt aus dem Selfie-Modus herausgekommen, die Ampel-Betriebsstörung beheben und ins Machen kommen. Das kann nicht im Sommer passieren. Im Sommer, wenn niemand mehr heizen muss, brauchen wir keine Heizkostenunterstützung. Hören Sie in Berlin auf zu reden, und beginnen Sie zu handeln!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neben dieser kurzfristigen Dimension bedarf es auch einer langfristigen Perspektive. Es gilt das Credo – unser energiepolitischer Sprecher Rainer Ludwig hat es in der vergangenen Woche ausbuchstabiert –: Wir müssen uns vom Tropf Russlands lösen. Wir dürfen den Wohlstand und die Arbeitsplätze der Menschen in Bayern nicht länger dem Gutdünken eines offenbar verrückt gewordenen Autokraten im Kreml anheimstellen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir die richtigen Antworten finden. Übergangstechnologien wie die Atomkraft und die Kohle sind möglicherweise kurzfristig das Mittel der Wahl. Aber langfristig – meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich – muss uns doch klar sein: Unsere Antwort darauf, dass Putin die Uhr der Geschichte zurückdrehen will, darf sich nicht darin erschöpfen, dass wir sagen: Dann drehen wir eben das Rad unserer Energiepolitik zurück in die Vergangenheit, ins letzte Jahrhundert.

Unsere Antwort darf sich nicht darin erschöpfen, dass wir jetzt einzig in Kohle und Atom flüchten. Das mag kurzfristig, als Übergang, richtig sein. Insgesamt müssen wir weg vom Tropf Russlands. Das gelingt, indem wir dieses Window of Opportunity, dieses Handlungsfenster, nutzen und jetzt den Turbo für die Erneuerbaren zünden, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zurück in unsere Heimat holen und uns von diesen geopolitischen Faktoren unabhängig machen. Wir brauchen wie für die Bundeswehr auch für den Umbau der deutschen Energieversorgung ein Sondervermögen. Das ist das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland. Wir brauchen einen europäischen Industriestromkreis.

Wir brauchen vor allem schnellere Umsetzungs- und Genehmigungsverfahren. Es kann nicht sein, dass der BUND Naturschutz so lange klagt, bis der Kreml uns den Gashahn abstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Drittes und letztes Handlungsfeld, das ich benennen möchte: Sicherheitspolitik. Wir müssen konstatieren, dass das ersehnte "Ende der Geschichte" – Fukuyama 1989 – ausgeblieben ist. Ja, wir müssen darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, dass die internationale Ordnung auch im Jahr 2022 kein Ponyhof ist.

Ich bin sehr dafür – ich habe in Internationalen Beziehungen promoviert –, dass das Primat bei der Diplomatie zu liegen hat. Aber wir müssen erkennen, dass Diplomatie und Verhandlungen nur dann erfolgreich sein können, wenn im Hintergrund

eine wehrfähige Demokratie steht. Es wird nur dann mit dir verhandelt, wenn auch Wehrhaftigkeit und Wehrfähigkeit gegeben sind. Das ist die notwendige Bedingung, um diplomatisch erfolgreich zu sein. Deshalb ist es richtig und wichtig, das Kaputtsparen der Bundeswehr zu beenden. Deshalb ist es richtig und wichtig, über ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, ein Bürgerjahr, zu diskutieren; Kollege Pohl wird für meine Fraktion dazu im Detail Stellung nehmen. Wir müssen aufwachen und die Zeichen der Zeit erkennen.

Wir müssen darüber hinaus innenpolitisch noch einiges tun, nämlich ganz klar analysieren. Ich habe mich geärgert, dass uns die AfD in der Aktuellen Stunde in der vergangenen Woche dazu belehren wollte – ausgerechnet dazu. Wir müssen erkennen und deutlich benennen, wer in den letzten Jahren auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik wie unterwegs war. Deshalb sei es auch in diesem Hohen Haus einmal klar und deutlich ausgesprochen: Hätten wir uns in der Russland-Politik in den letzten Jahren auch nur ein Jota an dem orientiert, was in den Parteiprogrammen von DIE LINKE und AfD steht, dann stünde Europa jetzt am Abgrund, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich mit der zweiten großen Krise dieser Tage schließen. Es ist ja der Wahnsinn, den wir gemeinsam zu bewältigen haben. Die Corona-Krise ist, weiß Gott, nicht vorbei, und die nächste große historische Krise – siehe die Lage in der Ukraine – ist bereits über uns hereingebrochen. Zu Corona gibt es aus Sicht unserer Regierungsfraktion – das ist kein Geheimnis – eine zweistufige Sichtweise: eine kurzfristige und eine langfristige Perspektive. Kurzfristig – das ist bekannt – sind wir fest davon überzeugt, dass es richtig ist, sich jetzt, in dieser Phase des Frühlings, des Sommers, auf das eigentliche Ziel unserer Corona-Politik zu besinnen, nämlich darauf zu verhindern, dass Krankenhäuser überlastet werden.

Deshalb glauben wir auch, dass es richtig ist, nicht länger wie das Kaninchen vor der Schlange nur auf die Inzidenz zu starren. Es ist gut, dass sich der Bund einmal mehr an dem orientiert, was wir aus Bayern heraus vorgeschlagen haben: nämlich an unserer bayerischen Krankenhausampel. Es gibt jetzt die Chance, wieder mehr Normalität, mehr Freiheit zu ermöglichen. Wenn der Trend bei den Krankenhäusern so bleibt – und ich hoffe, der Trend bleibt so, es zeigen sich ja auch schon wieder andere dunkle Marker am Horizont –, dann ist das auch der Zeitpunkt, um wieder mehr Freiheit, mehr Normalität zu ermöglichen, keine Frage.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, so klar wie all die Krisenlagen dieser Tage, so klar ist eines: nämlich dass auf den Frühling und auf den Sommer wieder ein Herbst folgen wird, ein Herbst, in dem angesichts der geringen Impfquote in anderen Teilen dieser Erde gar nicht davon auszugehen ist, dass der überregionale Mutationsdruck abnimmt. Im nächsten Herbst wird sich entscheiden, ob wir im Sommer die Hausaufgaben gemacht haben, ob wir aus den letzten beiden Pandemiesommern etwas gelernt haben oder nicht. Mit anderen Worten: ob dann dieses Pendelspiel – im Sommer normal, im Winter Lockdown, im Sommer normal, im Winter Lockdown – weitergeht oder ob es uns endlich gelingt, diese Krise final zu überwinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz deutlich, dass es uns FREIEN WÄHLERN entschieden zu wenig ist, was in Berlin auf den Weg gebracht wird. Da ist die Ampel immer noch in der Betriebsstörung, und da verursacht sie an dieser so wichtigen, zentralen Kreuzung unseres gemeinsamen Weges aus der Pandemie heraus ein heilloses Chaos.

Deshalb sage ich auch in dieser Frage, in der Frage der Impfkampagne, der Anpassung von Impfstoffen, in all den Dingen, die für den nächsten Winter wichtig

sind: Bitte kommen Sie endlich aus dem Selfie-Modus raus und machen Sie unser Land, machen Sie die Menschen in Deutschland krisenfest für den nächsten Winter. Wachen Sie endlich auf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit der Bemerkung schließen, dass wir aus Bayern heraus die beiden großen Krisen unserer Zeit leider nicht unmittelbar beeinflussen können. So gerne wir Corona beenden würden – am liebsten mit einem Federstrich –, so gerne wir Putin zur Räson bringen würden: beides können wir nicht tun.

Was wir aber tun können, meine sehr verehrten Damen und Herren: dafür sorgen, dass die Menschen in unserer Heimat gut durch diese historischen Krisen kommen. Deshalb lassen Sie uns Bayern krisenfest machen. Das liegt in unserer Verantwortung, und zwar in der Art und Weise, wie der Ministerpräsident es heute für die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU skizziert hat. Lassen Sie uns weiterhin Bayern und seine Menschen gut beschützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Mehring. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Florian von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am 24. Februar hat Wladimir Putin die Ukraine überfallen und einen verbrecherischen Angriffskrieg begonnen, der bereits Tausende von Menschen das Leben gekostet hat. Zugleich hat er damit die Hoffnung auf dauerhaften Frieden mit Russland zerstört, die wir alle nach dem Jahr 1989, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, hatten. Bundeskanzler Olaf Scholz hat zu Recht in seiner Regierungserklärung am 27. Februar von einer Zeitenwende gesprochen.

Olaf Scholz hat recht: Es geht um die Frage von Krieg und Frieden in Europa, mit der Gefahr eines heißen Krieges zwischen NATO und Russischer Föderation, mit hin einer nuklearen Eskalation. Es geht natürlich um die Menschen in der Ukraine. Es geht aber auch um die Zukunft aller Menschen in Europa. Es geht um ganz alltägliche Fragen: wie die Menschen jetzt ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen, gerade Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und nicht viel Geld auf der hohen Kante haben. Vor allem geht es jetzt aber auch darum, dass wir den Menschen in der Ukraine und den Menschen helfen, die vor den Angriffen, die vor Todesgefahr flüchten – mit allen Möglichkeiten, die wir haben. Bayern muss als reiches Bundesland hier natürlich vorangehen. Das ist unsere humanitäre Pflicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind also in einer Situation, in der eigentlich alle politischen Kräfte zusammenstehen sollten, in der kleinlicher Parteienstreit um des eigenen Vorteils willen zurückstehen sollte. Deswegen bin ich auch froh und dankbar, dass auch der Ministerpräsident unserer Einladung gefolgt ist und bei unserer Demonstration auf dem Königsplatz gesprochen hat.

Aber Stichwort Parteienstreit: Ich habe den Eindruck, dass das leider bei der CDU unter Friedrich Merz und der CSU unter Markus Söder nicht der Fall ist. Ich hatte den Ministerpräsidenten eigentlich so verstanden, dass jetzt alle zusammenarbeiten müssen, gerade eben wieder. Aber es dauert immer nur wenige Tage, manchmal vielleicht auch nur ein paar Minuten, und er macht schon wieder das Gegenteil. Dann wird Opposition um jeden Preis gemacht, weil er damit offensichtlich

hofft, politischen Profit zu erzielen. Er zeigt keine Verantwortung für das große Ganze, sondern es geht ihm um parteipolitischen Eigennutz.

(Beifall bei der SPD)

Es geht ihm nicht um die Menschen, nicht um Deutschland, nicht um Bayern, es geht ihm vor allem um ihn selbst, um Markus Söder. Er will durch Fundamentalopposition gegen die Ampel für sich politisches Kapital herauschlagen. Dazu kommt noch, dass viele der Vorschläge, die hier gemacht werden, unseriös sind, egal ob in der Frage der Energieversorgung oder der Energiepreise.

So wird gefordert, man solle prüfen, ob die noch nicht stillgelegten Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen können, ob das etwas bringt. Die Bundesregierung hat das sorgfältig geprüft und objektiv und transparent gezeigt, dass es nichts bringt. Trotzdem fordert die CSU weiterhin eine Verlängerung der Laufzeiten

(Zuruf)

und streut auf unredliche Art und Weise Zweifel an der Prüfung. Das zeigt: Ihnen geht es nicht um eine Lösung, sondern es geht Ihnen um pure Opposition und eigennützige Vorteile.

(Beifall bei der SPD)

Zudem versuchen Sie durch solche Manöver, von den eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken. Sie haben in Bayern – man muss es einfach immer wieder sagen – die ertragreichste und günstigste Form der Energieerzeugung vollständig ausgebremst: die Windkraft. Windkraft ist im Übrigen im Gegensatz zur Atomkraft eine sichere Form der Energieerzeugung. Hätten wir so viele Windräder wie im SPD-regierten Brandenburg, bräuchten wir in Bayern längst kein russisches Gas mehr zur Stromerzeugung.

Ich will den Ministerpräsidenten an der Stelle schon korrigieren, weil er hier einfach Falschinformationen verbreitet hat: Wir brauchen nicht 3.000 Windräder, um die drei noch laufenden Atomkraftwerke zu ersetzen, sondern man geht eigentlich davon aus, dass 200 bis 300 Windräder pro Atomkraftwerk ausreichend sind. Vielleicht sollte man ihm das an der Stelle auch sagen.

Bayern hat durch die falsche Politik von Horst Seehofer und Markus Söder in dieser Hinsicht ein erhebliches Modernisierungsdefizit. Sie schaden damit der Zukunft unseres Bayern, und Sie schaden der bayerischen Wirtschaft. Statt Bayern zu einem Vorzeigeland für die Energiewende zu machen und den Anspruch zu formulieren, auch die bayerische Industrie vollständig mit klimaneutraler Energie zu versorgen, ist der Freistaat – und das ist eine Tatsache – unter der CSU das Bundesland mit der höchsten Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Das ist eine Bankrotterklärung für Ihre Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD)

Den immer wieder vorgetragenen Verweis auf die Wasserkraft empfinde ich in diesem Zusammenhang als geradezu lächerlich. Die Wasserkraft wurde vor über 100 Jahren in Bayern eingeführt. Wenn Sie sich jetzt auf diese berufen und hier von großen Potenzialen sprechen, zeigt das nur, dass Sie in der Vergangenheit leben und kein Konzept für die Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD)

Weil es gerade darum geht: Jetzt hat der Ministerpräsident davon gesprochen, man müsse die Vergütung für die kleine Wasserkraft erhöhen. Das haben Sie doch

schon längst gemacht. Da haben doch Ramsauer und Nüßlein, die beide Wasserkraftwerke haben, erfolgreich lobbyiert. Vielleicht sollte man das an der Stelle auch mal erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat, Herr Kreuzer, ist bei den erneuerbaren Energien leider nur ein Scheinriese. Auch wenn Sie und auch der Herr Aiwanger sich die Situation gerne schönreden, wird im Freistaat nicht mal die Hälfte des hohen Strombedarfs aus eigener Produktion durch erneuerbare Energien gedeckt. Damit rangieren wir eben hinter anderen Bundesländern, hinter sieben anderen Bundesländern, hinter Schleswig-Holstein, hinter Mecklenburg-Vorpommern, hinter Brandenburg und müssen Strom importieren. Das ist die Wahrheit.

Wenn wir wirklich unabhängig von Putins Gas werden wollen, müssen wir jetzt endlich den Windkraft-Stopp 10 H aufheben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir auch in unserem Dringlichkeitsantrag letzte Woche ein bayarisches Sofortprogramm für den Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert, um richtig Tempo zu machen bei der Nutzung von Windenergie, von Geothermie, beim Ausbau des klimaneutralen Verkehrs und der Wärmegewinnung.

Natürlich sind die hohen Energiepreise für viele Menschen ein großes Problem. Das ist ein großes soziales Problem. Um das zu wissen, brauchen wir aber nicht Markus Söder und die CSU. Genau deswegen hat die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz vielfache Hilfen und Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Wir heben den Steuergrundfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar um fast 400 Euro an. Wir erhöhen den Arbeitnehmerpauschbetrag um 200 Euro. Die Pendlerpauschale wird angehoben. Die EEG-Umlage wird zum 1. Juli dieses Jahres komplett abgeschafft. Damit werden viele Haushalte deutlich bei den Stromkosten entlastet. Wir gewähren Grundsicherungsempfängern eine Einmalzahlung und erhöhen den Heizkostenzuschuss. Das sind gezielte Entlastungen für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land, die besonders von den hohen Öl- und Gaspreisen betroffen sind. Das zeigt: Wir handeln, Sie reden nur.

(Beifall bei der SPD)

Dabei werden wir es aber nicht belassen. Wir werden angesichts der weiter steigenden Heizkosten, Benzin- und Strompreise auch weitere Entlastungen für die Menschen und auch für die Wirtschaft beschließen. Wir wollen und wir werden den Menschen helfen und Arbeitsplätze in Deutschland und in Bayern sichern. Sie hingegen wollen politisches Kapital aus der Krise schlagen.

Das zeigt sich auch an Ihrer Forderung nach einer Senkung der Mehrwertsteuer. Die ist nach europäischem Recht nicht zulässig, das Bundesfinanzministerium hat das ausführlich geprüft. Sie nehmen sich jetzt Polen als Vorbild. Dort wird das gemacht. Sie sollten vielleicht aber auch daran denken, dass manche Länder in der Europäischen Union es mit dem europäischen Recht nicht ganz so genau nehmen. Ich weiß nicht, ob Polen für uns ein gutes Vorbild ist. Für uns ist es das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Vorschlag ist also nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch ökonomisch falsch. Sie nehmen damit nicht nur Mitnahmeeffekte von Energieunternehmen und Spekulanten in Kauf, sondern unterstützen damit jene, die nicht auf staatliche Un-

terstützung angewiesen sind. Müssen wir jetzt Porsche-Cayenne-Fahrern einen staatlichen Zuschuss zum Tanken geben?

(Beifall bei der SPD)

In einem sozialen Staat sollen jene die Zuschüsse bekommen, die sie brauchen, und nicht die, die sie nicht brauchen. Es gibt viel bessere und zielgenauere Hilfen, die die Bürgerinnen und Bürger entlasten, zum Beispiel Energieschecks wie in Frankreich oder Direktzahlungen, wie es der Corona-Familien-Bonus war. Das ist eine Lösung, die aber noch durch Entlastungen für Gewerbetreibende und Unternehmen ergänzt werden muss. Daran arbeiten wir, weil wir die Menschen bei den hohen Energiepreisen deutlich entlasten wollen.

Ich persönlich kann mir aber auch vorstellen, dass wir zusätzliche Gewinne von Energieunternehmen durch den Krieg kappen. Frankreich macht das. Tatsache ist nämlich, dass weder die gestiegenen Rohölpreise noch die Steuern den starken Anstieg der Benzin- und Dieselpreise erklären. Hier versuchen doch bestimmte Konzerne und Spekulanten in schamloser Weise, vom Krieg zu profitieren und zusätzliche Profite einzufahren. Dazu habe ich von Herrn Söder merkwürdigerweise noch kein Wort gehört.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kreuzer, wollen Sie das durch staatliche Maßnahmen noch befördern? – Wir wollen das jedenfalls nicht. Seit Jahren hören wir von Ihnen übrigens auch nichts zu den ständig steigenden Mieten in vielen Teilen Bayerns. Diese fressen bei vielen Menschen die Hälfte des Einkommens oder noch mehr auf. Das aber scheint Sie nicht zu interessieren. Das, was Markus Söder und die CSU als Problem beim Lebensunterhalt der Menschen ausmachen, ist schon sehr selektiv.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen Punkt erwähnen, der zeigt, dass Herr Söder und Herr Merz an einer konstruktiven und gemeinsamen Lösung in Wahrheit nicht so interessiert sind. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro vorgeschlagen. Obwohl wir, die SPD, uns immer als Partei der Abrüstung verstehen, verschließen wir uns nicht der Realität. Ich erwähne nur das Stichwort "Zeitenwende". Deutschland braucht angesichts der aggressiven, skrupellosen und kriegstreiberischen Politik von Wladimir Putin eine verteidigungsfähige und gut ausgerüstete Bundeswehr, die ihren Bündnisverpflichtungen und ihrer Verantwortung besonders in Europa nachkommen kann.

Als Olaf Scholz am 27. Februar im Bundestag seine Pläne vorgestellt hat, hat die Union stehend applaudiert. Sie haben selbst davon gesprochen, diese Vorschläge mitzutragen. Nur wenige Tage später stellt aber Herr Söder auf Twitter alle möglichen Oppositionsforderungen auf und versucht schon wieder Schlagzeilen zu produzieren. Auch das zeigt: Ihnen geht es nicht um die Sache und um das Gemeinwohl, sondern Ihnen geht es nur um den parteipolitischen Vorteil.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch daran erinnern: Sie fordern etwas, was die Verteidigungsminister der Union, den CSU-Verteidigungsminister Freiherr von und zu Guttenberg eingeschlossen, 16 Jahre lang nicht geschafft haben. Diese jahrelange Misere ist nicht nur mit fehlendem Geld begründet. Sie liegt auch an mangelnder Führungsfähigkeit oder, um es deutlicher zu sagen, an der politischen und organisatorischen Unfähigkeit von Unionspolitikern.

(Beifall bei der SPD)

Das belegen die Dauerprobleme bei der Beschaffung. Der jahrelange Umgang mit dem fehlerhafteten Gewehr G36, das Problem in Hammelburg, wo seit 20 Jahren erfolglos versucht wird, ein Schwimmbad für die Bundeswehrekaserne zu bauen, weil das dortige Staatliche Bauamt mit zu wenig Personal ausgestattet ist, oder auch der millionenschwere Skandal um die Gorch Fock und das Problem mit einem neuen schweren Transporthubschrauber für die Bundeswehr sind nur einige wenige Beispiele. Im Fall der Gorch Fock sind übrigens wegen des Verdachts der Korruption im Januar die ersten Anklagen erhoben worden. Wenn Sie die Diskussion seriös führen würden, müssten Sie solche Probleme auch offen und ehrlich ansprechen. Das tun Sie aber nicht, und ich frage mich, warum.

(Beifall bei der SPD)

Beispiele für Missmanagement, Geldverschwendung und so weiter wie bei der Gorch Fock bilden eine Überleitung zum heutigen zweiten Thema, zu Corona. Herr Söder, bei Ihrem Corona-Management hat wirklich nur die Vetternwirtschaft Ihrer Partei funktioniert. Sie haben Millionen verschleudert, und Frau Tandler, Herr Sauter und Herr Nüßlein haben sich die Taschen vollgemacht.

(Beifall bei der SPD)

Der Untersuchungsausschuss "Maske", den wir durchgesetzt haben, hat schon erste wichtige Ergebnisse gebracht. Ich sehe Markus Rinderspacher. Ich halte fest: Niemand in Bayern hat so teure Masken eingekauft wie die Staatsregierung. Rund 11 Euro hat sie für eine Emix-Maske ausgegeben, nur weil Frau Tandler und Frau Hohlmeier bei der Staatsregierung angeklopft und Sie dafür die Tür aufgemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit den Herren Nüßlein und Sauter? – Die Kassenärztliche Vereinigung hat mitgeteilt, dass Nüßlein es auch dort versucht hat. Dort hat man aber das Angebot sofort abgelehnt. Warum? – Es hat nicht den Kriterien entsprochen, Herr Bausback. So einfach ist das. Bei der Staatsregierung waren die Kriterien aber offenbar anders. Kommt das Angebot von einem Parteifreund, wird es angenommen. Das, lieber Herr Söder, ist auch Ihr Corona-Krisen-Management in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt bringt sich der Bayerische Ministerpräsident wieder als Corona-Warner in Stellung. Einmal ist er das selbsternannte Team Vorsicht, aber mit den höchsten Corona-Zahlen aller Bundesländer, dann erklärt er sich plötzlich zum Team Freiheit, und jetzt spielt er wieder im Team Maske. Über Neujahr hat er Verständnis für Impfgegner entwickelt, nachdem er vorher noch die Impfpflicht ab 12 Jahren gefordert hat. Jetzt schimpft er wieder darüber, dass die Maßnahmen nicht hart genug sind. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wollen Sie nicht umsetzen. Gleichzeitig geht Ihnen nicht alles weit genug. Ja, was denn nun? Für was stehen Sie denn eigentlich in der Corona-Politik?

(Beifall bei der SPD)

Das kann wahrscheinlich niemand genau sagen. Eines steht aber fest: Der Ministerpräsident spielt vor allem im Team Eigennutz. Wenn er überhaupt einen politischen Kompass hat, dann zeigt er keine klare Richtung, sondern dann zeigt er nur auf ihn selbst, auf Markus Söder.

(Beifall bei der SPD)

Die Ampel wird einen soliden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Es wird Basischutzmaßnahmen geben, es wird Hotspot-Regelungen geben, und übrigens ist bei allen Regelungen der Bayerische Landtag zu beteiligen. Sie haben es über zwei Jahre hinweg nicht geschafft, das Parlament wirklich maßgeblich zu beteiligen. Sie haben allenfalls symbolische Beteiligungen praktiziert.

(Beifall bei der SPD)

Fest steht, dass wir einen Weg aus der Pandemie brauchen. Ja, wir sollten mehr Freiheit und Eigenverantwortung wagen. Die Vorsicht und Umsicht dürfen wir dabei aber nicht vergessen. Wenn ich mich richtig erinnere, waren das zu Anfang des Jahres auch Markus Söders Worte. Der Unterschied ist nur, dass unser Gesundheitsminister Karl Lauterbach – im Gegensatz zu anderen ein Mann vom Fach – darauf achtet, dass es nicht leichtsinnig zugeht. Er hält Kurs und wechselt nicht ständig die Richtung. Jetzt sagt Markus Söder plötzlich, wir wüssten nicht, was im Herbst kommt. Ich sage Ihnen: Deswegen setzen wir auf die Impfpflicht. Statt aber Zweifel und Sand ins Getriebe zu streuen, wäre es richtig, dieses Vorhaben zu unterstützen und gemeinsam und konstruktiv den Weg aus der Pandemie zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Bundeskanzler Olaf Scholz hat zusammen mit Karl Lauterbach die Umsicht und das Augenmaß, das Markus Söder fehlt. Herr Kreuzer, Sie reden über die epidemiologische Lage. Die Fortschrittskoalition in Berlin hat die Schulen den ganzen Winter über offengehalten, weil uns das wirklich wichtig war und weil wir statt mit Ankündigungen und Shows mit Umsicht und Augenmaß vorgegangen sind. Während andere nach einem Lockdown gerufen haben, hat uns Olaf Scholz ohne Lockdown und ohne Schulschließungen sicher durch den Winter gebracht. Deutschland steht bei Corona, seit Olaf Scholz Bundeskanzler ist, im internationalen Vergleich gut da.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mehring, Sie haben nicht einmal in Bayern die vereinbarte 2G-plus-Regel in Wirtshäusern umgesetzt. Jetzt beschwert sich der Ministerpräsident, dass die geplanten Corona-Maßnahmen nicht ausreichen. Sehen wir uns einmal die aktuellen Zahlen in Bayern an. Wir haben jetzt schon wieder eine Inzidenz von rund 2.000, bei der Impfquote stehen wir aber bei mageren 73,8 %. Es wartet noch viel Arbeit auf Sie. Das ist natürlich schwieriger, als eine Schlagzeile zu produzieren oder sich in eine Talkshow einladen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, was ich glaube? – Der erneute Sinneswandel von Markus Söder in der Corona-Politik ist den hohen Infektionszahlen und damit Ihrem eigenen Kurswechsel, Herr Herrmann, vom Jahresende geschuldet. Sie tragen die Verantwortung für die hohen Corona-Zahlen in Bayern, weil Sie die Vorschläge von Olaf Scholz, Karl Lauterbach und der Ministerpräsidentenkonferenz hier nicht umgesetzt haben. Sie haben wieder einen Egotrip mit schlimmen Folgen veranstaltet. Jetzt wollen Sie die Verantwortung auf die Bundesregierung schieben. Ich sage Ihnen: Das ist billig.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie lieber Ihre Hausaufgaben in Bayern, statt ständig Forderungen nach Berlin zu richten und zu schimpfen. Das Politbarometer zeigt, es kommt bei den Menschen nicht gut an. Olaf Scholz ist viel beliebter als Söder. Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD steigt in den Umfragen. Das ist die Wahrheit. Wir brauchen endlich einen klaren Kurs in der Corona-Politik. Wir müssen die Men-

schen, die aus der Ukraine in der Not zu uns kommen, gut unterbringen und versorgen. Dabei müssen wir unsere Städte und Gemeinden unterstützen. Das machen wir auch gleich in der "Aktuellen Stunde" zum Thema. Bayern braucht gute Politik, die die Aufgaben anpackt und Probleme löst. Bayern braucht keine Dauerwerbesendung in eigener Sache. Wir brauchen Einsatz für den Menschen, für Bayern und für das Allgemeinwohl, statt Eigennutz und Ego-Show. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Das ist die dritte Zwischenbemerkung von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr von Brunn, ich muss etwas zum Thema regenerative Energien nachfragen. Gerade haben Sie tatsächlich behauptet, dass ein Kernkraftwerk ungefähr 200 bis 300 Windkraftträgern in Bayern entspreche. Jetzt rechne ich Ihnen einmal etwas vor. Sie sagen mir, wer recht hat.

Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, ich verstehe Sie leider nicht richtig.

Gerd Mannes (AfD): Darf ich fragen? Oder wollen Sie es nicht hören?

Florian von Brunn (SPD): Wenn ich Sie nicht verstehe, nützt es nichts.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte Sie, die Frage von Anfang an und laut zu stellen.

Gerd Mannes (AfD): Andere Zwischenbemerkungen waren heute auch schon sehr leise. Das kann ich bestätigen. Ich versuche, ganz nah an das Mikrofon gehen.

Ich frage noch einmal zur Energiewende: Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen produziert 1.300 Megawatt. Ein Kernkraftwerk hat – das kann man so sagen – 7.800 Volllaststunden. Damit wären das – 1.300 mal 7.800 – ungefähr 10 Millionen Megawattstunden Strom. Für eine Windkraftanlage in Bayern kann man die 3-Megawatt-Klasse zugrunde legen. Eine Windkraftanlage hat jedoch nur 1.600 Volllaststunden pro Jahr. 3 Megawatt mal 1.600 Volllaststunden sind 4.800 Megawattstunden Strom. Wenn Sie das teilen, brauchen Sie in der Realität – das ist nicht die Nennleistung – 2.100 Windkraftträger. Jetzt sagen Sie mir, ob Sie Ahnung von erneuerbaren Energien haben oder ich?

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, 200 bis 300 große neue Windräder können das leisten. Das wurde vielfach, übrigens auch von Energieexperten, berechnet. Ich stelle aber fest, dass die AfD heute wieder sehr viel heiße Luft produziert, die man leider nicht zur Energiegewinnung nutzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie noch am Pult. Es geht weiter mit Zwischenbemerkungen. – Entgegen der Ansage spricht jetzt jedoch Herr Prof. Dr. Winfried Bausback. Bitte schön, Herr Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr von Brunn, sind Sie ernsthaft der Meinung, dass Beliebtheitswerte eine Aussagekraft für eine erfolgreiche Krisenbewältigung haben? Sind Sie ernsthaft der Ansicht, dass es die Abschreckungskraft der Bundeswehr steigert, wenn man in Hammelburg von den 100 Milliarden Euro ein

Schwimmbad baut? – Das wollen Sie offensichtlich. In einem Punkt haben Sie recht: In dieser Krisenzeit brauchen wir keine Ego-Shows. Die größte Ego-Show, die ich erlebt habe, war jedoch Ihre, Herr von Brunn. Die Punkte, die Sie aufgezählt haben, waren zum Teil so absurd, dass sie keinen Ansatz für eine Krisenbewältigung bieten. Ich sage Ihnen: Wenn jemand mit einem Finger auf andere zeigt, zeigen drei Finger zurück. Das ist Ihnen eben gerade passiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Bausback, ich merke, dass Sie sich über die Umfragewerte im Politbarometer geärgert haben. Das merkt man einfach. Sie haben sich über Ihre schlechten Umfragewerte und die schlechten Umfragewerte von Markus Söder geärgert. Ich glaube, am meisten zeigt Markus Söder mit dem Finger nach Berlin. Ich weiß nicht, was Sie haben.

Wenn die Bauverwaltung eines Landes für den schlechten Zustand von Kasernen und Projekten zuständig ist, ist es richtig, das anzusprechen. Das können Sie natürlich unter den Teppich kehren, wie Sie alle Probleme der Bundeswehr, die die Union verursacht hat, gerne unter den Teppich kehren. Wir werden das als Opposition jedoch im Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten ansprechen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

– Sie sind doch gar nicht mehr dran. Als Jurist kennen Sie doch die Geschäftsordnung.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das war's. – Damit komme ich zur nächsten Rednerin. Das ist Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst Corona und jetzt die Ukraine – das sind zwei große Krisen hintereinander. Da gibt es wirklich viel zu stemmen. Ich gebe als Oppositionspolitikerin unumwunden zu, dass die Staatsregierung hier keine leichte Aufgabe zu stemmen hat. An dieser Stelle ist gutes Krisenmanagement gefragt.

Wie ist die Situation gerade in Bayern? – Ich nehme drei Bilder aus der letzten Woche. Am Dienstagabend jubeln 25.000 Fans in der Allianz Arena für den FC Bayern. Das sei ihnen herzlich gegönnt. Am Samstag laufen drei Jugendliche mit einem Bollerwagen und einer Musikbox durch den Landkreis Ansbach und bekommen eine Strafanzeige, weil sie keine Masken getragen und die Mindestabstände nicht eingehalten haben. Das nächste Bild war am Mittwoch am Münchner Hauptbahnhof. Einige von uns haben es erlebt. Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN waren auch dort. Es waren auch viele Stadträte da. Der Saal, in dem die vielen Geflüchteten auf Feldbetten schlafen mussten, war komplett überfüllt, stickig und hat gestunken. Es gab keine Lüftung und keine Corona-Tests. – All das ist letzte Woche mitten in Bayern passiert.

Krisenmanagement sieht meines Erachtens anders aus. Ich bin sehr dankbar, dass uns die vielen ehrenamtlichen Helfer alle auf den Plan gerufen haben. Ich bin dankbar für den Weckruf der Helfer. Ja, es war richtig zu intervenieren. Es war gut, dass die Presse Druck aufgebaut hat. Dafür bedanke ich mich sehr. Danach ist endlich etwas passiert. Die Situation auf dem Hauptbahnhof hat sich inzwischen sehr stark gebessert. Zwar gibt es noch viel zu tun, aber es ist eine klare Besserung festzustellen.

Es steht jedoch eine Riesenkrise bevor. Rund 2,9 Millionen Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und Senioren, haben bereits ihr Heimatland, die Ukraine, verlassen. Sie sind vor Panzern, Bomben und Raketen geflüchtet. Nach Bayern kommen Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschen. Im Vergleich zu den 2,9 Millionen Menschen ist das keine so große Zahl. Für uns und die Ehrenamtlichen, die vor Ort sind, ist das jedoch eine riesig große Zahl. Hinter jeder Zahl steht ein Einzelschicksal. Gestern war ich zu verschiedenen Stellen unterwegs, wo Geflüchtete betreut wurden. Ich habe unter anderem mit einer Frau in der Kleiderkammer gesprochen. Sie sagt, das Schlimmste seien Kinder, die reinkämen und keinen Blickkontakt suchten. Sie merkt, wie traumatisiert diese Kinder sind. Es ist ein Segen, dass es die Ehrenamtlichen, die Wohlfahrtsverbände und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen und Landkreise gibt, die schon seit Beginn der Flüchtlingskrise die Ärmel hochkrempeln und sich Tag und Nacht bemühen, diese Menschen unterzubringen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP)

Der Bund hat jetzt den Königsteiner Schlüssel für die Verteilung angekündigt. Herr Ministerpräsident, Sie mokieren sich über den Bund. Wenn beim Bund etwas schief läuft, dann geben wir das gerne weiter. Wir sind aber hier im Landtag, und Sie sind die Landesregierung.

(Dr. Markus Söder (CSU): Die Staatsregierung, nicht die Landesregierung!)

– Sie sind die Regierung eines Bundeslandes. – Was können wir hier in diesem Freistaat Bayern, in diesem Bundesland, tun? Wie können wir uns die Ehrenamtlichen zum Vorbild nehmen, zum Beispiel die Münchner Freiwilligen und die vielen anderen, die nicht auf die Regierung zeigen und sagen, was dort alles schief läuft, sondern die einfach zupacken? – Dieses Zupacken erwarte ich auch von der Bayerischen Staatsregierung.

Wo ist der Krisenstab für die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Bayerns? Wer koordiniert, dass die Menschen, die in den Großstädten ankommen, in die Gemeinden verlegt werden, die über Aufnahmekapazitäten verfügen? Wieso unterstützt die Staatsregierung nicht die Privathaushalte, die bis zu acht Personen aufnehmen und auf den Kosten sitzen bleiben? Herr Ministerpräsident, in dieser Situation ist proaktives und pragmatisches Handeln gefragt.

(Beifall bei der FDP)

Vor allem eines: Beenden Sie den Behördenschwungel. Mein Kollege Alex Muthmann hat mir gestern folgende Situation aus Niederbayern geschildert: Eine geflüchtete Frau im Rollstuhl hat in einer Gemeinde anderthalb Stunden lang alle möglichen Angaben gemacht. Anschließend wurde ihr gesagt, sie müsse zum Landratsamt gehen. Der Kollege hat dann beim Landratsamt angerufen und gesagt, es könne doch nicht sein, dass diese Dame zum Landratsamt muss. Das Landratsamt habe daraufhin erklärt: Nein, die Dame müsste nicht zum Landratsamt Passau, sondern solle zum Anker-Zentrum in Deggendorf fahren. Das ist doch ein Behördenschwungel hoch zehn. In München müssen sich die Menschen meines Wissens bei der Bezirksregierung registrieren, beim KVR ihren Wohnort melden, bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltsgenehmigung und schließlich noch beim Sozialamt Unterstützung beantragen. Dabei wird jedoch keine Ausbildung und kein Beruf erfasst und noch kein Kind in der Schule angemeldet. Wie sollen denn Fachkräfte hier integriert werden, wenn wir überhaupt nicht wissen, wer sie sind?

Wir brauchen einen One-Stop-Shop, der sich um das ganze Meldeverfahren und um den Zugang zum Arbeitsmarkt kümmert. Die Leute müssen da abgeholt wer-

den, wo sie sind. Unter diesen Menschen sind Lehrerinnen und Erzieherinnen. Die Kinder brauchen jetzt eine Tagesstruktur. Das muss man doch zusammenführen. Es gibt da großartige Beispiele: In München hat ein Hotelier privat eine Schule gegründet. Das sollte ein Vorbild sein.

Ein weiteres Thema ist die Gefahr des Menschenhandels. Ich habe letzte Woche im Rahmen einer Zwischenbemerkung – ich hatte dafür nicht viel Zeit – den Innenminister darauf angesprochen. Er sagte, die Polizei sei für dieses Thema sensibilisiert. Ich erwarte mir aber etwas anderes. In den ersten Tagen wurden sehr viele Frauen vermittelt, ohne dass die Adressen derer, die diese Frauen aufgenommen haben, erfasst worden sind. Wir dürfen vor dem Thema Menschenhandel die Augen nicht verschließen. Deshalb muss es ein zentrales Register und die Möglichkeit von Kontrollen geben. Ich denke, jeder, der Menschen in seriöser Absicht aufnimmt, erwartet, dass hier nachgefragt und kontrolliert wird. Das sind Gott sei Dank sehr viele Menschen, bei denen wir uns sehr herzlich bedanken müssen.

Die Frauen brauchen einen Flyer in ukrainischer Sprache, der sie darüber informiert, wohin sie sich wenden können, wenn bei der Aufnahme etwas schief läuft. Das muss 24 Stunden am Tag möglich sein. Momentan gibt es eine Hotline zum Thema Flucht, wo aber niemand zu erreichen ist. Diese Hotline ist angeblich rund um die Uhr besetzt. Die Bundesregierung hat die Einrichtung einer App angestoßen, die auch das Thema Menschenhandel behandeln soll. Jede Geflüchtete muss aber schon bei der Ankunft die nötigen Informationen erhalten.

Ich möchte etwas zu Frau Schulze sagen: Frau Schulze hat eine Bemerkung gemacht, in der sie die Freiheit von Menschen im Krieg mit den Masken in einen grünen Suppentopf geworfen hat, um gegen die FDP zu polemisieren. Ich fand das unsäglich. Richten Sie Frau Schulze bitte aus, dass ich von ihr erwarte, dass sie sich für diese Bemerkung entschuldigt.

(Beifall bei der FDP)

Noch kurz zu den Spritpreisen: Sie wissen, dass der Heizkostenzuschuss, die Pendlerpauschale und der Grundfreibetrag erhöht werden. Die EEG-Umlage wird vorzeitig ausgesetzt. Grundsicherungsempfänger erhalten eine Einmalzahlung. Außerdem wird es an den Tankstellen einen Krisenrabatt in Höhe von 40 Cent geben. Natürlich passt es Ihnen nicht, dass die Bürger an den Tankstellen sehen werden, dass Herr Lindner einen Krisenrabatt eingeführt hat. Ihre Rabattmarken-Fantasie ist dagegen unsäglich.

Herr Kreuzer, natürlich ist es nicht so, dass jede Tankrechnung erfasst werden soll. Der Staat agiert mit der Mineralölwirtschaft auf der Basis der Gesamtmenge des verkauften Sprits. Sie müssten eigentlich wissen, dass die Senkung der Mehrwertsteuer EU-rechtlich so nicht möglich ist. Sie müssten auch wissen, dass die Energiesteuer maximal um 29,5 Cent zu senken ist. Sie haben eben 50 Cent ins Spiel gebracht, um unsere 40 Cent zu übertrumpfen. Das ist aber ein Luftschloss, das wie eine Seifenblase zerplatzt, um Herrn Kollegen Kreuzer zu zitieren. Der Krisenrabatt kommt dagegen sofort im Geldbeutel an. Vielleicht werden Sie sich selbst auch einmal an der Tankstelle darüber freuen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den fraktionslosen Kollegen Oskar Atzinger zu seiner Jungferrede aufrufen. Bitte schön, Herr Atzinger.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Nulla salus bello, pacem te poscimus omnes" – so schrieb der römische Dichter Vergil vor mehr als 2.000 Jahren. "Im Krieg liegt kein Heil, dich, Frieden, fordern wir alle." Die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine ist meiner Meinung nach die Folge einer expansiven Politik der NATO, die die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands ignoriert.

(Zurufe)

Ich bin kein Ukrainer, sondern Deutscher, genauer gesagt Bayer. Daher sind unsere Sanktionen nichts anderes als ein Schuss ins eigene Knie.

(Zuruf: Wer hat Sie bezahlt?)

– Ich habe genug Geld. – Die USA und China werden als lachender Dritter bzw. Vierter aus dieser Krise herausgehen. Ja, ich habe Angst, dass sich der Ukraine-Konflikt zu einem Flächenbrand ausweitet. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, wo sich die Konfliktparteien als Schlafwandler verhielten, besteht jetzt die Gefahr, dass der Konflikt absichtlich geschürt wird, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

(Beifall bei der AfD)

Ich bin nicht bereit, mich am größten medizinischen Experiment der Menschheitsgeschichte, auch Corona-Impfung genannt, zu beteiligen. Daher werde ich seit einem Jahr diskriminiert.

(Zurufe)

Ich bin inzwischen mehr als 50 Mal getestet worden. 31 Tests habe ich mitgebracht, weitere 20 liegen bei meinem ehemaligen Arbeitgeber. Alle waren negativ.

(Zurufe)

Trotzdem durfte ich monatelang nicht ins Wirtshaus, und ich darf immer noch nicht ins Schwimmbad.

(Zurufe)

– Darf ich mal um Ruhe bitten? – Wie Sie sehen, bin ich deswegen nicht verhungert. Aber nach mehr als vier Monaten ohne Schwimmbad bekomme ich inzwischen Krampfadern. Die Corona-Maßnahmen schädigen also meine Gesundheit und auch die vieler anderer Menschen in diesem Staate.

(Zurufe)

– Schwimmen, nicht waschen!

Herr Söder, die Worte "Pacta sunt servanda" aus Ihrem Mund finde ich unheimlich spaßig; denn Sie sind inzwischen zu einem Drehhofer 2.0 mutiert. Enden möchte ich mit einem Zitat von Galileo Galilei respektive von Bertolt Brecht:

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Wir haben eine Intervention von Frau Schmidt.

Oskar Atzinger (fraktionslos): Von welcher Fraktion?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Normalerweise tut man es niemandem an, bei der ersten Rede gleich eine Intervention nachzuschieben. Ich verstehe jetzt, warum Sie nicht einmal von der AfD aufgenommen worden sind. Sie sind sogar für die AfD zu weit am rechten Rand. Hier ist nicht der richtige Platz, um sich um Ihre Krampfäden Sorgen zu machen. Hier wird das nicht behandelt. Hier geht es um Demokratie. Das ist ein Parlament. Außerdem heißt es "Herr Ministerpräsident". Diese Anrede wäre am ersten Plenartag nicht verkehrt.

(Zurufe – Lachen)

Wenn Sie dem Parlament die Demokratie absprechen, dann hätten Sie dieses Mandat vielleicht gar nicht annehmen sollen; dann hätten Sie uns viel erspart.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Schmidt. – Bitte schön, Sie haben Gelegenheit zu antworten.

Oskar Atzinger (fraktionslos): Ich wollte nur das nur als Pars pro Toto verstanden wissen und exemplarisch darlegen,

(Zuruf)

wie die Gesundheit der Bevölkerung durch die Corona-Maßnahmen geschädigt wird. Vom Maskentragen und einer zu geringen Sauerstoffzufuhr habe ich sowieso noch nichts gesagt.

(Beifall – Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist der Beitrag beendet. Ich bedanke mich. Eine weitere Zwischenbemerkung ist nicht möglich, weil sie während der Rede hätte angemeldet werden müssen. – Ich darf jetzt als nächsten Redner den Sprecher der CSU-Fraktion, den stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Winfried Bausback aufrufen. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz zum Vorredner: Im Statut von Rom ist klar geregelt, dass ein Angriffskrieg ein Verbrechen ist. Es ist klar geregelt, dass ein Angriff auf Krankenhäuser und Entbindungsstationen ein Verbrechen ist. Wer diese Verbrechen verharmlost, wer so etwas rechtfertigt, verdient nicht, hier im Bayerischen Landtag zu reden und zu sitzen. Er verdient auch nicht, dass wir ihn hier in irgendeiner Weise als Kollegen betrachten.

(Beifall)

Ich bin entsetzt. Kolleginnen und Kollegen, ich bin auch deshalb entsetzt, weil ich noch nie erlebt habe, dass mir eine Krise persönlich so nahe kam. Ich bin am vergangenen Freitag nach dem Untersuchungsausschuss relativ spät von München nach Aschaffenburg gefahren. In Nürnberg sind vier junge Frauen mit etwa 10 bis 12 Kindern – das Jüngste war ein Baby; es war auch ein Zweijähriger dabei – im Abteil dazugestiegen und weiter als bis Aschaffenburg gefahren. Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch nie eine solche Verzweiflung, ein solches Leid in Gesichtern von Menschen gesehen. Dass hier irgendjemand auf die Idee kommt, angesichts dieses Verbrechens, dieses Kampfes um Demokratie, der letztlich – das ist meine Überzeugung – von den Ukrainerinnen und Ukrainern auch für unsere west-

lichen Demokratien geführt wird, von berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands zu sprechen, ist sowas von absurd!

Kolleginnen und Kollegen, Friedrich Merz hat Folgendes einmal am Anfang der Krise ganz deutlich formuliert; ich wiederhole es hier: Putin weiß, dass er von der NATO nicht angegriffen wird. Putin hat Angst vor den Demokratiebewegungen in seinen Nachbarstaaten und führt dagegen einen brutalen, einen menschenrechts-widrigen, einen abscheulichen Krieg. Das sollte keiner von uns relativieren, die wir seit so langer Zeit Frieden und Freiheit genießen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, uns eint die Empathie zu dieser Situation. Das ist gut und wichtig so. Aber, Kolleginnen und Kollegen, nehmen doch auch Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab! – Frau Kollegin Sandt, die gar nicht mehr da ist, die Corona-Krise und die Ukraine-Krise sind nicht zusammenhangslos als Problem zu sehen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die ehrenamtlichen Strukturen brauchen; die braucht übrigens jedes Land der Bundesrepublik Deutschland in dieser Situation. Vielleicht kann das einer der Kollegen der FDP der Kollegin ausrichten. Wenn Sie die Fernsehbilder aus Berlin sehen, dann wissen Sie, dass wir und unsere Ehrenamtlichen in Bayern in dieser akuten Krise sehr gut agieren konnten. Aber wir müssen auch alles dafür tun, dass die Strukturen leistungsfähig bleiben.

Wenn wir das Mindestmaß an Schutzmaßnahmen, das wir noch bis zu zwei Wochen verlängern können, auch noch niederlegen, dann möchte ich nicht erleben, dass unsere Feuerwehr, unsere Rot-Kreuz-ler, die Caritas, die Malteser und wer auch immer sich hier einsetzt, größere Ausfälle in der Mannschaft haben, Kolleginnen und Kollegen; denn wir können auf unser ehrenamtliches Netzwerk nicht verzichten.

Herr Kollege von Brunn und Frau Schulze, es ist auch ideologisch, wenn Sie so tun, als ob die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke angesichts einer steigenden Elektromobilität überhaupt keine Auswirkungen auf unsere Energieversorgung hätte. Es ist genauso ideologisch, verblendet zu meinen, dass in einer Krise die Methode, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen und es dann am Ende differenziert über eine wahnsinnige Bürokratie auszuteilen, die Lösung sei. Kolleginnen und Kollegen, das wird nicht funktionieren.

(Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen, natürlich dreht das auch an der Preisspirale. Die Mehrwertsteuer und die Energiepreise schlagen durch. Kunstdünger hat zum Beispiel einen der höchsten Energieanteile am Weltenergieverbrauch. Das wird die Nahrungsmittel und die Logistik, die wir im Hinblick auf die hohe Industrialisierung in unserem Land brauchen, teurer machen. All das wird nach oben gehen; die Preise werden steigen. Die einzige Möglichkeit, hier sinnvoll gegenzusteuern, ist mit einer simplen Maßnahme auf die Krise zu reagieren, und zwar, indem man den Menschen das Geld in den Taschen lässt, es nicht erst herauszieht und dann über das Agieren von Hunderten, von Tausenden braven und leistungsfähigen Beamten alles wieder so verteilt, dass davon bei den Menschen am Ende wesentlich weniger ankommt.

In der Krise braucht es einfache und wirkungsvolle Methoden. Das sind nun einmal Steuersenkungen und nicht irgendwelche Verteilschlachten. Herr von Brunn und Frau Schulze, die nicht da ist, aber vielleicht kann es irgendjemand der Kollegin ausrichten, es geht in einer Krise nicht um ein Blame Game.

(Zuruf)

Das könnten Sie bei der früheren Umweltministerin der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz sehen. Sie hat auch nicht verstanden, dass es in einer Krise nicht darum geht, wer den Schwarzen Peter in der Hand hält, sondern darum, Lösungen zu finden. Kollege von Brunn, deshalb geht es auch nicht um irgendwelche Beliebtheitsumfragen bei Civey, INSA oder Ähnliches, sondern darum, dass wir uns um die zentralen Krisenbewältigungsmethoden intensiv streiten, dann aber auch gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden. Das habe ich Ihrem Beitrag nicht entnommen, Herr von Brunn.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hinausgehen, dann sehen Sie den Würfel der Demokratie; der Landtag ist ja ein Ort der Demokratie. Auf der einen Seite steht "ICH", "DU", "WIR" eingraviert; das ist für mich ein Zeichen dafür, dass wir hier lebhaft streiten, aber dann, wenn es um eine große Krise geht, eine gemeinsame Grund- und Wertehaltung haben sollten. Wir sind uns zumindest bei den demokratischen Fraktionen einig, was die Wertehaltung angeht; das ist das Positive, was ich der heutigen Debatte entnehme. Aber Kollege von Brunn, Frau Schulze und Frau Sandt, bei der sachlichen und gemeinsamen Diskussion von Lösungen für die Herausforderungen, die jetzt auf dem Tisch liegen, erwarte ich mir eigentlich weniger emotionale und mehr sachliche Debatten, als wir sie heute in Ihren Wortmeldungen erlebt haben. Ich finde es schon auch ziemlich merkwürdig, wenn die Kollegin Sandt jetzt in dieser akuten Situation – der Innenminister hat in der letzten Debatte ausgeführt, dass es um die Grundbedürfnisse, um das Unterbringen und Vorstrukturieren geht – versucht, über die Fragestellungen der Beschulung, der Registrierung, der Eingliederung in den Arbeitsmarkt wieder einen Vorwurf zu konstruieren. Aus meiner Sicht ist das nicht nur durchsichtig, sondern am Ende des Tages auch schädlich und auch ein bisschen schäbig. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb nicht nur die gemeinsame Wertebasis betonen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – sondern auch gemeinsam und sachlich nach Lösungen suchen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, gerade gehend! Liebe Mitbürger, geschätzte Kollegen! Bald drei Wochen wütet sie nun schon, die neue Realität in Europa. Der Krieg ist aus den staubigen Wüsten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens auf den alten Kontinent zurückgekehrt. Mittlerweile hat er in Form von Bombardements nun auch schon den Westen der Ukraine – unweit der polnischen Grenze und damit der Türschwelle zur NATO – erreicht. Keine 800 Kilometer Luftlinie sind es nur von Passau nach Lemberg. Spätestens jetzt sollte jedermann verstehen, warum uns dieser Konflikt buchstäblich so nahegeht. Erneut ist es ein Bruderkrieg, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

Indes gestaltet sich aber das Vordringen der russischen Armee in den vergangenen Wochen wohl langsamer als gedacht. Die Ukrainer erwehren sich tapfer des materiell überlegenen Feinds, dessen Wirtschaft an der Heimatfront sanktionsbedingt im Gegenzug den schlimmsten Crash ihrer jüngsten Geschichte erlebt.

Grund zur Hämie besteht jedoch nicht, erhöht dieses zähe Ringen doch letztendlich nur das Risiko einer weiteren Intensivierung dieses Konflikts.

Wir dürfen neben den Abermillionen von Einzelschicksalen aber vor allem auch die ja noch viel weitergehenden mittel- und langfristigen Konsequenzen eines solchen Kriegs nicht vernachlässigen, egal ob es sich um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Nationen oder den globalen Handel, ja die weltweite Ernährungs- und Versorgungslage insgesamt handelt. Es geht sogar noch weiter bis hin zur Frage eines möglicherweise doch noch eintretenden Bündnisfalles oder sogar einer ernsthaften Bedrohung durch nukleare Waffen. Das wäre dann definitiv der Super-GAU.

Mir geht es heute um das regelrecht zerfetzte Tischtuch an unserer festlichen Tafel, die ja nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs neu eingedeckt worden ist und an der sich doch für jeden ein Platz finden ließ, ohne dass die Ellenbogen des Nachbarn ihm das Mahl vergällen mussten.

Nun schauen wir in diesen Tagen ungläubig auf die neuen Realitäten. Dabei wissen doch gerade wir Deutschen nur allzu gut; ich zitiere von Clausewitz: Im Krieg gibt es keine Gewinner. – Ich übersetze dies nun noch klarer: Im Krieg gibt es nur Verlierer. All das zeigt uns wieder einmal: Diplomatie ist der einzig gangbare Weg, um solche Konflikte beizulegen; denn Armeen können zwar siegen, aber eben keinen Frieden bringen. Auch der Ministerpräsident hat das vorhin erwähnt.

Deeskalation auf allen Ebenen – wie beispielsweise jetzt die Sperrung des Bosphorus für alle Kriegsschiffe aller beteiligten Parteien – ist ein richtiger Schritt. Ansonsten können aus meiner Sicht aber nur direkte Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine – je höherrangig, desto besser – das Leiden der Zivilbevölkerung und auch das Sterben der Soldaten auf beiden Seiten beenden.

Dazu müssen wir die Kriegsparteien ermutigen. Wenn Druckmachen oder aber auch andere Aktionen vielversprechend sind, dann sollten wir auch davor nicht zurückschrecken. Nur was gar nicht – unter keinen Umständen – geht, ist, sich in diesen Krieg hineinziehen zu lassen. Weder für Deutschland, noch für die NATO! Nicht durch flehende Appelle, aber auch nicht durch moralischen Druck, egal ob von Literatinnen oder durch den Präsidenten der Ukraine selbst!

Ja, dieser Krieg geht uns verdammt noch mal etwas an! Wir sind als Politiker aber zunächst denjenigen verpflichtet, die sich uns anvertraut haben, und haben insofern sicherlich nicht das Recht, unsere Bevölkerung aus moralischen Überlegungen heraus in eine Auseinandersetzung hineinzuziehen, an der diese keine Schuld trägt; abgesehen davon, dass wir es im Winter gerne warm haben und uns die russische Seele irgendwie doch ganz nahe ist.

Die menschlichen Schicksale, die wir nun tagtäglich erleben, machen uns wütend und animieren uns gleichzeitig; denn wir wollen alle helfen – und viele tun das auch schon. Die Bürger spenden großzügig und von ganzem Herzen. Die Freiwilligen sind in den Städten und Gemeinden, wie ich erst am Wochenende wieder am Münchner Hauptbahnhof erleben durfte, eine riesige Stütze. Sie sind die erste Anlaufstelle, und sie zeigen den hier ankommenden Menschen aus der Ukraine ganz direkt: Ihr seid in Sicherheit. Ihr könnt fürs Erste aufatmen. Wir kümmern uns um euch. – Nicht alles ist sofort perfekt. Aber alles ist besser, als zu Hause in den Kellern zu sitzen und auf den Einschlag der nächsten Rakete zu warten.

Genau dafür hat Deutschland am 4. März auch die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie in Kraft gesetzt, um den bei uns Schutzberechtigten unbürokratisch und so umfänglich wie noch nie in der Vergangenheit zu helfen. Ich muss nun aber leider auch Wasser in den Wein schütten, indem ich anmerke: In Sachen Drittstaat-

tenangehörige setzt die Landespolizei nach meinen Erkenntnissen diese Richtlinie nicht so um, wie es doch deren Intention ist; sie lässt Personen in deren Genuss kommen, für die diese Verhaltens- und Vorzugsregeln nicht gedacht waren.

Obwohl allen politischen Akteuren von Anfang an klar war, dass sich 2015 nicht wiederholen darf, steigen, wie ich selbst gesehen habe, ausgeruhte junge Männer – offensichtlich afrikanischer Herkunft – gemeinsam mit völlig übermüdeten Frauen und Kindern aus dem Zug, um den Registrierungsbeamten zu signalisieren, nein, man habe keine Ausweispapiere dabei, während die Ukrainer alle ihre Pässe vorlegen können.

Dabei legt die Massenzustrom-Richtlinie doch ganz klar fest, dass Drittstaatler die Privilegien der Ukrainer nur dann genießen dürfen, wenn sie kumulativ a) sich am 24.02. mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel rechtmäßig in der Ukraine aufgehalten haben und b) ihnen eine gesicherte Heimreise in ihre Herkunftsländer nicht möglich ist. Geschätzte Kollegen, eine Studienbescheinigung mag ja einen sogenannten Ukraine-Bezug belegen, aber auch die Ukraine vergibt an Studenten keine unbefristeten Aufenthaltstitel; und eine sichere Heimreise wäre spätestens von München aus jederzeit möglich.

Nur – und jetzt kommt's –, wenn der Pass angeblich weg ist und man deshalb keinen Flug buchen kann, dann ist der perfide Plan auch schon aufgegangen, sprich: Man kann bleiben – und mit ein wenig Glück sogar deutlich kommoder, als dies 2015 der Fall gewesen wäre, genießt man jetzt ja die Privilegien eines Ukraine-Flüchtlings.

Der Ministerpräsident ist nicht mehr da, aber noch Herr Innenminister Herrmann: Ich möchte Sie deshalb in aller gebotenen Form, aber auch mit allem Nachdruck dazu auffordern, die bayerische Polizei anzuweisen, die Massenzustrom-Richtlinie streng auszulegen, also nicht à la Faeser; schon alleine deswegen, damit die wirklich einmalige Hilfsbereitschaft so vieler Menschen, denen es oft selbst gar nicht mal so gut geht, nicht schon bald wieder nachlässt! Denn helfen wollen viele, sich ausnützen lassen aber sicherlich nur die wenigsten.

Ich komme zum Schluss: Lassen Sie uns also gemeinsam, jeder an seinem Platz, alles in unserer Macht Stehende tun, um a) dazu beizutragen, diesen Krieg und sein Blutvergießen so rasch wie möglich zu beenden; b) den zu uns kommenden Menschen so gut wie irgend möglich zu helfen; c) lassen Sie uns dieses Drama auch eine Lehre sein!

Deutschland als Mittelmacht muss unbedingt wieder ein glaubwürdiger und fairer Mittler zwischen den Blöcken werden, der humanitäre Hilfe zu leisten imstande und sowohl hinsichtlich der Landesverteidigung als auch des Bündnisfalls wehrfähig ist. Der Krieg in der Ukraine lehrt uns, dass in diesen Tagen nichts sicher ist und wir uns tagaus, tagein dafür einsetzen müssen, dass die Festtafel, von der ich anfangs sprach, eine solche für alle ist; denn ansonsten kann wohl am Ende niemand mehr seine Mahlzeit so richtig genießen.

Unser aller Gedanken sind auch heute wieder bei den Menschen in der Ukraine. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner ist nun der Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER an der Reihe. Herr Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Brunn, mich treibt kein Politbarometer um, sondern das Schicksal der Menschen in der Ukraine.

(Zuruf)

Ich danke dem Präsidenten und den Menschen in der Ukraine, dass sie sich wehrhaft und mannhaft dem Aggressor Putin entgegenstellen und damit auch unsere Freiheit und Sicherheit verteidigen; denn nicht auszudenken wäre es gewesen, wenn das in drei Tagen zu Ende gewesen wäre. Dann wäre als nächstes Moldawien drangekommen und dann der "Baltikumtest". Nicht auszudenken, wie das hätte enden können!

(Beifall)

Ich bin auch den Kanzlern des Nachkriegsdeutschlands sehr dankbar und nenne sie jetzt beim Namen: Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl, die während des Kalten Krieges mit großem Geschick, aber auch großer Entschlossenheit unsere Freiheit verteidigt haben. Jetzt ermessen wir, in welcher Gefahr wir damals standen. Ich bin heilfroh, dass wir uns so klar zu einer Westbindung, zu einer Mitgliedschaft in der NATO und zum Aufbau einer Europäischen Union bekannt und uns dafür eingesetzt haben. Das war der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich war auch beeindruckt, als Außenministerin Annalena Baerbock sich bei der Regierungserklärung am Sonntag vor einigen Wochen klar von dem antimilitaristischen Ansatz der Friedensbewegung der 1980er-Jahre distanziert hat. Das ist ihr sicher nicht leichtgefallen; aber ich fand es bewundernswert, dass sie das getan hat.

Dennoch sage ich: Jetzt müssen den Worten Taten folgen. Jetzt muss man Nägel mit Köpfen machen. Da hilft es nichts, wenn die Kollegin Schulze etwas erzählt von einem Heizkostenzuschuss im Juli und vom Bund, der die Steuern kassiert, und das Land soll dann irgendwelche Härteausgleiche zahlen. – Nein, jetzt geht es darum, dieses Land, Bayern und Deutschland, resilient zu machen in der Verteidigung, in der Gesundheit, in der Landwirtschaft und bei der Energie.

Ich möchte zwei oder drei Sätze zum Thema Landesverteidigung sagen; denn da liegt tatsächlich vieles im Argen. Da werden wir jetzt alle Kräfte bündeln müssen, um wieder verteidigungsfähig zu werden; denn eines ist doch klar: Kriege werden nicht mit Waffen, sondern mit Willen gewonnen; aber ohne Waffen hilft der größte Wille nichts. Momentan sind wir nicht verteidigungsfähig, weil uns dazu die Grundlagen fehlen. Ich verweise auf das Buch von Josef Kraus und Richard Drexl: "Nicht einmal bedingt abwehrbereit". – Das ist leider die Realität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben eine Zeitenwende. Diese Zeitenwende bedeutet auch, dass wir jetzt in militärische Sicherheit investieren müssen. Da möchte ich hier ganz nachdrücklich dafür werben, dass das maßgeblich in Bayern stattfindet. Hier war die Bundeswehr immer willkommen. Hier haben wir Soldaten, die verstehen, was es heißt, ein Flugzeug zu führen, was es heißt, ein Flugzeug zu reparieren. Hier haben wir die Manpower, ob das in Bad Reichenhall, Cham, Freyung, Hammelburg, Mittenwald, Füssen, Volkach, Fürstenfeldbruck, Sonthofen oder Dillingen, ob das in Neuburg, im Lechfeld oder in Kaufbeuren ist. Diese Standorte dürfen jetzt nicht hinten runterfallen. Mich hat einigermaßen verwundert, dass als Erstes aus dem Verteidigungsministerium kommt: Den A400 brauchen wir nicht im

Lechfeld, den tun wir nach Wunstorf. – Das ist das falsche Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Da sind wir alle gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da können Sie auch in der Opposition in Berlin Lobbyarbeit für die bayerischen Standorte machen.

Aber wir müssen noch etwas Weiteres bedenken. Es ist nicht nur die Verteidigungsfähigkeit, sondern auch die Verteidigungsbereitschaft. Da werden wir jetzt sehr intensiv und engagiert mit klarer Zielsetzung das Gesellschaftsjahr, und zwar das verpflichtende Gesellschaftsjahr zu diskutieren haben mit dem Ziel, es einzuführen. Nein, nicht die Rückkehr zur alten Wehrpflicht, nein, man soll wählen können zwischen sozialen Diensten, zwischen Gesundheitsdiensten, Rettungsdiensten, Umweltdiensten und eben der Wehrpflicht. Aber wir brauchen diese Dienste auch, und zwar verpflichtend, damit wir im militärischen Bereich wieder klar und deutlich Verteidigungswillen zeigen; denn eingebettet in eine starke NATO, in eine starke EU, in eine starke Armee können wir das Signal an Aggressoren senden: Wir sind keine leichte Beute. Wir wehren uns. Finger weg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die FDP-Fraktion hat viele Maßnahmen mitgetragen, weil sie notwendig waren, um die Bevölkerung zu schützen und eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Sie hat genauso unverhältnismäßige Freiheits Einschränkungen immer konstruktiv kritisiert.

Sie aber, Herr Ministerpräsident, sind einfach nur dagegen. Seit dem 7. März steigen die Zahlen wieder. Inzwischen haben wir fast 200.000 neue Infektionen und eine 7-Tage-Inzidenz von deutschlandweit 1.585. Die Virusvariante BA.2 ist in Bayern mit 50 % bereits vorherrschend, in München – wir haben es heute gehört – sind es schon 70 %. Die Zahlen steigen, ja, aber sie explodieren nicht. Die Lage in den Kliniken ist stabil. Die Bereinigung der Hospitalisierungsrate, längst überfällig, vor allem auf den Intensivstationen längst überfällig, würde ein klareres Bild der Infektionslage wiedergeben.

Die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes treten am 20. März in Kraft. Dennoch haben die Bundesländer die Möglichkeit, ihre bisherigen Corona-Verordnungen bis zum 02.04. zu verlängern, wovon Bayern – es wurde heute angedeutet – sicherlich Gebrauch machen wird. Die in Berlin getroffenen Maßnahmen nehmen vor allem den Schutz der vulnerablen Gruppen in den Blick. Diese müssen weiterhin besonders geschützt werden. Deswegen bleiben Masken und Testpflicht sinnvollerweise erhalten.

Wenn sich die Infektionslage weiter dynamisiert, können die Länder selbst strengere Regelungen beschließen. Sie, Herr Söder, haben es also in der Hand, allen bayerischen Unkenrufen zum Trotz. Schöpfen Sie erst einmal die Ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen aus! Strengere Regelungen können greifen, wenn sich eine gefährlichere, also deutlich stärker krankmachende Virusvariante als Omikron in einer Region ausbreitet, und ebenso, wenn die Fallzahlen hoch sind, besonders stark steigen und eine Überlastung der Krankenhauskapazitäten droht. In diesen Fällen sind Maskenpflichten, Abstandsgebote, Hygienekonzepte sowie Impf-, Genesenen- oder Testnachweise, also Regelungen wie 2G und 3G, wieder möglich.

An dieser Stelle wird auch von Ihnen kritisiert, dass es keine konkreten Grenzwerte gibt. In diesem Fall ist die Kritik angekommen. Die Voraussetzungen sollen nach meinem Wissen rechtssicher ausgestaltet werden.

Wir alle hoffen auf eine entspannte Normalität, zumindest in den kommenden warmen Monaten. Jedem ist es selbst überlassen, sich zu schützen und mehr Schutz für sich selbst vorzuhalten. Dafür gibt es auch kein Verbot. Wir müssen den Menschen Eigenverantwortung zurückgeben. Dafür bieten die geplanten Änderungen Möglichkeiten.

Herr Söder, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Herr Lauterbach tue Ihnen fast schon ein bisschen leid. Mir tun die vielen Kinder und Jugendlichen in diesem Land leid, die immer noch Maske tragen müssen und viel von ihrer Kindheit und Jugend unwiederbringlich verloren haben.

(Beifall bei der FDP)

Überall um uns herum wird gelockert und zur Normalität übergegangen. Sie sehen den Wunsch vieler Menschen nach Normalität aber als Blindflug an. Wir sollten den kommenden Sommer nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern ihn zum Optimieren nutzen. Die Umsetzung eines flächendeckenden Abwassermonitorings, wie von uns bereits gefordert, würde die Ausbreitung neuer Virusvarianten und das Infektionsgeschehen frühzeitig aufzeigen.

Herr Söder, halten Sie sich an das, was Sie heute gesagt haben: Machen Sie Ihre Hausaufgaben in Bayern, und hören Sie auf, immer andere zu belehren! Freuen Sie sich über den Blumenstrauß, der Ihnen von der Bundesregierung übergeben wird! Agieren Sie präventiv! Wechseln Sie endlich ins "Team Freiheit" mit Weitblick!

Abschließend halte ich fest: Sie kritisieren, dass Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, Tanzverbote oder Zuschauerobergrenzen wegfallen. Hier muss man sich ein wenig ehrlich machen. Die Kontaktbeschränkungen sind vor allem im privaten Bereich nicht zu kontrollieren. Die Maskenpflicht, Hygienekonzepte und Zugangsregeln sind weiterhin möglich. Die Verantwortlichkeit für entsprechende Konzepte liegt bei den Ländern.

Ich schließe: Ich frage mich, wieso in anderen Ländern geht, was bei uns nicht möglich sein soll.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Was erwarten Sie denn, wenn Sie nicht lockern wollen? Was muss passieren, damit Sie öffnen? Herr Gesundheitsminister, wo sind Ihre Lösungsansätze?

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben noch Redezeit gewonnen. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Bausback von der CSU gemeldet. Herr Bausback, bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Spitzer, Sie haben eben en passant eingeräumt, dass die Maßnahmen, die man jetzt auf die Länder abwälzt, rechtlich nicht ausgereift sind und dass man auf Bundesebene Nachbesserungsbedarf sieht, weil es rechtlich so nicht funktionieren wird. Die Kriterien sind ja nicht gewichtet. Das wird verfassungsrechtlich nie und nimmer Bestand haben.

Sie haben gesagt, Sie bessern das nach. Bis wann wollen Sie denn nachbessern? Bis wann soll das denn passieren, wenn diese Übergangsfrist in zwei Wochen abläuft?

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Prof. Bausback, Sie haben die Antwort gerade selbst gegeben: bis in zwei Wochen. Daran muss sich die Ampelkoalition auch messen lassen. Ich erwarte hier aus Bayern von der Ampelkoalition, dass sie entsprechend liefert und bei den Punkten Klarheit schafft, die bis dato nicht zu hundert Prozent geklärt sind. Ich gehe davon aus, dass das so passiert.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Statt destruktiver Oppositionspolitik in Berlin: Hausaufgaben in Bayern machen und Kommunen für Herausforderungen rüsten!"

Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich hat jede Rednerin bzw. jeder Redner fünf Minuten Redezeit; bei nur einem Redner sind es zehn Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. – Der erste Redner ist nun der Kollege Klaus Adelt für die SPD-Fraktion. Herr Adelt, das Rednerpult wartet auf Sie. Bitte schön.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ursprüngliche Tagesordnung lautete für den Tagesordnungspunkt auf 14:00 Uhr, Beginn der Plenarsitzung. Mit der Aktuellen Stunde sind wir jetzt fast ein wenig spät dran. Die Regierungserklärung war aber durchaus wichtig.

Ich komme zum Thema. Alle Vorredner, fast alle, haben es gesagt: Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Der Tyrann Putin zwingt seinem Land und seinen Leuten einen Krieg auf. Er überfällt die Ukraine, deren einziges "Vergehen" es ist, sich für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung entschieden zu haben.

Es sterben Menschen: Männer, Frauen und Kinder. Städte werden ohne Rücksicht auf Verluste bombardiert. Geburtskliniken, Kernkraftwerke, Trinkwasserstauseen und ebenso Wohnsiedlungen sind die Ziele. Wir können hier nicht einmal ansatzweise erahnen, was die Menschen in der Ukraine derzeit erleiden müssen. Ich denke hier besonders an die Soldaten, die Frau, Kind, Mutter und andere auf den Weg in den Westen schicken, jedoch selber in der Ukraine verbleiben, um dort zu kämpfen, wohl wissend, dass sie ihre Familie möglicherweise nie mehr wiedersehen werden. Ihnen allen gilt unser Mitgefühl und unsere Solidarität, genauso aber auch der russischen Opposition, die sich gegen Putin wendet. Wir haben gestern eine mutige Oppositionelle im russischen Fernsehen gesehen.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt jetzt, zu beweisen, dass die Demokratie stärker ist als die Tyrannei. Die überwältigende Solidarität vor Ort in den Gemeinden ist ein Lichtblick in düsterer Zeit. Dieses gesellschaftliche Engagement hat uns alle erfasst. Bundeskanzler Scholz hat zu Recht im Bundestag von einer Zeitenwende gesprochen, die uns als Gesellschaft herausfordert. Herr Merz hat das verstanden. Bei unserem Ministerpräsidenten war ich guter Hoffnung, dass er auf diesem Weg ist. Manche seiner

Äußerungen haben mich aber eines Besseren belehrt; denn er betreibt weiterhin das bekannte Berlin-Bashing und sein Bashing der SPD.

Nur einige Beispiele zur Russlandpolitik: Er ist sich nicht zu schade, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und Angela Merkel zu zitieren, vergisst dabei aber gern den Putin-Kuschler Seehofer.

(Zuruf)

– Herr Seehofer? Der noch nicht. Es ist ja die Nähe der Bayern zu Putin gewesen.

(Zuruf: Da ist aber Herr Schröder näher!)

– Das ist er immer noch. – Die SPD sei an der schlechten Ausstattung der Bundeswehr schuld. Heute hat er zumindest zugegeben, dass manche Dinge während der Regierungszeit der Großen Koalition nicht passiert sind. Ich kann mich an unseren Oberfranken zu Guttenberg erinnern, der damals den Ausstieg aus der Wehrpflicht propagiert hat.

Die Russlandpolitik der letzten Jahre hat sich auf viele falsche Annahmen gegründet. Es muss sich nun jeder an die eigene Brust fassen und sich fragen, ob wir die Sache nicht doch falsch eingeschätzt haben. Es nützt aber nichts, wir müssen jetzt zusammenstehen. Wir brauchen Sachpolitik und keine Schlagzeilen.

Ich denke hier an die Situation in den Kommunen. Die Zahlen sind eindeutig: Zweieinhalb Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen, Frauen und Kinder, Junge und Alte. 150.000 Menschen sind bisher in Deutschland angekommen, in Bayern sind es über 45.000. Damit gehen viele Herausforderungen logistischer, sozialer und nicht zuletzt finanzieller Art einher. Das Ausmaß ist noch nicht abzuschätzen.

Ich gebe drei Beispiele: In München kommen wöchentlich mindestens etwa 7.000 Geflüchtete an. Man hat deshalb kurzfristig 2.000 Schlafplätze in der Münchener Messe geschaffen. Das kann kein Dauerzustand sein. Bei uns in Hof haben 300 Mitbürgerinnen und Mitbürger ukrainische Wurzeln. Wir sind unter den Top Five der ukrainischen Communities. In einer Woche werden es über 500 Geflüchtete sein – und das gerade einmal drei Wochen nach Beginn der Kriegshandlungen. Nürnberg ist ebenfalls unter den Top Five. Die Stadt pflegt intensive Beziehungen in die Ukraine, etwa nach Charkiw, und ist hilfsbereit an allen Ecken und Enden.

Die Städte und Gemeinden tun alles, damit diejenigen, die ankommen, gut aufgenommen werden. Es wurde bereits erwähnt: Das Bayerische Rote Kreuz, das THW usw., sie alle sind tätig. Es gibt auch einige Kolleginnen und Kollegen, die heute abwesend sind, weil sie gerade in einer Mission unterwegs sind. Den Ehrenamtlichen gebührt unser aller Dank; denn ohne ihre Unterstützung wären wir aufgeschmissen. Diese Hilfsbereitschaft gibt es schon seit längerer Zeit.

Es braucht eine Verteilung der Geflüchteten. Das wurde schon angemahnt. Die Innenministerin hat zugesagt, dass das nach dem Königsteiner Schlüssel ablaufen wird. Viele Gemeinden, wie Pfeffenhausen und andere, organisieren eigenverantwortlich Hilfe für die Geflüchteten. Hier werden klare Handlungsempfehlungen benötigt.

Weitaus wichtiger sind aber Schulen und Kitas. Die Schulen müssen die Rahmenbedingungen für bestmögliche Betreuung erhalten. Sie sind personell ausgedünnt, auch durch Corona. Es fehlt an Raum. Der Ruf nach zeitweise höherer Gruppenstärke ist zwar verständlich; das ist aber nicht auf Dauer gedacht. Auch die Schul-

aufwandsträger brauchen bei der Beschaffung von Räumen Unterstützung. Corona kommt noch hinzu. Ich habe die Mitteilung erhalten, dass beispielsweise eine große Stadt im Norden Bayerns durch Corona und den Ukraine-Konflikt personell am Ende ist.

Die Kommunen wollen dies stemmen, und sie können es auch. Sie brauchen dafür unbürokratische Finanzhilfen. Der Ministerpräsident hat vorhin angekündigt, dass die Auszahlung nach der Abrechnung erfolgt. Das ist zu spät; denn wer weiß schon, wann die Abrechnung gemacht werden kann, wann der Krieg zu Ende sein wird und wann die Zahl der Geflüchteten abnimmt. Die Hilfen müssen jetzt kommen! Markus Söder kann sich beim Nürnberger Oberbürgermeister einmal erkundigen, wie knapp die Haushalte bereits sind, die dadurch jetzt noch zusätzlich belastet werden. Das Geld dafür wäre vorhanden. Die Corona-Sonderfonds sind noch nicht ausgeschöpft. So könnte man die Kommunen relativ kurzfristig mit finanziellen Mitteln unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Noch besser wäre es natürlich, den Satz im kommunalen Finanzausgleich von 12,75 % auf 15 % anzuheben. Dazu werden wir uns aber morgen und in den nächsten Tagen noch unterhalten.

Neben allen finanziellen Mitteln brauchen unsere Gemeinden eine Struktur, wie es in Kitas und Schulen mit der Betreuung und Unterbringung weitergehen soll. Die Perspektive sind langfristige Lösungen. Sieht man sich die erschreckenden Bilder aus der Ukraine an, so glaube ich nicht, dass alle Geflüchteten irgendwann einmal in die Ukraine zurückkehren werden, weil die Häuser und die Infrastruktur kaputt sind. Nichts geht mehr. Was machen wir dann mit den Menschen, die hierbleiben? Wir müssen Wohnraum schaffen, obwohl wir ohnehin viel zu wenig davon haben. Viele wollen bleiben. Sie müssen und können integriert werden. Dies sind riesengroße Aufgaben.

Was bezahlbaren Wohnraum betrifft, geht die Immobilienwirtschaft davon aus, dass wir zusätzlich 500.000 Wohnungen brauchen werden. Dies ist eine Mammutaufgabe. Hier darf es nicht bei vollmundigen Ankündigungen bleiben. Als Beispiel nenne ich BayernHeim. Ich habe die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, dass sie vielleicht noch in Gang kommt. Wir brauchen mehr Mittel für die Wohnraumförderung. Der Bund handelt. Wann zieht Bayern nach? Wann kommt das Baulandmobilisierungsgesetz? Herr Kollege Bernreiter ist im Moment nicht anwesend, aber ich setze sehr darauf. Auch brauchen die Kommunen mehr Handlungsspielraum im Zuge der Reform des Baugesetzbuches. Hier möchte ich einen Paragraphen erwähnen, der uns weiterhilft: Der Flüchtlingsparagraf, der 2015/2016 ins Baugesetzbuch eingeführt worden ist, würde die Errichtung von Ersatzbauten in einer stark eingeschränkten Bauleitplanung kurzfristig ermöglichen. Diesen Paragraphen gibt es nach wie vor, er muss nur in Kraft gesetzt werden. Wenn ich daran denke, wie schnell in den Achtzigerjahren Wohnraum für die Spätaussiedler geschaffen worden ist, stelle ich fest, dies war eine super Sache. Dies könnte man jetzt wiederholen.

Ich komme zum Schluss: Jede Krise führt vor Augen, welche Fehler wir in der Vergangenheit begangen haben und wo nur halbherzig gehandelt wurde, als entschlossenes Handeln gefragt war. Es gibt hier sehr vieles – Florian von Brunn und andere Redner haben es aufgezeigt –, aber das ständige Wiederkäuen nützt uns nichts. Egal, was in der letzten Zeit passiert ist, die Kommunen werden es auch in diesem Fall irgendwie richten, so wie sie es immer getan haben, zusammen mit den Hilfsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden, BRK und THW, mit professionellem und unkonventionellem Einsatz.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Klaus Adelt (SPD): Ich muss mich entschuldigen. Die Uhr geht falsch. Sie geht zu schnell. – Ich danke der kommunalen Familie für die geräuschlose solidarische Hilfe vor Ort. Ich könnte noch ein Zitat von Winston Churchill anfügen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist zu Ende. Ich glaube, wir lesen Ihr Zitat nach.

(Zuruf)

Klaus Adelt (SPD): Ich komme damit zum Schluss und werde das Zitat dann bei meiner nächsten Rede bringen.

(Zuruf: Oh! – Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

Klaus Adelt (SPD): Das Zitat wäre von Winston Churchill gewesen. Ein Oberfranke.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Sie haben uns alle sehr neugierig auf Ihre nächste Rede gemacht.

(Heiterkeit)

Das Wort hat nun Herr Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion. – Herr Reiß, Sie haben das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Lieber Herr Präsident! Leider hat mir Klaus Adelt sein Zitat von Winston Churchill nicht geliehen, sonst hätte ich es zum Besten geben können.

Lieber Klaus Adelt, wenn ich die Überschrift eurer Aktuellen Stunde lese und mir deine wohltemperierte Rede anhöre, würde ich fast dazu neigen, die Überschrift von "destruktiver Oppositionspolitik in Berlin" abzuändern in "Konstruktive Oppositionspolitik in Bayern: Die Hausaufgaben sind gemacht und die Kommunen für Herausforderungen gut gerüstet." Dies, glaube ich, könnte man auch unter deine Rede schreiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe dir recht: Du hast die immensen Herausforderungen der Krise, den brutalen Krieg in der Ukraine und die entsprechenden Auswirkungen eindringlich geschildert. Diese erfordern einen staatspolitischen Schulterschluss von uns allen, sollten aber auch dazu führen, dass es keine destruktiven Taschenspielertricks der Ampel-Regierung gibt.

Ich beginne mit dem Infektionsschutzgesetz – liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Corona- und die Ukraine-Krise gilt das gleichermaßen –, es ist eine Einigung der Ampelkoalition zulasten der Länder. Herr Lauterbach ist der große Angstmacher und Warner vor Sommerwellen und konnte sich jetzt offensichtlich nicht gegen die FDP durchsetzen. Seine Vereinbarung mit Justizminister Buschmann ist eine Vereinbarung zulasten Dritter. Die "Ampelmännchen" können sich nicht auf sinnvolle Maßnahmen einigen. Die Länder sollen für diesen bundesweiten Ausfall der Ampel jetzt auf Basis unklarer Regeln den Schutzmann stellen. Das sind tatsächlich Taschenspielertricks, lieber Klaus. Dies empfinde ich auch ein Stück weit als destruktiv.

Ein anderes Beispiel auf Bundesebene: Der FDP-Finanzminister hat 60 Milliarden Euro, die aus Corona-Krediten nicht ausgeschöpft wurden, einfach auf die hohe Kante gelegt und will sie jetzt für Klimaschutz und Digitalisierung einsetzen. Damit werden einfach so 60 Milliarden Euro an der Schuldenbremse vorbeigeschleust. Das ist unserer Meinung nach mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Darauf haben wir auch auf Bundesebene wiederholt hingewiesen. Deshalb lassen wir diesen Nachtragshaushalt nun vom Bundesverfassungsgericht überprüfen. Ich wüsste aber nicht, inwieweit dies destruktiv wäre. Ich denke daran, wie zum Beispiel hier im Bayerischen Landtag die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes dazu führt, dass ihr immer wieder mal einen Antrag beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof stellt, wie es jüngst wieder geschah. Dies würde ich auch nicht als destruktiv bezeichnen; es gehört zum politischen Alltag.

Nun komme ich zur Ukraine-Krise und hier insbesondere zur jahrelangen Blockadehaltung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, liebe SPD, und das nicht nur in der Opposition, sondern sogar in der Bundesregierung. Immer wieder haben SPD-Politiker wie Mützenich, Esken oder Walter-Borjans die Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel der NATO gefordert und diese Idee als absurd bezeichnet. Scholz war als Finanzminister nie bereit, hierfür auch nur einen Euro mehr auszugeben und in die Bundeswehr zu investieren. Jeder Vorstoß der Union wurde als Aufrüstung und Kriegstreiberei gebrandmarkt. Wozu diese Haltung geführt hat, müssen wir heute leider schmerzlich erkennen.

Am 27. Februar 2022 hat der Bundeskanzler eine Zeitenwende der deutschen und der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Deutschen Bundestag verkündet. Er hat angekündigt, es wird ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro geben. Zukünftig sollen auch mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Verteidigungsetat fließen, so wie die NATO-Mitgliedsstaaten das seit Jahren vereinbart haben und wie wir, die Union, das seit Jahren fordern, was am Widerstand der SPD aber immer gescheitert ist. Friedrich Merz hat das als neuer Fraktionsvorsitzender aber ausdrücklich gelobt und unsere Zustimmung signalisiert, ebenso wie unser Ministerpräsident, der hier ebenfalls seine Unterstützung angeboten hat. Ich kann nicht erkennen, was hieran destruktiv sein soll.

Wenn wir jetzt die Vorlage eines konkreten Plans zur besseren Aufstellung der Bundeswehr verlangen, dann ist auch das unsere Aufgabe. Die Staatsregierung hat dafür im Bundesrat bereits eine entsprechende Liste eingereicht. Es geht darum, tatsächlich schnell in die richtigen Maßnahmen zu investieren.

Zur Unterbringung und zur Verteilung der Flüchtlinge ist zu sagen, dass auch hier der Freistaat Bayern Erhebliches leistet. Von den 150.000 Flüchtlingen, die bisher in Deutschland angekommen sind, sind 50.000 und damit fast ein Drittel der Schutzsuchenden in Bayern. Das stellt uns vor extremste Herausforderungen. An dieser Stelle möchte ich Joachim Herrmann sehr herzlich danken, der als Innenminister im Verbund mit Oberbürgermeistern und Landräten, im Verbund mit den Kommunen, bereits die richtigen Weichen gestellt hat. Viele ehrenamtliche Helfer und Menschen haben sich bereit erklärt, Flüchtlinge privat unterzubringen. Bayern hilft, Bayern organisiert, und dafür sage ich vom Innenminister bis zu jedem Bürgermeister und zu jedem ehrenamtlichen Helfer ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den Katastrophenfall erweitert, um effizient handeln zu können. Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin hat sich darüber beschwert, dass es bisher keine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden in Europa und in Deutschland gibt. Trotzdem lehnt sie es bis heute ab, selbst den Katastrophenfall auszurufen. Auch das wird von euch doch sicher nicht als destruktiv angesehen. Der Bund hat jedenfalls unseres Erachtens die Verteilung viel zu lange einfach laufen lassen.

Bundesverkehrsminister Wissing hat am Wochenende noch verkündet, die Menschen seien frei. – Natürlich sind die Ukrainerinnen und Ukrainer, die zu uns kommen, frei. Sie haben in den 90 Tagen die Möglichkeit, sich überall frei aufzuhalten. Wer aber in eine staatliche Unterkunft will, der unterliegt natürlich der Verteilung nach dem Aufenthaltsgesetz und muss sich deshalb registrieren lassen.

Klaus Adelt hat es angesprochen: Die Berliner waren überlastet, die Hamburger, die Münchner. Auch hier hat Joachim Herrmann gemeinsam mit Oberbürgermeister Reiter einen Schulterschluss gesucht und gefordert, die Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Faeser sollen sich kümmern und zentral steuern. Das ist die konstruktive Politik Bayerns. Darauf wird Kollege Karl Straub sicher noch näher eingehen. Wir unterstützen die Kommunen jedenfalls nicht nur in der Ukraine-Krise massiv. Wenn man allein die Finanzausstattung anschaut, betrug der Finanzausgleich 2020 über 10 Milliarden Euro. 2021 ist er erneut gestiegen auf 10,31 Milliarden Euro. Wir haben die Gewerbesteuer ausfälle mit rund 1,3 Milliarden Euro gemeinsam mit dem Bund übernommen, der damals noch 2,4 Milliarden Euro geschultert hat. 2021 kommt der Bund dieser Aufgabe nicht mehr nach und entzieht sich dieser Verantwortung. Wir, der Freistaat, schultern den Ausgleich dann eben alleine mit 330 Millionen Euro. Auch der kommunale Finanzausgleich 2022 bringt wieder eine Erhöhung auf 10,56 Milliarden Euro. Wir statten unsere Kommunen entsprechend aus.

Das Thema Energie wird Herr Kollege Martin Mittag sicherlich ansprechen. Das kann ich jetzt weglassen. Wir, die CSU, fordern hier jedenfalls eine spürbare Entlastung der Bürger und keinen Tankrabatt à la Lindner. Wir brauchen hier kein bürokratisches Rabattmarkensystem, sondern effiziente Steuersenkungen, die bei den Leuten und bei den energieintensiven Unternehmen auch ankommen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Arbeit ist nicht destruktiv. Vielmehr ist alles, was wir vornehmen, äußerst konstruktiv. Wir leisten im Bund konstruktive Oppositionsarbeit und hier im Freistaat engagierte Regierungsarbeit in der Regierungskoalition. Der brutale Krieg in der Ukraine, die erforderlichen Sanktionsmaßnahmen und die vielen Geflüchteten werden uns in Zukunft tatsächlich noch sehr, sehr fordern, und zwar in den Kommunen genauso wie in den Schulen und in vielen Unternehmen bei der Bewältigung der hohen Energiepreise. Ich kann uns hier nur alle zu einer konstruktiven und ernsthaften Zusammenarbeit auffordern. Das erwarten die Menschen in diesen Zeiten zu Recht von uns.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vizepräsident! In der heutigen dreieinhalbstündigen Debatte zur Regierungserklärung, aber auch jetzt, habe ich viel zur Zusammenarbeit und zum staatspolitischen Schulterschluss gehört. Doch im nächsten Satz hat Herr Kollege Reiß von den "Ampelmännchen" gesprochen und von "destruktiven Taschenspielertricks". Er hat zehn Minuten lang das ausgeführt, was wir schon die ganze Zeit über hören, nämlich: Die Ampel ist schuld an allem und jedem. – Da stellt sich für mich in Anbetracht der Lage in den Kommunen und vor Ort dann schon die Frage, ob wir ernsthaft so reden können. Ich habe vorhin mit jemandem telefoniert, der hat gerade noch Feldbetten aufgebaut. Der schaut sich dann so eine Debatte an, aber wir haben nichts Besseres zu tun, als wechselseitige Schuldzuweisungen zu machen. Hilft das den Kommunen vor Ort weiter? – Ich glaube nicht. Ich glaube,

das wird dem Ernst der Lage, in der wir uns befinden, nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Klaus Adelt hat gesagt: Die Kommunen schaffen das. – Freilich, was bleibt uns anderes übrig? Das müssen wir doch. Aber wenn man sich dann einmal anschaut: Corona-Pandemie, Klimakrise, Krieg in Europa, Flucht, Suche nach Schutz – jeder hilft, wie er irgend helfen kann. Wir sind seit über zwei Jahren in einem Katastrophenmodus, in einem dauerhaften Katastrophenmodus, und das sind wir auf unbestimmte Zeit. Diese Probleme schlagen vor Ort auf, in den Kommunen, bei den Ehrenamtlichen, bei den Hilfsorganisationen bis hin zur Kita. Diese Probleme oder Herausforderungen oder wie auch immer man dazu sagen möchte sind am Ende so groß, dass sie eine Ebene alleine gar nicht lösen kann. Sie können nur gemeistert werden, wenn die verschiedenen Ebenen anfangen, zusammenzuarbeiten, anstatt wechselseitige Schuldzuweisungen zu betreiben, meine Damen und Herren. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, dass wir dort wieder hinkommen. Dann werden wir feststellen, dass die Lage so ernst ist, dass wir kurzfristige pragmatische Notlösungen brauchen, aber langfristig echte, nachhaltige Lösungen für die vielen Themen finden müssen. Wir brauchen einen Wettbewerb der besten Ideen und nicht einen Wettbewerb der besten Schuldzuweisungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lage der Flüchtlinge an den Großbahnhöfen ist ernst, und für den Erfolg ist es ganz entscheidend, dass wir sie in die Fläche verteilen können, in die Landkreise. Es reicht da nicht, über die Kommunen die Nase zu rümpfen oder nette Presseterminale durchzuführen, bei denen man kritisiert. Wir müssen stattdessen die Ärmel hochkrempeln und versuchen, dorthin zu verteilen, wo es gerade nur irgendwie geht, um die Situation zu meistern. Das muss in enger Abstimmung mit den Kommunen und nicht nur mit den unteren Staatsbehörden, mit den Landratsämtern geschehen. Die sind wichtig, aber wir müssen es auch mit den Kommunen tun, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Das ist insbesondere deshalb notwendig, weil wir uns schwertun, einen Überblick über die Lage zu gewinnen. Vieles findet privat statt, vieles wird improvisiert. Vor Ort wissen wir nicht genau, wie viele Menschen morgen kommen, übermorgen und nächste Woche, wie viele wir unterbringen müssen. Natürlich wäre es hilfreich, wenn wir für eine solche Katastrophensituation einen Plan hätten, aber das scheint eher nicht der Fall zu sein. Das heißt, wir müssen das Beste daraus machen. Ganz entscheidend dafür ist eine enge Abstimmung und eine klare Krisenkommunikation.

Wir haben Erfahrungen aus dem Jahr 2015; von denen profitieren wir jetzt vor Ort. Im Endeffekt ist es aber die Arbeitsebene, die unterste Ebene, die das ganze Problem schultert. Wichtigste Themen für die Kommunen, die unteren Ebenen sind die Entbürokratisierung und die Finanzierung. Ich möchte einen Fall der Entbürokratisierung ansprechen. Wir müssen Wohnraum anmieten, wo immer wir den gerade finden. Es werden nämlich noch viele kommen, darüber brauchen wir uns keine Illusionen zu machen. Ich glaube nicht, dass der Krieg nächste Woche vorbei ist. Sie sind erst der Anfang von denen, die noch kommen. Wenn ich dann heute in einem Gespräch, aus dem Katastrophenstab vor Ort, höre, dass es Studentenwohnungen gibt, die leer stehen, und jetzt erst einmal geprüft werden muss, ob es förderschädlich ist, wenn wir dort ukrainische Frauen und Kinder unterbringen, die derzeit in der Turnhalle sind, dann habe ich das Gefühl, dass noch nicht alle im Katastrophenmodus angekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte wirklich darum, dass wir alle dabei helfen, Lösungen zu finden.

Thema Finanzierung. Selbstverständlich ist es jetzt wichtig, Wohnraum zu finanzieren, auch so viel Wohnraum anzumieten, wie man irgend kann. Das allein wird allerdings nicht reichen. Das ist schon angesprochen worden. Etliche werden hierbleiben. Es wird um Integrationsleistungen gehen, und es wird auch Kosten und Aufgaben bei den Kommunen geben. Ich weiß auch, dass der Staat nicht immer alles ersetzen kann. Das wird auch nicht so sein. Aber wir werden schon Budgets vorsehen müssen, aus denen wir Integrationsleistungen mitfinanzieren und die Kommunen unterstützen, um die schwierige Situation vor Ort bestmöglich zu schultern.

Wichtig ist auch – das will ich einmal sagen –, dass die Eigentümer, die uns Wohnraum vermieten, dies auch zu marktüblichen Preisen tun. Also braucht man auch verantwortungsvolle Eigentümer. Dahin geht meine Bitte. In den vergangenen Krisen gab es immer wieder Leute, die versucht haben, aus Krisen Profit zu schlagen. Ich hoffe, das können wir dieses Mal vermeiden.

Ein gewaltiges Thema, vor dem wir stehen werden, wird erkennbar, wenn wir sehen, dass viele Kinder zu uns kommen. Das ist die Kinderbetreuung. In den Kommunen bestehen reihenweise Wartelisten, ganz ohne diese Situation. Es gibt einen Fachkräftemangel, ich möchte fast sagen, ohne Ende. Nun rächt es sich, dass man in der Vergangenheit die Rahmenbedingungen in diesem Bereich nicht so verbessern konnte, dass wir ausreichend Fachkräfte haben. Die Rahmenbedingungen sind schlecht, und meines Erachtens hätte man in der Vergangenheit mehr in Qualität investieren müssen. Dass das nicht geschehen ist, fällt uns jetzt auf die Füße. In der aktuellen Notlage – dessen müssen wir uns bewusst sein – werden wir den Perfektionsanspruch an einigen Stellen allerdings nicht erfüllen können, sondern wir müssen jetzt schauen, dass wir das Beste daraus machen. Meines Erachtens müssen wir auch die geflüchteten Erwachsenen fragen, welche Qualitäten sie haben, ob jemand Erzieherin oder Erzieher gewesen ist, ob jemand Grundschullehrerin oder Grundschullehrer war.

So ist die Situation. Ich würde gern alle Kinder in unseren Kitas im Regelbetrieb unterbringen und integrieren. Aber wir wissen nicht, wie viele noch kommen, und wir müssen ehrlich sein und sagen, dass die Lage ernst ist, dass wir Notlösungen benötigen werden und dass wir Menschen, die zu uns kommen, einbinden müssen. Auch die schnellere und leichtere Anerkennung ausländischer Fachkräfte ist ein wichtiger Baustein.

Dieses Thema ist in der Vergangenheit oft belächelt worden; aber es ist zwingend notwendig, die Rahmenbedingungen im gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung endlich so zu verbessern, dass nicht nur mehr Menschen eine entsprechende Ausbildung machen, sondern dass uns auch die erfahrenen, guten Fachkräfte in diesem Bereich erhalten bleiben. Ansonsten bestehen künftig im Bereich der frühkindlichen Bildung für die Kinder, für die Eltern, für den gesamten Standort Bayern massivste Probleme. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Hier sind dringend Investitionen in die Qualität und in die Rahmenbedingungen geboten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wo wären wir ohne das Ehrenamt im Katastrophenschutz? – Das muss man sich auch einmal vor Augen halten. Ich schließe alle Organisationen mit ein, die Weißen, die Roten, die Blauen. Man muss sich einmal überlegen, welche Katastrophen wir in den letzten Jahren hatten: die Flüchtlingssituation, die Corona-Pandemie, das Hochwasser im Ahrtal, bei dem auch viele aus Bayern im Einsatz waren. Jetzt haben wir diese Situation. Es gibt sehr viele Menschen, die im Grunde von einer Katastrophe zur anderen im Einsatz und hoch belastet sind. Ich glaube, es wird der Moment kommen – nein, dieser Moment ist jetzt –, in dem man darüber

nachdenken muss, dass eine Anerkennung in Form der örtlichen Ehrenamtskarte auf Dauer nicht ausreichen wird. Vielmehr müssen wir uns zusammensetzen und uns darüber unterhalten, wie man Menschen, die für unsere Gesellschaft im Katastrophenschutz zu jeder Tages- und Nachtzeit im Einsatz sind, eine echte Wertschätzung und Anerkennung zukommen lassen kann. Ich mache heute bewusst keinen Vorschlag, weil ich glaube, dass wir das in einem Konsens schaffen müssen. Es gibt immer weniger Leute, und die Wenigen werden immer stärker belastet. Meiner Ansicht nach ist es wirklich notwendig und dringend geboten, unser Ehrenamt in diesem Bereich zu stärken und mehr wertzuschätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage das hier in aller Ernsthaftigkeit; denn es gibt ja die verschiedensten Prognosen darüber, was in nächster Zeit noch auf uns zukommen wird. Vielleicht kommt es auch nicht so schlimm. Vielleicht übertreibe ich ein bisschen. Vielleicht werden es nicht ganz so viele. Aber Gewissheiten haben wir keine. Wir müssen uns mit Worst-Case-Szenarien beschäftigen. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen: Was ist denn, wenn bis zu 10 Millionen Menschen die Ukraine verlassen? – Mein Eindruck ist: Wir haben jetzt noch fast einen kleinen Puffer, weil unsere osteuropäischen Nachbarn hervorragend arbeiten und sehr viele Menschen aufnehmen und weil wir viele privat unterbringen können. Aber dieser Puffer kann sehr schnell aufgebraucht sein.

Daher sage ich Ihnen: Die Lage ist äußerst ernst. Wir sind im Katastrophenmodus, und es ist erforderlich, dass alle Beteiligten gemeinschaftlich und auf Augenhöhe in einem Wettstreit um die beste Idee und nicht um die massivste Schuldzuweisung arbeiten, um diese Krise einigermaßen zu überstehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich die SPD fragen, ob sie bei der Wahl des Titels der Aktuellen Stunde nicht einen kleinen Fehler gemacht hat. Sie hätten titeln sollen "Statt destruktiver Oppositionspolitik in München: Hausaufgaben in Berlin machen!"

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dann haben die Kollegen Adelt und Becher gesprochen, und ich muss sagen, insbesondere die Rede des Kollegen Becher hat sehr viel von einem Ansatz konstruktiver Oppositionspolitik enthalten. Deswegen kann ich zumindest nach den ersten beiden Reden zu diesem Tagesordnungspunkt diesen Vorwurf an die SPD nicht mehr aufrecht erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist wahr: Wir werden nicht alle Standards, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, halten können. Wir müssen schauen, dass wir es besser machen als 2015. Damit meine ich weniger den Freistaat Bayern, sondern schaue eher nach Berlin. Dort ist im Jahr 2015 vieles nicht gut gelaufen. Ich denke, wir haben damals in Bayern wirklich das Beste daraus gemacht. Aber auch hier gibt es noch einiges, was zu verbessern wäre. Ich schaue jetzt in das gesamte Parlament und erinnere daran, dass wir hier einmal, ich meine, 22 Stunden am Stück gesessen sind und sehr weit an der Realität vorbei über ein Leitkulturgesetz debattiert haben.

Ich kann nur sagen: Im Nachhinein betrachtet haben wir das mit der Integration sehr gut hinbekommen. Insoweit danke ich unserem Innenminister Joachim Herrmann, unserem langjährigen Staatssekretär Gerhard Eck, allen Mitgliedern der damaligen und der jetzigen Staatsregierung und dem gesamten Parlament, aber insbesondere und in allererster Linie den Kommunalpolitikern, den Bürgermeistern, den Landräten, den Ehrenamtlichen, die der Kollege Becher angesprochen hat, den Menschen, der Gesellschaft. Wir haben das gemeinsam bewältigt. Etwas, was von der damaligen Kanzlerin Angela Merkel großspurig angekündigt, aber nicht gut gemanagt wurde, haben wir tatsächlich gut hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt einiges besser hinbekommen als damals. Die Dinge liegen doch auf der Hand: Als Erstes brauchen wir Planungssicherheit. Da ist jetzt in der Tat der Bund angesprochen. Wir müssen wissen, wie die Flüchtlinge verteilt werden. Stichwort Königsteiner Schlüssel: Wer bekommt wie viele? Mir reicht es nicht, dass man sagt: Ja mei, die gehen halt dorthin, wohin sie wollen. – Nein, das können wir schon steuern; denn viele der Flüchtlinge werden Sozialleistungen beziehen, und insoweit haben wir mittelbar die Möglichkeit, auf eine Residenzpflicht zu dringen.

Als Zweites müssen wir unbedingt und schnell die Arbeitsfähigkeit klären. § 24 des Aufenthaltsgesetzes macht gewisse Vorgaben. Wir müssen versuchen, dies unbürokratisch hinzubekommen. Natürlich suchen wir Arbeitskräfte; aber nicht jeder wird zum Arbeiten in der Lage sein. Der eine oder andere ist traumatisiert, weil er schlimme Erfahrungen – Erfahrungen in der Heimat, Fluchterfahrungen – machen musste. Wir müssen auch sehen, dass diesmal – anders als 2015 – im Wesentlichen Frauen und Kinder zu uns kommen. Darauf werden wir uns einstellen müssen.

Wir stehen in den Bereichen Unterbringung – auch Unterbringung in Kindertagesstätten – und Beschulung, aber auch im psychologischen und im medizinischen Bereich vor großen Herausforderungen. Wir werden diese Herausforderungen bestmöglich bewältigen; dessen bin ich mir sicher.

Ich sage ausdrücklich Danke für Ihre klare und deutliche Positionierung, Kollege Becher. Ja, das müssen wir gemeinsam hinbekommen. Es darf nicht in kleinlichen Streit – dieses passt nicht, jenes passt nicht – ausarten. Wir werden versuchen, es gemeinsam zu bewältigen. Wir werden es schaffen; aber wir müssen hier an einem Strang ziehen. Es ist eine riesige humanitäre Aufgabe, der wir alle uns angesichts eines menschenverachtenden Angriffskriegs der Russen gegen die Ukraine stellen müssen. Wir können dankbar sein, dass wir in diesen Krieg nicht unmittelbar hineingezogen sind.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, die Redezeit.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann können wir wenigstens das Unsrige dazu tun, dass die humanitäre Herausforderung in unserem Land gut bewältigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Dank auch von meiner Seite. Einige in meinem Freundeskreis haben völlig selbstlos sofort das Auto oder den Sattelschlepper vollgepackt, sind an die polnische Grenze gefahren und haben dann in die Ukraine übergesetzt. Diesen ehrenamtlich tätigen Menschen gebührt unser aller Dank. Nur durch sie konnte das erste Leid abgemildert werden.

Der Titel der Aktuellen Stunde ist schon interessant – ich hatte eine ganz andere Rede vorbereitet –: "Statt destruktiver Oppositionspolitik ..."; so haben Sie sie überschrieben. Man könnte es auch so sagen: "Destruktives Regierungshandeln: Auswirkungen auf die Kommunen".

Man betrachte das, was meine Vorredner gesagt haben, unter anderem zur Wehrpolitik. Jetzt gehe natürlich auch ich darauf ein. Wenn fachfremde Ministerfrauen als Verteidigungsminister berufen werden, dann frage ich mich, wie weit es mit unserer Wehrfähigkeit gekommen ist. Minister müssen diejenigen sein, die Ahnung davon haben. Wir hatten als Ministerinnen "Flinten-Uschi" und Kramp-Karrenbauer. Heute haben wir Christine Lambrecht und, nicht zu vergessen, Eva Högl als fachfremde Wehrbeauftragte; sie hat einen SPD-Fachpolitiker ausgestochen, bloß weil der Proporz stimmen musste.

Und bei der CSU? – Nicht vergessen ist unser Freiherr von und zu Guttenberg, die Rakete der CSU, die die Wehrpflicht ausgesetzt hat. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir heute über die Folgen reden.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zum Thema "destruktive Oppositionsarbeit". Ich sehe eine destruktive Regierungsarbeit. Ein Beispiel ist der vorgeschlagene Tankrabatt, der von einem Vorredner von der CSU schon als Bürokratiemonster titulierte worden ist.

Denken wir doch einmal an die Leute draußen, daran, was dort wirklich passiert: Wer 60 Kilometer zur Arbeit fährt, hat 100 Euro Tankkosten mehr im Monat. Das muss ausgeglichen werden, zumal er, wenn er ein Eigenheim hat, gleichzeitig eine Verdreifachung des Heizölpreises gegenüber dem Vorjahr – bzw. eine Verdoppelung des Gaspreises, wenn er eine Gastherme hat – verkraften muss. Wer Mieter ist, kriegt demnächst vom Vermieter oder der Hausverwaltung Post, in der ihm mitgeteilt wird, dass die Nebenkostenvorauszahlungen erhöht werden müssen. 100 Euro mehr im Monat sind bei einer mittelgroßen Wohnung ganz normal. So hohe Nachzahlungen werden zu erwarten sein.

Wir brauchen die sofortige Zurückführung der Mehrwertsteuer auf das Mindestmaß. Von irgendjemandem wurde heute bestritten, dass das machbar sei. Polen, Ungarn und Kroatien machen es uns vor.

Eine Energiesteuersenkung wurde schon angesprochen. Wir aber sind der Meinung, dass die CO₂-Steuer ausgesetzt werden muss – mindestens! Wir sind ohnehin grundsätzlich anderer Meinung. Aber zumindest in dieser Situation muss das geschehen; auch das ist heute schon angesprochen worden.

Wir brauchen die Anpassung der Hartz-IV-Sätze und der Grundsicherung im Alter; auch das ist klar.

Jetzt noch ein Wort zur Regierungsverantwortung von CDU und CSU: Die Zeitung "The Wall Street Journal" kürte die Energiepolitik der Union 2019 zur "weltdümmsten Energiepolitik".

Andere Themen sind heute auch angesprochen worden. Den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Isar 2 haben wir x-mal gefordert; Kollege Hahn hat es in seiner heutigen Zwischenbemerkung erwähnt, Kollege Henkel beim letzten Mal. Den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke hat Herr Aiwanger beim letzten Mal erwähnt.

Kommen wir jetzt zum zweiten Teil des Titels der Aktuellen Stunde: Bayerns Kommunen für die Herausforderungen rüsten! – Der Straßenbau ist chronisch unterfinanziert. Das hatte mein Vorgänger im Landtag, der CSU-Abgeordnete Josef Heiler, schon in den Siebzigerjahren gesagt. Bis heute hat sich nichts geändert. Wir müssen das Bayerische Straßen- und Wegenetz so ändern, dass jeder Kilometer Straße mit bis zu 2.000 Euro gefördert werden kann.

Wir brauchen einen umfassenden gemeinsamen Ansatz, um den Wohnungsbau zu fördern. Für die BayernHeim hat man einen Sündenbock gefunden; Kerstin Schreyer wurde abgelöst. Sie kann im Grunde genommen gar nichts dafür. Das hatte Herr Söder aufs Gleis gesetzt, aber nicht mit Leben erfüllt.

Wir brauchen die Ganztagsbetreuung. Das Konzept muss demnächst vorgelegt werden. Wir diskutieren in den Gemeinden pausenlos darüber, wie wir das umsetzen sollen; denn wir sind schon unter Druck.

Wir brauchen eine Revitalisierung der Innenstädte.

Wir brauchen die Digitalisierung der Verwaltungsportale. Das Online-Zugangsgesetz muss bis Ende 2022 umgesetzt werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an die Redezeit.

Franz Bergmüller (AfD): Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Herr Muthmann, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von München aus Wahlkampf in Berlin machen? Das Problem ist in den Blick genommen worden, und es wird sich nicht ganz vermeiden lassen. Aber ich glaube, dass wir insgesamt gut beraten sind – das gilt also auch für die Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN –, auch mit Blick auf ein erwartetes gutes Wahlergebnis gute Politik vor allem in Bayern zu machen, und zwar im Rahmen unserer Zuständigkeiten, das heißt, bezogen auf die Vorhaben, die wir selbst in Angriff nehmen können. Kollege Bergmüller hat gerade illustriert, wie man in Bayern über Politik reden, aber sich im Wesentlichen nur mit Fragen der Bundespolitik befassen kann. Das ist zu wenig.

Ich will Ihnen zu ein paar Aspekten spezifisch bayerische Problemstellungen vortragen, auch ergänzend zu dem, was die Kollegen Adelt und Becher gesagt haben. Vieles könnte ich wiederholen. Dann wäre die Redezeit um. Daher will ich es an dieser Stelle nicht tun.

Betonen möchte ich, dass wir uns bei den Flüchtlingen, die aus der Ukraine zu uns kommen, natürlich in erster Linie um das Schicksal der Kinder zu kümmern haben. Dann geht es um die Frage, wie wir mit all den Flüchtlingen umgehen, das heißt, welche Qualifikationen sie haben und wie wir sie behutsam in unsere Gesellschaft einführen können. Wir müssen darüber reden, wie wir damit bestmöglich vorwärtskommen.

Die Menschen im Ehrenamt leisten auch zurzeit Großartiges. Sie haben vieles ganz unkompliziert einfach auf den Weg gebracht, was wir innerhalb der staatlichen und kommunalen Strukturen so schnell nicht in den Griff bekommen hätten.

Ich will einen Aspekt, der immer noch der Bewältigung harret, ergänzend nennen: die verwaltungsmäßige Behandlung der Flüchtlinge. Es muss uns gelingen, die Dinge im Rahmen einer One-Stop-Agency zu behandeln. Wenn die Flüchtlinge bei einer öffentlichen Stelle, sei es in der Kommune, beim Kreisverwaltungsreferat oder sonst wo, vorsprechen und ihre Situation schildern, müssen damit auch alle anderen Verwaltungsverfahren erledigt werden können. Allein der Gedanke, in welcher Situation die Flüchtlinge sind, macht deutlich, dass diese Problemstellung ganz unverzichtbar ist.

Ein Beispiel, das wir gerade erst erlebt haben: Private bieten eine 80-Quadratmeter-Wohnung an und sagen, sie würden diese gerne für eine Familie oder vielleicht zwei kleine Familien zur Verfügung stellen. Aus kommunaler Mitarbeiterschaft wird ihnen entgegengebracht: Auf 80 Quadratmeter passen zehn Leute; unter zehn Leuten machen wir das nicht. – Das hat natürlich zum Scheitern dieser Bereitschaft geführt.

Das sind hoffentlich Einzelfälle. Aber ich bitte, noch mal ganz deutlich herauszuarbeiten, welche Chancen und welche Verpflichtungen wir auch gegenüber diesen Flüchtlingen haben.

Zwei andere Aspekte will ich zumindest noch ergänzt haben, die unsere Menschen natürlich auch beschäftigen, und das mit der Frage verbinden, was im kommunalen Bereich möglich oder auch wichtig ist: Die Energiepreisentwicklung bei Diesel und Benzin macht es natürlich notwendig, über Entlastungen gerade auch für die nachzudenken, die viel fahren – und das sind diejenigen, die im ländlichen Raum unterwegs sind.

Das ist weitestgehend ein Bundesthema. Aber wenn man über die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs nachdenkt, ist es schon auch ein Thema des Freistaats, zusätzlich verbesserte Lösungen möglich zu machen. Wir haben in den letzten Jahren zurückgehende Sätze der staatlichen Förderung für die Kommunen beobachtet. Das muss sich auch unter dem Eindruck der aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen verbessern. Viel mehr Menschen werden darüber nachdenken, den ÖPNV mehr zu nutzen. Aber das muss nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Räumen verbessert möglich werden. Das ist eine dringende Aufgabe der Kommunen, aber sie ist leistbar mit Unterstützung des Freistaates an dieser Stelle. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist in aller Kürze: Weg frei für erneuerbare Energien! Das gilt eben auch bei der Windkraft. Der Ministerpräsident hat heute gesagt, 10 H sei gar kein Problem, das sei in Bayern nur ein geografisches Problem. – Da muss ich ihm entgegenhalten: Dann spricht nichts dagegen, 10 H abzuschaffen, wenn die Geografie die Entwicklung als solche bewirkt und maßgeblich bestimmt. Wir werden dann sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. – Auch da müssen wir den Kommunen sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben. Die CSU und die FREIEN WÄHLER müssen endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Auch das besorgt die Bürger, und das besorgt die Kommunen.

Es gäbe sehr viel mehr zu sagen. Angesichts der zeitlichen Beschränkung muss ich mich darauf reduzieren. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Alles Weitere in weiteren Debatten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche habe ich gezittert, weil ich wütend war. Heute muss ich sagen: Die Diskussion, die wir heute miteinander führen, ist wahnsinnig wohltuend. Herr Becher, ich hoffe, ich bringe Sie bei den GRÜNEN jetzt nicht in Schwierigkeiten, aber wenn ich die Rede von Frau Demirel in der letzten Woche, die nur gemeckert und geschimpft hat, und Ihren sehr konstruktiven Ansatz heute übereinander lege, dann finde ich, der ist aller Ehren wert. Ich würde mir mehr Becher-Grün als Demirel-Grün wünschen. Ich glaube, dann kommen wir insgesamt weiter.

Nur haben Sie meinen geschätzten Kollegen Tobias Reiß kritisiert und gesagt, er wäre destruktiv unterwegs. Das ist er aber überhaupt nicht, sondern er hat weitere konstruktive Vorschläge gemacht, wie wir in dieser schwierigen Zeit gemeinsam vorankommen.

Bei Herrn Adelt wurde auch schon angesprochen: Das Einzige, was nicht passt, ist die Überschrift, weil wir keine destruktive Oppositionspolitik betreiben, sondern ich glaube, wir erleben heute einen sehr konstruktiven Austausch über die Dinge, die vor uns liegen.

Ich darf heute für die CSU-Fraktion den Part zum Thema Flüchtlinge übernehmen. Ich glaube, wir brauchen nicht mehr auf die dramatische Situation in der Ukraine hinzuweisen. Da passiert größtes Leid. Das können wir alle jeden Tag nur sehr bedauern. Wie ist die Situation jetzt in Deutschland? – Wir haben momentan 150.000 Flüchtlinge in Deutschland, davon 50.000 in Bayern. Ich glaube, die große Schwierigkeit, die wir alle hier gesehen haben, ist, dass die Flüchtlingszahlen nicht abschätzbar sind. Wir haben letzte Woche von unserem Innenminister gehört, dass er vorerst mal mit 100.000 in Bayern rechnet. Ob das haltbar ist, kann heute, glaube ich, keiner prophezeien, sondern wir müssen uns eben bestmöglich vorbereiten.

Ich glaube, dass es in jede Rede gehört, dass wir uns bei denen bedanken, die mit der Situation momentan umgehen: bei den Hilfsorganisationen, bei den Ehrenamtlichen, bei den Behörden. Aber ein ganz besonderer Dank geht wirklich auch an unsere Staatsregierung, an unseren bayerischen Innenminister, der die Situation 24 Stunden an sieben Tagen die Woche beobachtet. Ich frage mich manchmal, wann er schläft, weil er da wirklich ganz hervorragende Arbeit leistet. Lieber Joachim Herrmann, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich blicke dann immer gerne auf mein eigenes Landratsamt, auf die eigenen Kommunen in meinem Stimmkreis und sehe, was auch dort geleistet wird. Auch dort ist alles unabsehbar. In meinem Landkreis Pfaffenhofen wurden Anfang letzter Woche 30 Flüchtlinge aufgenommen. Jetzt sind wir schon nahe 500. Hier wird wirklich jede Anstrengung unternommen, um diese Menschen menschenwürdig unterzubringen. Deswegen auch ein ganz großer Dank an die Kommunen!

Insofern brauchen wir auch mehr Ordnung, und das sehen inzwischen alle ein. Wir brauchen Registrierungen, wir brauchen auch den Königsteiner Schlüssel. Das wurde anfangs noch von der Frau Innenministerin im Bund anders gesehen. Aber sie hat inzwischen eingelenkt. Da brauchen wir auch nicht nachzutarocken. Das ist gut. Wir müssen innerhalb von Deutschland verteilen. Heute geht noch mal die ganz große Bitte an die Ampelkoalition: Wir hatten große Einigkeit in Europa, aber wir müssen auch noch mal über die europäische Verteilung reden; denn ich befürchte, dass die europäischen Länder verständlicherweise nicht unbedingt "Hier!"

schreien werden, wenn es um die Verteilung der Flüchtlinge geht. Ich glaube, wir brauchen auch dafür einen festen Schlüssel.

Im Endeffekt geht es nur darum, die Akzeptanz zu erhalten, die momentan in der Bevölkerung ganz groß ist, dass sie sehen, das Ganze geht gerecht zu. Wir können unseren ukrainischen Freunden nur effektiv helfen, wenn sie in der Bundesrepublik gut verteilt werden und wenn sie auch innerhalb Europas gut verteilt werden. Das ist meine feste Überzeugung.

Wenn ich über Akzeptanz rede: Wir haben sehr viele Schwierigkeiten auch in der eigenen Bevölkerung. Die Ukraine-Krise trifft am allerschlimmsten natürlich die Ukraine selber. Der Krieg ist furchtbar. Aber die Auswirkungen sind halt auch in Deutschland zu sehen. Wir haben es in der Regierungserklärung gehört. Bitte lasst uns auch an die kleinen Menschen hier in Deutschland denken. Lasst uns an die Mittelständler denken, lasst uns auch an die Industrie denken. Jeder braucht unsere Hilfe. Aber ich habe heute ein sehr gutes Gefühl, dass wir das gesamtparlamentarisch und gesamtgesellschaftlich lösen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nun rufe ich als nächste Rednerin die Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Frau Triebel, Sie haben das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist sehr weit gefasst, und als gelernte Lehrerin möchte ich hier heute die Debatte auf den bildungspolitischen Aspekt lenken.

Wir alle wissen, dass die größte Aufgabe eines Bundeslandes die Bildung ist. Ein Blick in unseren Haushalt zeigt: Fast zwei Drittel der Ausgaben sind im Bildungshaushalt zu finden. Die wichtigsten Partner der schulischen Bildung sind die Sachaufwandsträger, die dem Freistaat bei der Umsetzung der Bildungshoheit zur Seite stehen, also die Kommunen. Doch die Partnerschaft hört beim Geld leider oft auf. So schiebt die Staatsregierung eigene Aufgaben in der Bildung sehr gerne den Kommunen zu, siehe die Digitalisierung, wo es Kämpfe gebraucht hat, damit die Kosten der IT-Betreuung an den Schulen zu 50 % vom Land übernommen werden, oder die Ganztagesbildung, die zusammen mit den Kommunen umgesetzt werden muss. Der Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung kommt 2026. Dafür ist vonseiten der Staatsregierung leider noch keinerlei Bewegung zu erkennen. Deshalb mein Appell: Setzen Sie sich jetzt mit den Kommunen zusammen, denn wir brauchen 2026 fertige Konzepte, um keinen Holperstart hinzulegen. Gut starten, das ist das Stichwort für die aktuellen Herausforderungen.

Fast drei Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine vor Putins Angriffskrieg geflohen. Es werden noch viel mehr werden. In der Hauptsache kommen Mütter mit ihren Kindern, die bei uns Gott sei Dank eine sichere Zuflucht finden. Vor allem gilt es, den Kindern so schnell wie möglich ein sicheres Ankommen zu ermöglichen, damit sie durch einen geordneten Alltag wieder Halt und Sicherheit erfahren.

An Bayerns Schulen sollen erst einmal Willkommensgruppen eingerichtet werden. Das, verehrte Staatsregierung, ist erst einmal keine schlechte Idee. Doch sollten Sie dabei tunlichst die Fehler vermeiden, die Sie in Corona-Zeiten gemacht haben. Ich meine die überbordende Bürokratie bei der Einstellung von Drittkräften, die mangelhafte Zahlungsmoral genau gegenüber diesen Kräften und die sehr dürftige Zusammenarbeit mit den Sachaufwandsträgern, den Kommunen.

Was müssen wir jetzt sofort tun? – Statten Sie als Erstes die Schulen und Sachaufwandsträger möglichst schnell und unkompliziert mit genügend finanziellen Mitteln aus, die sie für zusätzliches Personal und Räume für diese Willkommensgruppen benötigen.

Stellen Sie zweitens Online-Plattformen zur Verfügung, aber bitte nicht mit den Funktionen von Mebis, wo sich ukrainisch- oder russischsprachige Lehrkräfte und Hilfspersonen melden können. Die brauchen wir jetzt unbedingt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Plattformen, auf denen sich Geflüchtete in ihrer Sprache eine Orientierung über unser Bildungssystem verschaffen können. Wenn neu ankommende Geflüchtete spätestens ab Herbst in die Schulen drängen, brauchen sie diese Orientierung. Entlasten Sie endlich das Rückgrat der Schulen, die Schulleitungen, vor allem die Schulleitungen der Grund- und Mittelschulen. Entbinden Sie diese jetzt endlich von ihren zusätzlichen Unterrichtsverpflichtungen. Lehrkräftemangel, Corona und Integration zu managen, bringt Schulleitungen immer mehr an den Rand ihrer Kräfte. Das darf nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die großen Herausforderungen für unsere Schulen werden im Herbst kommen. Da wird es richtig losgehen. Geflüchtete Kinder müssen in unser Schulsystem integriert werden. Das muss jetzt vorbereitet werden. Wir brauchen dann mehr Deutschklassen, mehr Vorkurse Deutsch, mehr schulpсихologische Unterstützung. Vorausschauendes Handeln ist also jetzt angesagt, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Staatsregierung. Machen Sie es deswegen jetzt besser als bei der Corona-Pandemie, in der Sie die Schulgemeinschaft und die Kommunen nicht nur einmal im Regen haben stehen lassen. Erledigen Sie jetzt Ihre Hausaufgaben, damit wir den geflüchteten Kindern und Jugendlichen einen ersten Halt in ihrer neuen Welt geben können und damit wir im Herbst einen guten Schulstart für alle haben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Robert Riedl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Statt destruktiver Oppositionspolitik in Berlin: Hausaufgaben in Bayern machen und Kommunen für Herausforderungen rüsten!" Ich weiß nicht, was die SPD mit ihrer aggressiven Formulierung des Titels dieser Aktuellen Stunde erreichen will. Ich gehe aber davon aus, dass Sie Ihr eigenes Verhalten im Landtag nur zu anderen Gruppierungen nach Berlin transferieren wollen.

Bayerische Kommunen für Herausforderungen rüsten! Für welche? – Um alle Herausforderungen hier anzusprechen, bräuchte ich acht Stunden. Ich gehe davon aus, dass Sie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf unsere Kommunen meinen. Sie vermuten, dass unsere Landkreise und Gemeinden nicht darauf vorbereitet sind. Das mag in manchen Großstädten zum Teil der Fall sein. Im Übrigen aber läuft es bestens und gut koordiniert. Als Sie noch im Winterschlaf waren, haben wir FREIE WÄHLER schon mit den Landräten, Bürgermeistern und Hilfsorganisationen Nägel mit Köpfen gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In zig Videokonferenzen haben wir dieses Thema besprochen. Da Sie dieses Netzwerk aber nicht haben, gehen diese Besprechungen nicht von Ihnen aus, denn auf dem Land sind Sie relativ spärlich besetzt.

(Zuruf von der SPD: Aber hallo!)

Wissen Sie überhaupt, wer sich als Erster über die Lage am Münchner Hauptbahnhof informiert hat? – Das war ich am letzten Dienstagabend. Ich habe mit der Caritas gesprochen und meine Erfahrungen sofort an meine Fraktion weitergegeben. Was ist am Mittwoch passiert? – Am Mittwoch in der Früh um acht Uhr hat unsere Fraktion reagiert und das Heft in die Hand genommen. Wo war der Münchner Oberbürgermeister? Ich glaube zu wissen, dass der Ihrer Partei angehört. Er musste erst von einem Mitglied unserer Fraktion angerufen werden, um in die Gänge zu kommen. Wäre das vielleicht Ihre Aufgabe gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD? Wäre das Ihre Hausaufgabe gewesen? In meinem Stimmkreis, dem Landkreis Cham, der bekanntlich der Landkreis mit der größten Fläche in Bayern ist und in dem der Grenzübergang Furth im Wald liegt, wo ein Großteil der geflüchteten Menschen aus der Ukraine ankommt, haben wir ein gut funktionierendes Koordinationssystem. Hinter mir sitzt der Kollege Hopp, der aus demselben Landkreis kommt. Er wird es bestätigen können.

Wir arbeiten mit den Gemeinden und Städten zusammen, um die Verteilung und Versorgung der Geflüchteten auf öffentliche, vor allem aber auch auf private Unterkünfte vorzunehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Helferinnen und Helfern, sowohl bei den freiwilligen als auch bei den beruflichen, bei den Hilfsorganisationen, aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, welche Wohnungen, Zimmer, aber auch Lebensmittel, Kleidung oder Geld zur Verfügung stellen, recht herzlich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich kann alles noch verbessert werden. Dazu brauchen wir aber Taten und keine schönen Worte. Das, liebe SPD, ist der gravierende Unterschied zwischen unseren Parteien: Sie reden, wir handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Um unsere Kommunen, die Ihrer Meinung nach finanziell im Stich gelassen werden, brauchen wir uns keine großen Sorgen zu machen. Hier greift Artikel 83 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung: Wer anschafft, der bezahlt. Das ist also das Konnexitätsprinzip. Wir FREIE WÄHLER haben da noch niemanden im Stich gelassen.

Mit dem unsäglichen Krieg in der Ukraine treten aber nicht nur Probleme für die Kommunen auf, sondern vor allem auch für ihre Bürgerinnen und Bürger, und das vor allem bei der Energieversorgung. Unseren heimisch nachwachsenden Rohstoff Holz verschmähen Sie vollends. Statt die Anschaffung von Hackschnitzelheizungen, Holzheizungen und -öfen, Pelletheizungen und -öfen zu forcieren, schaffen Sie die Förderung dafür ab. Ich weiß nicht, wie oft wir FREIE WÄHLER die Änderung dieses Zustandes schon gefordert haben. Unzählige Male! Passiert ist aber nichts.

Genauso verhält es sich mit den Biogasanlagen, der grünen Allzweckwaffe gegen die Abhängigkeit von russischem Gas. Die Betreiber dieser Anlagen könnten auf Mais vollkommen verzichten, wenn sie die Erlaubnis bekämen, Rasenschnitt, Mühlenabfälle oder ähnliche Abfallprodukte zu verwenden. Aber nein, wenn sie das tun würden, würden sie die Nawaro-Förderung verlieren, auf die sie angewiesen sind. Diesen Zustand müssen wir auf Bundesebene sofort ändern.

Meine Damen und Herren, nicht nachvollziehbar ist, dass die Betreiber einer Biogasanlage Pferdemist von Reittieren verwenden dürfen, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): – aber nicht den Mist von Lastpferden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Mittag. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Bei dieser Aktuellen Stunde hat die SPD einen cleveren Schachzug vollzogen. Lieber Klaus, das war nicht die Überschrift, zu der ich gleich noch komme, sondern es war sehr clever, dich hier vorne hinzustellen und nicht euren Fraktionsvorsitzenden, der nicht mehr da ist.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Klaus, du hast dafür gesorgt, dass wir gerade nicht destruktiv diskutieren. Herr Kollege Becher hat gesagt, wir bräuchten jetzt ein schnelles gemeinsames Handeln. Diese Überschrift bewirkt genau das Gegenteil. Die Überschrift passt sehr gut zu eurem Fraktionsvorsitzenden. Vorwürfe in einer Aktuellen Stunde lasse ich jetzt einfach mal weg. Ich will über die Hausaufgaben reden, die wir zum einen angehen, die zum anderen auch in Berlin gehört werden müssen. Berlin hat einen großen Anteil daran, dass wir uns gut aufstellen können in der Krise, die schon da ist und uns noch droht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund muss für den Bereich Energie und Spritpreise Maßnahmen für Verbraucher und Wirtschaft ergreifen. Dabei darf kein Bürokratiemonster entstehen. Die meisten hier sind sich darüber einig. Wie alle anderen Vorredner möchte auch ich ein großes Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer sagen, die jetzt mit anpacken. Sie haben sofort reagiert, ohne vorher groß zu fragen. – Ein großes Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU)

Man könnte sich fragen, warum ich zum Thema Energie spreche, wenn wir über die Kommunen reden. Die meisten in diesem Hohen Haus haben irgendetwas mit der Kommunalpolitik zu tun. Ich selbst durfte Bürgermeister sein. Sie wissen das genauso wie ich: Die Themen der einzelnen Bürger und der Wirtschaft sind auch die Themen der Kommunen. Die Kommunen wollen, dass es den Bürgern gut geht. Sie wollen aber auch, dass es ihrer Wirtschaft gut geht. Das macht den Ort, die Region, die Kommune zum einen lebens- und liebenswerter, zum anderen sorgt die Wirtschaft auch dafür, dass zum Beispiel Arbeitsplätze sicher sind. Das brauchen die Menschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht destruktiv, wenn ich sage: Der Bund kann sich gerne eine Scheibe von Bayern abschneiden. Es ist auch nicht destruktiv, wenn ich sage: Bayerische Wege während der Corona-Pandemie wie die Soforthilfen und die Forderungen, die wir gestellt haben, kann sich der Bund gerne zum Maßstab nehmen, um den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen, sowohl den Privaten als auch den Unternehmern.

Jetzt komme ich auf die Überschrift der Aktuellen Stunde zurück sowie auf den nicht anwesenden Fraktionsvorsitzenden. Er hat während der Regierungserklärung über die Porschefahrer gesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es mag schon sein, dass der eine oder andere einen Porsche fährt, wahrscheinlich auch der eine oder andere Unternehmer. Es ist jedoch der völlig falsche Ansatz, diese auszuklammern, wenn es um die Themen Energie und notwendige Hilfen geht. Wir brauchen diese Unternehmer. Diese brauchen jetzt die Unterstützung, weil sie nicht mehr wissen, wie sie bei den gestiegenen Energiepreisen die Arbeitsplätze erhalten können, die für unsere Bürgerinnen und Bürger so wichtig sind. Deshalb klammere ich den Porschefahrer nicht aus. Wir müssen das gezielt für die Wirtschaft und für Private auf die Reihe bekommen.

Ich muss mich ein bisschen beeilen, weil meine Redezeit sehr kurz ist. Man könnte sehr lange darüber diskutieren. Noch vor wenigen Tagen hat der Ampel-Finanzminister Reduzierungen beim Spritpreis kategorisch abgelehnt. Die Begründung hat mich schockiert. Ihm sei es lieber, mehr Geld für Sprit vom Bürger zu verlangen, weil dies Steuereinnahmen bedeute. Es wäre besser, wenn die Bürger das Geld dafür ausgaben als für etwas anderes, mit dem keine Steuern zu verdienen seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das der Ansatz ist, hat der eine oder andere in Berlin nichts verstanden. Bei uns im ländlichen Raum tankt man das Auto nicht voll, um Freizeitfahrten zu machen. Bei uns im ländlichen Raum ist das Auto der zentrale Anlaufpunkt, um zur Arbeit zu kommen und den Alltag zu bewältigen. Die Menschen müssen sich mit dem Auto bewegen. Sie brauchen auch bezahlbaren Sprit.

Deshalb fordern wir den Bund dazu auf, unbürokratisch schnelle Maßnahmen für die Verbraucher und die Wirtschaft gegen die extrem steigenden Energie- und Spritpreise zu ergreifen. Es braucht die Energiepreisbremse. Es braucht keinen Tankstellenrabatt. Dieser führt zur Verunsicherung. Er soll noch auf zwei Euro gedeckelt werden. Wenn wir das so machen, ist ein Bürokratiemonster damit fertig. Wir haben die Forderung an den Bund gestellt, nach der Senkung der Verbrauchsteuern auf Energie insbesondere bei der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu gehen. Wir haben gefordert, die Energiesteuer auf fossile Kraft- und Heizstoffe zu reduzieren sowie die Mehrwertsteuer auf Strom, Kraft- und Heizstoffe und Fernwärme temporär von 19 auf 7 % zu senken. Das wäre wirklich eine Entlastung.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Martin Mittag (CSU): Ich muss zum Ende kommen. – Ich hoffe, Herr Kollege von Brunn ruft zu konstruktiver Arbeit auf. Ich hoffe, er nimmt sich das in seiner herzlichen Art zu Herzen und bringt das in den Landtag ein. Dann haben wir bei seinem Gewicht in Berlin etwas gewonnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Joachim Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass sich nach der etwas schwierigen Debatte in der vergangenen Woche ich heute die allermeisten Beteiligten um wesentlich mehr Konstruktivität bemüht haben. Wir setzen uns überwiegend sachlich mit den Herausforderungen, die vor uns stehen, auseinander.

Wir haben es durch diese von Putin angeordnete Invasion in der Ukraine mit schlimmen Schicksalen zu tun. Millionen Menschen befinden sich jetzt auf der Flucht. Neben der unmittelbaren Hilfe für die Ukraine ist die Aufnahme dieser Menschen, die in unser Land kommen, ein Gebot der Humanität und Solidarität. Es ist ein starkes Zeichen, dass in dieser Frage endlich einmal wieder die gesamte Europäische Union zusammensteht und gemeinsam diese Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine zu leisten bereit ist. In dieser Situation müssen wir insgesamt zusammenstehen und zusammenwirken. Die Herausforderungen sind nicht klein. Das kann man nicht nebenbei erledigen. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Europa, vom Bund, den Ländern und allen Kommunen. Alle müssen helfen. Ich bin sehr dankbar, dass eine großartige Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung heraus entstanden ist, die nicht vom Staat beschlossen worden ist. Es gibt unzählige Menschen, die nicht darauf warten, bis sie jemand anschubst. Sie sagen von sich aus: Ich will etwas tun. Ich will mithelfen. – Die einen spenden Sachen, die anderen spenden Geld. Viele sind unmittelbar persönlich aktiv. Einige machen das spontan nur jetzt, andere engagieren sich ständig ehrenamtlich. Das wurde schon zu Recht angesprochen.

Ja, wir haben den K-Fall auf diese Situation ausgedehnt. Ich glaube, das ist richtig und wichtig. Ich freue mich, dass das auf große Zustimmung im Hohen Haus stößt. Das gilt nach wie vor auch für die Pandemie-Situation. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die diesen Weg gewählt haben. Wir können in der Tat auf das institutionalisierte Ehrenamt bei den Feuerwehren, in den großen Rettungsorganisationen wie dem Roten Kreuz, den Maltesern, den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund und bei weiteren Organisationen zurückgreifen. Unzählige Menschen sind sowohl haupt- als auch ehrenamtlich aktiv. Es sind viele dabei, die sich bereits im Dauerstress befinden. Wir haben sie während der Pandemie andauernd gebraucht. Sie haben sich auch – das ist zu Recht angesprochen worden – am Einsatz für die Menschen in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Juli beteiligt. Zum Teil sind es immer wieder die Gleichen, die helfen, und jetzt sind sie schon wieder zur Stelle. Vielen herzlichen Dank für dieses großartige Engagement!

(Beifall bei der CSU)

Seit dem 1. März bis gestern Abend haben wir an den bayerischen Grenzen über 49.000 Bürgerkriegsflüchtlinge gezählt, die in unser Land gekommen sind. Manche von ihnen sind inzwischen schon wieder weitergezogen, weil sie in anderen Teilen Deutschlands oder Europas Verwandte und Bekannte haben. Das ist ihr Freiheitsrecht, das wir mit den europäischen Beschlüssen ermöglicht haben. Das ist so völlig in Ordnung. Immerhin wurden in Bayern schon 16.000 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht. Das ist schon eine stattliche Zahl.

Heute wissen wir noch nicht, wie viele Flüchtlinge es noch werden. Wichtig ist, dass sich alle Städte und Landkreise darauf vorbereiten, dass es noch mehr werden. Deshalb müssen wir jetzt zügig vorankommen. Unsere sogenannten Anker-Einrichtungen sind inzwischen randvoll. Die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden arbeiten mit Hochdruck daran, weitere Kapazitäten zu erschließen.

Allerdings ist es auch wichtig, dass diejenigen, die eine Unterkunft brauchen und dauerhaft bleiben wollen, gerecht verteilt werden. Die Diskussion der letzten zehn Tage war nicht einfach. Ich möchte darauf hinweisen, dass als erstes Land Berlin um Hilfe geschrien hat. Die Stadt Berlin hat erklärt, dass sie die Situation allein nicht mehr aushalten und der Bund dafür sorgen müsse, dass die Flüchtlinge auch auf andere Bundesländer verteilt würden. Dann kam das Land Brandenburg. Die Innenministerkonferenz tritt inzwischen mindestens einmal pro Woche per Videokonferenz zusammen. Der Innensenator von Hamburg hat erklärt, der Flüchtlings-

strom konzentrierte sich derartig stark auf seine Stadt, dass Hamburg dies auf Dauer nicht aushalten könne.

Ich habe bei dieser Gelegenheit die Situation Münchens zur Sprache gebracht. Der Münchner Oberbürgermeister Reiter hat selbst unmittelbar mit der Bundesinnenministerin gesprochen. Bei unserem gemeinsamen Besuch am Münchner Hauptbahnhof hat OB Reiter zum Ausdruck gebracht, dass wir beide dankbar dafür sind, dass die Bundesinnenministerin nach der argumentativen Auseinandersetzung ihre Haltung geändert hat. Der Bundesverkehrsminister hatte ursprünglich geäußert, da könne man nichts machen, das sei die freiheitliche Entscheidung jedes Einzelnen, jeder könne dorthin gehen, wohin er will. – Inzwischen konnte eine Änderung in der Haltung der Bundesregierung erzielt werden.

Eines möchte ich unterstreichen: Wenn ein ukrainischer Flüchtling sagt, er hat einen Onkel in Köln oder eine Großmutter in Paris, dann darf er selbstverständlich dorthin gehen. Daran hindert ihn niemand. Da gibt es keinerlei staatlichen Zwang. Sobald ein ukrainischer Flüchtling jedoch eine staatliche Unterkunft benötigt, unabhängig davon, ob diese vom Freistaat, einer Kommune oder einer Einrichtung gewährt wird, sieht § 24 des Aufenthaltsgesetzes vor, dass eine Verteilung möglich sein muss, weil nicht alle Flüchtlinge zum Beispiel in Berlin untergebracht werden können. Das kann nicht funktionieren. Inzwischen leuchtet es den allermeisten Beteiligten ein, dass das EASY-Verfahren, das wir schon seit Jahren für die Asylbewerber anwenden, in den nächsten Tagen für die ukrainischen Flüchtlinge aktiviert wird. Dass wir dabei individuelle Wünsche so weit wie möglich berücksichtigen, ist völlig klar. Darum werden sich alle Länder bemühen. Eine gewisse Verteilung der Flüchtlinge ist aber notwendig.

Ich freue mich, dass wir in dieser Frage zu einer Verständigung gekommen sind. Wir möchten jetzt erreichen, dass wir vom Bund künftig früher Informationen bekommen. Die Bundesinnenministerin und der Bundesverkehrsminister haben zugesagt, dass eine gemeinsame Informationsstelle eingerichtet wird, über die die Länder frühzeitig darüber informiert werden, wann welche Sonderzüge wohin fahren, wie viele Flüchtlinge voraussichtlich in diesen Zügen sitzen usw. Alle Bundesländer, durch die diese Züge fahren, sollen frühzeitig informiert werden. Das geschieht nicht, weil ich persönlich diese Informationen bräuchte. Wichtig ist aber, dass sich zum Beispiel der Münchner Oberbürgermeister darauf vorbereiten kann, weil viele dieser Züge am Münchner Hauptbahnhof ankommen werden. Das gilt genauso für die Kommunen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen usw. Wir sind hier gut vorangekommen.

Korrespondierend dazu werden wir im Innenministerium eine Koordinierungsstelle einrichten, die ab morgen handlungsfähig sein wird. Sie wird die Informationen vom Bund entgegennehmen und sie dann an die Kommunen weitergeben, die jeweils betroffen sind.

Da die Kosten angesprochen worden sind, möchte ich dazu eine klare Aussage treffen: Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit angefallenen Kosten der erbrachten Leistungen zu 100 %. Dieses Verfahren läuft seit Jahren für alle Kosten für Asylbewerberunterkünfte, Verpflegung usw. und ist eingespielt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben zwar durch die ukrainischen Flüchtlinge eine Sondersituation, aber die Verfahren sind eingespielt. Das ist nichts Neues. Das Verfahren unterscheidet sich jedoch von dem Verfahren in anderen Bundesländern, wo nur Pauschalen, aber keineswegs 100 % der Kosten erstattet werden. Seit einigen Jahren haben wir mit

Zustimmung des Finanzministers das Verfahren, dass Landratsämter ihre Kosten unmittelbar zulasten der Staatskasse buchen können. Somit entsteht überhaupt keine Zahlungsverzögerung. Die kreisfreien Städte müssen ihre Kosten über die Regierungen abrechnen. In den letzten Jahren hat sich jedoch keine kreisfreie Stadt darüber beschwert, dass sie die von ihr abgerechneten Kosten nicht zeitnah von der jeweiligen Regierung erstattet bekommen hätte.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. Das gilt auch für die Registrierung der Flüchtlinge, die notwendig ist. Gott sei Dank haben wir in Bayern nicht Verhältnisse wie in Berlin. Ich habe heute in den Medien gelesen, dass das in Berlin zuständige Landesamt unter der Arbeitsbelastung quasi zusammenbricht. Dort wurde die Registrierung der Flüchtlinge eingestellt, weil das nicht mehr verkraftbar sei. Die zuständige Senatsverwaltung wird von der neuen Sozialsenatorin Katja Kipping geführt. In der Zeitung ist zu lesen, dass die Berliner Polizei bereit war, die Senatsverwaltung bei der Registrierung zu unterstützen, wie das in Bayern ganz selbstverständlich der Fall ist, zum Beispiel am Münchner Hauptbahnhof. Bei Frau Kipping ist die Polizei jedoch unbeliebt. Deshalb lehnt sie es ab, dass die Polizei die Registrierung übernimmt, obwohl ihre eigene Verwaltung am Zusammenbrechen ist. Das muss man sich einmal vorstellen.

Gott sei Dank haben wir diese Probleme nicht. Wir haben eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich habe gestern mit dem Münchner Oberbürgermeister unterstrichen, dass bei uns Hand in Hand gearbeitet wird. Die Bundespolizei, die bayerische Polizei, die Landeshauptstadt München und die Helferinnen und Helfer von der Caritas, die am Münchner Hauptbahnhof einen 24-Stunden-Service organisieren, arbeiten sehr gut zusammen. Man muss sich das einmal vorstellen: Zu jeder Tages- und Nachtzeit haben die Menschen am Hauptbahnhof eine Anlaufstelle, bei der sie zu essen und zu trinken bekommen, auch nachts um drei Uhr. Das ist außergewöhnlich. Ich sage diesen Menschen ein ganz herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Heute wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Menschen irgendwann in ihre Heimat zurückkehren werden. Das weiß heute niemand. Darüber müssen wir heute auch nicht spekulieren. Wir haben in den Neunzigerjahren mit den Flüchtlingen aus Jugoslawien die Erfahrung gemacht, dass nach dem Ende der Bürgerkriege in Jugoslawien etwa zwei Drittel der Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt sind, also nach Kroatien, Serbien oder Bosnien. Ein Drittel dieser Menschen ist hier im Lande geblieben, weil sie sich in der Zwischenzeit gut integriert und einen Arbeitsplatz gefunden haben. Das muss nicht so kommen, aber es kann so kommen. Wenn es so kommen sollte, dann ist das auch okay.

Wir müssen alle Optionen offenhalten. Wir müssen versuchen, alle, die sich auf Dauer bei uns aufhalten, bestmöglich zu integrieren. Sollten diese Menschen irgendwann in ihre Heimat zurückkehren wollen, können sie das selbstverständlich tun. Wenn wir sie so gut integriert haben, dass sie sich hier wohlfühlen, engagierte Arbeitnehmer geworden sind und sich gut in unsere Gesellschaft eingebracht haben, dann wird uns das auch freuen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt gut voranbringen; mein Ministerium und das Arbeits- und Sozialministerium sind mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und mit der Bundesagentur für Arbeit in intensivem Kontakt, um diesen Integrationsprozess möglichst schnell voranzubringen. Auch da können wir einiges bewerkstelligen. Das klappt nicht in wörtlichem Sinne alles bis morgen, aber ich bin sicher, dass wir das mit der Unterstützung der Städte und Landkreise sehr schnell voranbringen.

In diesem Sinne bin ich ausdrücklich für weitere Ideen und Vorschläge dankbar; wir greifen sie auf. Viele Oberbürgermeister und Landräte greifen sie auf. Ich will nicht behaupten, dass alles schon in Butter ist, und ich will nicht ausschließen, dass morgen irgendwo etwas nicht optimal läuft und wir irgendwo auch einmal wieder auf einen Bürokraten stoßen – das will ich überhaupt nicht ausschließen –, aber wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten, das Tag für Tag noch besser zu machen, bin ich sicher, dass wir in der Tat diesen Menschen aus der Ukraine, die ein schreckliches Schicksal erfahren, hier eine gute vorübergehende oder auch neue Heimat bieten können. – Vielen Dank allen, die daran mitwirken.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Saal. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Anpassung der Bezüge 2022 (Drs. 18/21628)
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit ergeben sich 14 Minuten Redezeit für die Staatsregierung. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Ich erteile dem Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge fußt auf dem Tarifabschluss vom 29.11.2021 für den öffentlichen Dienst der Länder. Bayern steht wie immer zu seinen Beamtinnen und Beamten. Wir haben angekündigt, diesen Tarifabschluss schnell umzusetzen und ihn zeit- und systemkonform auf den Beamtenbereich zu übertragen, wie immer.

Die vereinbarte lineare Erhöhung ab dem 1. Dezember 2022 beträgt 2,8 %. Es wurde eine einmalige Sonderzahlung für Corona-Leistungen von 1.300 Euro vereinbart, die noch vor Ende März ausbezahlt werden soll, damit sie steuerfrei sein kann. Für Auszubildende gibt es 650 Euro, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten erhalten monatlich 50 Euro ab dem 01.12.2022. Genau das übertragen wir in diesem Gesetzentwurf eins zu eins auf unsere Beamtinnen und Beamten. Ab 01.12.2022 2,8 % Bezügeerhöhung für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger, für Anwärter zusätzlich 50 Euro monatlich ab dem 01.12.2022. Die Corona-Sonderzahlung beträgt für aktive Beamte und Richter 1.300 Euro sowie

650 Euro für die Anwärterinnen und Anwärter. Für kommunale Wahlbeamte, ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Bezirkstagspräsidenten gibt es auch eine einmalige Corona-Sonderzahlung, was auf ausdrücklichen Wunsch des Kommunalministeriums angefügt wurde.

Damit das Ganze steuerfrei ausbezahlt werden kann bzw. damit das steuerfrei vereinnahmt werden kann, muss die Sonderzahlung vor dem 31. März 2022 erfolgen. Ich habe mir erlaubt, die Auszahlungen unter Vorbehalt der Rückforderung, sofern das Gesetz nicht verabschiedet werden würde, im Februar vorzunehmen.

Die Kosten für das Gesetz sehen im Vergleich zu 2021 im Jahr 2022 rund 348 Millionen Euro mehr und im Jahr 2023 572,7 Millionen Euro mehr vor.

Meine Damen und Herren, den Tarifabschluss selbst möchte ich nicht weiter kommentieren. Alle haben zugestimmt. Ich finde schon, dass das ein guter Kompromiss zwischen Wertschätzung und der angespannten Haushaltslage ist, in der sich die Länder eben befinden. Die überwiegende Ländermehrheit hat bestätigt, dass man mit dem Kompromiss zurechtkommen kann; denn es wird fast überall linear zeitgleich übertragen. Ich glaube, Berlin und Sachsen haben sich noch nicht entschieden, aber alle anderen haben das nun vor.

Bayern hat wiederholt zeit- und systemgerecht übertragen. Das ist auch ganz entscheidend. Das führt eben dazu, dass wir mit an der Spitze der Länder sind, was die Beamtinnen- und Beamtenbesoldung betrifft. Für die Versorgungsempfänger gilt die Corona-Sonderzahlung nicht; das machen im Übrigen alle Bundesländer genauso. Auch im Bund wurden Corona-Sonderzahlungen nicht auf Versorgungsempfänger übertragen; ich sage auch noch, warum.

Der Beamtenbund und andere kritisieren diesen Abschluss nun stark. Meine Damen und Herren, den Abschluss hat nicht der Finanzminister des Freistaates Bayern verhandelt, sondern bei der Verhandlung des Tarifabschlusses saß der Bayerische Beamtenbund indirekt mit am Tisch. Der Beamtenbund hat dort jedenfalls nach eigener Mitverhandlung auf Bundesebene zugestimmt. Bisher war es immer so, dass es nie Kritik gab, wenn wir die Übertragung vorgenommen haben; denn offensichtlich war man immer mit dem zufrieden, was man selbst ausgehandelt hatte. Plötzlich wäre das Ganze nicht mehr ausreichend.

Ich will es in aller Sachlichkeit sagen. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen; denn die Anwendung der jahrelangen Praxis, Tarifabschlüsse system- und zeitgleich eins zu eins zu übernehmen, hat bislang jedenfalls stets dazu geführt, dass das Verhältnis zwischen Beamtenbund und uns als Gesetzgeber in diesem Hohen Haus völlig ungetrübt war. Jetzt wird das massiv kritisiert. Insbesondere kritisieren Beamtenbund und DGB, dass die einmalige Corona-Sonderzahlung nicht auf Versorgungsempfänger übertragen wird.

Meine Damen und Herren, ein Blick in den Tarifvertrag gibt Aufschluss. Die Corona-Sonderzahlung wurde laut Tarifvertrag für zusätzliche Arbeitsbelastungen und dienstliche Erschwernisse während der Pandemie vereinbart. Die Zweckbestimmung ist deswegen nicht auf Versorgungsempfänger anwendbar. Kein Rentner aus dem öffentlichen Dienst bekommt diese Corona-Sonderzahlung, was, wie ich finde, als Argument noch wichtiger ist. Der Tarifvertrag ist eben so. Wenn Rentner diese Corona-Sonderzahlung nicht erhalten, kann ich nicht begründen, ausgerechnet im Beamtenbereich diese Sonderzahlung vorzunehmen, die wir Rentnern im Öffentlichen Dienst verwehren müssen bzw. die nach der Systematik nicht vorgesehen ist und bei den Tarifverhandlungen auch nicht vereinbart wurde.

Zu guter Letzt kommt immer wieder das Argument, das Ganze würde die Inflation nicht ausgleichen. Ich möchte das in aller Sachlichkeit darlegen; noch einmal: Erstens war der Tarifabschluss einvernehmlich.

Zweitens haben unsere Berechnungen gezeigt, dass in den letzten 15 Jahren die Besoldungssteigerungen um 9 % höher waren als der Anstieg der Verbraucherpreise, meine Damen und Herren. Wir haben das mal addiert: in den letzten 15 Jahren lagen die Lohnsteigerungen der bayerischen Beamtinnen und Beamten additiv über 9 % höher als der Anstieg der Verbraucherpreise. Deswegen ist das ein sehr ausgewogener Kompromiss, der auch die Wertschätzung zum Ausdruck bringt.

Ich weiß, was im öffentlichen Bereich geleistet wird. Wir reden oft politisch darüber, dass dieses Land von starken Unternehmen lebt, die Arbeitsplätze schaffen, dass es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, die alle fleißig arbeiten und Steuern zahlen. Ich habe mir angewöhnt, immer dazuzusagen, dass auch funktionierende Verwaltungen und ein funktionierender öffentlicher Dienst als eine Dienstleistung im Sinne der Menschen massiv dazu beiträgt und als Grundlage dazu dient, dass dieses Land so funktionieren kann, wie es funktioniert. Deswegen bedanken wir uns alle miteinander bei unserem öffentlichen Dienst, insbesondere natürlich auch bei unseren Beamtinnen und Beamten, um die es heute mit der Übernahme der Tarifabschlüsse geht.

Ich weiß, wie sehr alle in der Corona-Pandemie gefordert waren. Natürlich war die gesamte Gesellschaft massiv gefordert, ebenso wie der öffentliche Dienst, die Unternehmen und viele andere wie beispielsweise Eltern. Ich habe nicht so oft die Gelegenheit, hier über die Auswirkungen von Corona zu sprechen; bei den Haushaltsberatungen müssen wir es wieder tun. Ich habe bestimmt ein paar vergessen, auf die sich die Corona-Pandemie ebenfalls massiv ausgewirkt hat. Deswegen noch einmal mein ganz herzlicher Dank an den öffentlichen Dienst, an unsere Behörden und die Beamtinnen und Beamten. Deswegen schlage ich in diesem Gesetzentwurf vor, die langjährig erprobte Praxis auch im Jahr 2022 durch eine zeit- und systemgerechte Übertragung der Tarifverträge fortzuführen. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Ich gebe bei dieser Gelegenheit bekannt, dass zum Tagesordnungspunkt 8, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen", Drucksache 18/19491, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Elmar Hayn. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Elmar Hayn (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf sieht eine Übernahme des Tarifvertrags auch für Beamtinnen und Beamte vor. Wir begrüßen das ausdrücklich. Es ist gegenüber unseren Bediensteten ein Zeichen der Wertschätzung.

Es gibt fast nichts, was man nicht noch hätte besser machen können. In Bayern wird doch seit jeher Wert darauf gelegt, dass die Uhren anders, besser gehen. Der Gesetzentwurf wäre auch eine gute Gelegenheit gewesen, die Attraktivität als Arbeitgeber unter Beweis zu stellen. Im Wettbewerb um die Fachkräfte der nahen Zukunft ist neben den Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und

Beruf auch die Vergütung ein ausschlaggebender Punkt. Dies musste ich als Gemeinderat leider auch in meiner Gemeinde bei Einstellungsgesprächen schmerzlich erfahren.

Ich danke ausdrücklich der Bundesregierung, die die Steuerfreiheit der Corona-Prämie für Beschäftigte wenigstens in bestimmten Einrichtungen, zum Beispiel in Krankenhäusern und Pflegeheimen, auf 3.000 Euro erhöhen wird. Somit wird wenigstens für diese Beschäftigten Ihr vollmundiges Versprechen eingelöst, dass die Beschäftigten im Rahmen der Bezügerhöhung 1.300 Euro steuerfrei bekommen können.

Herr Staatsminister, mein Kritikpunkt an Ihrem Haus: Wir hatten mit Anfragen versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, wie hoch denn der Anteil der Beschäftigten sein würde, die überhaupt in den Genuss der Steuerfreiheit kommen würden. Wir bekamen ausweichende bis nichtssagende Antworten. Ich unterstelle hier Unwillen, die angefragten Zahlen herauszugeben. Ich gehe nämlich davon aus, dass unsere hervorragende Verwaltung – hier ein ganz großer Dank an die Angestellten und auch an die Beamtinnen und Beamten – durchaus in der Lage gewesen wäre, die Zahlen auf Knopfdruck bereitzustellen. Sie hätten dann vermutlich mitteilen müssen, dass von der verkündeten Einmalzahlung bis nahezu die Hälfte wieder an den Fiskus zurückfließt.

Noch ein Hinweis zu den Vergleichszahlen mit der Inflationsrate bzw. dem Verbraucherpreisindex, die Sie vorhin genannt haben: Für den Vergleich ist immer die Wahl des Basisjahres entscheidend.

(Zuruf)

– Ja, Sie zeigen das in Ihrem Gesetzentwurf selbst eindrücklich. Beim Basisjahr 2006 – also 15 Jahre – liegt der Unterschied zwischen dem Besoldungsindex und dem Verbraucherpreisindex bei fast 10 %. Nimmt man hingegen die Basis 2002, die im Gesetzentwurf auch genannt wird, und rechnet auf 2021 hoch, schmilzt der Vorteil um satte 30 %. Nimmt man die momentane Inflation von 5,1 % mit rein und setzt die Erhöhung von 2,8 % dagegen, sind wir nur noch bei 50 % Vorteil, den die Beamtinnen und Beamten momentan haben.

Zum Schluss noch ein kleines Statement: Save the Ukraine!

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Fackler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Bezügeanpassung 2022 ist auch aus Sicht der CSU-Fraktion ein starkes und wichtiges Signal – vor allem in Krisenzeiten. Wir haben das heute schon mehrfach thematisiert.

Das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst vom November 2021 wird eins zu eins auch auf den Beamtenbereich übertragen. Ich denke, das hat sich bewährt, das ist fair und das ist auch für jeden nachvollziehbar. Damit stellen wir uns auch gut für eventuelle oder ganz bestimmte Nachwuchsgewinnung auf.

Das heißt, die Leistungen unserer bayerischen Beamtinnen und Beamten werden von uns weiterhin hoch geschätzt und – vor allem – auch angemessen entlohnt. In diesem Zusammenhang darf ich natürlich unserem Staatsminister Albert Füracker ein ganz herzliches Dankeschön sagen, der alle Beschäftigten, unsere baye-

rischen Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten, in Bayern im Blick hat, der natürlich auch den Haushalt im Blick hat, der verschiedene Interessen unter einen Hut bringen muss. Ich würde also alles in allem mal ganz klar sagen: Es ist eine verantwortungsvolle und clevere Haushalts- und Beschäftigungspolitik, die Albert Füracker macht; er hat sie vorhin auch in aller Sachlichkeit vorgetragen. Deswegen ein ganz herzliches Dankeschön an unseren Albert Füracker dafür, dass er die vorzeitige Auszahlung ermöglicht hat und dafür, dass er auch die Steuerfreiheit beim Corona-Bonus jetzt dadurch ermöglicht hat, dass die Auszahlung bereits im März erfolgt ist. Lieber Albert, ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz in dieser Richtung.

(Beifall)

Ich möchte auch einmal in aller Ausführlichkeit anbringen: Wir leisten mit dem Bezügeanpassungsgesetz 2022, wenn wir noch das Bezügeanpassungsgesetz von 2019/2021 hinzunehmen, Jahr für Jahr zwei Milliarden an zusätzlichen Personalausgaben. Ich denke, das ist hier noch nicht jedem bewusst. Ich finde aber, das ist gut investiertes Geld. Das ist wohl auch einer der größten Posten, die wir im bayerischen Haushalt haben. Auch das ist eine Hausnummer. Man sollte das nicht einfach so unter den Tisch fallen lassen, sondern einmal ganz besonders erwähnen; darum möchte ich das hier auch einfach einmal gesagt haben.

Unsere Beschäftigten in Bayern leisten täglich hervorragende Arbeit. Wir haben das in Pandemiezeiten gemerkt. Sie waren sicherlich ein Fels in der Brandung. Sie sind sicherlich auch ein Stabilitätsanker gewesen. Deswegen natürlich auch ein ganz herzliches und dickes Dankeschön an unsere bayerischen Beschäftigten, die sich in der Corona-Krise selbstverständlich bestens um unseren Staat bemüht haben.

(Beifall)

Diese besonderen Leistungen müssen und sollen sich auch im Einkommen widerspiegeln. Mir ist klar, dass hier von den Gewerkschaften durch Zuspitzungen und Übertreibungen eine hohe Erwartungshaltung aufgebaut wird. Ich sage alles in allem aber schon auch: Hier wurde ein tragbarer verantwortungsvoller Kompromiss gefunden, bei dem die Gewerkschaften auch ganz entscheidend mit am Tisch waren.

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal sagen: Ein Mitglied der Verhandlungskommission von Ver.di hat im "WECKER" – lieber Arif Taşdelen, du hast es hoffentlich auch gelesen – von einem respektablen Ergebnis gesprochen. Ich finde das bemerkenswert, dass das auch von Gewerkschaftsseite vorgetragen wird; ich habe letztendlich auch andere Formulierungen mitgenommen. Dazu sage ich: Das ist an der einen oder anderen Stelle für mich ein seltsamer Stil, wenn man auf der einen Seite mitverhandelt und das auch mit zu verantworten hat, auf der anderen Seite aber zu kritisieren anfängt und immer nur den anderen Teil des Vertrages kritisiert. Dieses Säbelrasseln hat schon auch für eine gewisse Nachdenklichkeit gesorgt; der Umgang miteinander war aus meiner Sicht immer ein anderer.

Man darf auch nicht vergessen: In der TdL gibt es viele Interessen zu berücksichtigen, gibt es viele Strukturen und auch unterschiedliche Stärken. Ich denke, man darf das nicht außen vor lassen. Ich meine, so manches Säbelrasseln hat schon auch dazu geführt, dass Porzellan zerschlagen wurde. Von dem her meine ich, dass das zu dem Ganzen schon dazu gehört.

Meiner Meinung nach ist an der Stelle aber auch die gesellschaftliche Akzeptanz ein sehr wichtiger Punkt. Ein Beamter hat keine Sorge um Kurzarbeit. Er hat einen sicheren Arbeitsplatz. Gerade in der Corona-Pandemie, in der, wie es immer so

schön heißt, so vieles wie im Brennglas deutlich geworden ist, ist auch das wieder deutlich geworden. Aus meiner Sicht können wir da nicht hergehen und Beamte und Pensionäre besser behandeln als Angestellte und Rentner. Das wird dem einen Teil vielleicht gefallen, dem anderen aber sicherlich weniger.

Es ist deswegen richtig, von einem respektablen Ergebnis zu sprechen. Wir sind der Inflation weit voraus. Man kann da unterschiedliche Berechnungen machen. Selbst der Kollege Hayn ist aber, was mich sehr freut, noch zu einem Voraus gekommen. Ich glaube, wir müssen aber immer auch die Lohn-Preis-Spirale im Kopf haben. Ich sehe die aktuellen Entwicklungen an der Tankstelle natürlich auch mit großer Sorge. Wir haben über all die Jahre und Jahrzehnte aber eben schon einen Puffer eingebaut. Dieser Puffer ist nach einer 15-Jahre-Berechnung bei rund 13 Prozentpunkten. Diese Realloohnerhöhung wird von einigen Kritikern doch immer gerne verschwiegen.

Für die Bezügeanpassung ist auch nicht nur die allgemeine Inflation entscheidend, sondern vor allem die allgemeine Einkommensentwicklung. Da möchte ich bloß in Erinnerung rufen: Die allgemeine Einkommensentwicklung war im Jahr 2020 mit minus 1,6 % rückläufig. Aber trotz alledem haben wir die Bezüge zum 01.01.2021 noch einmal um 1,4 % angehoben. Auch das sollte man nicht ausblenden. Bei dem Corona-Bonus war jedem klar, was dessen Bedeutung ist. Es wollte auch jeder die Steuerfreiheit.

Darum ist es jetzt konsequent, zu sagen, wir müssen Pensionär und Rentner gleichbehandeln. Wenn wir dem Pensionär, der am 1. August in den Ruhestand gegangen ist, einen Bonus zahlen und im Gegensatz dazu dem Rentner nicht, dann findet das der Pensionär gut, aber der Rentner weniger. Gesellschaftliche Akzeptanz wird man dadurch nicht erzielen, sondern eher eine Neiddebatte entfachen. Eine Neiddebatte bringt aber gar niemandem etwas, insbesondere auch nicht dem Beamtentum.

Deswegen ganz klar mein Appell: Diesen Tarifabschluss darf man so, wie er ist, nicht schlechtreden, sondern man muss ihn in ein Gesamtkonzept einordnen. Das haben wir getan. Wir werden als CSU-Fraktion zusammen mit den FREIEN WÄHLERN auch in Zukunft für beste Bezahlung der bayerischen Beschäftigten sorgen. Das ist unser Auftrag. Die Bezügeanpassung ist ein kraftvolles Signal. Sie ist auch ein Zeichen der Wertschätzung und steht für eine gute Partnerschaft von Politik und Beamtenschaft. Wir werden diesen Entwurf im Ausschuss auf jeden Fall sorgsam und intensiv beraten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Bayerbach für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hayn, ich finde schon, dass der öffentliche Dienst und das Beamtentum in Bayern hoch attraktiv sind. Mehr geht immer. Das ist selbstverständlich. Ich finde es schön, dass wir das wieder eins zu eins übernehmen. In 38 Jahren als Beamter bin ich vom bayerischen Staat beim Gehalt nur einmal enttäuscht worden. Aber das ist schon lange Zeit her.

Trotzdem: Ver.di war sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Da haben Sie recht, Herr Fackler. Nur muss man in der Retrospektive sagen: Die haben das Ganze verkün-

det, bevor diese ganze Preisentwicklung war. Inzwischen ist das etwas anachronistisch. Man muss sagen: Im Augenblick ist es eher ein realer Einkommensverlust. Dafür können die Gewerkschaften nichts; dafür kann unser Finanzminister nichts. Aber das schönzureden, ist daneben.

Ziel der Gewerkschaften war, dass die Inflation mehr als ausgeglichen wird, dass es keine realen Kaufkrafteinbußen gibt. Die Gewerkschaften, die Wirtschaftsweisen und die Forschungsinstitute sind von einer Inflation von 2,5 % in diesem Jahr ausgegangen. Dass der Wert gerissen worden ist, wissen wir alle. Ich befürchte, in manchen Bereichen werden wir am Ende des Jahres in den Bereich von zwischen 6 % und 8 % Inflation kommen – Benzin, Heizung, Lebensmittel und auch sonst, seien es die Gebühren oder die Nullzinspolitik. All das wird am Vermögen und am Einkommen der Leute fressen.

Dafür ist beileibe nicht nur die Ukraine-Problematik ursächlich. Da muss ich unserem Staat ein bisschen die Leviten lesen. Man sollte nicht nur immer den Weg in die Taschen der Bürger finden. Vielleicht sollten wir als Politiker mal schauen, wo wir etwas einsparen können, damit ein bisschen mehr Netto vom Brutto übrigbleibt. Es wird Zeit, dass der Staat nicht mehr so maßlos ist. Der Bürger weiß immer noch am besten, wofür er sein Geld ausgibt. Eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben wäre vielleicht ganz sinnvoll.

Wir stimmen dem Ganzen natürlich zu – selbstverständlich. Ich möchte aber noch anmerken: Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst wird gerade über den Schellenkönig gelobt, sie liegt trotzdem hinter der Einkommensentwicklung in der freien Wirtschaft. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben die Eckpunkte des Gesetzes bereits vorgestellt: 2,8 % Erhöhung der Bezüge ab 1. Dezember 2022, 1.300 Euro Corona-Sonderprämie für die aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter, Erhöhung der Anwärterbezüge zum 01.12.2022 um 50 Euro anstatt der linearen Bezügeanpassung sowie die Corona-Sonderzahlung in Höhe von 650 Euro für diesen Personenkreis, Erhöhung der Versorgungsbezüge ebenfalls zum 01.12.2022 um 2,8 %. Damit werden die Ergebnisse des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst vom 29.11.2021 eins zu eins umgesetzt. Es ist richtig, dass diese Regelungen auch für die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Bezirkstagspräsidenten übernommen werden; denn auch diese haben erhebliche berufliche Belastungen durch die Corona-Pandemie zu tragen.

Kritik vonseiten der Gewerkschaften kommt insbesondere zu zwei Regelungen des Gesetzentwurfs:

Erstens. Die Bezügeanpassung in Höhe von 2,8 % zum Ende des Jahres sei zu gering, da hierdurch noch nicht einmal der Kaufkraftverlust durch die Inflation ausgeglichen wurde. Die Gewerkschaften regen daher das zeitliche Vorziehen der Bezügeanpassung an. – Dieses Argument ist wohl zutreffend. Für das Jahr 2022 wird es – das ist abzusehen – nicht zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts kommen. Im langjährigen Vergleich aber – und dieser ist laut ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzustellen – wird deutlich, dass sich die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter insgesamt besser entwickelt haben und der Kaufkraftverlust ausgeglichen wurde. In den letzten 15 Jahren

haben sich die Bezüge der Beamtinnen sowie Beamten und Richterinnen und Richter dynamischer entwickelt als der Kaufkraftverlust, und zwar um circa 9 %.

Hierdurch wird deutlich: Der Freistaat Bayern ist ein guter Arbeitgeber. Ich jedenfalls als Mitglied der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN schätze die gute Arbeit der bayerischen Beamtenschaft und danke ihr ausdrücklich für die gute, zuverlässige Arbeit zum Wohle der Menschen in Bayern.

In diesem Zusammenhang muss ich aber auch sagen, dass es mir schwerfällt, die Beamten im Vergleich mit den Tarifbeschäftigten grundsätzlich besser zu stellen, wie es die Gewerkschaften fordern. Die Tarifbeschäftigten haben in gleicher Weise mit dem Kaufkraftverlust zu kämpfen. Eine Sonderregelung für die Beamten ist daher nicht angezeigt, zumal es seit Langem eine Forderung der Gewerkschaften ist, Beamte und Tarifbeschäftigte bei der Gehaltsentwicklung nicht unterschiedlich zu behandeln.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die Corona-Sonderzahlung. Hier wird kritisiert, dass diese nur an die aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ausbezahlt werden soll und nicht auch an die Versorgungsempfänger. Auch wenn ich selbst als Versorgungsempfänger die 1.300 Euro gerne auf meinem Bankkonto gehabt hätte, glaube ich, dass es richtig ist, eine Sonderzahlung, die für die zusätzlichen beruflichen Belastungen durch die Corona-Krise gewährt wird, nur an die aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter auszuzahlen. Auch in diesem Punkt kann der Forderung der Gewerkschaften nicht entsprochen werden.

Weiter wird in Bezug auf die Corona-Sonderzahlung die Stichtagsregelung kritisiert. Die Sonderzahlung wird nur ausgezahlt, wenn der Empfänger am 29.11.2021 noch im aktiven Dienst war. Das Problem hinsichtlich der Stichtagsregelung 29.11.2021 sehe ich auch. Eine anteilige Auszahlung der Sonderzahlung wäre eine mögliche und vielleicht auch gerechtere Regelung gewesen.

Aber auch hier gilt: Eine Besserstellung der Versorgungsempfänger gegenüber den Rentnern halte ich für nicht angezeigt. Ein Tarifbeschäftigter, der zum Dezember 2021 in den wohlverdienten Ruhestand wechselte, erhält, obwohl er bis November 2021 berufsbedingte zusätzliche Belastungen zu tragen hatte, keine Corona-Sonderzahlung. Diese Regelung wurde für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter eins zu eins übernommen. An der Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamtenschaft sollte festgehalten werden.

Das soll es von meiner Seite auch schon gewesen sein. Vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Diskussion in den Ausschüssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir tatsächlich nicht leicht, jetzt zur Tagesordnung überzugehen. Die Anpassung der Bezüge ist aber ein sehr wichtiges Thema, weil es um unsere Beamtinnen und Beamten sowie unsere Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger geht.

Wir haben heute oft gehört, wie viele Menschen sich in Bayern ehrenamtlich um die Flüchtlinge kümmern, die wegen des schrecklichen Krieges ihr Land verlassen mussten und bei uns ankommen, sie unterstützen und ihnen helfen. Ihnen gilt an

dieser Stelle von mir, von meiner Fraktion und insgesamt sicherlich auch vom Hohen Haus ein herzliches Dankeschön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich dürfen wir eines nicht vergessen: Ehrenamtliche Hilfe, die den Menschen tatsächlich zuteil geworden ist, ist sehr wichtig. Diese ehrenamtliche Hilfe muss aber in irgendeiner Art und Weise auch organisiert werden. Ich denke, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben das in den letzten Jahren – ja, ich sage bewusst "in den letzten Jahren" – gut geleistet. Tatsächlich ist der öffentliche Dienst in den letzten mindestens zwei Jahren im Dauerkrisenmodus. Alle haben eine hervorragende Arbeit geleistet. Allen Beschäftigten und Bediensteten im öffentlichen Dienst sage ich herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Der Tarifabschluss war gut. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Tarifvertragsparteien; denn das ist nicht so selbstverständlich, und das passiert auch nicht an einem Tag. Ich teile Ihre Auffassung, Herr Minister, dass der Abschluss ein guter Abschluss ist. Die Übung, dass wir diesen Abschluss für unsere Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger übernehmen, ist richtig und wichtig. Das war zumindest in den letzten zehn Jahren ein Automatismus.

Kollege Fackler, ich kann Ihren überschwänglichen Dank an den Herrn Finanzminister nicht teilen. Der Finanzminister leistet gute Arbeit. Ich glaube, die Überweisung des Corona-Bonus in Höhe von 1.300 bzw. 650 Euro war ein notwendiges Verwaltungshandeln. Im November 2021 hatte er angekündigt, dass der Tarifabschluss übernommen wird. Wir haben mittlerweile März 2022. Der steuerfreie Corona-Bonus zeichnet sich auch dadurch aus, dass er bis Ende März 2022 überwiesen sein muss oder auf dem Konto des Empfängers erscheinen muss, damit er steuerfrei bleibt. An dieser Stelle trotzdem auch von meiner Seite ein Dankeschön, Herr Minister.

Ich kann aber die Kritik an den Gewerkschaften nicht verstehen. Vielleicht muss man sich Folgendes verdeutlichen. Die letzte lineare Erhöhung liegt 14 Monate zurück. In der Vergangenheit wurde für diesen Zwischenzeitraum auch immer eine Einmalzahlung geleistet. Diese Einmalzahlung hat man diesmal "Corona-Prämie" genannt, damit sie steuerfrei ist. Das ist nicht die ganze Wahrheit, aber mir fehlt jetzt einfach die Zeit, das ausführlicher zu besprechen.

Die Versorgungsempfänger und Pensionärinnen und Pensionäre und Gewerkschaften, die sie vertreten, sagen: Die Versorgungsempfänger haben während der letzten 14 Monate sehr hohe Lebenshaltungskosten zusätzlich getragen und keinerlei Erhöhung erhalten. – Sich für diese Menschen einzusetzen, ist deshalb völlig in Ordnung.

Vielleicht schaffen wir es dann im Rahmen der Verhandlungen auch, für die Versorgungsempfänger doch noch irgendeinen Bonus auszuhandeln. Wir in Bayern wollen immer Spitze sein. Vielleicht können wir uns auch im Bundesgebiet an die Spitze der Länder setzen und für die Versorgungsempfänger etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege und Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion. Herr Vizepräsident, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich einmal ein positiv besetztes Thema! Das möchte ich als Erstes

einmal feststellen. Die FDP-Fraktion wird dem Vorschlag zustimmen, weil er stringent ist und das seit Jahren so praktiziert wird. Wir übernehmen das, was im Bund von den Tarifvertragsparteien frei ausgehandelt wurde. Das ist für uns als Liberale ein ganz wichtiger Aspekt: Wir müssen nicht sagen: "Wir bekommen es aufgedrückt", sondern das wurde in intensiven Verhandlungen ausdiskutiert. Dann hat man das beschlossen. Nach dem Abschluss gibt es – zumindest habe ich das Gefühl – bloß noch Verlierer; denn jeder beschwert sich. Ich kenne das aber schon aus dem privaten Bereich. Warum soll es hier anders sein?

Ich begrüße es außerordentlich, dass der bayerische Finanzminister diesen Abschluss für Bayern übernommen hat. Natürlich kann ich, was Sie eingebracht haben, Herr Hayn, nachvollziehen. Das war aber doch alles bekannt; das hätte man in die Verhandlungen einbringen können. Ja, bei den Versorgungsempfängern gibt es Schwierigkeiten in der Berechnung: Diejenigen, die im Herbst ausgeschieden sind, sind in der Tat ein bisschen die "Lackierten". Das empfinde ich so. Der Kollege Taşdelen hat gesagt: Vielleicht gibt es im Nachschlag noch etwas.

Das andere Argument, dass jetzt die Inflationsrate steigt, dieses Problem haben alle anderen Tarifparteien in allen Branchen auch. Dazu muss ich sagen: Da müssen wir jetzt durch. Das wird aufgeschrieben und bei den nächsten Verhandlungen mit Sicherheit auf den Verhandlungstisch kommen. Insoweit stimmen wir zu.

Ich möchte nur noch den folgenden Hinweis geben. Ich habe in meiner Zeit als Leiter eines Ministeriums sowohl bei den Beamtinnen und Beamten als auch bei den Angestellten nur hervorragende Erfahrungen gemacht. Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei allen Beamtinnen und Beamten sowie selbstverständlich auch bei den Angestellten.

Ich möchte intensiv dafür werben, dass wir die Attraktivität der Arbeitsplätze beim Freistaat hochhalten und dass wir nach vorne gehen und immer versuchen, Neues, im Freistaat umzusetzen bevor es woanders kommt. Ich glaube, das ist wichtig, damit wir auch in Zukunft hoch engagierte und kompetente Mitarbeiter finden. Insgesamt signalisieren wir Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures,
Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
zur verbilligten Veräußerung landeseigener Grundstücke für Zwecke
des Gemeinwohls (Drs. 18/18929)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Klaus Adelt für die SPD-Fraktion das Wort – wenn er will. Sie haben das Wort. Es zählt das gesprochene Wort.

Klaus Adelt (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Winston Churchill hat einmal gesagt

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen. – Es ist mehr als demokratisch, dass ein Gesetz in mehreren Lesungen debattiert wird. Heute haben wir mit dem Verbilligungsgesetz die Kurve gekriegt.

Sie erleben heute etwas, was im Hohen Haus nicht oft passiert: Wir Sozialdemokraten werben vehement dafür, dass ein von Edmund Stoiber unterschriebenes Gesetz wieder eingeführt wird. Es geht um das 1996 im Landtag verabschiedete Verbilligungsgesetz. Dieses hat dem Freistaat damals ermöglicht, landeseigene Grundstücke bis zu 50 % billiger an öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften und gemeinnützige Träger abzutreten, um den Wohnungsbau zu fördern.

2004 wurde dieses Gesetz wieder aufgehoben. Es entfiel einerseits die Auflage vom Bund, dass Länder für verbilligte Baugrundstücke ihrerseits Grundstücke verbilligt abgeben müssen. Andererseits kritisierte die CSU rückblickend, das Gesetz habe zu einer Zufallsförderung geführt, da nicht alle Kommunen gleichzeitig von den Grundstücken des Freistaats profitieren konnten – was logisch ist, da der Freistaat nicht überall Grundstücke hat –, nach dem Motto: Wenn nicht alle profitieren können, profitiert eben keiner. Dies ist eine geradezu sozialistische Betrachtungsweise, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

Wir haben es damals für einen Fehler gehalten, das Gesetz abzuschaffen, und es ist einer geblieben. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt hat uns recht gegeben. Mittlerweile gibt es in über 200 Gemeinden in Bayern einen angespannten Wohnungsmarkt. Wohnungsknappheit und damit einhergehend hohe Mietkosten haben sich zu einem drastischen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Problem entwickelt. Es wird zu wenig gebaut. Auch entsteht zu wenig bezahlbarer Wohnraum. Die Grundstücke, gerade in Ballungsräumen, sind extrem teuer. Diejenigen, die den sozialen Wohnraum bauen könnten, beteiligen sich nicht an den Spekulationen um begehrtes Bauland, weil dadurch das Bauen erheblich teurer wird. Genau an dieser Stelle könnte das Verbilligungsgesetz als sinnvolle und wichtige Ergänzung der derzeit bestehenden Wohnraumförderung zielsicher greifen. Wenn man bedenkt, dass der Bund eigene Grundstücke an öffentliche Träger ebenfalls billiger weiterveräußert, gilt dies erst recht.

Deshalb bringen wir heute diesen Gesetzentwurf ein und hoffen auf mehrheitliche Zustimmung. Wir sind nicht so weit gegangen, einen völlig neuen Gesetzesvorschlag zu formulieren, sondern greifen einen alten Gesetzesvorschlag auf und hoffen so auf Zustimmung der CSU, weil er von ihr stammt. Auch wenn diesen Gesetzentwurf der Stempel der SPD ziert, trägt er Stoibers Handschrift. Geben Sie sich einen Ruck! Es geht um mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir brauchen ihn dringender denn je, gerade jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute ein Gesetz auf dem Tisch, das vom Freistaat Bayern verlangt, Grundstücke verbilligt abzugeben. Wofür sollen diese verbilligt abgegeben werden? – Die Zwecke an sich sind grundsätzlich aller Ehren wert. Es geht um sozialen Wohnungsbau, beispielsweise um Studentenwohnraum und auch um

Alten- und Pflegeheime. An wen sollen die Grundstücke abgegeben werden? – Nur an einen kleinen Kreis.

Herr Kollege Adelt, Sie sagen, den Gesetzentwurf hatten wir im Freistaat Bayern schon einmal und deswegen könnte man ihn jetzt wieder aufrufen. Demgegenüber muss man feststellen, die Umstände haben sich inzwischen geändert. Das Gesetz wurde damals gemacht, weil der Bund sich ebenfalls dazu verpflichtet hatte, seine Grundstücke verbilligt abzugeben. Diese Situation der Gegenseitigkeit haben wir nun nicht mehr. Im Übrigen haben wir diese Gegenseitigkeit auch nicht mehr gegenüber den Kommunen. Im Gegenzug könnte der Freistaat Bayern also beispielsweise nicht bei den Kommunen anklopfen und fragen: Wir wollen bei euch in der Kommune ein bestimmtes Vorhaben umsetzen, könnt ihr uns das Grundstück dafür bitte verbilligt geben? – Hier machen die Kommunen nicht mit. Dies ist ein schwerwiegender Aspekt im gesamten Prozess.

Ich will auch darauf hinweisen, Herr Kollege Adelt – deswegen tut es mir fast ein wenig weh, dass Sie als Oberfranke diesem Gesetz das Wort reden –, dass Grundstücke des Freistaats Bayern, die eventuell entbehrlich wären, bestimmt nicht in Oberfranken liegen. Dies bedeutet, dass nur bestimmte Regionen und Kommunen im Freistaat Bayern profitieren würden. Wenn man dies näher betrachtet, ist es sehr logisch, dass ausgerechnet die SPD ein solches Gesetz einbringt. Das mache ich Ihnen nicht einmal zum Vorwurf. Aber dass Sie so tun, als würden die Menschen und auch wir im Parlament nicht merken, was tatsächlich dahintersteckt, finde ich ein bisschen lächerlich. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Sie sollten uns nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei der CSU)

Dies alleine wäre schon Grund genug, gegen das Gesetz zu sein. Wir wollen uns aber noch ein bisschen damit beschäftigen, was es mit dem Grundstock auf sich hat; denn es wird auch davon gesprochen, unter welchen Umständen ein Grundstück abgegeben werden soll. Es soll dann abgegeben werden, wenn es entbehrlich ist. Jetzt könnten wir natürlich sagen – knallhart ausgelegt –: Wir können gar kein Grundstück entbehren, wir brauchen alle! – Damit wäre das Thema erledigt. Ich glaube nicht, dass der Gesetzentwurf dies intendiert, was ich hier interpretiere.

Also geht es wohl um etwas anderes, nämlich um die Frage, ob der Freistaat Bayern ein bestimmtes Vorhaben mit einem Grundstück verknüpft. Wenn er dies nicht verknüpft, soll – das ist eine weitere Verschärfung, die Sie im Vergleich zu dem Gesetzentwurf, den es damals gegeben hat, vornehmen – der Freistaat dieses Grundstück sogar abgeben, nicht kann; er hat also kein pflichtgemäßes Ermessen. Sie wissen, was dies juristisch bedeutet: "Soll" heißt, wir haben es im Grunde genommen abzugeben. Dieser Punkt ist ein weiterer Sargnagel für das Vorhaben, das Sie hier vortragen; denn ich muss ganz ehrlich sagen, der Freistaat Bayern hat die Pflicht, ein umfassendes Flächenmanagement zu betreiben, und zwar nicht nur, um die Probleme der jetzigen Zeit zu lösen, sondern auch für die Zukunft.

Dieses Gesetz spricht auch davon, dass dieser Gedanke deswegen vorherrscht, weil Grund und Boden nicht vermehrbar sind. Ja, das ist richtig. Deshalb ist es unsere Aufgabe als Gesetzgeber, nicht nur daran zu denken, wie wir die Probleme von heute lösen können, sondern wir müssen zukünftigen Generationen entsprechenden Spielraum belassen, damit sie auch in Zukunft in der Lage sind, Probleme zu lösen. Wir werden noch mehr Probleme bekommen. Das ist meine feste Überzeugung und die Prognose, die wir von allen, die sich im Bereich Grundstücke auskennen, erhalten haben. Wenn man die Prognose ernst nimmt, stellt man fest: Der Kampf um Grund und Boden wird noch stärker werden; denn es wird darum gehen, ob wir Ausgleichsflächen brauchen. Viele wollen nicht mehr verkaufen, weil

sie sagen: Das Geld will ich eigentlich nicht. Im Gegenzug will ich lieber Grund und Boden.

Gleichzeitig hätten wir allerdings die Aufgabe – das ist der nächste Punkt –, dafür zu sorgen, dass, wenn wir diese Grundstücke verbilligt abgeben, der Grundstock weiterhin vorhanden bleibt. Dies ist übrigens eine verfassungsrechtliche Verpflichtung des Freistaats Bayern. Das heißt, wir geben auf der einen Seite an bestimmte Kommunen und Träger das Grundstück verbilligt ab, können aber im Gegenzug nicht verbilligt einkaufen, sondern müssen wahrscheinlich, weil der Preisdruck auf Grund und Boden noch stärker wird, teurer einkaufen. Wie machen wir das? – Das müssen wir aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Das bedeutet, mit allen Kommunen, die nicht davon profitieren, müssen wir in Zukunft unter anderem beim kommunalen Finanzausgleich darüber reden, ob wir uns dies alles noch leisten können, was wir derzeit tun; denn irgendwoher muss das Geld ja kommen. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben.

Deswegen sage ich Ihnen ganz ehrlich: Den Gedanken dahinter will ich honorieren, dass Sie sagen, wir haben bestimmte Zwecke und Probleme, die wir mit dem Gesetz gerne gelöst hätten. Die Art und Weise, wie sie es gemacht haben, ist idealistisch und ideologisch, aber auf jeden Fall nicht praktikabel. Die CSU-Fraktion und – Herr Kollege Pohl, ich weiß gerade nicht, ob Sie danach noch reden – nach meiner Einschätzung auch die FREIEN WÄHLER werden diesen Gesetzentwurf ablehnen, und zwar zu Recht, weil wir auch eine Verantwortung für zukünftige Generationen haben. Dafür bitte ich um Verständnis. Ich denke aber, Sie haben Nehmerqualitäten, Herr Kollege Adelt. Sie halten das aus. – Danke für die Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Jürgen Mistol für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die Rede von Herrn Kollegen Hofmann anhöre, muss ich ganz deutlich feststellen: So wird es nichts mit bezahlbarem Wohnraum in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, dass das, was vorgeschlagen wurde, nicht praktikabel sei, fordere ich Sie auf, endlich einmal selbst etwas vorzulegen. Das bleiben Sie uns aber schuldig.

Nach der Sachverständigenanhörung im Bauausschuss zum Thema staatliche Immobilienverwaltung im Juni letzten Jahres hatte ich eigentlich gedacht, der Vorschlag zur verbilligten Abgabe landeseigener Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau würde endlich auch bei den Regierungsfractionen auf fruchtbaren Boden fallen. Ein Dreivierteljahr und zwei Oppositionsinitiativen später ist daraus jedoch immer noch keine rechtliche Grundlage geworden, obwohl sich die Experten eindeutig dafür ausgesprochen hatten. Ich zitiere einen der Experten. Auf den Vorwurf, eine Verbilligungsrichtlinie würde nichts bringen, sagte er:

Aber da kann ich nur ganz massiv widersprechen. Das stimmt nicht. Das könnte ein zusätzlicher Anreiz sein, um den geförderten Wohnungsbau vorwärts zu bringen, vielleicht und gerade auch bei den privaten Unternehmen. Das hatten wir alles schon, und es hat sehr wohl genutzt; [...].

Diese zitierte Aussage stammt vom Vorsitzenden des Oberen Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Freistaat Bayern. Ich könnte noch munter weiter aus

dem Protokoll der Anhörung zitieren, aber Sie können das auch gerne selbst nachlesen.

Bereits im letzten Sommer haben wir GRÜNEN Ihnen ein Angebot gemacht mit dem Antrag, eine verbilligte Abgabe zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus im Haushaltsgesetz in Verbindung mit einer Verbilligungsrichtlinie zu regeln. Das kann so gehen, das beweisen sowohl der Bund, der das so praktiziert, wie auch Länder wie beispielsweise Baden-Württemberg. Es fehlt Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, aber – und das ist gerade eben bei der Rede von Herrn Kollegen Hofmann deutlich geworden – der Wille, sich überhaupt ernsthaft mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Stattdessen tragen Sie das Haushaltsrecht, das Grundstockvermögen, wie eine Monstranz vor sich her. Man muss klarstellen: Bei einer Abgabe unter Verkehrswert handelt es sich keineswegs um eine einseitige Leistung, werden doch im Gegenzug bezahlbare Wohnungen zur Erfüllung der Daseinsvorsorge geschaffen. Das entspricht wiederum dem Auftrag gemäß Artikel 106 der Bayerischen Verfassung. Außerdem kann man das Grundstockvermögen unter anderem durch eine Vergabe im Erbbaurecht, was aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion ohnehin die bevorzugte Praxis im Umgang mit staatlichen Liegenschaften sein sollte, oder durch ein Wiederkaufsrecht wahren. Aber wo kein Wille, da kein Weg.

Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen wurde im Haushaltsausschuss über die BayernHeim und ihren bisher mäßigen Baufortschritt diskutiert. Zu dem Zeitpunkt war Staatsministerin a. D. Kerstin Schreyer schon angezählt. Dass die BayernHeim nicht erfolgreich ist und auch in Zukunft nicht erfolgreich sein kann, liegt vor allem daran, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Der neue Bauminister Christian Bernreiter tritt ein schweres Erbe an. Ihm ist zu wünschen, dass man ihn dabei nicht so im Regen stehen lässt wie seine Vorgängerin.

Kolleginnen und Kollegen, bisher hat die BayernHeim acht nicht staatliche Grundstücke für den Wohnungsbau erworben. Dazu gehört auch das Grundstück in Ingolstadt, auf dem die BayernHeim erstmals selber baut. Seit 2018 hat die IMBY dem Bauministerium und damit den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften über 380 staatseigene Flurstücke für die vertiefte Prüfung auf Potenzial für den Geschosswohnungsbau vorgelegt. An die BayernHeim wurde bisher kein einziges staatliches Grundstück verkauft oder im Erbbaurecht vergeben. Im Gegenteil: Das Grundstück "Schilcherweg" in München musste die BayernHeim letztlich der Stadtbau überlassen, weil es für die BayernHeim nicht wirtschaftlich gewesen wäre. Warum? – Weil sie das Grundstück zum Verkehrswert hätte erwerben müssen. Merken Sie da etwas?

Noch ein weiterer Aspekt aus meiner jüngsten Schriftlichen Anfrage: Seit 2018 wurden 26 Grundstücke, die nicht für die Bebauung durch die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften infrage kommen, im Wege der öffentlichen Ausschreibung veräußert. Nur ein einziges Grundstück wurde im Erbbaurecht vergeben. Die Grundstücke konnten weder von Kommunen noch von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften erworben werden. Was sagt uns das? – Auf den ehemals staatlichen Grundstücken entstehen vor allem teure Wohnungen. Dabei könnten wir doch mit einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik den sozialen Wohnungsbau gezielt steuern und voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die SPD hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Verbilligungsgesetz entspricht, das in Bayern schon einmal gegolten hat. Wir teilen die Intention des Gesetzes, halten den Gesetzentwurf an der einen oder anderen Stelle noch für verbesserungswürdig. Aufgrund der ohnehin begrenzten Anzahl entbehrlicher landeseigener Grundstücke sollte der Fokus zunächst wirklich auf

den sozialen Wohnungsbau gelegt werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf keine Vergabe im Erbbaurecht vor. Um den Bedarf an Wohnraum im Freistaat zu decken, ist eine Beteiligung aller Marktakteure erforderlich. Auch das wurde im Rahmen der Anhörung deutlich. Entscheidend dabei ist aber, wie auch bei der Wohnraumförderung, dass langfristig ein gemeinwohlorientierter Wohnungsbestand geschaffen und gehalten wird. Der Staat hat klar in der Hand, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Jürgen Mistol (GRÜNE): – was im Gegenzug zu den öffentlichen Leistungen von Begünstigten zu erbringen ist. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezahlbarer Wohnraum ist ohne Frage die größte sozialpolitische Herausforderung der Gegenwart. Das betrifft mindestens 50 % der gesamten Bevölkerung. Die Eigentumsquote liegt ebenfalls bei etwa 50 %. Deswegen sind der Ansatz und die Intention des Gesetzentwurfs grundsätzlich zu begrüßen. Im Ergebnis ist es aber der falsche Weg. Herr Kollege Adelt ist leider nicht mehr hier im Saal.

(Unruhe)

– Doch, dort hinten ist er. Er hat sich versteckt, wollte der direkten Konfrontation offensichtlich ausweichen. Lieber Herr Kollege, ich kann nur sagen, wenn Sie meinen, dass Sie die FREIEN WÄHLER dadurch zu einer Zustimmung verleiten können, dass Sie sich auf Edmund Stoiber beziehen, dann kann ich Ihnen sagen: Im Koalitionsvertrag steht etwas von Loyalität, aber es steht nichts darin, dass wir irgendwelchen wirklichen oder vermeintlichen ehemaligen CSU-Größen zu huldigen haben. Das werden wir auch definitiv nicht tun.

Der Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben, ist in der Tat der falsche Weg, denn Sie wollen gewissen Kommunen – Herr Kollege Hofmann hat es schon gesagt – verbilligten Baugrund abgeben, damit diese Wohnungsbau betreiben können. Die Kommunen haben aber doch die Planungshoheit. Ich verweise auf die Selbstverwaltungsgarantie nach Artikel 11 der Bayerischen Verfassung. Nach Artikel 83 der Bayerischen Verfassung haben die Kommunen auch die Verpflichtung, Wohnraum zu schaffen. Sie können das, indem sie entsprechend Bauland ausweisen. Wenn ich mich aber hier in München umschaue, dann stelle ich fest: In der Vergangenheit hatten Ihre Oberbürgermeister in diesem Bereich nicht gerade gegläntzt – um nicht härtere Worte zu verwenden. Hier gibt es massive Versäumnisse. Die Kommunen in den Regionen haben die Möglichkeit, Bauland auszuweisen, Bauland zu erwerben. Wir können gerne über verschiedene Dinge im Baugesetzbuch sprechen. Wir können und wir müssen – und hier schaue ich zur SPD und zu den GRÜNEN – darüber reden, wie es den Kommunen ermöglicht wird, an Brachflächen im Innenbereich zu kommen.

Dann haben wir noch einen zweiten Punkt, der uns eint. Wir könnten dann endlich einmal flächensparend Wohnraum schaffen. Woran scheitert das? – Das scheitert daran, dass das Steuerrecht den Verkäufen von Innenbereichsflächen entgegensteht, gerade bei Brachflächen von ehemals aufgelassenen Landwirtschaften. Geben Sie sich einen Ruck. Ich meine sogar, dass die SPD-Fraktion als Teil eines

größeren Antrags so etwas hier schon einmal eingebracht hat. Machen Sie das doch in Berlin, setzen Sie es einfach um, dann würden Sie hier unglaublich viel mobilisieren. Das wäre vor allem in einem Flächenland wie Bayern der Fall. Das ist der richtige Weg.

Ein Letztes. Sie schreiben hier, dieser Gesetzentwurf habe keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Na ja, dieser Grundstock ist halt vielleicht ein wenig geschmälert. – Wenn man so Haushaltspolitik betreibt, dann muss man sich nicht wundern, wenn man irgendwann das, was an Grundstock, an Reserven angeschafft wurde, verspielt hat. Selbstverständlich ist das Grundstockvermögen Aktivvermögen des Freistaats Bayern, und es macht für mich – ich denke, auch für die Mehrheit hier im Haus – keinen Unterschied, ob man Schulden macht oder ob man Vermögen verbilligt abgibt. Per Saldo handelt es sich jedenfalls um eine Verringerung des Vermögens des Freistaats. Das ist nicht unsere Intention. Das wollen wir nicht.

Wir teilen Ihr Ziel, der Weg ist aber der falsche. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD setzt sich seit Jahren wie keine andere Partei für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger ein. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Dauerthema, das die Politik schon seit Jahren beschäftigt. Doch handelt es sich hierbei um einen Gummibegriff, der kaum zu greifen ist. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erklärt in seinem Gutachten zum Thema "Soziale Wohnungspolitik" von 2018 – Zitat –:

In der öffentlichen Diskussion wird verbreitet die Meinung geäußert, es fehle an "bezahlbarem Wohnraum". Der Beirat hält dieses Bild für irreführend, da es die Funktion von Preisen als Knappheitsindikatoren außer Acht lässt.

Die Ursache ist leicht zu benennen und mit etwas gesundem Menschenverstand auch jedem einleuchtend. Wir haben seit Jahren eine massive und unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland. Deutschland ist zu einem der größten Einwanderungsländer der Welt geworden. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Armutseinwanderung oder Einwanderung gering Qualifizierter, die die Nachfrage nach günstigem und somit bezahlbarem Wohnraum erhöht. Ab 2015 bis 2020 wuchs der Hauspreisindex um 38,2 %. Im Klartext: Diese Einwanderer konkurrieren mit unseren Landsleuten um diesen begrenzten Wohnraum. Dabei hatten auch manche Scheinasylanten den Vorteil, dass ihre Miete der Steuerzahler zahlt, während der bayerische Geringverdiener oder Rentner diesen Betrag selbst verdienen muss. Vollzeitjob, Nebenjob, und das Geld reicht trotzdem vorne und hinten nicht – das ist das schaurige Ergebnis des jahrelangen politischen Versagens der Kartellparteien.

(Beifall bei der AfD)

An diesem Beispiel wird klar, dass es in erster Linie Staatseingriffe sind, die diese Misere verursachen.

Noch viel deutlicher wird die Analyse, wenn man die Rolle des Staates in der Geldpolitik betrachtet. Ein Grund für die Angebotsknappheit sind die astronomischen Immobilienpreise. Die Baulandpreise sind seit dem Jahr 2010 bundesdurchschnittlich um circa 50 % gestiegen. Sie sind aber das Resultat der Negativzinspolitik der EZB, die letztlich die maroden Staatshaushalte Südeuropas finanziert und Anreize zu maßloser Weiterverschuldung der Staaten setzt. Es ist daher schlicht und ergreifend maßlos heuchlerisch, wenn gerade Sie aus der ökosozialistischen Ecke der SPD und der GRÜNEN über überteuerten Wohnraum klagen. Die Wahrheit ist: Ihre Politik hat maßgeblich zu genau dieser katastrophalen Lage geführt.

(Beifall bei der AfD)

Hier sei noch einmal daran erinnert, dass es ein solches Gesetz zur Herausgabe von Wohnraum bereits gab. Dieses Gesetz wurde im Jahr 2004 zu Recht nicht mehr verlängert.

Die SPD hat die Ursachen für die Wohnraumknappheit selbst gesetzt. Ändern Sie Ihre falsche Zuwanderungs- und Geldpolitik, dann wird sich in Deutschland genügend bezahlbarer Wohnraum finden.

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt noch der Abgeordnete Dr. Helmut Kaltenhauser. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mich mit dem Gesetzentwurf der SPD beschäftige, noch ein Wort an meine Vorrednerin: Die Zuwanderung als Ursache für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum – auf einen solchen Unsinn muss man erst einmal kommen. Das ist unglaublich!

(Beifall – Zurufe)

Zum SPD-Antrag: Das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist nachvollziehbar und aller Ehren wert. Ich glaube nur, dass der Gesetzentwurf eine Hoffnung weckt, die man kaum erfüllen kann. Es ist teilweise schon angesprochen worden: In den Ballungs- und Einzugsgebieten, in denen ein besonderes Problem besteht, verfügt der Staat kaum über Flächenreserven – dass es die Vorgabe gibt, wenn überhaupt, sie an die BayernHeim zu geben, einmal ganz außen vor gelassen.

Im Bund ist schon einiges veranlasst worden – dazu komme ich gleich noch –, was erst seine Wirkung entfalten muss. Im Mai 2021 ist mit den Stimmen der SPD ein Baulandmobilisierungsgesetz beschlossen worden, und dieses enthält eine ganze Menge an Möglichkeiten. Die Länder können beispielsweise Kommunen mehr Freiheit bei der Aussprache von Baugeboten und bei der Erstellung sektoraler Bauungspläne geben. Auch gibt es ein kommunales Vorkaufsrecht. Alle diese Dinge sind auf der Bundesebene schon verfügbar.

Würde man dem vorgelegten Gesetzentwurf zustimmen, so bedeutete das, dass der Freistaat einerseits die Grundstücke unter Wert verkaufen würde und andererseits, wenn er tatsächlich Grundstücke wieder bräuchte, diese zu aktuellen Marktpreisen, die in letzter Zeit enorm ansteigen, wieder kaufen müsste. Das ist wirtschaftlich ein völliger Unsinn. Wir haben die Verpflichtung, mit dem Vermögen des Staates vernünftig umzugehen. Das Thema des Grundstockvermögens ist schon angesprochen worden. Das Grundstockvermögen würde erheblich verringert.

Grundstockvermögen unter Wert zu verkaufen, dafür besteht mit Artikel 81 der Bayerischen Verfassung eine große Hürde. Ich denke, hier haben wir eine Verantwortung für den Staatsbesitz und auch eine Verantwortung für die künftigen Generationen.

Ich kann nur davor warnen, weitere Sonderregelungen für Bayern einzuführen, die bestehenden Regelungen noch komplizierter zu machen, noch mehr Bürokratie zu schaffen. Meiner Ansicht nach gibt es eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten, etwas zu unternehmen, wenn man in dieser Richtung unterwegs ist. Man könnte zum Beispiel darüber nachdenken, Grundstücke eben nicht zu verkaufen, sondern sie im Erbbaurecht mit einer Konzeptvorgabe zur Verfügung zu stellen. Dazu braucht man auch keine Haushaltsordnung und auch nichts anderes zu ändern.

Zusammenfassend an die SPD: Meiner Meinung nach könnten wir abwarten, was in Berlin beschlossen wird. Auch der Koalitionsvertrag enthält einige Dinge. Dabei denke ich beispielsweise an das Senken der Baukosten, an die Beschleunigung von Verfahren, an die Verringerung von Vorgaben. Ich denke, damit haben wir wesentlich schneller Erfolg bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als mit solchen Vorschlägen, die letztlich in Bayern keine Wirkung entfalten. Es gibt fast keine Grundstücke. Das hat eine Anfrage unserer Fraktion gezeigt.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht mit zu vielen Nebenwirkungen versehen. Er ist nicht zielführend, und es gibt effektivere Maßnahmen. Deshalb lehnen wir ihn weiterhin ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18929 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. – Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht. Der Gesetzentwurf ist hiermit abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetz für Nachhaltigkeit der bayerischen Finanzanlagen (NaBayFiG) (Drs. 18/19064)
- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mai 2021 ließ sich Bundesinnenminister a. D. Horst Seehofer in einer Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums mit folgenden Worten zitieren:

Die Beamtenversorgung ist sicher und solide finanziert. Künftig werden auch Klimaschutz und Nachhaltigkeit großgeschrieben, wenn es um die Anlage der Pensionsfonds geht. Damit sind wir für die Zukunft gut aufgestellt und werden unserer Verantwortung für künftige Generationen gerecht.

Na, da schau an! Man muss schon zweimal lesen: Horst Seehofer und ein nachhaltiger Pensionsfonds? Nicht schlecht!

Zur Ehrlichkeit gehört die Feststellung, dass im Bund weiterhin die eine oder andere Ölaktie im Depot liegt. Aber die grundsätzliche Ausrichtung, beispielsweise auf den 1,5-Grad-Pfad, ist goldrichtig, meine Damen und Herren.

Der Blick auf den Freistaat holt manch grüne Zukunftsvision in die fossile Realität der CSU zurück. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Staatsregierung geht beim Thema "nachhaltige Finanzpolitik" lediglich auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt ein. Das ist zwar in Anbetracht der neuen Rekordschulden etwas amüsant; letztlich kann es aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Staatsregierung die transformative Kraft des Kapitals entweder ausblendet oder ganz bewusst nicht einsetzen möchte.

Dabei haben wir doch gerade in den letzten Tagen gesehen, welche Macht Finanzsanktionen innewohnt. Durch die konsequenten und wirksamen Finanzsanktionen gegen Russland steht der Kriegstreiber Putin nach nur drei Wochen vor dem Staatsbankrott.

Wir als grüne Landtagsfraktion wollen mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Macht des Geldes entfesseln und schlagen für das acht Milliarden Euro schwere Anlagevermögen des Freistaats Nachhaltigkeitsregeln vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Künftig sollen die bayerischen Geldanlagen, beispielsweise der Pensionsfonds, neben der Renditeorientierung auch entsprechend dem Kriterium der Nachhaltigkeit angelegt werden. Für Staatsanleihen, aber auch für Unternehmensanleihen sollen sogenannte ESG-Kriterien eingeführt werden. Sie beachten künftig ökologische und ethische Aspekte genauso wie die Einhaltung von Compliance-Regeln.

Damit schließen wir uns einer ganzen Reihe von Bundesländern, aber auch dem Bund an, die bei ihren Finanzanlagen Nachhaltigkeitskriterien beachten. Davon haben wir uns auch bei der Formulierung unseres Gesetzentwurfs inspirieren lassen. Wir GRÜNEN sind der Meinung: Keine bayerische Lehrerin soll mit ihren Pensionsrücklagen die Produktion von geächteten Waffensystemen wie Chemiewaffen oder Streumunition finanzieren. Kein Polizist soll mit seinen Rückstellungen korrupte Regime stützen. Keine Nationalpark-Rangerin soll mit ihrer Pension die Ölkonzerne dieser Welt mit frischem Geld ausstatten. Nachhaltigkeitsregeln sind für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen geht es auch darum, dass der Freistaat letztlich Wort hält. Die Bundesrepublik Deutschland schließt auch in unserem Namen eine Vielzahl von weltweiten Abkommen – Abkommen, die bahnbrechend für die Zivilisation auf diesem Planeten sind, zum Beispiel Abrüstungsabkommen für geächtete Waffensysteme, die auch vor dem Hintergrund von Putins Überfall auf die Ukraine traurige Aktualität gewonnen haben, aber genauso Arbeitsschutz- und Kinderschutzabkommen. Auch Umwelt- und Klimaverträge wie das Pariser Klimaabkommen gehören dazu.

Wir GRÜNEN fordern nicht weniger, aber auch nicht mehr, als diese Verträge und ihre Werte auch zu leben. Wir Bayern können uns nicht als Musterschüler hinstellen – worüber man sich an sich schon streiten könnte –, aber dann an unethischen Geschäftspraktiken woanders auf dieser Welt mitverdienen.

Und: Wir in Deutschland – und damit wir in Bayern – müssen in den nächsten Jahren aus fossilen Energien aussteigen, auch wegen der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas. Wenn aber die bayerischen Finanzanlagen auf der anderen Seite Ölkonzerne finanzieren, die sich momentan eh schon die Taschen vollmachen, dann ist das eine Doppelmoral, die wir nicht hinnehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Abzug der Investments aus politisch heiklen Branchen und umstrittenen Staatsanleihen ist nicht zuletzt ökonomisch besser. Werfen wir wieder einen Blick nach Russland: Aufgrund der weltweiten Sanktionen gegen den russischen Staat sowie gegen russische Schlüsselindustrien bewegen sich die entsprechenden Wertpapiere nur noch auf Ramschniveau, und das zu Recht. Wer hierin investiert hat, muss jetzt den Totalausfall einplanen. Aus heutiger Sicht waren russische Papiere letztlich ein Klumpenrisiko. Zumindest aus ökonomischer Sicht verhält es sich mit anderen umstrittenen Branchen oder Staatsanleihen ähnlich. Das Stichwort heißt "Reputationsrisiko".

Auch mit der Einhaltung von ESG-Kriterien – das hat mittlerweile doch eine Vielzahl von Studien gezeigt – bleibt die Rendite gut, aber die Sicherheit der Anlagen steigt. Auf diesen Weg sollte sich nun auch der Freistaat machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wollen wir GRÜNEN die Weichen der bayerischen Anlagepolitik auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit stellen. Das ist für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit. Dass die Staatsregierung, allen voran der Ministerpräsident, viel über Klimaschutz erzählt hat, aber danach nicht handelt, ist bezeichnend.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Tim Pargent (GRÜNE): Dass Sie von CSU und den FREIEN WÄHLERN den Gesetzentwurf rundherum ablehnen und keinerlei eigene Vorschläge unterbreiten, müssen Sie den bayerischen Wählerinnen und Wählern erklären.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Pargent, ich hatte schon wieder auf ein Liedzitat, einen Songtext gewartet. In der Ersten Lesung haben Sie Ihren Beitrag mit einem Songtext gestartet; ich konnte auch erwidern. Schade, dass wir das heute nicht durchführen können.

Ich habe den Eindruck, dass Sie den Gesetzentwurf, den Sie im Dezember vorgestellt haben, so vielleicht nicht wieder einbringen würden. Warum? – Weil Sie gerade wieder auf Moral, Glaubwürdigkeit und Beispiele aus Berlin abgehoben, aber Ihren Gesetzentwurf, den ich am vergangenen Wochenende einmal mehr habe lesen dürfen – oder: lesen müssen –, im Detail nicht erklärt haben. Vielleicht würden Sie den Gesetzentwurf auch deswegen nicht mehr einbringen, weil darin nach wie vor sehr viele kritische Punkte und viel nicht Umsetzbares zu finden sind.

Sie haben die Moral angesprochen. Ich sage Ihnen, dass in Ihrem Gesetzentwurf viel Doppelmoral zu finden ist und Anspruch und Wirklichkeit darin ganz weit auseinanderklaffen.

Ich habe Sie schon damals, bei der Ersten Lesung, mit einigen Kritikpunkten konfrontiert und kann es Ihnen nicht ersparen, dass ich das jetzt noch einmal tue. Mit diesem Gesetzentwurf würden Sie weder die Finanzanlagen für den Freistaat Bayern noch die Welt besser machen, obwohl Sie das immer suggerieren. Sie haben auch keinen umsetzbaren Entwurf vorgelegt. Die wichtigsten Fragen bei dem Entwurf eines Gesetzes sollten uns im Hohen Haus immer umtreiben: Ist der Entwurf notwendig? Welchen Mehrwert bietet er uns im Bayerischen Landtag und allen Menschen im Freistaat Bayern?

Wie steht es denn um die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen im Freistaat? Müssen wir das mit einem Landesgesetz regeln? Sie selbst haben es angesprochen – auch im Text findet es sich wieder –: Nachhaltigkeit ist natürlich ein zentrales Anlagekriterium geworden – weltweit, auch in Europa, auch in Deutschland. Schon die Agenda 2030 der Vereinten Nationen verpflichtet uns dazu. Darauf haben auch wir uns verpflichtet, auch wir hier im Hohen Haus, im Landtag, insbesondere im Haushaltsausschuss. Wir sind natürlich der Nachhaltigkeit, aber auch der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Natürlich spielt die Nachhaltigkeit für den Finanzminister – als Investor für den Freistaat Bayern – eine wichtige, ja eine entscheidende Rolle.

Den ersten Punkt, der Ihren Gesetzentwurf schon schwierig macht, haben Sie selbst angesprochen: die ESG-Kriterien. Ich glaube, mit dem Wissen von heute würden Sie diese Kriterien so nicht mehr hineinschreiben; denn die ESG-Kriterien sind auf europäischer Ebene derzeit in der Diskussion, aber in einer kritischen Diskussion. Wir erleben einen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Auf europäischer Ebene wird auch über die Taxonomie diskutiert, einen anderen Bereich, über den auch wir hier schon debattiert haben. In den ESG-Kriterien steht ganz klar drin, dass der Rüstungsbereich bzw. die Verteidigungsindustrie – wie wir sie in Deutschland zum Glück noch haben; wir als CSU-Fraktion wollen sie erhalten – bei Anwendung dieser Kriterien infrage gestellt würde. Genau das haben Sie heute nicht angesprochen, weil Sie den Grundsatz, dass Freiheit auch Sicherheit braucht, wohl nach wie vor nicht wahrhaben wollen, meine Damen und Herren. Die Grundlage für Ihren Gesetzentwurf, die Bezugnahme auf die ESG-Kriterien, ist jedenfalls nach wie vor falsch.

Der nächste Kritikpunkt bezieht sich auf das Vorgehen, das Sie vorschlagen. Sie wollen ein Landesgesetz auf den Weg bringen. Das hätte vor allem eines zur Folge: einen Flickenteppich an regional unterschiedlichen Nachhaltigkeitskriterien. Die Folge wäre nicht mehr, sondern weniger Vergleichbarkeit, das heißt, mehr Verwirrung. Insgesamt ergäbe sich für den Finanzstandort Bayern kein Vorteil, sondern eher sogar ein Nachteil.

Die wichtigste, ja die entscheidende Frage ist für mich: Wie umsetzbar und wie praktikabel ist denn Ihr Gesetzentwurf? Der Praxischeck ist entscheidend. Der Gesetzentwurf kommt schwerfällig und unbestimmt daher. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Es ist auffallend, dass Sie in Ihren Definitionen nach wie vor sehr moralisch argumentieren. Aber Sie legen eine Liste an Negativkriterien vor, das heißt, Kriterien, mit denen die Anlagemöglichkeiten massiv eingeschränkt würden, sehr umfangreich und sehr starr. Sie listen unterschiedliche Kriterien auf: beispielsweise internationale Abkommen, Umwelt- und Compliance-Standards. Sie sagen aber nicht, wie man es konkret umsetzen sollte. Frage: Wären dann Anlagen von Staaten wie den USA generell außen vor? Wie steht es mit den europäischen Nachbar-

ländern, wenn die unseren Standards zum Beispiel bei der Steuergerechtigkeit in der Auslegung Ihrer Definition eben nicht genügen würden?

So schön es klingen mag, aber die Welt lässt sich eben auch nach wie vor nicht holzschnittartig in Gut und Böse, in Schwarz und Weiß unterteilen, gerade wenn es darum geht, bei Finanzanlagen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Sie sagen das in Ihrem Gesetzentwurf ja selbst. Ich habe das auch schon im Dezember angesprochen. Sie arbeiten mit ganz schwammigen Kriterien wie zum Beispiel Korruption, für die Sie keine klare Definition vorlegen. Schwammig ist auch die Gewichtung der besten Anlagen, Ihr Best-in-Class-Ansatz, der im zweiten Schritt dann bedeutet, dass man die Entscheidung, welche Anlagen getroffen würden, dann eben doch den Verantwortungsträgern beispielsweise in der Staatsregierung oder auch in der BayernLB überlassen würde. Ich nenne weiter die Hinweise auf Soll-Regelungen und Orientierung: Sie schreiben in dem Gesetzentwurf, dass Sie Orientierung bei der Entscheidung geben wollen. Das heißt, Sie lassen schlussendlich alles offen.

Wenn Sie so vorgehen, frage ich noch einmal – ich habe das im Dezember auch schon getan –, wieso Sie nicht mit Positivlisten arbeiten anstatt mit Negativlisten, mit denen Sie ganz starr ausgrenzen. Sie sagen auch selbst in dem Gesetzentwurf, dass der Verwaltungsaufwand nicht zu beziffern ist und dass es komplexer wird, also nicht einfacher, sondern komplexer. Das heißt, Sie schlagen auf dem Papier schön klingende Kriterien, Ausschlusskriterien, vor, die aber nur auf diesem Papier Bestand haben, die mehr Prüfaufwand mit sich bringen, mehr Unsicherheit und damit auch der Staatsverwaltung, den Stiftungen, den Mehrheitsbeteiligungen des Staates oder dem Freistaat als Mitstifter bis hin zum Bayerischen Pensionsfonds die Arbeit nicht leichter machen würden.

Was wäre die Folge? – Genau einer der Punkte, die wir hier im Hohen Haus auch immer wieder kritisieren. Der Bürokratieabbaubeauftragte Walter Nussel wird das beispielsweise tun. Was wäre die Folge dieser komplexen Regelung? – Wachsender externer Beratungsbedarf, höhere Abhängigkeit von Beratung. Im Prinzip ist das also auch ein Konjunkturprogramm für Berater, die dann eben hinzugezogen werden müssten bei bestehenden Zielkonflikten, die natürlich bleiben, auch bei der Klassifizierung. Sie schreiben das in Ihr Gesetz rein; Sie haben es wahrscheinlich auch deswegen nicht angesprochen. Aber wie läuft die Klassifizierung denn dann genau ab? Wie muss man sich dann die Einstufung und die Abstufung der Finanzprodukte genau vorstellen? Das heißt, wir haben hier mehr Aufwand. Bei wem? – Bei der bayerischen Wirtschaft, aber auch beim bayerischen Staat.

Jetzt bin ich beim letzten Punkt. Welche Folgen hat das Gesetz für die Betriebe, für die Wirtschaft, für die Unternehmen und am Schluss auch für die Anleger, um die es ja auch geht? – Viele Unternehmen, auch bei uns in Bayern, würden wir mit dem Gesetzentwurf pauschal ausschließen, wenn wir ihn beschließen würden. Das wäre kontraproduktiv genau in einem Bereich, den Sie kurz angerissen haben: im Energiebereich, bei Öl und Gas. Das sind Unternehmen, die sich nach wie vor in einem Umstrukturierungsprozess befinden. Genau die würden wir in der Phase der Transformation aus dem Finanzmarkt herausnehmen, genau in einer Phase, in der sie Unterstützung brauchen. Das ist kontraproduktiv gerade in dieser Zeit, in der wir sind.

Ganz wichtig ist auch der bayerische Mittelstand. Auch das haben wir damals angesprochen. Das wurde kaum diskutiert, soweit ich aus den Gesprächen im Haushaltsausschuss darüber weiß, was Sie zum bayerischen Mittelstand zu sagen haben. Der übernimmt vor allem eine Zulieferfunktion. Das heißt, er wäre bei allen Entscheidungen großer Unternehmen betroffen, mittelbar betroffen, und das wären am Schluss auch Arbeitsplätze bei uns. Hierauf haben Sie keine Antworten.

Was wäre zum Beispiel, wenn ein Endprodukt, an dem ein größeres Unternehmen beteiligt ist, jetzt oder vielleicht irgendwann einmal aufgrund Ihrer Kriterien als nicht nachhaltig eingestuft wird? Allein dieses Damoklesschwert reicht aus, Unsicherheit zu schüren und dadurch Investitionen zu verhindern. Das heißt, Sie würden damit notwendige Investitionen in den Standort Bayern verhindern.

Nicht zuletzt ist auch zu sprechen von der Blasenbildung bei nachhaltigen Finanzprodukten, die wir auch sehen und die Sie damit auch noch verstärken würden. Sie würden also damit kein Problem lösen, das Sie angerissen haben, und die Zielsetzung, die wir alle teilen, nicht erfüllen. Jeder von uns teilt die Zielsetzung, nachhaltige Finanzprodukte zu unterstützen. Sie würden aber mit dem Gesetzentwurf weit über das Ziel hinausschießen. Er würde mehr Bürokratie, mehr Prüfaufwand, mehr Unsicherheit mit sich bringen. Bei was? – Bei unsicherem Nutzen. Das heißt, wir würden ein hohes Maß an Nebenwirkungen mitbeschließen, und zwar mit begrenzter Wirkung. Deswegen lehnen wir, wie es auch schon in den Beratungen zum Ausdruck gebracht wurde, den Entwurf ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es heute um einen Gesetzentwurf der GRÜNEN, der die Finanzanlagen des Freistaats Bayern regeln soll. Für GRÜNE typisch, geht das natürlich nur mit einem riesigen Verbotskatalog. Statt die Menschen oder die Wirtschaft zu überzeugen, greifen die GRÜNEN lieber nach Werkzeugen aus dem Folterkeller der Planwirtschaft. Was soll man auch als GRÜNER anderes machen, wenn man außer Angstmachen keine Argumente hat?

Die GRÜNEN wollen also mit einem Verbotskatalog dafür sorgen, dass der Freistaat seine Finanzanlagen nachhaltiger anlegt. Dieser Gesetzentwurf ist ein weiterer Baustein der mittlerweile milliardenschweren Klimaangstindustrie, um noch mehr Geld aus dem Bürger zu pressen. Ich werde heute aber nicht auf die verlogene Klima-Angstagenda eingehen, sondern auf die heuchlerische Doppelmoral der Altparteien, die sich auch in diesem Gesetzentwurf widerspiegelt.

Sie führen auf Ihrer Verbotsliste auch Finanzanlagen von Staaten, die Angriffskriege führen. Da heute aufgrund der einseitigen, manipulativen, GEZ-zwangsfinitzierten Berichterstattung und der herrschenden Zensur regierungskritischer Medien nicht jedermann im Bilde ist, wer denn alles so auf der Welt Angriffskriege führt, helfen wir gerne nach.

Nehmen wir doch beispielsweise die zwei Angriffskriege gegen den Irak. Die westlichen Medien und Politiker begründeten ihren Angriffskrieg mit Kriegslügen. Ich sage nur: die Brutkastenlüge und die Lüge über Saddams angebliche Massenvernichtungswaffen. Die Angriffskriege gegen Serbien und Libyen oder der 20-jährige Angriffskrieg in Afghanistan sind weitere Beispiele.

(Beifall bei der AfD)

Die Liste der Länder, die allein in den letzten zwei Jahrzehnten Angriffskriege führten, ist lang: Es sind die USA, Kanada, Australien, Türkei, Großbritannien, Spanien, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowe-

nien, Portugal, Griechenland, Dänemark, Norwegen, Island, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien und übrigens auch die Ukraine. Das sind alles Länder, die Angriffskriege führen. Diese Liste ist übrigens bei Weitem nicht abschließend. Fakt ist aber, dass der Wertewesten mit Abstand der größte Aggressor und Kriegstreiber ist. Die genannten Länder mussten für diese Angriffskriege übrigens keine Wirtschaftssanktionen fürchten, standen sie ja auf der richtigen Seite, auf der Seite des Wertewestens. Da darf man schon mal ein Land überfallen, foltern und morden. Im Namen der Demokratie ist das ja alles geduldet.

Vergessen wir auch Deutschland selbst nicht. Auch Deutschland führt Angriffskriege. Als braver Vasall der Transatlantik-Brücke verteidigen wir auch gerne mal die Bundesrepublik im Hindukusch, was ja ein riesiger Erfolg war,

(Beifall bei der AfD)

nicht so für Ihr Wertemodell, aber für die Kriegslobby. Mit 20 Jahren konstantem Krieg in Afghanistan haben wir sogar die Russen um zehn Jahre Krieg übertroffen. Dank unserer kinderlosen Altpolitikerkaste würden wir wohl auch heute noch dort den Krieg gegen das arme Bauernvolk weiterführen, wenn die Amerikaner nicht letztes Jahr kapituliert hätten.

Auch die Bundesrepublik Deutschland führt also Angriffskriege. Laut diesem Gesetz dürfte also der Freistaat Bayern auch keine Finanzanlagen mehr von der Bundesrepublik Deutschland erwerben.

Damit komme ich zum Ende: Dieser Gesetzentwurf offenbart mal wieder die Doppelmoral einer Altpartei, welche für ihre Lobbypolitik in Orwell'scher Manier gerne andere Maßstäbe anlegt. Daher lehnen wir diesen Gesetzentwurf wegen Heuchelei ab. – Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mang, es ist halb neun. Ich weiß nicht, warum Sie diesem Hohen Haus um diese Uhrzeit Ihr poststalinistisches Geschwurbel zumuten, dass Deutschland, die USA, der Westen Angriffskriege führen. Schämen Sie sich für diesen Unfug!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich hatte gedacht, dass das ein einmaliger Ausrutscher dieses fraktionslosen Neulings war. Aber offensichtlich gibt es noch mehr Mitglieder in diesem Hohen Haus, die derartigem Unsinn – nein, es ist eigentlich kein Unsinn, es ist schlimmer –, die solchen Gedanken nachhängen. Ich schäme mich dafür, dass solche Menschen hier in diesem Parlament sitzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Gesetzentwurf der Oppositionsfraktion. Was soll ich dazu sagen? Ich hätte mir eigentlich gedacht, dass der Gesetzentwurf nach Beginn dieses Angriffskriegs tatsächlich zurückgezogen wird. Wenn man darüber nachdenkt – der Kollege Hopp hat einige sehr maßgebliche Bemerkungen dazu gemacht –, stellt man fest, dass dieses Gesetz massivste Auswirkungen auf unser Wirtschaftssystem, aber auch auf wichtige und wesentliche Bereiche wie die Rüstungsindustrie hätte. Es hört sich schön an, wenn Sie neben den klassischen Kriterien wie der Rendite-

orientierung, der Liquidität und der Anlagesicherheit noch ökologische, soziale und ethische Kriterien einführen wollen. Dabei ist der Begriff der Ethik schon sehr dehnbar. Für alle Juristen hier im Haus: Da kann sich dann die Gerichtsbarkeit richtig schön austoben. Der eine sieht das, der andere jenes als ethisch an.

In Wirklichkeit aber privilegieren Sie diesen Aspekt, indem Sie K.-o.-Kriterien einführen. Unter diese K.-o.-Kriterien würde auch ein Land fallen, das die Todesstrafe verhängt. Die USA verhängen die Todesstrafe. Sie sind damit raus. Ein Land, das das Klimaschutzabkommen in der letzten Fassung nicht unterzeichnet hat, wäre auch raus. Wenn ich mich recht erinnere, haben die Vereinigten Staaten unter Donald Trump das Klimaschutzabkommen gekündigt. Wenn jetzt im Jahr 2024 in den USA Trump wiedergewählt würde oder ein anderer Republikaner an die Macht kommt, der das genauso sieht und das Klimaschutzabkommen erneut kündigt, hätte man schon einen zweiten Grund dafür, dass man Unternehmen nicht finanziert, die mit solchen Ländern Handel treiben, oder dass man Anlagen solcher Unternehmen nicht mehr halten darf.

Ich möchte auch daran erinnern, dass der Freistaat Bayern sehr viel von seinem Vermögen treuhänderisch hält. Das heißt, dass wir dieses Vermögen zum Beispiel für die Pensionsempfänger verwalten. Denen gegenüber sind wir verantwortlich. Deshalb halte ich es nicht für in Ordnung, wenn Sie diese Anlagen ausschließen.

Das Nächste ist die Kernenergie, die Sie komplett ausschließen. Ich habe es Ihnen schon in der Ersten Lesung gesagt: Wenn man einen gesellschaftlichen Konsens darüber hat, dass man in Deutschland die Kernenergie nicht nutzen möchte, darf man aber nicht mit dem Finger auf Länder zeigen, die das anders sehen. Das hätte zur Konsequenz, dass Sie ein Unternehmen nicht mehr finanzieren dürften, das sich im Ausland an Kernkraftwerken beteiligt. Das ist nichts anderes als moderner Kolonialismus. Sie transferieren unsere Vorstellungen von richtiger Politik auf das Ausland. Das hat auch nichts mit Grundvorstellungen von Menschenrechten zu tun. In dem Punkt, dass man Länder nicht finanziert, die schwere Menschenrechtsverletzungen wie Beschneidungen, Steinigungen oder Auspeitschen begehen, wäre ich noch bei Ihnen.

Ich komme zum Schluss. Insgesamt ist dieses Gesetz nicht nur nicht durchdacht, es ist im Ergebnis sogar schädlich. Deshalb lehnen wir es ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Tim Pargent. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, nur zwei Richtigstellungen. Erstens ist die konventionelle Rüstungsindustrie keineswegs ausgenommen. Lediglich geächtete Waffensysteme sind davon betroffen. Das sollten Sie nachlesen und dann korrekt wiedergeben. Das zweite Thema ist der moderne Kolonialismus, mit dem wir unsere Werte auf andere Länder übertragen würden. Wir übertragen unsere Werte lediglich auf unser eigenes Anlagevermögen. Das ist äußerst legitim und anwendbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pargent, der Teufel liegt im Detail. Schauen Sie sich den Artikel 5 an. Der Freistaat Bayern darf sich nicht an Unternehmen beteiligen, die mit Unternehmen in solchen Ländern Handel treiben. Der Freistaat Bayern ist an der BayernLB beteiligt. Nach Ihrer Lesart dürfte er nicht

mehr den FC Bayern finanzieren, weil dieser einen Sponsorvertrag mit Qatar Airways hat. Wenn Sie es zu Ende denken, merken Sie, dass es nicht funktioniert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor knapp dreißig Jahren meine Banklehre erfolgreich beendet hatte, schickte mich die damalige Dresdner Bank unmittelbar nach der Wende in den deutschen Osten. Ich durfte dort für einige Monate als Wertpapierberater in der Filiale Jena arbeiten. Als Wertpapierberater war mir klar, was ich den damaligen Kunden tatsächlich anzubieten hatte, nämlich Anlagen, die rentabel, liquide und sicher waren. Darauf kam es damals an.

Heute würde sich damit kein Kunde mehr zufriedengeben, oder zumindest immer weniger Kunden. Die Kunden fragen heute, was mit dieser Anlage verbunden ist, ob sie in schmutzige Ökologie investieren, ob sie in irgendwelche Waffensysteme investieren, ob sie in Zwangsarbeit, in Kinderarbeit oder dergleichen mehr investieren. Das sind nicht etwa links-grün versifft Kunden, um teilweise Ihre Sprache aufzunehmen, sondern es sind echte Wertkonservative, die wissen wollen, ob ihr Geld im wahrsten Sinne des Wortes gut angelegt ist.

Ein Staat, auch der Freistaat Bayern, sollte hier Vorbild sein. Herr Kollege Pohl hat gerade den gegenwärtigen Krieg als Begründung dafür genommen, dass nachhaltige Anlagen jetzt von gestern seien und man deshalb diesen Gesetzentwurf zurückziehen müsse. Ich komme wie übrigens auch viele wertkonservative Menschen in unserem Land zur völlig gegenteiligen Beurteilung, Herr Kollege Pohl. Wir erleben gerade einen Push für die Nachhaltigkeit und für gute Investitionen. Die schlechten Investitionen wurden mit den Sanktionen gegen Russland gerade deutlich zurückgenommen.

Die Hauptinvestition der Deutschen, die Beteiligung an der Pipeline von Russland in unser Land, wurde gecancelt. Beispielsweise sagt der Außenpolitiker Röttgen jeden Abend in den Talkshows, Investitionen, mit denen wir jeden Tag eine Milliarde an Putin und die Oligarchen schicken, wie zum Beispiel die Investitionen in die Pipeline Nummer eins, müssen wir aus moralischen Gründen beenden. Das ist etwas, was in Richtung der Ziele dieses Gesetzentwurfs, in Richtung Nachhaltigkeit, in Richtung Resilienz und in Richtung Zukunftsfestigkeit geht. Der Krieg kann jetzt auf keinen Fall der Anlass dafür sein, Investitionen aus dem 20. Jahrhundert und dessen Technologien jetzt fortzusetzen. Nein, diesen Irrweg müssen wir jetzt endlich beenden und in Nachhaltigkeit investieren.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um die Moral, die im Moment natürlich in besonderer Weise im Vordergrund steht. Es geht schlicht ums Geld für die Zukunft. Es geht darum, unsere Volkswirtschaft resilient und widerstandsfähig zu machen. Wenn wir den Klimafrevel von heute und die sozialen Sauereien nicht minimieren, wenn wir sie nicht klein halten, werden die Kosten in Zukunft noch höher, und diese haben dann unsere Kinder und Enkelkinder zu bezahlen. Das heißt, jedes Hochwasser, jede Sturmflut, jede Dürre und auch jede sozial begründete Migrationsbewegung verursachen Kosten für unsere Volkswirtschaft. Wenn wir diese Kosten auch in Zukunft klein halten wollen, sollten wir in nachhaltige Finanzanlagen investieren.

Manche unserer Unternehmungen in Bayern sind übrigens viel weiter als manche Parlamentarier. Die LfA Förderbank hat sich selbst auferlegt, eine Mindestquote von 55 % an nachhaltigen Anlagen zu berücksichtigen. Das ist positiv. Es zeigt

aber auch, dass die restlichen 45 % keine Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund wundere ich mich, dass Sie den Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf heute in Zweiter Lesung so intensiv führen, obwohl Ihre konservativen und liberalen Kollegen in Schleswig-Holstein diesen Gesetzentwurf nicht nur entwickelt, sondern auch bereits beschlossen haben. In Bayern sind die Konservativen und die Liberalen offensichtlich deutlich hintendran und wollen zurück ins 20. Jahrhundert, statt den Fortschritt zu beschreiten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Rinderspacher, meinen Sie, dass es für die Sanktionen gegen Russland dieses von Ihnen vorgelegten Gesetzes bedarf?

Meine zweite Frage: Wenn Sie Ihr Gesetz genau lesen, ist zumindest eine Investition in Staatsanleihen der Vereinigten Staaten und Staatsbetriebe der Vereinigten Staaten, einer Administration, die handelt wie Trump, indem sie aus dem Klimaschutzabkommen aussteigt, nicht mehr erlaubt. Wollen Sie tatsächlich die Anlagestrategien davon abhängig machen, welche Regierung in demokratischen Staaten gerade an der Macht ist?

Markus Rinderspacher (SPD): Das ist nicht unser Gesetzentwurf, sondern der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir hätten manches anders gemacht, werden ihm aber trotzdem zustimmen.

Ja, natürlich ist die Debatte eröffnet. Wir begrüßen das. Die Investitionen, die wir mit Blick auf die Russische Föderation in den letzten Jahren getätigt haben, sind jetzt infrage zu stellen aus den genannten Gründen. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Kapitalströme auch Politik gestalten. Geld regiert die Welt. Damit werden wir immer in unseren Bürgerbüros konfrontiert. Da ist auch etwas dran. Wir müssen das Geld somit ordentlich steuern. Wenn Sie sagen, Sie wollten damit Demokratien unterstützen. Dann müssen wir über bestimmte Kriterien diskutieren. Darüber werden wir schnell Einigkeit erzielen. Sie sind jedoch sehr fundamental in Ihrem Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf. Sie sagen gewissermaßen: Nachhaltigkeit braucht es nicht; die Nachhaltigkeit entwickelt der Markt selbst. – Herr Pohl, das ist vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Helmut Kaltenhauser. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten: Grundsätzlich ist es durchaus politisch nachvollziehbar, Investitionen in nachhaltige Finanzanlagen zu fördern. In diesem Punkt bin ich gar nicht fundamentalistisch unterwegs. Insofern könnte man dem Gesetzentwurf auf den ersten Blick auch zustimmen. Der Gesetzentwurf gibt vor, genau das zu tun. Schaut man sich den Gesetzentwurf aber im Detail an, wird dieser Eindruck ganz schnell widerlegt. Ich zitiere:

Ziel des Gesetzes soll es sein, eine einheitliche Definition von Nachhaltigkeitsaspekten zu schaffen, um eine bessere Transparenz und Vergleichbarkeit zu garantieren und um die Finanzpolitik stärker an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien auszurichten. Diese Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei Finanzanlagen soll mittels ESG-Parametern (environmental, soci-

al and governance: Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungskriterien) erfolgen.

Das klingt eigentlich ganz gut. Der beste Satz kommt noch zum Schluss:

Diese verbesserten Rahmenbedingungen sollen den beteiligten Akteuren Orientierung geben und dabei helfen, das Thema Nachhaltigkeit in das Anlage-management zu integrieren.

Dabei handelt es sich jedoch nicht um Orientierung, sondern um Vorschriften. Man sollte diese auch bitte so nennen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir bleibt gar nichts anderes übrig, als zu sagen: Das ist ein Rückfall in Veggie Day-Zeiten, was dort steht.

(Unruhe)

Sie wollen keine Orientierung geben, sondern Vorgaben machen. Das ist ein ganz großer Unterschied. Ich möchte einfach mal ein paar Beispiele zitieren. Um Nachhaltigkeitskriterien zu bestimmen, haben Sie versucht, mit Negativlisten zu arbeiten. Das ist immer problematisch. In Artikel 4 Absatz 2 Nummer 7 heißt es: "Ausgeschlossen ist der Erwerb von Finanzanlagen von Staaten, die bei der Bewertung der politischen und zivilen Freiheit als unzureichend qualifiziert werden". Wer definiert, was eine unzureichende politische und zivile Freiheit ist? – Kein Wort dazu. In den entsprechenden ESG-Kriterien finden Sie auch nichts.

Bei Nummer 8 heißt es: "Ausgeschlossen ist der Erwerb von Finanzanlagen von Staaten, die als besonders korrupt eingestuft werden". Was sind denn besonders korrupte Staaten? – Somalia mag mir ja noch eingehen. Unsere Kollegen in Österreich haben auch ein paar Skandale hinter sich zum Thema Korruption. Darf ich mit denen dann auch nichts mehr machen? Und wieder dieselbe Frage: Wo ist die Definition?

Weiter unten reden Sie vom Best-In-Class-Ansatz: "Bei der Auswahl der Finanzanlagen sollen Emittenten bevorzugt ausgewählt werden, die unter Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekten führend sind". Ich möchte die Diskussion sehen, wer das definiert und wie sich die einzelnen Unternehmen selbst einstufen. Tut mir leid, aber ich habe schon den Eindruck, dass kein Jurist beteiligt war. Ich weiß, was von Herrn Rinderspacher noch kommt. Darauf komme ich gleich noch.

Der Gesetzentwurf enthält eine Unmenge an unbestimmten Rechtsbegriffen. Ich glaube auch, dass er schlicht und einfach nicht verfassungskonform ist. Praktikabel ist der Gesetzentwurf eindeutig nicht. Ein schönes Beispiel ist heute noch gar nicht zitiert worden. Ich zitiere aus Artikel 4 Absatz 2 Nummer 1: "Ausgeschlossen ist der Erwerb von Finanzanlagen von Staaten, die in ihrem Rechtssystem die Todesstrafe systematisch anwenden". Auf dieser Grundlage dürfen wir mit den meisten Staaten der USA keine Geschäfte mehr machen.

Ich möchte vor allem noch auf Anmerkungen des Landesrechnungshofs von Schleswig-Holstein verweisen, der zu dem fast wortgleichen Gesetzentwurf in Schleswig-Holstein die Einschätzung abgegeben hat, dass dieses Gesetz viel Schaden anrichten werde. Offenkundig sind meine Fraktion und ich anderer Meinung als unsere Kollegen in Schleswig-Holstein. Wir können den Gesetzentwurf auf jeden Fall nicht mittragen und lehnen ihn aus den genannten Gründen ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir

kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/19064 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht im Saal. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse (Drs. 18/19291)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Matthias Fischbach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsschule ist eine einzigartige Schulart. Das zeigt allein schon das zentrale Schulfach "Übungsunternehmen". Es eröffnet die Möglichkeit, praxisnah anhand von konkreten Geschäftsfällen zu lernen und betriebliche Entscheidungen nachzuvollziehen. Die Wirtschaftsschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern neben einer allgemeinen Bildung auch eine vertiefte kaufmännische Grundbildung. Wer die Abschlussprüfung in einer Wirtschaftsschule besteht, erhält den Abschluss der Wirtschaftsschule und damit auch einen Mittleren Schulabschluss. Mit dem Wirtschaftsschulabschluss verkürzt sich die Ausbildungsdauer in einem kaufmännischen Beruf um bis zu sechs Monate. Sie zählt deshalb zu den Berufsfachschulen. Der Großteil der Schülerinnen und Schüler wechselt von einer Mittelschule zur Wirtschaftsschule.

In den vergangenen Jahren hat sich aber einiges verändert. Zur Jahrtausendwende wurde zum Beispiel der Beginn der Realschule auf die 5. Jahrgangsstufe vorgelegt. Darüber hinaus haben die Mittelschulen in den Jahren danach durch die Mittlere-Reife-Klassen immer größere Bindekraft gegenüber Wechseln zur Wirtschaftsschule erhalten. Seit dem Jahr 2020 ist es sogar so weit, dass Mittlere-Reife-Kurse sogar schon ab der 5. Jahrgangsstufe beginnen können. Während 2008 noch über 25.000 Schülerinnen und Schüler an die Wirtschaftsschulen gingen, sind es inzwischen fast 10.000 weniger. Aktuell gibt es in Bayern 75 Wirtschaftsschulen. Eine einzigartige Schulart macht sich daher ernsthaft Sorgen um ihre Zukunft – nicht weil ihr ein attraktives Profil fehlen würde; es fehlt auch nicht an einem Bedarf an Absolventen mit einem stärkeren kaufmännischen Fokus, sondern es gab grundlegende Strukturveränderungen in unserem Schulsystem, die den Weg über die Wirtschaftsschule weniger naheliegend machen.

Die Wirtschaftsschule konnte sich in den vergangenen Jahren fortentwickeln. Das kann ich mit ein bisschen Stolz feststellen. Im Jahr 2012 hat die FDP-Fraktion zusammen mit der CSU einen Modellversuch auf den Weg gebracht, mit dem der Beginn bereits ab der 6. Jahrgangsstufe ermöglicht wurde. Nachdem dieser Versuch erfolgreich war, kam im Jahr 2020, von der CSU und den FREIEN WÄHLERN umgesetzt, der Einstieg über eine Vorklasse ab der 6. Jahrgangsstufe. Das ist inzwischen landesweit möglich. Dieser wichtige Fortschritt allein wird aber nicht reichen, um die strukturell kritische Lage der Wirtschaftsschulen zu verbessern; denn einen Klassenwechsel nach der 4. Jahrgangsstufe und dann noch einmal einen Wechsel nach der 5. Jahrgangsstufe, wer macht das schon gerne mit? Wer wechselt gerne

innerhalb von zwei Jahren zweimal sein soziales Umfeld? Es ist deshalb nachvollziehbar, dass die Wirtschaftsschulen den Wunsch haben, bereits ab der 5. Jahrgangsstufe beginnen zu können.

Wir schlagen deshalb mit diesem Antrag einen Modellversuch in diese Richtung vor. Wir wollen die damit verbundenen Fragen klären, aber auch die Effekte analysieren. In einem ersten Schritt könnte dieser Modellversuch auf Regionen mit besonderem Bedarf beschränkt werden, zum Beispiel weil dort die Wirtschaftsschulen in ihrer Existenz gefährdet sind, die Mittelschulen aber über eine gute Ausstattung verfügen und in der Konkurrenz kein Problem sehen. Es gibt aber auch noch einen Grund, warum es sinnvoll ist, den Einstieg ab der 5. Klasse in einem Modellversuch zu erproben, und das ist die wissenschaftliche Begleitung. Spätestens seit dem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, das Ende des letzten Jahres gefallen ist, sollte uns klar sein, dass für die Wirtschaftsschulen der Start ab der 5. Klasse ohnehin kommen wird. Warum? – Das Gericht hat festgestellt, dass die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsschulen und den allgemeinbildenden Schulen so gering sind, dass dieser Weg zumindest den privaten Schulträgern nicht verwehrt werden darf. Wir sollten also die Entwicklung, die sich ohnehin schon abzeichnet, lieber begleiten, als sie einfach laufen zu lassen.

Meine Damen und Herren, unser Schulsystem befindet sich generell in einem Entwicklungsprozess. Den genannten Entwicklungsschritt sollten wir behutsam gehen, im Zusammenhang mit anderen Schularten zur Diskussion stellen, aber auch nutzen, um unser System insgesamt weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fischbach. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD vor.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Fischbach, vor 42 Jahren war ich Schulsprecher der Wirtschaftsschule in Bad Aibling. Ich habe die Entwicklung der Wirtschaftsschule intensiv verfolgt und frage Sie, warum Sie nicht den entgegengesetzten Weg gehen. Das langsame Ausbluten der Wirtschaftsschule liegt meines Erachtens daran, dass die sechsstufige Realschule mit einem starken kaufmännischen Zweig eingeführt worden ist. Diese Einführung der sechsstufigen Realschule hatte gleichzeitig ein Ausbluten der Mittelschulen zur Folge. In Gemeinden mit 10.000 Einwohnern haben wir ein Problem, die Mittelschulen noch zu halten. Wir lassen es zu, dass die Schulzweige Schüler eines bestimmten Bildungsniveaus abgreifen; denn die Mittelschulen bieten auch den M-Zug an. Das ist doch der falsche Weg, oder bin ich auf dem Holzweg?

Matthias Fischbach (FDP): Werter Herr Kollege, in den letzten 42 Jahren hat sich viel verändert. Ich glaube, dass wir diese Entwicklung nicht mehr zurückdrehen können. Wir sollten mehr Wahlfreiheit schaffen. Die Schülerinnen und Schüler sollten beim Wechsel die Wahl zwischen den verschiedenen Schularten und die Möglichkeit haben, eigene Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen auch die Mittelschulen weiterentwickeln. Wir dürfen nicht nur einzelne Schularten, sondern müssen das gesamte Schulsystem weiterdenken. Ich stelle mir auch bei den Mittelschulen eine stärkere Profilbildung vor, eher in die Richtung der Wirtschaftsschulen, aber mit der Wahlmöglichkeit für Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht außer Frage, dass die Wirtschaftsschule als berufliche Fachschule eine langjährige Erfolgsgeschichte ist. Das ist auch unsere Meinung. Sie ist einmal als Handelsschule gestartet und ist seit jeher eine beliebte Schulart für den Nachwuchs vieler Handwerker und Mittelständler. Sie sichert kaufmännisches Know-how für die junge Generation. Wer die Wirtschaftsschule erfolgreich abgeschlossen hat, hatte auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten selten Probleme, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

In der Corona-Zeit hat sich bei manchen Wirtschaftsschulen ein deutlicher Anmelde-schwund ergeben. Dieses veränderte Übertrittsverhalten war sicherlich der Pandemie geschuldet. In diesen Fällen ist der Freistaat den Schulen aber entgegengekommen. Bei den Mindestschülerzahlen wurde ein Auge zugedrückt, kleinere Klassenbildungen wurden ermöglicht. Außerdem wurden den privaten Trägern keine Mittel gekürzt. Seit dem Schuljahr 2020/2021, also seit eineinhalb Jahren, gibt es die Vorklasse 6 als Regelmodell. Sie ist also noch ganz neu. Wir sind der Meinung, dass wir die Schüler und die Lehrkräfte mit dem neuen Lehrplan erst einmal ankommen lassen sollten.

Ich selbst bin eine große Anhängerin der Wirtschaftsschule und frage mich deshalb, ob es Sinn macht, ein System, das gerade einmal knapp zwei Jahre läuft, noch dazu im Pandemie-Modus, schon wieder mit einem Update zu versehen. Macht es Sinn, angesichts unseres vielfältigen Schulsystems immer mehr schulische Parallelangebote vorzuhalten, die Ressourcen an Raum und Personal benötigen und letztlich auch Geld kosten?

Lieber Herr Kollege Fischbach, wir müssen überlegen, ob der eine oder andere Jugendliche nicht langsam Schwierigkeiten bei der Orientierung bekommt, wofür er sich letztlich entscheiden soll. Ich glaube nicht, dass es ein großer Nachteil ist, den Umweg über ein Jahr Mittelschule zu gehen. Wir sollten das erst einmal laufen lassen und gut beobachten. Ganz besonders möchte ich hervorheben: Das Modell, neun Jahre die Mittelschule zu besuchen, dann zwei Jahre Wirtschaftsschule anzufügen und mit der Mittleren Reife abzuschließen, ist vor allem bei Mittelschülern sehr beliebt. Ich nenne jetzt die Mittelschule etwas häufiger, weil ich weiß, dass wir sowohl im Bildungsausschuss als auch im Plenarsaal Debatten darüber führen werden, wenn wir wieder Mittelschulen schließen müssen, weil sie nicht mehr rentabel und die Schülerzahlen zu niedrig sind.

Fakt ist, dass wir an allen Schulen mehr Wirtschaftskompetenz, Alltagskompetenz und das Erkennen von Zusammenhängen vermitteln müssen. Deshalb wurde der LehrplanPLUS eingeführt, der inzwischen in der 9. Jahrgangsstufe angekommen ist. Deshalb würde ich die Wirtschaftskompetenz und die wirtschaftliche Nähe nicht allein der Wirtschaftsschule zuschreiben. Dass die Wirtschaftsschule eine gute Schulart ist, steht außer Frage.

Wir wollen jetzt nicht auf die Schnelle einen Schulversuch starten, wie das mit dem vorliegenden FDP-Antrag gefordert wird. Wir möchten uns vielmehr personelle, strukturelle und pädagogische Fragen ansehen. Die Wirtschaftsschule ist keine allgemeinbildende Schule, sondern eine berufliche Fachschule. Da wären besondere Erweiterungen des Lehrplans erforderlich. Es soll aber jetzt keine Hektik in Bezug auf die Schulstruktur entstehen, wie sie die FDP an den Tag legt.

Nur weil jetzt ein Gerichtsurteil im Falle eines privaten Trägers ergangen ist, soll nicht gleich der nächste Schritt gegangen werden. Wir sollten jetzt beobachten, wie

die Schullaufbahnentscheidungen an den Standorten, an denen die Vorklasse 6 läuft, getroffen werden. Wir müssen uns die Besonderheiten der Standorte ansehen, an denen gut laufende Mittelschulen gefährdet sind, obwohl sie sich in den letzten Jahren durch eine starke Profilierung gut entwickelt haben.

Liebe FDP, warten wir einmal die weitere Entwicklung ab, dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Brendel-Fischer. – Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Anna Schwamberger das Wort.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns eint doch, dass wir die Wirtschaftsschulen und deren Aufgaben in unserem Schulsystem sehr schätzen. Dennoch ist es so, dass die Schülerzahlen im Vergleich zu früher deutlich gesunken sind. Die Staatsregierung hat es den Schulen daraufhin ermöglicht, eine 6. Klasse einzurichten. Für uns war zu diesem Zeitpunkt schon klar, dass mit der Einführung der 6. Klasse die Wirtschaftsschulen nicht dauerhaft gerettet sind. Das ist halt nicht Fisch und nicht Fleisch.

Lieber Herr Kollege Fischbach, Sie stehen mit Ihrer Forderung, die Wirtschaftsschule ab der 5. Jahrgangsstufe beginnen zu lassen, im Moment ziemlich allein da. Selbst der Verband der Wirtschaftsschulen hält den Zeitpunkt für diese Debatte für falsch. Worum geht es Ihnen denn eigentlich? – Doch nur um Ihre eigene Profilierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ist nun die Einführung der Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse die Rettung? – Das kann sein, es kann aber auch nicht sein. Sie von der FDP verkennen schlichtweg, dass selbst dann, wenn die Schülerzahlen an den Wirtschaftsschulen wieder steigen, an einer anderen Stelle ein neues Problem eröffnet wird. Damit ist letztlich niemandem geholfen. Ich sehe schon auch das Problem, dass die Wirtschaftsschule eine berufsbildende und eben keine allgemeinbildende Schule ist. Daher lehne ich persönlich einen Start ab der 5. Klasse schlichtweg ab und halte ihn für verfrüht. Man könnte auch hart sein und sagen, dass die momentane Nachfrage die Zukunft der Wirtschaftsschulen schon lange besiegelt hat. Das ist doch immer das, was Sie von der FDP wollen: Wettbewerb und Markt sollen es regeln. Das ist für Sie aber immer nur dann interessant, wenn es in Ihr Schema passt.

Ich sage: Lassen Sie uns doch unsere Schullandschaft anders denken, weg vom Wettbewerb hin zur Zusammenarbeit, indem man Wirtschafts-, Mittel- und Realschulen zusammen denkt, wenn es passt; denn genau der Wettbewerb ist doch das Problem in unserem Schulsystem. Die Kinder in der 4. Klasse stacheln sich gegenseitig an, messen sich ein ganzes Jahr lang mit einem Ziel, dem Gymnasium. Jetzt wollen Sie ab der 4. Klasse auch noch die Wirtschaftsschulen dazupacken. Die armen Kinder!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was können wir also tun? – Gerade wenn sich Wirtschafts-, Mittel- und Realschulen vor Ort Konkurrenz machen und einander die Schülerinnen und Schüler abwerben, muss man vor Ort eine gemeinsame Lösung finden. Dies würde zu viel mehr Ruhe und auch zu mehr Zusammenhalt vor Ort führen; dazu wäre zum Beispiel eine Öffnungsklausel denkbar. Wir könnten aber auch einmal ernsthaft über eine längere gemeinsame Grundschulzeit nachdenken. Sechs Jahre gemeinsames Lernen würde den Druck von unseren Grundschülerinnen und Grundschulern neh-

men. Die Kinder sind nach sechs Jahren einfach reifer und man kann besser abschätzen, wohin ihre weitere Schullaufbahn denn eigentlich gehen soll.

Wir müssen anfangen, das Schulsystem endlich von den Kindern her zu denken. Nach der 6. Klasse kann dann jedes Kind seinen Platz im System finden. Sie fragen, ob das geht. – Das geht sehr wohl und wird auch schon praktiziert. Ich verweise hierzu einfach einmal auf Hollfeld; dort lernen die Kinder bis zur 6. Klasse gemeinsam und dann geht der Weg in die anderen Schularten weiter. Das ist sehr erfolgreich und gut. Das müssen wir uns einmal genauer ansehen. Ab der 7. Klasse hat die Wirtschaftsschule auch wieder ihre Kernkompetenzen: Berufsorientierung. Den Weg hin zum Beruf zu begleiten, das ist die Stärke der Wirtschaftsschule.

Wir brauchen aber schon eine baldige Entscheidung der Staatsregierung, weil uns die Zeit schon ein bisschen davonläuft. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Zum Antrag der FDP werden wir uns allerdings enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schwamberger. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich darf auch noch die zu diesem Tagesordnungspunkt beantragte namentliche Abstimmung ankündigen. Herr Gotthardt, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Verehrter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! – Kollege Fischbach, ich schätze Sie ja persönlich unglaublich; das wissen Sie. Ich bin auch ein großer Freund der Wirtschaftsschulen. Wir haben uns auch schon gemeinsam viele Gedanken gemacht, wie man die Wirtschaftsschulen stärken kann. Allerdings habe ich bei Ihrem vorgelegten Antrag immer einen kleinen neuen Spitznamen für Sie auf den Lippen; ich habe es auch schon einmal im Ausschuss gesagt: Matthias "Magic" Fischbach, der Zauberlehrling des Bayerischen Landtags, der versucht, in drei Zeilen und einem Satz ein Schulsystem auf komplett neue Beine zu stellen.

Das geht halt einfach nicht, weil die Wirtschaftsschule an sich ein sehr komplexes System ist, das es wert ist, wirklich mehr zu opfern als drei Zeilen und einen Satz. Das ist ein System von 1862, made in Bavaria; seitdem funktioniert es und ist ein Erfolgsmodell, weil es eine innovative Schulart ist, die wir natürlich allesamt – ich schaue zum Kollegen Waschler – weiterentwickeln und stärken wollen, weil sie ihren festen Platz als berufsbildende Schule im bayerischen Schulsystem hat. Ich möchte nicht wie Frau Kollegin Schwamberger einen Abgesang auf die Schulart anstimmen und "Amen" sagen. Nein, auf geht's! Lasst uns etwas tun, aber lasst es uns mit Bedacht tun. Das geht eben nicht in einem Satz.

Wir haben jetzt juristische Realitäten, wonach private Wirtschaftsschulen in Bayern – so hat es das Gericht entschieden – eine genehmigte 5. Klasse einführen können. Ich habe aus Verbandskreisen gehört, dass es unter den 70 Schulen aktuell fünf bis sechs gibt, die eine 5. Klasse planen. Das ist wunderbar. Wir werden das positiv und auch wissenschaftlich begleiten und unterstützen. Damit sind die Schulen, die das haben wollen, auch fein raus. Wir werden uns weiterhin darüber Gedanken machen, wie wir die Schule weiterentwickeln können.

Das große Potenzial der Wirtschaftsschule steckt darin, ihr kaufmännisches Profil noch mehr als bisher zu stärken, zu schärfen und damit auch gegenüber anderen Schularten abzugrenzen, die sich jetzt zum Teil bedrängt fühlen, wie zum Beispiel die Mittel- und Realschulen. Wir müssen die Wirtschaftsschule grundsätzlich aus diesem Spannungsfeld mit der Mittelschule herausnehmen. Jede hat ihren Platz im

System. Das kann auch funktionieren. Wir können das positiv weiterentwickeln, ohne uns an diesem Punkt der 5. Klassen zu verbeißen.

Das heißt nicht, dass ich mich der Debatte, wie es weitergehen kann, verweigere, aber wir haben jetzt das große Problem der 5. Klassen an privaten Schulen quasi juristisch gelöst. Private Schulen können das machen; wer es will, kann es tun. Wir werden uns das sehr genau anschauen und gemeinsam das Beste herausholen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam die bayerische Erfolgsgeschichte, das bayerische Erfolgsmodell der Wirtschaftsschule fortschreiben und eine gute Zukunft entwickeln werden, auch wenn wir keinen Modellversuch in drei Zeilen und nach einem Zauberspruch vom Kollegen Fischbach machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Bayerbach für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. Kolleginnen und Kollegen! – Dieser FDP-Antrag ist derart eindimensional und lobbyistisch, ganz nach dem Motto: Sag mir, mit wem Herr Fischbach am Vormittag geredet hat, und ich sage dir, welchen Antrag er am Nachmittag schreibt. – Herr Fischbach, das passt nicht so einfach in unser Bildungssystem, und das ist auch für unsere Schüler nicht passend.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Natürlich sind die Wirtschaftsschulen eine hervorragende Möglichkeit beruflicher Fachschulen. Die Einstiegsmöglichkeit ins Berufsleben ist herausragend; darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Nicht umsonst wurde zur Unterstützung dieser Schulart die 6. Klasse ermöglicht. Aber statt hier nur die Lobbyarbeit im Blick zu haben, sollte man auch einmal die Auswirkungen auf die Schüler betrachten. Unseren Schülern schadet eine längere Zeit an einer allgemeinbildenden Schule wirklich nicht. Sie verschärfen mit dem Ganzen die Übertrittswelle nach der 4. Klasse noch ganz gewaltig.

Vergessen Sie bitte nicht, dass die Wirtschaftsschule in direkte Konkurrenz mit Realschulen kommt. Sie haben vorhin von Vielfalt geredet. Die Realschule bietet durchaus mehr Möglichkeiten als eine Wirtschaftsschule. Welcher Zehnjährige ist denn schon so auf seinen beruflichen Werdegang fixiert, dass er wirklich sagen kann, was sein Ding ist? Viele werden eher in die Realschule gehen und dann irgendwann später entscheiden können, welchen Zweig sie wählen. Sie erweisen damit den Wirtschaftsschulen einen Bärendienst!

Vielfalt und Entscheidungsfähigkeit heißt auch, verschiedene Möglichkeiten des Übertritts zu schaffen. Nicht jeder ist in der Entwicklung nach der 4. Klasse so weit. Ginge es nach mir, dann wäre es mir von Schülerseite sogar lieber, erst in der 7. überzutreten, weil manche einfach Spätzünder und Spätentwickler sind. Aber man hat diesen Kompromiss geschlossen, um diese Klasse Schulart zu schützen. Mit diesem Schritt nach vorne werden Sie vielen Schülern nicht gerecht. Damit erreichen Sie auf jeden Fall eine Kannibalisierung der Mittelschule. Das kann nicht der Sinn sein; denn die Mittelschule und eine spätere Übertrittsmöglichkeit sind für mich sehr schützenswert. Hier sollten wir wirklich aufpassen.

Wie gesagt: Die Wirtschaftsschulen haben ein schweres Los, aber ich bin auch der Meinung, dass bei den Wirtschaftsschulen noch mehr gehen müsste, indem man offensiver auf Schüler zugeht, sie mehr bewirbt und vonseiten des Staats einfach einmal ein bisschen Rücksicht nimmt, über Klassenstärken großzügig hinwegsieht und damit den Schulen hilft, wenn es nicht klappt – genau so, wie man es in Coro-

na-Zeiten gemacht hat. Aber Mittelschulen sollten sich im Wirtschaftssystem auskennen und in der Lage sein, kreative Lösungen zu finden. Sonst sind wie wahrscheinlich sowieso eine Themaverfehlung.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Margit Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! So einfach, lieber Kollege von den FREIEN WÄHLERN, ungefähr nach dem Motto: "Auf geht's! Das machen wir schon! Dann kriegen wir die Wirtschaftsschulen wieder flott.", ist es nicht. Wer die Entwicklung verfolgt, der hat gemerkt, dass sich dieses doch erfolgreiche Modell in den vergangenen Jahren sehr stark verändert hat, dass die Zahlen ganz einfach zurückgegangen sind und dass die Wirtschaftsschulen schon auch um ihr Überleben kämpfen. Zahlreiche Gespräche, die wir Bildungspolitikern an den Schulen geführt haben, haben uns eindrücklich gezeigt, wie die Situation im Augenblick ist.

Ich bin lange genug im Bildungsausschuss und bekomme die Versuche mit, die Wirtschaftsschulen zu stärken und zu retten. Es gab natürlich auch diese Gerichtsentscheidung; die Wirtschaftsschule wurde dann ab der 6. Jahrgangsstufe angeboten. Selbst diese Lösung hat nicht dazu geführt, dass die Schulen satte, gute Schülerzahlen bekommen hätten.

Man muss sich dann halt schon die Frage stellen, ob ein Modellversuch ab der 5. Klasse wirklich das Richtige ist. – Ich sage: Man kann in der logischen Konsequenz und aus Sicht der FDP schon sagen, dass das richtig sein mag. Aus meiner Sicht ist es, ehrlich gesagt, nicht richtig, weil wir dann eigentlich eine weitere Schulart eröffnen.

Die Wirtschaftsschule ist für mich keine allgemeinbildende Schule, sondern eindeutig eine berufsvorbereitende Schule mit einem ganz klaren Fokus darauf, ganz einfach kaufmännische Nachwuchskräfte zu generieren. Ich finde, diese Einstufung ist auch richtig.

Wir als SPD haben die Ausweitung der Wirtschaftsschule im Bildungsausschuss schon immer kritisch gesehen. Jetzt auch noch ab der 5. Klasse! Wir sehen dafür wirklich keine Notwendigkeit, vor allem deshalb, weil sie – ich wiederhole mich – einen berufsvorbereitenden und keinen allgemeinbildenden Charakter hat.

In unseren Augen ist die Wirtschaftsschule in späteren Jahrgangsstufen eine gute Ergänzung. Sie ist aber auf gar keinen Fall eine Schulart, die wir ab der 5. Jahrgangsstufe angeboten haben wollen.

Jetzt noch eins – ich glaube, die Kollegin von der CSU hat es angesprochen: Was haben wir vor Jahren dafür gekämpft, unsere Mittelschulen zu stärken! Statt Hauptschule haben wir sie Mittelschule genannt. Wir haben dann drei verschiedene Zweige eingerichtet, weil wir diese guten Schulen – ich argumentiere jetzt aus der Sicht der Dreigliedrigkeit –, weil wir unsere Mittelschulen natürlich auch stärken wollten. Das ist so richtig und ganz wichtig.

Für mich kommt dann natürlich auch noch dazu, was die Kollegin von den GRÜNEN ganz deutlich angesprochen hat: Man muss sich auch mal anschauen, in welchem Alter die Kinder sind. Wenn sie neun oder zehn Jahre alt sind, geht es um den Wechsel: Realschule oder Gymnasium? Jetzt soll noch weiterer Druck auf diese jungen Menschen aufgebaut werden, weiterer Selektionsdruck. Wir sprechen nicht ohne Grund immer vom dem Grundschulabitur. Ich finde, das ist für junge

Menschen im Alter von neun oder zehn Jahren ein wahnsinniger Stress; es ist Stress pur. Auch jetzt ist es wieder so. Machen wir uns da doch nichts vor.

Lieber Kollege von der FDP, wir halten es, ehrlich gesagt, für absolut kontraproduktiv und auch hinsichtlich der Interessen und der Reife der Kinder nicht für angemessen, jetzt noch eine weitere Selektionsstufe einzuziehen. Wir stimmen daher wie auch schon im Bildungsausschuss gegen den Antrag. Ich glaube, dass das wirklich nicht zur langfristigen Rettung dieser Schulen beitragen kann. Man muss sich da wirklich etwas anderes überlegen. Ich gebe der Kollegin von den GRÜNEN da absolut recht: Man muss dieses ganze System wirklich insgesamt in Frage stellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank.

Margit Wild (SPD): Ist diese Aufteilung der Schülerinnen und Schüler denn noch gut? Sollte man nicht einfach mehr Gemeinsamkeit und insgesamt mehr inklusive Schulsysteme entwickeln? – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Wild. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Da die 15 Minuten, die nach Ankündigung der namentlichen Abstimmung benötigt werden, noch nicht um sind, werden wir die Abstimmung im Anschluss an TOP 8 durchführen.

Diesen **Tagesordnungspunkt 8** rufe ich jetzt auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz
unterstützen (Drs. 18/19491)**

Ich rufe in Erinnerung, dass auch hier namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die Aussprache. Gesamtredzeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Versorgungssicherheit bei der Energie war heute Nachmittag bereits ein zentrales Thema. Wir haben heute aus aktuellem Anlass einen Antrag hochgezogen; wir brauchen ein robustes Netz. Wir brauchen ein redundantes Stromnetz, das nicht bei jeder Gelegenheit ausfällt. Hier ist eben der Ausbau des Übertragungsnetzes von ganz zentraler Bedeutung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landtag soll deshalb – so unser Antrag – die Bayern betreffenden Ausbaupläne des aktuellen Bundesbedarfsplangesetzes als wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Netzstabilität begrüßen. Besonders wichtig ist hier der zügige Fortgang der Projekte SuedLink, SuedOstLink, der Juraleitung und des Ostbayernrings. Ich kann hier noch mal kurz in Erinnerung rufen, dass das Bundesbedarfsplangesetz wiederholt bestätigt wurde – das letzte Mal im Bundestag im Januar 2021 mit den Stimmen auch der CSU.

Versorgungssicherheit ist zentral. Wir alle wissen derzeit nicht, wie sich die nächsten Monate entwickeln werden. Umso dramatischer ist es deshalb, wenn wir Milliarden – es sind tatsächlich Milliarden – an Kilowattstunden an erneuerbarer Energie wegwerfen. Momentan tun wir das nämlich, weil wir es nicht schaffen, den sauber produzierten Windstrom aus dem Norden in das energiehungrige Bayern, in den

Süden zu bekommen. Jahr für Jahr werfen wir 6,5 Terawattstunden weg. Ministerpräsident Söder hat das heute in Haushalte umgerechnet. Das sind 350.000 Haushalte, die wir in Deutschland mit sauberem Strom versorgen könnten. Das funktioniert aber nicht, weil die Stromleitungen nicht da sind und das Ganze aberegelt, weggeworfen werden muss. Das kann so nicht mehr weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es die CSU und die FREIEN WÄHLER selbst in einer Krisensituation nicht schaffen, endlich zu sagen, wir stehen zur Windkraft, wir beerdigen 10 H, ist nicht zu begreifen. Ich kann auch die Ausführungen von Ministerpräsident Söder von heute Nachmittag nicht begreifen. Darin waren so viele falsche Behauptungen enthalten.

Kurzer Schwenk: Zum Ersten wurde gesagt, Baden-Württemberg sei beim Windkraftausbau nicht arg viel schlechter als Bayern. – Das ist falsch. Baden-Württemberg hat 134 Anlagen im Genehmigungsverfahren, Bayern nur 21; das ist auf die Fläche bezogen die 13-fache Menge.

Zum Zweiten wurde gesagt, 10 H sei eine Form der Bürgerbeteiligung. – Ja, wenn kein Windrad mehr gebaut wird, dann ist auch die Bürgerbeteiligung bei null. Da könnten Sie mal nachrechnen, liebe CSUler und FREIE WÄHLER.

Es wurde gesagt, eine Milliarde würde in den Klimaschutz investiert. – Das sind gerade einmal 600 Millionen Euro, weil 400 Millionen Euro für den Wasserstoff erst ab 2024 bereitstehen sollen.

Es wurde gesagt, das Potenzial bei der Wasserkraft sei groß. – Das ist auch falsch. Bei dem Klimawandel können wir froh sein, wenn wir die 11 Terawattstunden halten können.

Es wurde gesagt, wir hätten bereits eine Solarpflicht. – Das ist auch falsch. Der Entwurf dazu liegt seit November in der Schublade des Umweltministers; dort liegt er schon ewig lang. In Bayern gibt es also auch noch keine Solarpflicht.

Es wurde gesagt, Geothermie würde es nur im Süden geben. – Herr Ministerpräsident, auch das ist falsch. Die Geothermie gibt es auch im Norden; sie ist nur nicht erkundet.

Es wurde gesagt, AKWs könne man einfach so weiterlaufen lassen. – Das ist ebenfalls falsch. Der Streckbetrieb geht maximal 80 Tage usw. usf.

Sie sehen also, da bleibt nicht allzu viel übrig. Man muss da schon sagen: Es ist kein Wunder, dass wir in Bayern bei der Energiepolitik da stehen, wo wir stehen, weil sowohl der Ministerpräsident als auch seine Ministerriege im Bereich Energiepolitik kaum oder keine Kompetenz haben. Da ist bei der Staatsregierung wirklich Fehlanzeige. Es wird allerhöchste Zeit, dass wir das ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selber kann die Staatsregierung also nicht auf die erneuerbaren Energien setzen. Aber dann müssen Sie sich wenigstens helfen lassen. Das Stichwort "helfen lassen" würde zum Beispiel Stromleitungen bedeuten. Aber auch hier hat Ministerpräsident Seehofer es geschafft, den ganzen Prozess um vier Jahre zu verzögern. Wir hätten die HGÜ-Leitungen; 2022 sollten die fertig sein.

Was zum Beispiel den Wasserstoff betrifft, wäre es so, dass wir sagen: Wir brauchen diese Übertragungsleitungen für die Elektrolyseure, weil es sonst keinen Saft für die Herstellung von Wasserstoff gibt. – Wann wir die Söder-Pipeline aus der

Golfregion bekommen, ist ungewiss. Sehr geehrte Damen und Herren, das werden wenige von uns, die hier drinsitzen, noch erwarten können. Da müssen wir länger warten als bis halb zehn am Abend. Das werden wir wahrscheinlich alle nicht mehr erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Grundsatzdebatten wie heute auch bei der Regierungserklärung sind immer alle für Versorgungssicherheit, für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das hat sich selbst unser Ministerpräsident heute abgerungen. Aber wenn es dann konkret wird, wenn die Windkraftanlage dann gebaut werden soll, wenn die Stromleitung gebaut werden soll, dann wird gekniffen, dann heißt es oft: Wir sind dagegen. – Das ist genau der Grund, warum wir heute unseren Antrag hochgezogen haben. Im Ausschuss – ich schaue gerade den Kollegen Nussel an – haben vier Vertreter der CSU dagegen gestimmt, gegen diesen einfachen Antrag, der eigentlich nur das wiederholt, was die CSU im Bundestag schon mehrfach beschlossen hat, der genau das wiederholt, was im Bundesbedarfsplangesetz drinsteht. Die CSU hat dagegen gestimmt. Der Kollege Pschierer hat sich als einziger enthalten, weil er sich gedacht hat: Ich war doch mal Wirtschaftsminister in Bayern, da könnte es vielleicht richtig sein, dass man die eine oder andere Stromleitung braucht. Er hat sich noch erinnert. Die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN haben auch dagegen gestimmt. Ich bin mal gespannt, wie Sie sich heute Abend hier verhalten, wie Sie abstimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir GRÜNE sind der festen Überzeugung: Wir brauchen endlich ein klares Signal für den Ausbau unseres Stromübertragungsnetzes – für mehr Versorgungssicherheit, für mehr Netzstabilität und für mehr Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Stümpfig. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Prof. Dr. Ingo Hahn, AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, Sie haben hier wiederholt von Windkraft als einer sauberen Energie gesprochen. Das Gegenteil ist natürlich der Fall. Sie unterliegen hier dem Irrtum einer Greenwashing-Kampagne. Die Windkraft ist sicherlich nicht sauber, sondern eher dreckig. Ich nenne Ihnen auch die Gründe dafür: Es geht hier um gewaltige Ressourcen, die dafür aufgebracht werden müssen: Stahl, die Betonfundamente. Dann wissen wir um die Schäden in den Wäldern. Sie sind wahrscheinlich der erste Forstwirt, der gerne Wälder abrodet, um dort Windräder reinzusetzen. Dann geht es auch um Hunderttausende Vögel und Fledermäuse und Millionen von Insekten. Und es geht um das Endlager für diese Verbundstoffe, das noch keineswegs gesichert ist. Man weiß gar nicht, wohin damit.

(Zuruf)

Das heißt, es ist keine saubere Energie, es ist eine dreckige Energie. Deshalb meine Frage: Wie kommen Sie dazu, dass man wegen dieser dreckigen Energie auch noch Landschaften mit Ihrem SuedOstLink modifizieren und abrodern soll? Wenn Sie mir das einmal erklären würden.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Hahn, Sie nutzen jede Möglichkeit für Hochzieher. Wir haben in einer Viertelstunde Ihren erneuten Hochzieher. Von meiner Seite gibt es zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode einen Hochzieher. Das

macht man relativ selten, nämlich dann, wenn man ein wirklich wichtiges Thema hat. Wir werden diese Fragen, die Sie jetzt zum wiederholten Male stellen, in einer halben Stunde diskutieren. Dann können wir darauf eingehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Martin Mittag das Wort.

Martin Mittag (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stümpfig, es hat sich schon an Ihren Ausführungen gezeigt, dass es überhaupt nicht darum geht, den Antrag oder dessen Inhalt wirklich voranzubringen, sondern um das, was Sie auch im Wirtschaftsausschuss schon angekündigt haben. Sie haben nämlich angekündigt, dass der Antrag hochgezogen wird und dass er namentlich abgestimmt wird, um – jetzt muss man sich festhalten – den Abgeordneten und Politikerinnen und Politikern, die sich draußen vor Ort an Stromtrassendiskussionen beteiligen, mehr oder weniger das Messer auf die Brust zu setzen für Maßnahmen – das ist der eigentliche Grund, warum der Antrag überhaupt keinen Sinn macht, und der Hochzieher noch viel weniger –, die beschlossen sind, die sich auf Bundesebene in der Umsetzung befinden.

Leider – und das tun Sie sehr oft nicht – interessieren Sie sich nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben natürlich gewisse Überlegungen, wenn so eine Trasse kommt, die möglicherweise sehr nah am Haus vorbeiführt, ähnlich wie ein Windrad, wenn Ihrem Wunsch entsprechend 10 H aufgelöst ist. Sie haben mehr über 10 H als über die Stromleitungen gesprochen, um die es im Antrag gehen soll. Wenn das plötzlich vor der eigenen Haustür stehen soll, ist es sehr verständlich, dass man sich darüber Gedanken macht. Dass sich auch die Politik sich mit diesen Ängsten oder Sorgen auseinandersetzt, ist richtig und selbstverständlich.

Das interessiert Sie gar nicht. Das interessiert Sie überhaupt nicht, weil Ihre Ideologie heißt: Wir schaffen 10 H ab, Windräder vor jeder Haustür, und dabei ist uns völlig wurscht, was der Bürger denkt und wie es den Bürger betrifft. – Da nenne ich jetzt nicht die AfD mit irgendwelchen Vögeln oder sonstigen Geschichten. Das ist eigentlich auch Ihr Thema als "die" Naturschützer, die "einzig wahren" Naturschützer und Artenschützer. Aber es geht Ihnen eben nicht darum, dass es den Bürger und die Bürgerin vielleicht betrifft.

Das ist ein Begrüßungsantrag, der noch weniger ist als ein Schaufensterantrag, der nur Druck auf Kolleginnen und Kollegen ausüben soll, die vielleicht bei sich vor der Haustür betroffen sind von Überlegungen, Nöten und Unsicherheiten, was einen Trassenbau angeht, über den man reden muss. Keiner der Kollegen hat gesagt: Wir sind gegen den Trassenbau. – Auch im Wirtschaftsausschuss hat kein CSU-Kollege und keine CSU-Kollegin zum Thema Ausbau gesagt, wir wollen keine Stromtrassen. Das stellen Sie so hin. Aber das ist nicht der Fakt. Fakt ist, dass man darüber diskutieren muss.

(Zuruf)

– Bleiben Sie doch ruhig. Sie können Zwischenbemerkungen machen. Aber Kollege Stümpfig war Ihnen voraus, da müssen Sie bitte warten. Er spricht ja für Sie. – Hier den großen Zampano zu machen, wenn das auf Bundesebene schon läuft, halte ich für völlig falsch. Deswegen empfehle ich dem Hohen Haus Ablehnung des Antrags. Das läuft schon. Sie haben es gesagt: Auch da war die CSU im Bund beteiligt. Die Maßnahmen sind am Laufen. Jetzt hier unnötig Unruhe reinzubringen, passt ein bisschen zum heutigen Tag. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Mittag, der Antrag besteht aus zwei Sätzen. Der erste Satz lautet, dass man die Ausbaupläne zum Bundesbedarfsplangesetz begrüßt. Im zweiten Satz sind die vier großen Projekte genannt. Wenn Sie heute sagen, Sie lehnen das ab, dann treten Sie mit Füßen, was Ihre eigene Fraktion in Berlin beschlossen hat. Sie treten mit Füßen, dass man endlich einmal sagt, die Politik muss mit einer Stimme sprechen. Wir alle wissen, das wird nicht einfach werden; wir haben eine Transformation vor uns; wir müssen weg von dieser Abhängigkeit von Russland. Das haben wir heute doch die ganze Zeit diskutiert. Es wird voll in Richtung Elektrifizierung gehen. Wir wissen, es ist notwendig. Das wissen Sie hoffentlich auch. Da müssen wir doch jetzt zusammenstehen und klare Kante zeigen. Und dann dieses Spielchen, das Sie hier machen! Das sind zwei einfache Sätze. Da irgendetwas hineinzudeuteln, ist der größte Witz. Das wird draußen niemand verstehen. Das wird die bayerische Wirtschaft auf gar keinen Fall verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Mittag (CSU): Habe ich das Wort?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte sehr, Herr Mittag.

Martin Mittag (CSU): Ich habe es schon ausgeführt, Kollege Stümpfig, aber ich wiederhole es gerne für Sie. Keiner hat sich gegen den Stromtrassenausbau ausgesprochen. Keiner. Erster Fakt.

Zweiter Fakt. Wir sind wahrscheinlich viel mehr im Austausch mit der Wirtschaft, als Sie es jemals sein werden, und das ist auch gut so.

(Zuruf)

Drittens. Noch einmal: Da ist nur Ihre Ankündigung, um was es Ihnen heute geht. Das ist ein Antrag zur Begrüßung von laufenden Maßnahmen. Alles, was Sie da reingeschrieben haben, läuft. Sie brauchen das nicht zu begrüßen. Das brauchen Sie nicht. Und deswegen tun wir es auch nicht, um Ihnen nicht den Gefallen zu tun.

Ihre Aussagen, die Wirtschaft wird es der CSU böse vorwerfen – das glaube ich nicht, weil wir mit der Wirtschaft reden. Die Wirtschaft weiß, dass wir diesen Ausbau wollen und brauchen.

(Zuruf)

Das sagen wir der Wirtschaft auch. Da müssen Sie keine Sorge haben.

(Zuruf)

Sie können jetzt versuchen, mit einer namentlichen Abstimmung Druck auf Abgeordnete aufzubauen. Bei mir werden Sie es nicht schaffen und ich hoffe, bei der Mehrheit im Hohen Haus auch nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Mannes das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stümpfig, es ist eine Unverschämtheit, dass die GRÜNEN trotz der gegenwärtigen Krisen dem Parlament mit belanglosen Anträgen die Zeit stehlen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Doch, das ist genau so!

(Beifall bei der AfD)

Sie fordern den Landtag auf, ein Problem zu begrüßen – zu begrüßen! –, das durch Ihre ökosozialistische Ideologie erst in die Welt gesetzt wurde, und zwar konkret beim Stromtrassenbau.

Diese gigantischen Übertragungstrassen wurden erforderlich, weil alle Kartellparteien bei den grundlastfähigen Kraftwerken in Süddeutschland einen Kahlschlag angerichtet haben. Das ist Fakt. In Bayern fehlen 4,5 Gigawatt Leistung. Das stimmt wiederum, da haben Sie recht. Die GRÜNEN haben den Feldzug gegen die konventionelle Energieerzeugung angeführt. Der Freistaat muss nun Strom aus norddeutschen Windkraftanlagen beziehen, damit die Lichter hier nicht ausgehen. Das ist leider so.

Wenn wir das so machen, wie Sie das wollen, ist die Energieversorgung über die Trassen aber riskant und nicht grundlastfähig. Das sollten Sie sich einmal merken. Es sprechen also wirtschaftliche und technische Argumente gegen diese planwirtschaftlich erzwungene Transformation des Energiesystems, das Sie hier immer anführen. Den Preis für diese unsoziale Politik – und sie ist unsozial – müssen die Verbraucher jetzt mit den explodierenden Strom- und Heizkosten und den stark gestiegenen Netzentgelten bezahlen.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, davon mal ganz abgesehen fragt sich: Welchen Sinn hat dieser Antrag von Ihnen? Ich komme einfach nicht drauf. Sie verschwenden wirklich die Zeit des Parlaments für eine Debatte, um etwas, was auf Bundesebene längst beschlossen wurde, zu begrüßen. Das hat doch gar keinen Sinn. Das ist doch völlig lächerlich.

Das Bundesbedarfsplangesetz ist seit dem Jahr 2013 in Kraft. Das braucht jetzt keine Beweihräucherung durch Ihren Antrag. Wir als Abgeordnete sollten uns in der aktuellen Lage nicht mit belanglosen Floskeln herumschlagen, wie Sie das hier machen. Während wir hier die Debatte führen, stehen bundesweit Hunderttausende verzweifelte Berufspendler an den Zapfsäulen und wissen nicht, wie sie die Spritpreise bezahlen sollen. Darüber hätten Sie mal sprechen sollen! Millionen Geringverdiener sitzen gerade vor ihrer Stromrechnung und überlegen sich, ob sie in diesem Jahr lieber beim Essen oder bei der Heizung sparen sollen. Das ist auch Fakt. Kurz gesagt: Sie als Mandatsträger sollten den Elfenbeinturm endlich verlassen und schleunigst wirksame Instrumente zur Entlastung der Bevölkerung finden. Darüber haben wir heute Mittag schon gesprochen.

Dazu gehört vor allem, dass Sie endlich aufhören, funktionierende Kraftwerke von Milliardenwert einfach stillzulegen und abzureißen. Die gegenwärtige Energiekrise hat gezeigt, dass wir auf unsere konventionellen Kraftwerksparks angewiesen sind. Das sollten auch Sie als verblendete Ideologen endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Sie sind Geisterfahrer. Kehren Sie doch endlich um! Wir brauchen eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, und wir brauchen auch zum Teil eine konventionelle Energieerzeugung.

(Widerspruch)

– Doch! – Natürlich sind der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur wichtig. Darin gebe ich Ihnen recht. Aber: Eines ist bei diesen Infrastrukturprojekten schon wichtig: Die Bürgerbeteiligung der betroffenen Menschen vor Ort dürfen Sie doch nicht aushebeln. Alle Betroffenen müssen einbezogen werden. Niemand darf oder sollte persönliche Nachteile erleiden müssen, wenn die Stromtrasse an seinem Haus vorbeigeführt wird. Oder es müssen entsprechende Entschädigungen gezahlt werden. Herr Stümpfig, es ist schon traurig, dass sich die GRÜNEN in ihrem Antrag indirekt über den Widerstand der Anwohner im Trassengebiet, sage ich mal, beschweren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Mannes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): Also, letzter Satz: Ihr Antrag ist überflüssig, inhaltsfrei und wird daher von uns abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Verbraucher und Wirtschaft ächzen derzeit unter den enorm hohen Energiepreisen. Abhilfe soll unter anderem der ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen – das heißt: noch mehr Windräder, noch mehr PV-Anlagen und Ähnliches.

Doch der gewonnene Strom muss natürlich auch transportiert werden, und zwar dorthin, wo er gebraucht oder gespeichert werden kann. Wir wissen aber aus der Praxis, dass sich dort, wo Trassen geplant sind, auch meist sofort herber Widerstand regt. Prekär ist die Situation nicht nur in der Oberpfalz oder im nördlichen Franken, in meinem eigenen Stimmkreis, wo aktuell massiv gegen die Trassen geklagt wird.

Unsere Heimat wird durch den Bau der Stromtrassen übermäßig strapaziert; er sei überdimensioniert, überflüssig und schädlich – das sagen die Trassengegner. Meine Damen und Herren, das sind Sorgen der Menschen vor Ort, die die Politik aber nicht ignorieren darf. Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger hat für uns Priorität, hingegen nicht Ihre grüne Ideologie. Natürlich geraten wichtige Stromautobahnen so immer weiter in Verzug. Es stellt sich für uns die Frage: Wie lässt sich dieser Knoten lösen? Sind die Trassen entbehrlich, oder sind sie alternativlos?

Die mit der Energiewende einhergehenden Veränderungen der Stromversorgung erfordern grundsätzlich eine Anpassung der Übertragungsnetze. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Wir FREIEN WÄHLER sind auch nicht grundsätzlich Gegner von Stromtrassen, aber wir prüfen durchaus sorgsam jeden Leitungsbau, ob er denn notwendig oder überflüssig ist, ob er die Umwelt, die Natur, die Menschen vor Ort und nicht zuletzt auch die Steuerzahler belastet.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass die Versorgungssicherheit auch durch ein dezentrales System aufrechterhalten werden kann. Der regionale Ausbau der erneuerbaren Energien würde künftig Stromtrassen mehr und mehr überflüssig machen. Bayern setzt Akzente bei Energie aus Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie, bei der Windkraft natürlich mit der Evaluierung der 10-H-Regelung, einer ambitionierten Wasserstoffstrategie sowie dem Ausbau der Wasserstoffnetze.

Ich nenne hier als Paradebeispiel einmal den "WUNsiedler Weg". Meine Damen und Herren, das ist ein Modellprojekt, das in Oberfranken durch einen komplementären Mix aus erneuerbaren Energien Lösungsvarianten aufzeigt und somit auch die Wertschöpfung vor Ort gewährleistet.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Stümpfig, ich teile durchaus einige Passagen im vorliegenden Antrag. Natürlich dient der Ausbau der Netze der Versorgungssicherheit und der Netzstabilität. Was dann aber folgt, ist leider wieder einmal ein reiner Schaufensterantrag. Sie fordern, den Übertragungsnetzausbau nach dem Bundesbedarfsplangesetz zu begrüßen und zu unterstützen. Sie wissen doch ganz genau – das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass die Planung der Trassen allein in der Verantwortung und in der Hand der Bundesregierung liegt. Das ist längst beschlossene Sache. Diese Ausbauplanung steht schlichtweg, und zwar unbeeindruckt davon, wie die FREIEN WÄHLER das in Bayern sehen, bewerten, wie sie irgendwie versuchen einzuwirken oder sich einbringen. Meine Damen und Herren, allein durch die im Bundesbedarfsplangesetz enthaltenen und sich in der Umsetzung befindlichen Ausbau- und Ertüchtigungsmaßnahmen haben sich die Forderungen in Ihrem Antrag doch schon erledigt.

Ich frage mich, warum Sie, die GRÜNEN, Ihre Unterstützungsanfrage eigentlich nicht direkt an Ihren eigenen Klimaminister richten. Sie müssten damit doch nicht den ganzen Bayerischen Landtag hier beschäftigen. Wenden Sie sich an Berlin!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, bin ich auch sehr erstaunt, dass viele Ihrer eigenen Mitglieder vor Ort selbst gegen die Trassen protestieren. Das sollten Sie bitte nicht uns sagen oder uns anlasten, sondern Sie sollten erst einmal vor der eigenen Tür kehren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich stelle auch noch fest, dass der Einsatz für Regionalität und Dezentralität bei den GRÜNEN extrem nachgelassen hat. Genau darauf kommt es uns aber an, nämlich auf dezentrale, regionale Energieerzeugung, Verteilung und Versorgung.

Abschließend fasse ich die Position der FREIEN WÄHLER noch kurz zusammen: Den geplanten Trassenausbau wollen und werden wir nicht komplett verhindern können; denn die Maßnahmen für aktuell notwendige Netzausbauprojekte sind auf Bundesebene beschlossen und in der Umsetzung. Die Zukunft sind für uns intelligente Netze statt eines überdimensionierten unnötigen Trassenausbaus. Unser Ansatz ist, bestehende Stromnetze bedarfsgerecht zu optimieren, zu minimieren und den Ausbaubedarf durch dezentrale Energiepolitik moderat zu halten und zu senken. Unsere Maxime lautet: So viel Netzausbau wie nötig, so wenig wie möglich. Ihr Antrag geht an unseren Vorstellungen vorbei. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig vor.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, Sie haben gesagt, Sie werden es nicht verhindern können. Okay, das ist offenbar Ihre Haltung, aber wir diskutieren momentan darüber, uns unabhängig zu machen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Wir wollen und müssen auch schneller werden. Die Leitungen werden kommen. Dies ist ein Fakt. Aber die Leitungen kämen schneller, wenn wir uns als Vertreter der Politik in Bayern klar dazu bekennen würden. Hier ist Ihre Haltung

maximal schädlich. Wir hatten neulich erst wieder eine Petition, in der der Petent Herr Aiwanger zitiert hat, weil dieser ihn in seinem Protest gegen die Leitung unterstützt hat. Letzte Woche war in den "Nürnberger Nachrichten" ein Interview mit Herrn Kollegen Glauber, den ich sehr schätze, zu lesen, in dem er sich gegen den SuedOstLink ausspricht. Glauben Sie, wir werden einen Schritt vorankommen, wenn sich zwei Minister gegen den Leitungsbau aussprechen? Es geht darum, diesen ein wenig zu beschleunigen. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt.

Vielleicht noch kurz zum Schluss: Ich habe mir einmal den Spaß gemacht, all Ihre Begrüßungsanträge durchzunummerieren. Fast zwei Drittel Ihrer Dringlichkeitsanträge sind Begrüßungsanträge, von uns ist es der allererste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende. – Herr Kollege Ludwig, bitte.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie sich hier immer wieder zu Wort melden, aber leider auch heute vergeblich.

(Heiterkeit)

Es ergibt einfach keinen Sinn. Sie wollen oder können es nicht begreifen. Sie kommen immer wieder mit der gleichen Leier. Sie haben Ihre eigenen Anschauungen; diese sind festgefahren und starr. Ich betone noch einmal: Wir FREIEN WÄHLER in der Koalition haben unsere eigene Meinung zu den Trassen. Wir sind nicht gegen die Trassen. Ich wiederhole meinen Satzsatz:

(Zuruf)

So viel Netzausbau wie nötig, aber auch nur so wenig wie möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick könnte man tatsächlich meinen, es wäre ein Antrag der Regierungsfractionen; denn sie begrüßen in ihren Anträgen ständig irgendetwas, das die Staatsregierung tut. Auf den zweiten Blick sieht man allerdings: Es geht nicht um die Staatsregierung, sondern um die Bundesregierung und um den Bundestag. Dann wird klar, er kann nicht von CSU und FREIEN WÄHLERN kommen.

Worum geht es? – Der Landtag soll die Pläne, die im Bundesbedarfsplangesetz zum Stromtrassenausbau niedergelegt sind, begrüßen. Das heißt, die Fraktionen sollen sich klipp und klar zum notwendigen Netzausbau bekennen. Dahinter steht die Hoffnung, die auch ich teile, dass die ständigen Meinungswechsel einzelner Kollegen zwischen München und ihrem Stimmkreis reduziert werden. Man könnte natürlich einwenden, dies sei ein Schaufensterantrag. Ich sehe dies aber ausdrücklich nicht so.

Wie ist die Situation momentan? – Trotz steigender Effizienz wird der Stromverbrauch in den nächsten Jahren um 25 % bis 50 % steigen. Die Produktion grünen Wasserstoffes, die auch Strom erfordert, ist darin noch gar nicht eingerechnet. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns eindringlich, wir müssen schnellstens raus aus Öl und Gas. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss massiv beschleunigt werden. Da der Strom aber nicht wie eine Drohne von Ast zu Ast bzw. von Ort zu Ort

fliegt, braucht man dafür Übertragungsnetze. Alle Möglichkeiten zur Stromerzeugung und Stromverteilung müssen ausgeschöpft werden. Ich sage ausdrücklich: zentral und dezentral.

Lieber Herr Kollege Ludwig, wir haben nicht mehr die Zeit, zu nichts führende Diskussionen zu bestreiten, ob wir das eine oder das andere benötigen. Wir brauchen beides, zentral und dezentral.

(Beifall bei der SPD)

In all diesen Bereichen müssen wir gemeinsam tätig werden. Dazu gehört neben dem Ausbau der Windkraft auch ganz besonders ein klares Bekenntnis zum Stromnetzausbau. Ich meine dabei die Gleichstromtrassen, die Ersatzneubauten und die Verteilernetze. Hier gibt der Bundesbedarfsplan die Richtung vor. Es reicht eben nicht, im Bundesrat dafür zu sein und auf dem Weg über Niederbayern wieder zu vergessen, was man dort gesagt hat. Jeder muss als Abgeordneter eine Vorbildfunktion ausüben und auch vor Ort für die getroffenen Entscheidungen, von deren Richtigkeit wir überzeugt sind, einstehen. Stimmen Sie deshalb bitte alle diesem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz ehrlich: Ich mag Annette Karl. Sie bringt das immer so richtig schön und unaufgeregt auf den Punkt. Sie macht das richtig gut. Das muss ich wirklich sagen. Ich danke dafür.

(Beifall)

Der Ausbau der HGÜ-Leitungen beschäftigt uns schon ewig – seit 2015, habe ich heute noch einmal nachgelesen. Damals ging es aber darum, den Strom aus Braunkohle nach Bayern zu bringen. Das darf man nicht vergessen. Die Windkraft ist erst später hinzugekommen. Tatsache ist, dass wir die Leitungen einfach brauchen, so oder so, und zwar möglichst schnell und möglichst viele davon. Die Projekte SuedLink, SuedOstLink, Juraleitung und Ostbayernring würden das gesamte Netz entlasten.

Aber, Annette, eines ist klar: Wir brauchen nicht davon zu träumen, dass diese unregelmäßige Stromversorgung aus dem Norden, der Wind, uns versorgt. Wir können damit letzten Endes nur 7 % bis 8 % der gesamten Stromversorgung abdecken. In der Milchmädchenrechnung, wir kämen damit auf 40 %, sind Biogas, Photovoltaik, Geothermie und alles Mögliche schon eingerechnet. Der reine Wind bringt nicht so viel.

Wir müssen unbedingt etwas tun. Das Problem ist nur, dass alle Menschen vor Ort sagen: Ja, ich finde das auch wichtig, aber nicht in meinem Garten. – Das ist so. Schlimm ist, wenn die Politiker, die hier im Landtag sitzen, vor Ort eine andere Meinung vertreten, als sie hier zum Besten geben. Dazu gehören nicht nur die FREIEN WÄHLER, dazu gehören auch die GRÜNEN, die vor Ort auf einmal anderer Meinung sind. Herr Minister Aiwanger möchte mittlerweile lieber weltweit Kohle einkaufen. Ich weiß nicht, was das bringen soll, dann doch lieber die Leitungen. Es wäre schön, diese zu bekommen. Der SuedLink wird nach neuen Einschätzungen aber nicht vor 2028 fertig. Der SuedOstLink wird 2027 eventuell verbunden sein, jedoch gibt es hier noch einen mittleren Erwartungskorridor. Dies bedeutet, dass sich das Ganze deutlich verzögern könnte. Dann stünden wir richtig blöd da.

Wir brauchen diese Netze. Rainer Ludwig hat gerade gesagt: So viel wie nötig und nicht so viel wie möglich. Doch, ganz sicher müssen wir so viel wie möglich haben, weil wir niemals sicher sein können, dass uns jede dieser Leitungen versorgt. Außerdem dürfen wir nicht egoistisch sein. Wir brauchen hinterher ein Stromnetz, das ganz Europa kreuz und quer durchzieht, um immer Versorgungssicherheit zu haben, damit, wenn im letzten Dorf in Portugal der Strom ausfällt und der Strom in Brunsbüttel vorhanden ist, das Netz nicht zusammenbricht. Wir haben ein Verbundnetz. Wenn es irgendwo kracht, kracht es überall. Deswegen dürfen wir auf keinen Fall provinziell denken.

Die Stromnetze müssen kommen. Wir stimmen dem Antrag zu. Die bayerischen Abgeordneten müssen sich aber in der Kommune dafür einsetzen, dass die Menschen dies verstehen und auch annehmen, und dürfen nicht, weil ihnen einmal der Wind ins Gesicht bläst, im letzten Moment sagen: Na ja, ich werde mich im Landtag dafür einsetzen, dass es nicht so kommt. – Diesen Verrat dürfen wir nicht begehen! Wir unterstützen das. Der Bund hat das auf den Weg gebracht, aber jetzt muss es auch ganz, ganz dringend passieren, da wir sonst vor die Hunde gehen. Annette, du hast es gesagt: Der Anteil am Strom, der darüber kommt, wird nicht so groß sein, wie wir uns dies erhoffen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Damit das klar ist: Wir stimmen jetzt über Tagesordnungspunkt 8 ab, also über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen" auf Drucksache 18/19491. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Bitte nehmen Sie Ihr Abstimmungstool zu sich. Die Abstimmung beginnt jetzt und dauert drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21:50 bis 21:53 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? – Das scheint so zu sein. Damit ist der Abstimmungsvorgang beendet. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Nun gehe ich zu Tagesordnungspunkt 7 zurück. Hier ist ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt. Wir stimmen nun ab über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse" auf Drucksache 18/19291. Bitte nehmen Sie wieder Ihr Abstimmungsgerät zur Hand. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 21:53 bis 21:56 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? Das scheint so zu sein. – Damit ist der Abstimmungsvorgang beendet. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Nun komme ich zur Bekanntgabe des Ergebnisses zu Tagesordnungspunkt 8, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen" auf Drucksache 18/19491. Mit Ja haben 36 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 63 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen,
Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Keine weitere Aufweichung des Artenschutzes für den
Windkraftausbau!
10H-Regel erhalten! (Drs. 18/19678)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Als ersten Redner rufe ich Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Weckruf gegen die Industrialisierung unserer Landschaft hat mittlerweile breite Schichten unserer Gesellschaft erreicht. Mittlerweile gibt es 1.131 Verbände und Initiativen gegen den ideologisch forcierten Windkraftausbau in Deutschland. Für ihn steht eine aus Steuergeld hoch subventionierte Lobby aus Investoren und politischen Interessenvertretern, denen unsere ökologischen Lebensgrundlagen und unsere Versorgungssicherheit mit bezahlbarem Strom absolut egal sind. Auf der vernünftigen Seite stehen neben uns die führenden Vertreter des wahren Umweltschutzes, die in der Öffentlichkeit wie üblich als Einzelmeinung abgetan werden und im öffentlichen Diskurs geflissentlich ausgegrenzt werden. Beispiele dafür gibt es noch und nöcher. So hat etwa Dr. Wolfgang Epple in seinem Buch "Windkraftindustrie und Naturschutz" klar Position gegen die Windenergie bezogen. Herr Epple ist in Ihren grünen Kreisen übrigens kein Unbekannter, weil er hauptamtlich als Landesgeschäftsführer des Naturschutzbundes und später für das Niedersächsische Landesamt für Ökologie tätig war.

Haben Sie sich eigentlich schon einmal gefragt, wieso die ökologische Gesamtbilanz von Windenergieanlagen im politisch-medialen Diskurs nie Anklang findet? – Die meisten von den hier Anwesenden sitzen nämlich noch immer dem Greenwashing-Gedanken und der Kampagne von der sogenannten sauberen Energie auf. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren. Und weil wir gerade dabei sind, Mythen rund um die Windenergie zu entlarven: Man sieht ja, was aus der Energiewende geworden ist und was sie uns vor allen Dingen eingebrockt hat. Wir sind in der vollständigen Abhängigkeit gelandet. Das liegt an Ihrer grünen Agenda und daran, dass Sie, werte CSU hier vorn, all Ihre konservativen Werte über Bord geworfen haben und diesem links-grünen Zeitgeist hinterhergeschwommen sind und das leider noch immer tun.

Da hilft es auch nicht, dass sich der Herr Ministerpräsident Söder heute wieder einmal im Winde gedreht hat. Ja, er hat sich im Winde gedreht. Wenn man ihn so reden hört, ist es auf einmal gar kein Problem, die Kernenergie zu reaktivieren. Er bringt das hier locker ins Spiel, ganz so, als wäre es eine neue Idee. Die AfD predigt das in diesem Hohen Haus nunmehr seit Jahren, und Sie alle, meine Damen und Herren, ignorieren es. Aber Sie ignorieren nicht nur uns, Sie ignorieren auch die ganze übrige vernünftige Welt, die diese Geisterfahrt oder – wir haben es heute gehört –, wie es das "Wall Street Journal" kürzlich bezeichnet hat, die dümmste Energiepolitik der Welt eben nicht mitmacht. Und warum? – Weil wir unsere Natur mit Windrädern zerstören und dabei auch noch unsere Energiesicherheit opfern.

(Beifall bei der AfD)

10 H, meine Damen und Herren, ist besser als 5 H, aber wenn Sie mich fragen, dann sollten wir darüber diskutieren, aus 10 H 100 H zu machen.

(Vereinzelt Lachen)

Das würde die Staatsregierung endlich dazu bewegen, den Fokus auf einen Energiemix zu legen, der erstens unsere Natur bewahrt, zweitens die Energiesicherheit gewährleistet und drittens schließlich dem Bürger bezahlbaren Strom liefert. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Hahn. – Als nächster Redner wird Herr Kollege Alexander Flierl, CSU-Fraktion, aufgerufen.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch beim letzten Tagesordnungspunkt zeigt sich wieder einmal die übliche Masche, das übliche Vorgehen der AfD: platte Thesen aufstellen, überwiegend am Thema vorbeireden, fehlerhafte Verknüpfungen herstellen, wie immer auch ein bisschen unzulässig vermengen, so zum Beispiel 10 H und den Artenschutz. Das ist die Politik der AfD: Immer schön am Thema vorbei sprechen und nie konkret sagen, worum es in ihrem Antrag eigentlich geht.

Wenn wir Artenschutz und 10 H diskutieren, müssen wir auf die Fakten hinweisen. Die Auswirkungen auf Natur und Landschaft durch Windenergieanlagen, auch die Gefahr für kollisionsgefährdete Arten, werden doch selbstverständlich in den Genehmigungsverfahren umfassend geprüft.

Selbstverständlich – das ist wohl nicht zu leugnen – bedeutet ein Windrad einen Eingriff in Landschaft und Natur. Deswegen ist es im Sinne des Landschaftsschutzes auch notwendig, Sensibilität zu wahren. Selbstverständlich ist es auch erforderlich, das Tötungsrisiko geschützter Arten so weit wie möglich zu verhindern und auch zu überprüfen. Für uns ist klar: Klimaschutz und Artenschutz kann man dabei nicht gegeneinander ausspielen. Alle diese Punkte werden durch Sachverständigengutachten untersucht, überprüft, werden abgewogen und in den gesetzlichen Verfahren geklärt. Auf diese zu prüfenden Fragen hätte die Abschaffung der 10-H-Regel überhaupt keinen Einfluss, keine Auswirkung.

Landschaftsschutz, Natur- und Artenschutz sind und bleiben in den entsprechenden Genehmigungsverfahren weiterhin entscheidend. Es ist eindeutig zu kurz gesprochen, und es ist eigentlich auch daneben, dass man den Rückgang bei den Insektenpopulationen mit der Windkraft in Verbindung bringt. Dazu gibt es nur eine einzige Studie, bei der nicht einmal Messungen durchgeführt wurden und die sich noch nicht einmal auf Messdaten beruft, sondern einfach "wissenschaftliche" Berechnungen vorgenommen hat, ohne die Erkenntnisse belegen zu können.

Wir wissen doch eigentlich, worauf es ankommt, wenn es darum geht, bei Insekten Artenschutz zu gewähren. Dabei müssen wir uns auf die Flächen- und Lebensraumverluste konzentrieren. Diese zu minimieren, ist entscheidend.

Oft wird auch verkannt, dass 10 H eben kein fixes Abstandsgebot ist. Bei einer gewünschten Unterschreitung braucht man nur eine kommunale Bauleitplanung. Diese ist dann eben vorzunehmen. Dadurch werden weitreichende Bürgerbeteiligungsrechte gewährt. Die örtlich Beteiligten werden vertieft eingebunden, deutlich mehr, als dies in einem üblichen emissionsschutzrechtlichen Verfahren überhaupt ermöglicht werden könnte. Zudem ist 10 H ein angemessener Ausgleich zwischen der Förderung erneuerbarer Energien und dem Schutz von Natur und Landschaftsbild, aber eben auch der örtlichen Wohnbebauung.

Deswegen ist es unser Ziel und unser Anliegen, dass wir 10 H im Grundsatz erhalten, aber auch fortentwickeln und reformieren, sodass wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorankommen. Der Antrag der AfD ist hierbei nicht hilfreich. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Flierl von der CSU, warum gibt es denn dann in Bayern die 10-H-Regel? Sie haben es gerade so dargestellt, als brauchte man sie ohnehin nicht, weil jeweils Einzelgutachten erstellt würden. Fakt ist aber, dass wir uns als Politiker und Sie als Regierung sich schon gar nicht hinter irgendwelchen Gutachtern zurückziehen können. Nein, wir müssen die politische Richtung vorgeben. Bei dem, was Sie in Ihrer Rede leider nicht vorgegeben haben, scheint aber Ihr Ministerpräsident Söder heute einen Schritt weiter gedacht zu haben. Er hat nämlich die Windkraft rhetorisch faktisch beerdigt. Sie haben völlig recht: Dazu gibt es eine einzige Studie, nämlich die des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, die übrigens auch gerne von Herrn Söder zitiert wird. Diese sagt, genau 1.200 Tonnen Insekten sterben an diesen Anlagen. Und Sie wollen den Artenschutz einfach so wegwischen und sagen, das könne nicht sein. Da stelle ich Ihnen die Frage: Wenn es nur so wenige Studien gibt, was Sie ja monieren, warum gibt es im tollen Wissenschaftsland Bayern denn dann nicht mehrere Studien, warum haben Sie sie nicht schon längst eingefordert und gefördert?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Flierl.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass 10 H für den Natur- und Artenschutz letztlich keine Auswirkungen zeitigt, dass diese Regel hierbei nicht relevant ist. Bei 10 H geht es um etwas anderes. Dabei geht es um die baurechtliche Frage.

Natur- und Artenschutz sind für uns wesentlich. Gerade auch ich nehme sie wirklich sehr ernst, weil wir unzerschnittene, unverfälschte Landschaften erhalten und ein besonderes Augenmerk hierauf legen müssen.

Ich sage es Ihnen gern noch einmal: 10 H ist insbesondere ein Schutz und ermöglicht eine weitreichende Einbindung der Bürger vor Ort. Dafür, dass ein Ausbau eben nicht gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung erfolgt, brauchen wir 10 H. 10 H brauchen wir auch zum Schutz der Wohnbebauung. Notwendig ist aber auch, dass die Maßgaben des Artenschutzes berücksichtigt werden. Beides nebeneinander ist jederzeit möglich.

Wir brauchen also 10 H in einer reformierten Form, und der Artenschutz muss hierbei im Rahmen des Klimaschutzes gleichbedeutend berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Stümpfig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es nach der AfD ginge, würden wir weiter fossile Energieträger verfeuern und hätten ein Artensterben ohne Ende. Der einzige Weg sind daher die erneuerbaren Energien.

Meine Redezeit will ich auf die Frage nach aktuellen Studien verwenden. Was Sie hier zitieren, ist eine IZW-Abschätzung aus dem Jahr 2014. Diese ist also wirklich schon sehr alt. Wir haben aktuelle Studien, die zudem nicht nur auf Schätzungen basieren. Hunderte Rotmilane – der Rotmilan ist bei uns endemisch, das heißt, eine Art, die nur bei uns vorkommt – wurden besendert. Man hat festgestellt: To-

desursache Nummer eins ist das Gefressen-Werden. Todesursache Nummer zwei ist die Vergiftung. Diese kommt hauptsächlich deshalb zustande, weil die Rotmilane unter anderem Ratten – und dementsprechend Rattengift – als Beutetiere aufnehmen und fressen. Die dritte Ursache ist der Straßenverkehr. An vierter Stelle stehen Stromleitungen, an fünfter Stelle der Abschuss, an sechster Stelle der Schienenverkehr. Erst nach dem Schienenverkehr kommt die Windkraft. Das ist die Reihenfolge.

Wir haben mittlerweile auch Detektionsmöglichkeiten, mit denen wir die Zahlen noch einmal reduzieren können. Mit Bat-Detektoren können Fledermäuse erkannt werden. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten.

Die Reihenfolge basiert, wie gesagt, auf aktuellen Studien, mit denen wir auch zeigen können: Wir sind insoweit auf einem sehr guten Weg. Die Erneuerbaren sind das einzig Sinnvolle und Richtige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Herr Stümpfig, kommen Sie noch einmal zum Redepult. Von Herrn Kollegen Prof. Dr. Hahn war noch rechtzeitig eine Zwischenbemerkung angemeldet worden.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, Sie stellen es hier so dar, als ob es das Schlimmste von der Welt wäre, wenn wir in der heutigen Situation noch fossile Energien verbrauchten. Es geht nun einmal – leider – nicht anders. Das hat selbst der neue Bundeswirtschaftsminister von Ihrer Partei erkannt; es scheint, dass die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in Deutschland wenigstens einen kleinen Wert für ihn hat.

Ich möchte einfach etwas klarstellen: Wenn Sie hier sagen, der Rotmilan sei endemisch, dann frage ich mich, ob Sie sich mit dem Begriff "endemisch" auskennen. Der Rotmilan ist in Deutschland überhaupt nicht endemisch. Richtig ist, dass der Verbreitungsschwerpunkt in Deutschland liegt. Das heißt, die Population hat hier eine ganz besondere Bedeutung.

Schlimm aber ist, dass Sie einerseits sagen, aus diesen und jenen Gründen sei dieser Vogel gefährdet, aber dann akzeptieren, dass die Gefährdung durch die Windräder noch obendrauf kommt. Damit zeigen Sie, dass Sie für den Arten- bzw. Naturschutz – in diesem Fall: für den Rotmilan – überhaupt nichts übrighaben und dass es Ihnen eigentlich egal ist, wenn noch eine Gefahr obendrauf kommt. Das interessiert Sie nicht – Hauptsache, Ihre Windmühlen kommen in die Wälder, die Sie dafür gern abholzen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): 95 % der Population des Rotmilans sind bei uns; deshalb ist es eine endemische Art. Wenn man sich die Population genau anschaut – ich kann Ihnen gern die Zahlen aus Westmittelfranken zeigen –, erkennt man: Je mehr Windkraftanlagen wir installiert haben, desto mehr Rotmilane haben wir bei uns. Nun kann man natürlich sagen, dass nicht unbedingt ein linearer Zusammenhang besteht. Tatsächlich ist es aber so, dass wir in den letzten zwanzig Jahren deutlich mehr Rotmilane gezählt haben. Es verträgt sich gut miteinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Kollege Hans Friedl, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir zu dieser vorgerückten Stunde einfach machen und sagen: Wir übernehmen das Votum des Ausschusses.

(Beifall – Zurufe: Genau!)

– Tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag steckt voller Schwachsinn. Deshalb muss ich näher darauf eingehen.

"Keine weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau! 10 H-Regel erhalten!" – Das ist schlichtweg eine Mogelpackung. Artenschutz ist wichtig; ich denke, darüber sind wir alle uns einig. Deshalb wird bei jeder einzelnen Windenergieanlage in Bayern auf der Grundlage des bayerischen Windenergie-Erlasses jegliche Auswirkung auf Natur und Landschaft geprüft.

Dass in der Begründung dieses Antrags insbesondere auf die Arten abgestellt wird, die von Kollisionen mit Windrädern betroffen sein sollen – wie Rotmilane, Fischadler, Steinadler usw. –, zeigt, dass man bei der AfD auch fachlich nicht so richtig auf dem wissenschaftlichen Erkenntnisniveau operiert.

Kommen wir zum Fischadler. Hier haben wir einen Prüfbereich von 1.000 Metern um bekannte Neststandorte und von 4.000 Metern für die Nahrungshabitate. Nun: Ist der Fischadler in Bayern vom Aussterben bedroht? Man schaue sich die Zahl der brütenden Paare an. Zur Differenzierung und vielleicht als Hinweis an die AfD, wie man an die Darstellung von Sachverhalten herangehen kann: Als Zugvogel gilt er in Bayern als nicht gefährdet. In Deutschland generell ist der Bestand aber als gefährdet eingestuft.

Gehen wir zu den Steinadlern über, die in dem Antrag ebenfalls genannt werden. In der Roten Liste sind sie als "extrem gefährdet" eingestuft – vor dem Hintergrund einer extrem seltenen geografischen Verbreitung mit Jagdgebieten in der Regel oberhalb der Waldgrenze. Dort liegt der Fehler der AfD. Sie können ohne Zweifel davon ausgehen, dass Windräder auf den Bergkämmen, im Alpenvorland und in den Alpen nicht errichtet werden.

Als Letztes möchte ich auf den Rotmilan zu sprechen kommen. Wir alle haben den Bericht des EU-Forschungsprojekts "Life-Eurokite" zur Kenntnis genommen. Gerade die Rotmilane scheinen durch Windenergieanlagen wesentlich weniger gefährdet zu sein – das haben wir schon vom Kollegen Stümpfig gehört – als zum Beispiel durch Gift sowie durch Straße und Schiene; dadurch kommen nämlich mehr Rotmilane zu Tode.

Daneben sollte die AfD einfach zur Kenntnis nehmen, dass es mittlerweile Kamera- und Radarsysteme gibt, die bei Annäherung großer Vögel die Windräder abschalten. Es gibt allerdings das Problem, dass für jedes einzelne Windrad nachgewiesen werden muss, warum das ausgesuchte System genau hier effektiv ist. Der Bund sollte die entsprechenden Regelungen ändern. Gleichzeitig wird gerade hier in Bayern die Weiterentwicklung dieser Systeme mithilfe des Freistaates gefördert.

Worum geht es eigentlich in diesem Antrag? – Die AfD ist gegen den Ausbau der Windenergie. Genau deshalb ist dieser Antrag eine Mogelpackung. Gerade in einer Zeit, in der die Energiepreise einen nie gekannten Höhenflug erleben, muss man alle möglichen Stromerzeuger auf den Prüfstand stellen. Klar ist: Am Ende des Tages brauchen wir höhere Kapazitäten bei den erneuerbaren Energien. Das ist eine Tatsache, das sind keine Fake News.

In der aktuellen Situation, hier und heute, brauchen wir eine gewisse Flexibilität. Doch dürfen wir dabei die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Wenn man sich keine Gedanken über den CO₂-Ausstoß macht und dem Klimawandel nicht entschlossen entgegentritt – durch Nutzung der erneuerbaren Energien in Zukunft –, dann brauchen wir uns am Ende des Tages auch keine Gedanken über den Artenschutz zu machen; denn dann werden die in dem Antrag genannten Vogelarten schon wegen des Klimawandels aussterben, aber nicht wegen der Windräder.

Ich denke, ich habe genügend Punkte ausgeführt, warum wir FREIE WÄHLER unsere Einstellung gegenüber diesem Antrag seit dem 27. Januar 2022, dem Tag der Beratung im Umweltausschuss, nicht geändert haben und ihn auch heute ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Rednerin: Frau Annette Karl, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss des Tages der wöchentliche AfD-Antrag gegen Windkraft. – Ich stelle fest: Die Begründungen werden immer skurriler; denn was bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat 10 H mit Arten- und Naturschutz zu tun? Eher ist das Gegenteil der Fall: Durch 10 H müssen immer weitere Abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden. Das führt dazu, dass mehr Windräder in der Natur gebaut werden müssen. Hier ist also überhaupt kein Zusammenhang zu sehen.

Wir müssen alle – und das ist einer der Grundsätze beim Ausbau der erneuerbaren Energien – den Artenschutz, den Schutz der Menschen und den Klimaschutz in Einklang bringen. Dafür reichen die bestehenden Gesetze, seien es Immissionschutzregelungen oder andere, vollkommen aus. Da ich gerade den Herrn Beauftragten für Bürokratieabbau sehe: Wir brauchen hier nicht noch mehr Regularien. In der Summe ist das also ein belangloser Antrag mit belanglosen Floskeln. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Christoph Skutella, FDP-Fraktion, auf.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 10 H blockiert den Ausbau von Windkraft in Bayern nachweislich. Wir brauchen die Windkraft aber dringend für die Energiewende und für unseren Energiemix. Deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Kollege Stümpfig hat aus der Studie, die auch ich gefunden habe, die auch der Kollege von den FREIEN WÄHLERN gefunden hat – die haben wir anscheinend alle recherchiert –, schon die Zahlen und Daten bezüglich des Rotmilans zitiert. Ich werde darauf verzichten, das zu wiederholen, obwohl ich empfehlen würde, dass der Antragsteller diese Studie mal googelt. Vielleicht verhilft ihm das auch zu einem Erkenntnisgewinn. Dass ein Greifvogel von einem Windrad getötet wird, sei demnach ein extrem seltenes Ereignis. Das ist die Zusammenfassung. Ich zähle jetzt nicht noch auf, welche Verkehrsmittel usw. stattdessen ursächlich dafür sind.

Wir werden den Antrag ablehnen. Herzlichen Dank und einen schönen Abend!

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache ge-

geschlossen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun noch zur Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7, Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse", Drucksache 18/19291. Mit Ja haben 8 Abgeordnete, mit Nein 73 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 18. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:22 Uhr)

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Schutz der Medienfreiheit in der EU: neue Regeln
10.01.2022 - 21.03.2022
Drs. 18/20110, 18/21626 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
Drs. 18/21626 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzesentwurf zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung
und Auftragsvergabe vorlegen!
Drs. 18/19205, 18/21695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Gefängnisplätze im Ausland mieten und Abschiebungshaft im Ausland vollziehen
Drs. 18/19634, 18/21580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerfreie Zusammenschlüsse im Finanzsektor
Drs. 18/19713, 18/21615 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anvertraut und ausgeliefert – Schicksal und Geschichte von Verschickungskindern anerkennen, aufarbeiten, sichtbar machen
Drs. 18/19715, 18/21614 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Menschen mit seelischer Behinderung besser unterstützen!
Drs. 18/19802, 18/21654 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ersatz der Berufseinstiegsbegleitung durch andere Programme
Drs. 18/19866, 18/21601 (E)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schweine brauchen Stroh – Ende des Vollspaltenbodens
in der Schweinemast bis 2030
Drs. 18/19881, 18/21594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
SARS-CoV-2-Testkapazitäten in Bayern sichern und ausbauen!
Drs. 18/19899, 18/21605 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU Mukoviszidose-Erkrankte unterstützen
Drs. 18/19900, 18/21606 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Klare Richtwerte für den Umgang mit der Pandemie!
Mit Transparenz und Nachvollziehbarkeit Vertrauen und Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung erhalten
Drs. 18/19945, 18/21607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Team Augenmaß ohne richtiges Maß –
nachvollziehbare Bereinigung der Hospitalisierungsrate
Drs. 18/20032, 18/21608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.03.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse (Drucksache 18/19291)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang		X	
Adjei Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst				Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick			X
Bauer Volker				Fuchs Barbara			
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Gehring Thomas			X
Becher Johannes			X	Gerlach Judith			
Becker Barbara				Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz		X		Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard			
Bozoglu Cemal			X	Grob Alfred		X	
Brandl Alfons				Güller Harald		X	
Brannekämper Robert				Guttenberger Petra		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin			
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar		X	
Celina Kerstin			X	Hartmann Ludwig			
Dr. Cyron Anne				Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina			X
Deisenhofer Maximilian				Hayn Elmar			
Demirel Gülseren				Henkel Uli			
Dorow Alex		X		Herold Hans			X
Dremel Holger				Dr. Herrmann Florian		X	
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim			
Duin Albert	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Ebner-Steiner Katrin		X		Hierneis Christian			X
Eck Gerhard				Hiersemann Alexandra			
Eibl Manfred				Hintersberger Johannes			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Högl Petra			
Eisenreich Georg				Hofmann Michael		X	
Enders Susann				Hold Alexander		X	
Enghuber Matthias							

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			X
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Schwamberger Anna			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	8	73	18

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.03.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen (Drucksache 18/19491)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst				Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick	X		
Bauer Volker				Fuchs Barbara			
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Gehring Thomas	X		
Becher Johannes	X			Gerlach Judith			
Becker Barbara				Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz		X		Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard			
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brandl Alfons				Güller Harald	X		
Brannekämper Robert				Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian							
Dr. Büchler Markus				Häusler Johann		X	
Busch Michael				Hagen Martin			
				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
				Hauber Wolfgang		X	
Deisenhofer Maximilian				Haubrich Christina	X		
Demirel Gülseren				Hayn Elmar			
Dorow Alex		X		Henkel Uli			
Dremel Holger				Herold Hans		X	
Düinkel Norbert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Duin Albert	X			Herrmann Joachim			
				Dr. Herz Leopold		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eck Gerhard				Hierneis Christian	X		
Eibl Manfred				Hiersemann Alexandra			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hintersberger Johannes			
Eisenreich Georg				Högl Petra			
Enders Susann				Hofmann Michael		X	
Enghuber Matthias				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan			
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	36	63	0